BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Herz der Dinge"* S. 695
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die große Wende"* S. 702
- *Prof. Dr. Eberhard Menzel, „Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung"* S. 707
- *Dr. Achim von Borries, „Zehn Jahre Provisorium und sein Preis"* S. 725
- *Arno Behrisch, MdB, „Herrschaftsauftrag auf Frist"* S. 730
- ****, „Wandlungen?"* S. 733
- *Hermann Schwann, „Die Bedeutung Europas — die europäische Aufgabe im Weltgeschehen"* S. 738
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „Die Landsmannschaften und der Bonner Staat"* S. 744
- *Dr. E. Schwarz, „General von Manteuffel"* S. 750
- *cand. theol. Peter Meier, „Eindrücke von der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben"* S. 752
- *Johannes Fleischer, „Der deutsche Episkopat und die Gewissensfreiheit im Dritten Reich"* S. 757
- *Dr. jur. Elsa Hennings, „Tibet gestern und morgen"* S. 767
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 780

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Herz der Dinge

„Die Ursache der internationalen Spannung gleicht einem Kohlkopf. Wenn man die Blätter eins nach dem anderen abreißt, kommt man schließlich ans Herz, und das Herz vieler Dinge sind die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten." Dieser Ausspruch Chrustschows vom 11. Mai 1957 bietet den Schlüssel für sein Bestreben, sich mit Eisenhower zu einem Gedankenaustausch zu treffen. Dieser Realpolitiker ist sich seit langem klar darüber, daß alle die zahlreichen Konflikte des politischen Alltags nur Symptome jenes Weltkonfliktes sind, der seit vierzehn Jahren die beiden mächtigsten Länder der Erde entzweit. Chrustschow sieht als Hauptziel der Gipfelgespräche den

Friedensschluß in jenem Kalten Kriege, mit dessen Hilfe die USA das Sowjetregime zu überwinden trachteten. Camp David soll die erste Etappe der Friedenskonferenz sein.

In dem Aufsatz über friedliche Koexistenz, den Chrustschow der amerikanischen Zeitschrift Foreign Affairs zur Verfügung gestellt hat, heißt es: „Vor dem zweiten Weltkrieg war die UdSSR das einzige sozialistische Land, und auf sie entfielen nur 17% des Territoriums, etwa 3% der Bevölkerung der Erde und etwa 10% der Weltproduktion. Heute aber nehmen die sozialistischen Länder etwa ein Viertel des Territoriums der Erde ein, in ihnen lebt ein Drittel der Erdbevölkerung, und ihre Industrieproduktion macht rund ein Drittel der Weltproduktion aus." Aus diesen Tatsachen, die den Westen alarmierten, schöpfen die Sowjets ihre Siegesgewißheit und zugleich den Wunsch, diese neuen weltpolitischen Gegebenheiten von den Konkurrenten in der kapitalistischen Welt anerkannt und berücksichtigt zu sehen. „Die friedliche Koexistenz kann und muß in den friedlichen Wettbewerb um die beste Befriedigung aller Bedürfnisse des Menschen einmünden. Wir sagen den Politikern der kapitalistischen Staaten: Laßt uns in der Praxis prüfen, wessen System besser ist, laßt uns ohne Krieg miteinander wetteifern. Das ist bedeutend besser als ein Wettbewerb darum, wer mehr Waffen schafft und wer wen schlägt. Wir sind und werden immer für einen Wettbewerb sein, der dazu beiträgt, den Wohlstand der Völker auf ein höheres Niveau zu heben."

Chrustschow mutet den Amerikanern nichts geringeres zu, als völlig umzudenken und ein in Jahrzehnten gewachsenes und durch große Erfolge bestätigtes Überlegenheitsgefühl zu revidieren. Bis heute galt ihnen „die amerikanische Art zu leben" als die schlechthin überlegene Form eines menschenwürdigen Daseins, der man den glanzvollen, aber vieldeutigen Namen „Freiheit" verliehen hat. Dabei macht Chrustschow der westlichen Welt die Selbstbesinnung nicht leicht. Er hat wiederholt gegenüber amerikanischen Besuchern seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß ihre Kinder einst Kommunisten sein würden. Die Kalten Krieger haben nicht gezögert, dieses Bekenntnis dahin auszulegen, daß die Sowjetunion die Welt erobern wolle. Ein wenig behutsamer hat Chrustschow seinem Besucher Nixon versichert, daß seine Enkel Kommunisten sein würden, aber er hat sich beeilt, hinzuzufügen, daß dies durch die Überlegenheit des kommunistischen Systems, nicht aber gewaltsam geschehen würde. Er hat scherzend hinzugefügt, er selbst sei bereit, Kapitalist zu werden, falls sich der Kapitalismus als die überlegene Wirtschaftsform erweisen würde. In seinem Aufsatz schreibt er: „Unsere Überzeugung vom Sieg des Kommunismus ... beruht auf der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft. Ähnlich wie seinerzeit der Kapitalismus als fortschrittlichere Ordnung den Feudalismus ablöste, wird unvermeidlich die fortschrittlichere und gerechtere Gesellschaftsordnung, der Kommunismus, den Kapitalismus ablösen." Der skeptische Westler mag über solche Gedankengänge hoheitsvoll lächeln. Aber er sollte nicht vergessen, daß heute einige hundert Millionen in der Welt an diese These glauben und aus ihr Überlegenheitsgefühl und Hoffnung in den Nöten ihres Alltags schöpfen. Das ist „das Herz der Dinge", das Chrustschow seinen amerikanischen Gastgebern in immer neuer Beleuchtung zeigen will. Chrustschow vergißt nicht, hinzuzufügen, daß der ideologische und ökonomische Wettkampf in keinem Falle in einen Kampf der Waffen ausarten darf. „Laßt uns einander die Vorzüge unserer Systeme nicht mit den Fäusten, nicht durch Krieg, sondern durch friedlichen Wettbewerb in friedlicher Koexistenz beweisen... Es gibt heute nur zwei Wege — entweder friedliche Koexistenz oder den verheerendsten Krieg in der Geschichte." Damit es nicht zu diesem Kriege kommt, drängt Chrustschow auf einen Ausgleich zwischen den

beiden Weltmächten. Eisenhower ist zur Überraschung der Welt auf diese Gespräche eingegangen. Nicht um zu lernen, ist Chrustschow nach den USA gekommen — denn er wird dort nur sehen, was er sehen will —, sondern um zu überzeugen, um seine Lehre von Koexistenz und friedlichem Wettstreit durchzusetzen.

Chrustschows Abrüstungsvorschläge

Das ist der Kern aller Vorschläge, die Chrustschow nach den USA mitgebracht hat. Ob ihn seine amerikanischen Gesprächspartner verstehen können und wollen, wird erst die Zukunft zeigen, denn man hat in der neuen Welt für das Verhältnis zwischen Ost und West seine eigenen Denkschablonen, und die läßt man sich nicht gern ausreden. Sicher aber ist, daß ohne Verständigung über dieses Kernproblem alle Verhandlungen über Einzelfragen wenig aussichtsreich sind. Es könnten nur vorläufige Lösungen werden von Fragen, die über Leben und Tod entscheiden, wie das Problem der Atomrüstung. Es war eine Vorauswirkung des Gipfeltreffens, daß die UN den Zusammentritt einer paritätischen Zehnerkommission zur Wiederaufnahme der Londoner Abrüstungsgespräche beschlossen. Es geschah mit Rücksicht auf diese Zwangslage, daß die Außenminister Herter und Lloyd in ihren Reden vor der Vollversammlung so nachdrücklich für Fortschritte in der Abrüstung eintraten. Dann aber mutete Chrustschow der Versammlung und vor allem seinen amerikanischen Gesprächspartnern einen Abrüstungsplan zu, der nur dann realistisch erscheint, wenn man seinen Prämissen bereits zugestimmt hat. Das geschah an der gleichen Stelle, an der ein Jahr zuvor bereits der sowjetische Außenminister Gromyko die sowjetischen Vorschläge zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung vortrug, wobei er „als erste Etappe" den USA und der Sowjetunion eine Truppenstärke von 2,5 Millionen, England und Frankreich von 1,75 Millionen zubilligte sowie das Verbot der Herstellung, Erprobung und Anwendung von Kernwaffen und die Einrichtung von verdünnten Rüstungszonen vorschlug. Chrustschow ist in dieser Richtung noch erheblich weiter gegangen. Seine Forderung nach Auflösung aller Streitkräfte, Vernichtung allen Kriegsmaterials, Abschaffung jeden Militärdienstes und Auflösung aller Kriegsministerien klingt in einer Welt, die von Vernichtungswaffen starrt und die durch den Kalten Krieg in zwei feindliche Lager zerrissen wurde, so utopisch, daß es die Rüstungspolitiker nicht schwer haben, von Tricks und Propaganda zu reden. Aber man muß sich schon um eine überzeugendere Widerlegung bemühen, um die Wirkung dieser Vorschläge auf die Weltmeinung abzufangen. Mindestens wird der Westen erklären müssen, warum er nicht bereit ist, Herrn Chrustschow beim Wort zu nehmen und in Verhandlungen über seine Vorschläge einzutreten. Lehnt man überhaupt Verhandlungen ab, so liegt der Verdacht nahe, der Westen fürchte die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge und wolle keine wirkliche Abrüstung. Der Westen wird also seine Gründe offen darlegen müssen, wenn er sich mit seinen Friedensversicherungen nicht unglaubwürdig machen will. Die Kernfrage lautet ganz einfach, ob der Westen zu einer friedlichen Koexistenz mit allen Konsequenzen im Sinne Chrustschows bereit ist. Natürlich fehlt es dem Westen nicht an Argumenten der Politiker, der Militärsachverständigen, der Propagandisten gegen die Utopie eines ewigen Friedens und einer totalen Abrüstung. Wir wissen aber, daß alles Große in der Welt einmal als Utopie begonnen hat, daß es einmal von den „Fachleuten" verlacht und verworfen worden ist. Auch als 1929 ein amerikanischer Staatssekretär, Kellogg, die totale Ächtung aller Kriege vorschlug, schüttelten die militärischen und zivilen Weisen den Kopf. Bald darauf hat ein deutscher Diktator diesen Antikriegspakt zerrissen und die Welt in ein Meer von Blut und Tränen gestürzt.

Aber der Gedanke lebte weiter und wirkt heute stärker denn je in den Grundsätzen der internationalen Institutionen.

Chrustschow war Realist genug, um neben seinem Radikalvorschlag ein Minimalprogramm für die Abrüstung zu entwickeln, das alte Vorschläge der Sowjetunion wiederholt: Militärische Inspektion, atomwaffenfreie Zonen, Räumung ausländischer Positionen und Stützpunkte, Nichtangriffspakt zwischen den beiden Weltblöcken. Diese Fragen werden mit Sicherheit in den Gipfelgesprächen und in der neuen Abrüstungskommission ihre Rolle spielen. Mittlerweile hat der Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone und der Gedanke des Disengagement dank der Initiative MacMillans und der skandinavischen Regierungen, trotz der heftigen Gegenwirkungen aus Bonn und Paris, eine neue Aktualität gewonnen. Eisenhower befindet sich in einer schwierigen Zwitterlage zwischen dem Drängen seines sowjetischen Gastes auf Klarheit und den leidenschaftlichen Widerständen seiner Generale. Auch das Verbleiben der Siegermächte in Berlin und an vielen anderen neuralgischen Punkten der Welt steht in engstem Zusammenhang mit diesen Vorschlägen, die der militärischen Entflechtung der Völkergemeinschaft dienen sollen.

Die Kalten Krieger im Westen werden fortfahren, Chrustschows Abrüstungsvorschläge zu bagatellisieren, zu verdächtigen oder lächerlich zu machen. Aber jene, die Verantwortung tragen, werden nicht übersehen, daß Chrustschow im Namen eines Landes und einer Gruppe von Ländern spricht, die dem Westen heute militärisch gewachsen und an Kampfmoral weit überlegen sind. Der Prophet der Abrüstung kommt also nicht mit leeren Händen und nicht um zu betteln, wie Chrustschow immer wieder betont hat. Man hat ihm im Westen einen Vorwurf daraus gemacht, daß die Mondrakete, technisch fraglos eine Meisterleistung, ausgerechnet am Vorabend seiner USA-Reise gestartet wurde. Im Lichte von Chrustschow's Abrüstungsvorschlägen erhält diese Terminwahl ihren Sinn, besagt sie doch: Wir betteln nicht um Abrüstung, weil wir euch fürchten, denn wir können mit unseren Atomraketen jeden Punkt der bewohnten Erde mit höchster Präzision treffen. Aber wir wollen um unsere Gleichberechtigung nicht mit Atomwaffen kämpfen, sondern mit den friedlichen Mitteln der Koexistenz. — Wir nehmen an, daß Eisenhower das verstanden hat.

Der Kampf um Amerikas öffentliche Meinung

Wichtiger als die Reden vor der UN, die Trinksprüche auf den Banketten und die Diskussionen des russischen Gastes mit seinen amerikanischen Ausfragern wird der Inhalt der Gespräche sein, die die beiden Staatsmänner unter vier Augen geführt haben und führen werden und über die wir schwerlich Authentisches erfahren. Darin liegt ja der Wert und Sinn von Zweiergesprächen, daß sie, abgeschirmt gegen die publizitätshungrige Öffentlichkeit, einen völlig zwanglosen Gedankenaustausch erlauben. Die Welt wird auf ihren Verlauf weniger aus den Kommunique's als aus den sichtbaren Wirkungen schließen können, die sie haben werden. Inzwischen sind den Gesprächen schon Fernwirkungen vorausgegangen, die zeigen, wie ernst es beide Seiten meinen. Auf sowjetischer Seite verweisen wir auf den Tonwechsel der Moskauer Presse und die Einstellung der Störsendungen. Bei Eisenhower sehen wir das Bemühen, die systematische Hetze aufzufangen, die gegen den Chrustschow-Besuch im eigenen Lande inszeniert worden ist. In spaltenlangen Leitartikeln und in ganzseitigen Zeitungsanzeigen, unter denen die Namen von nicht weniger als einundzwanzig katholischen Bischöfen und Erzbischöfen im trauten Verein mit Managern der Rüstungsindustrie und hohen Generalen und Admiralen zu finden sind, wird gegen den sowjetischen Besuch protestiert und Chrustschow verächtlich gemacht. Streitbare Kirchen-

fürsten wie die Kardinäle Spellman und Chushing proklamierten einen nationalen Trauertag mit Trauergottesdiensten „als Ausdruck der Solidarität mit den Opfern des Kommunismus". Emigrantenorganisationen veranstalteten Sprechchöre und paradierten mit Transparenten in den Straßen, durch die Chrustschow mit dem Präsidenten fuhr. Kein Wunder, daß unter diesem propagandistischen Trommelfeuer schweigende Menschenmauern die Straßen säumten. Umso mehr drängten sich die Senatoren und Wirtschaftsführer zu den Empfängen und Banketten, bei denen der sowjetische Regierungschef geduldig und meist in guter Laune Rede und Antwort stand. Daß Leute wie Expräsident Truman, der Vater des „Kalten Krieges", dem Besucher aus dem Wege gingen, hat man erwartet. Chrustschow hat sich wahrscheinlich keine Illusionen über die Breite der Sympathien gemacht, die ihn in der Neuen Welt erwarteten. Freilich schätzt er das Gewicht der öffentlichen Meinung in Ost und West wohl zu hoch ein, um nicht zu wünschen, daß sein Besuch bestehende Ressentiments vermindere. Man hat es ihm nicht leicht gemacht, und doch sind offensichtlich Erfolge nicht ausgeblieben.

Da hatte es sein Gastgeber Eisenhower leichter, sich auf seiner Europareise feiern zu lassen. Das geschah in England aus alter Verbundenheit, in Paris aus Neugierde und Höflichkeit, und nur in Bonn überraschte alle Augenzeugen der begeisterte Willkomm einer unter seiner Führung besiegten Nation. Dies Verhalten der öffentlichen Meinung entspricht ziemlich genau der unterschiedlichen Atmosphäre der politischen Begegnungen und wohl auch der Gespräche unter vier Augen, über deren Verlauf uns wenig mehr als ein paar spärliche Hinweise zur Verfügung stehen.

Eisenhowers Rundreise

In allen drei Hauptstädten hat Eisenhower's Besuch unmittelbare Auswirkungen gehabt. In London folgte dem Besuch die Ansetzung der Neuwahlen; MacMillan war sich also bewußt, daß jetzt oder nie die Wahlaussichten für die Konservativen ihren Gipfel erreicht hatten. Außerdem geht diese Partei mit jenen der Opposition abgelauschten Parolen in den Wahlkampf, die offenbar die grundsätzliche Zustimmung Eisenhower's gefunden haben: Allgemeine kontrollierte Abrüstung, verdünnte Rüstungszonen, Ausbau der Ostbeziehungen, Förderung der unterentwickelten Länder. Lange sind die Beziehungen zwischen London und Washington nicht mehr so herzlich gewesen wie heute, zum Vorteil der Gespräche zwischen den beiden „Großen".

In Paris hat es Eisenhower erwartungsgemäß viel schwerer gehabt, einem eigenwilligen und hochfahrenden Mann, der mit seinen Vorstellungen noch in der alten Welt lebt, die Zeichen der Zeit zu deuten. In aller Stille hat der General seinen Traum vom Triumvirat begraben, für das Frankreich nichts als seinen kühnen Anspruch präsentieren konnte. Wehmütig wird er auf die Hoffnung verzichtet haben, amerikanische Hilfe für seine Atombombe zu finden, jenes gefährliche Spielzeug, an das de Gaulle die abwegige Hoffnung auf die Wiederherstellung der Großmachtstellung Frankreichs knüpft. Was aber die algerische Schicksalsfrage betrifft, war Eisenhower's Besuch der letzte Anstoß für de Gaulle, seinen neuen „Selbstbestimmungsplan" zu veröffentlichen, den Eisenhower bereits mit dem Verzicht auf eine UN-Debatte honoriert hat. Ob mit Recht, wird erst die Zukunft lehren.

Und Bonn? Die Zeit eilt so schnell, daß wir uns erst besinnen müssen, was Anlaß und Inhalt dieses Abstechers des Präsidenten war. Auch dieser Besuch sollte der Beruhigung dienen, mindestens der Wahrung der äußeren Formen gegenüber

einem Bundesgenossen, der seinem Beschützer und der Nato mehr als alle anderen bis heute die Treue gehalten hat. Auch hier wissen wir fast nichts über den Verlauf des Gespräches unter vier Augen, der Bundeskanzler hat darüber offenbar auch gegenüber seinen engeren Vertrauten geschwiegen. (Es ist durchgesikkert, daß er für seinen französischen Verbündeten und seine Wünsche sich warm ins Zeug gelegt hat.) Aber auch hier lassen die Auswirkungen auf den Inhalt schließen. A d e n a u e r ' s Antwort auf den Brief Chrustschow's — den übrigens keine westdeutsche Zeitung veröffentlicht hat! — erregte wegen seines freundlichen Tones Aufsehen, und erst genauere Lektüre ergab, daß der Kanzler keine konkreten Angebote gemacht und auf Chrustschow's Fragen keine Antwort gegeben hat. Offensichtlich wollte er Eisenhower zuliebe gegenüber seinem Gipfelpartner, der ja auch Deutschlands Schicksal mitbestimmt, gut Wetter machen. Die bundesdeutsche Presse, soweit sie noch immer auf den Kurs des Kalten Krieges eingeschworen ist, tat sich offensichtlich schwer, dieses Dokument der Besänftigung richtig zu placieren und zu kommentieren.

D e u t s c h l a n d u n d P o l e n

Besonders stark war das Aufsehen, das Adenauer's Rundfunkansprache zum zwanzigsten Jahrestag des Kriegsausbruches, das heißt, des Hitlerüberfalles auf Polen, in der Welt erregt hat. Im Westen überraschte die Milde des Tones, in Warschau aber vermißte man jegliche konkreten Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen. Der polnische Ministerpräsident sprach verächtlich von den „paar Krokodilstränen, vergossen über die Leiden des polnischen Volkes", und es bedurfte des besonderen Taktes der westdeutschen Parlamentsdelegation, um unangenehme Zwischenfälle aus Anlaß der Gedenkfeiern zu vermeiden. Warschau ist allmählich des Wartens müde geworden, wann endlich Westdeutschland sich entschließt, diplomatische Beziehungen anzubieten. Es hat mittlerweile seine Beziehungen nicht nur zu den Ostblockstaaten, sondern auch zum Westen ausgebaut, wie der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Nixon in Warschau gezeigt hat. Trümpfe, die man zu lange in der Hand behält, verlieren ihren Wert und müssen schließlich weggeschenkt werden, ohne den kleinsten Vorteil zu bringen. Es scheint, daß wir an diesem Punkte angelangt sind. Keine der westlichen Mächte, am wenigsten das Frankreich de Gaulle's, ist noch bereit, uns die östlichen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wohl aber marschieren die westdeutschen Revisionisten, die Einpeitscher der Vertriebenenverbände mit ihren Parolen und Transparenten an der Spitze, in die hoffnungslose Sackgasse einer verfahrenen Ostpolitik. Es scheint, daß Eisenhower dem Kanzler mit gutem Rat helfen wollte, aus dieser Sackgasse herauszukommen.

Wir wissen nicht, ob der Präsident Herrn Adenauer bezüglich Berlin über eine Garantieerklärung hinaus Vorschläge für einen Kompromiß unterbreitet hat, — das umgekehrte darf wohl als ausgeschlossen gelten! Sicher ist, daß auch Berlin in den Gipfelgesprächen eine Rolle spielt. Noch weniger wissen wir, ob und was über die Wiedervereinigung gesprochen wurde; sie steht nicht auf dem Programm der Gipfelgespräche, und Chrustschow hat zwar von ihr in seinem erwähnten Aufsatz und in seinem Brief an Adenauer gesprochen, aber dieser geht mit keinem Wort in seiner Antwort an Chrustschow darauf ein. Die Atomrüstung der Bundeswehr wird weiter eifrig betrieben, aber es verdichtet sich die Vermutung, daß sie als erste einem Arrangement zwischen den Atommächten zum Opfer fallen wird, wenn anders die Gipfelgespräche nicht völlig scheitern sollen. Hoffen wir, daß durch den Zwang der Lage eine der schwersten Fehlentscheidungen der westdeutschen Nachkriegspolitik gleichsam automatisch revidiert werden wird.

Der Friedensvertrag

Es bleibt die Frage des Friedensvertrages, den Chrustschow wiederholt auf seiner Amerikareise als dringendstes Ziel der Entspannungspolitik und der Koexistenz bezeichnet hat. Auch hier geht es um die Frage der Anerkennung von Realitäten. Aber im Gegensatz zur Generalbereinigung zwischen den beiden Weltmächten, die keine nationalen Verzichte verlangt, muß das deutsche Volk in einem Friedensvertrag die Folgerungen aus einem verbrecherisch begonnenen und katastrophal gescheiterten Eroberungskriege ziehen. Die unvermeidlichen Opfer, die dabei gebracht werden müssen, sind schmerzlich für jeden Deutschen, aber ohne Opfer und Verzichte werden wir nicht damit rechnen dürfen, daß endlich das Schuldkonto des letzten Weltkrieges bereinigt wird. In diesem Punkte besteht grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Siegern des letzten Weltkrieges, wenn auch die Westmächte sich bisher im Zeichen des Kalten Krieges gescheut haben, uns die längst fällige Rechnung zu präsentieren. Auch insofern hat die Bundesrepublik, um ein Wort der Neuen Züricher Zeitung zu zitieren, „von den Devisen des Kalten Krieges gelebt". Wir müssen damit rechnen, daß im Laufe der Ost-West-Gespräche eine Einigung darüber erzielt wird, wann die Begleichung der Rechnung fällig ist und welche Vorschläge man den beiden deutschen Staaten unterbreiten soll.

Mit Chrustschow's Amerikareise begann die zweite Runde im großen Spiel um die Neuverteilung der weltpolitischen Rangordnung. Wie in der ersten Runde, die mit Chrustschow's Berlinnote begann und mit der Genfer Außenministerkonferenz endete, liegt weiterhin das Gesetz des Handelns bei dem sowjetischen Regierungschef, der mit seinem Abrüstungsplan einen neuen Trumpf auf den Verhandlungstisch geworfen hat. Seit dem Tode von Dulles ist Eisenhower mit Erfolg bemüht, dem Westen eine gewisse Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, die durch das sture Machtdenken von Dulles und seinen Gefolgsleuten verloren gegangen war. Eisenhower's Entschluß zu den Gipfelgesprächen und seine Rundreise durch Europa haben das Terrain aufgelockert, wenn auch de Gaulle und Adenauer offensichtlich bestrebt waren, ihm durch veraltete Formeln die Hände zu binden. Aber die Entwicklung ist in Gang gekommen, der amerikanische Kurs läßt sich nicht mehr auf den Kalten Krieg zurückschalten, zumal Großbritannien ihn für sich nachdrücklich abgeblasen hat. Gewiß, konkrete Ergebnisse werden nicht von heute auf morgen zu erwarten sein, sondern erst in einer Folge von Gesprächen und Konferenzen, zumal Eisenhower aus Loyalität und formalen Gründen keine Entscheidungen über den Kopf der Verbündeten hinweg treffen wird. Aber der neue Kurs zeichnet sich ab, trotz aller Störmanöver von draußen und aus dem eigenen Land.

Auf dem alten Kontinent ist man weniger bereit zum Umdenken und hält starrer an alten Formeln fest. Dieses alte Europa, das in zwei Weltkriegen seine Großmachtstellung verspielt hat, wird bei der Liquidierung des dritten, des Kalten Krieges, endgültig in eine Statistenrolle auf der weltpolitischen Bühne abgedrängt. Beharrliches Neinsagen war noch nie das Mittel, im Spiel zu bleiben, und wer sich nicht von überlebten Machtvorstellungen trennen kann, der trägt selbst die Schuld daran, wenn ihn die anderen als Hinterwäldler oder Ruhestörer abschreiben. Die Welt ist in Bewegung, ganze Kontinente gewinnen ein neues Gesicht, neue Großmächte steigen empor, und hungernde Millionenmassen fordern ein Mitbestimmungsrecht. Aber mitten in dieser Welt, in der die militärischen Machtmittel durch das Gleichgewicht des Schreckens paralysiert wurden, träumen klein gewordene Länder noch davon, durch Atomrüstung Geschichte zu machen. In einer Welt, in der das Gestern schon dem atemlosen Kreislauf der Entwicklung zum Opfer gefallen ist, leben die Ewiggestrigen noch in den Vorstel-

lungen und Parolen des neunzehnten Jahrhunderts. In einer Welt, in der man in Stundenschnelle von Kontinent zu Kontinent fliegt und sich für den Flug zu anderen Sternen rüstet, starren noch Menschen wie gebannt auf ein paar Quadratkilometer verlorenen Landes und beschließen, lieber im Feuerorkan unterzugehen, als auf sie zu verzichten.

Werden wir uns klar darüber, daß uns nichts vor dem Absturz retten kann als die Besinnung auf höhere Werte als Eisschränke und Fernsehtruhen, auf stärkere Waffen als Atombomben, auf edlere Ziele als die Ausrottung einer verhaßten Gesellschaftsordnung im Namen des Christentums.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die große Wende

Die Mondrakete

Am Vorabend eines Treffens, von dem das weitere Schicksal der Menschheit wesentlich bestimmt sein wird, ist ein neues Kapitel der Geschichte unserer Welt aufgeschlagen worden: Der Flug von der Erde zu einem anderen Himmelskörper ist gelungen, und scheinbar unüberwindliche Grenzen menschlichen Vermögens sind gefallen. Man mag die eindrucksvolle Regieführung der Sowjets als „Propagandacoup" verurteilen oder als genialen diplomatischen Schachzug bewundern, das ändert nichts an der Tatsache, daß das Zusammentreffen des triumphalen Erfolges der Sowjetwissenschaft mit der Reise Nikita Chrustschows allen Menschen deutlich machen konnte: Wir haben bereits die Schwelle zu einem neuen Zeitalter überschritten, und die alten Machtgegensätze auf dem Erdball verlieren — gemessen an den ungeheuren Zukunftsperspektiven — an Umfang und Bedeutung. Die bundesrepublikanischen Nachrichtendienste und Presseorgane waren deshalb schlecht beraten, als sie den törichten Versuch unternahmen, das wahrhaft historische Ereignis des ersten erfolgreichen Mondfluges einer unbemannten Weltraumrakete zu bagatellisieren und unter dem sehr vordergründigen Propaganda-Aspekt zu betrachten. Man mußte sehr bald die Sinnlosigkeit solchen Bemühens einsehen und zu einer angemesseneren und würdigeren Form der Beurteilung übergehen, nachdem selbst das päpstliche Rom im „Osservatore Romano" Worte der höchsten Anerkennung gefunden und sogar mit kaum verhüllter Genugtuung geäußert hatte: „Das alte, schon für überholt erklärte Europa ist wieder einmal zuerst ans Ziel gelangt."

Es ist bemerkenswert und verdient deshalb festgehalten zu werden, daß es die Stimme des Vatikans war, die den weltgeschichtlichen Erfolg des bolschewistischen Rußlands als eine europäische Leistung bezeichnete und damit die östliche Großmacht mit erstaunlichem Freimut in einen Zusammenhang rückt, den ein erstarrtes West-Ost-Denken nicht wahrhaben möchte. Es mag daher für gar manche Bonner Ohren befremdlich klingen, daß es das „alte Europa" sein soll, das mit der wissenschaftlichen Großtat der Sowjetunion zum Zuge gekommen ist! Die „Hunnen"-Theorie ist nicht mehr zeitgemäß.

Zeitgemäß ist, was der bekannte italienische Linkskatholik Giordani zu sagen wußte, als er die Ansicht äußerte, die Neuzeit — jenes Zeitalter, das durch die fortgesetzten Kriege gekennzeichnet sei — habe nunmehr ihren Abschluß

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Herz der Dinge"* S. 695
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die große Wende"* S. 702
- *Prof. Dr. Eberhard Menzel, „Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung"* S. 707
- *Dr. Achim von Borries, „Zehn Jahre Provisorium und sein Preis"* S. 725
- *Arno Behrisch, MdB, „Herrschaftsauftrag auf Frist"* S. 730
- ****, „Wandlungen?"* S. 733
- *Hermann Schwann, „Die Bedeutung Europas — die europäische Aufgabe im Weltgeschehen"* S. 738
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „Die Landsmannschaften und der Bonner Staat"* S. 744
- *Dr. E. Schwarz, „General von Manteuffel"* S. 750
- *cand. theol. Peter Meier, „Eindrücke von der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben"* S. 752
- *Johannes Fleischer, „Der deutsche Episkopat und die Gewissensfreiheit im Dritten Reich"* S. 757
- *Dr. jur. Elsa Hennings, „Tibet gestern und morgen"* S. 767
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 780

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Herz der Dinge

„Die Ursache der internationalen Spannung gleicht einem Kohlkopf. Wenn man die Blätter eins nach dem anderen abreißt, kommt man schließlich ans Herz, und das Herz vieler Dinge sind die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten." Dieser Ausspruch Chrustschows vom 11. Mai 1957 bietet den Schlüssel für sein Bestreben, sich mit Eisenhower zu einem Gedankenaustausch zu treffen. Dieser Realpolitiker ist sich seit langem klar darüber, daß alle die zahlreichen Konflikte des politischen Alltags nur Symptome jenes Weltkonfliktes sind, der seit vierzehn Jahren die beiden mächtigsten Länder der Erde entzweit. Chrustschow sieht als Hauptziel der Gipfelgespräche den

Friedensschluß in jenem Kalten Kriege, mit dessen Hilfe die USA das Sowjetregime zu überwinden trachteten. Camp David soll die erste Etappe der Friedenskonferenz sein.

In dem Aufsatz über friedliche Koexistenz, den Chrustschow der amerikanischen Zeitschrift Foreign Affairs zur Verfügung gestellt hat, heißt es: „Vor dem zweiten Weltkrieg war die UdSSR das einzige sozialistische Land, und auf sie entfielen nur 17% des Territoriums, etwa 3% der Bevölkerung der Erde und etwa 10% der Weltproduktion. Heute aber nehmen die sozialistischen Länder etwa ein Viertel des Territoriums der Erde ein, in ihnen lebt ein Drittel der Erdbevölkerung, und ihre Industrieproduktion macht rund ein Drittel der Weltproduktion aus." Aus diesen Tatsachen, die den Westen alarmierten, schöpfen die Sowjets ihre Siegesgewißheit und zugleich den Wunsch, diese neuen weltpolitischen Gegebenheiten von den Konkurrenten in der kapitalistischen Welt anerkannt und berücksichtigt zu sehen. „Die friedliche Koexistenz kann und muß in den friedlichen Wettbewerb um die beste Befriedigung aller Bedürfnisse des Menschen einmünden. Wir sagen den Politikern der kapitalistischen Staaten: Laßt uns in der Praxis prüfen, wessen System besser ist, laßt uns ohne Krieg miteinander wetteifern. Das ist bedeutend besser als ein Wettbewerb darum, wer mehr Waffen schafft und wer wen schlägt. Wir sind und werden immer für einen Wettbewerb sein, der dazu beiträgt, den Wohlstand der Völker auf ein höheres Niveau zu heben."

Chrustschow mutet den Amerikanern nichts geringeres zu, als völlig umzudenken und ein in Jahrzehnten gewachsenes und durch große Erfolge bestätigtes Überlegenheitsgefühl zu revidieren. Bis heute galt ihnen „die amerikanische Art zu leben" als die schlechthin überlegene Form eines menschenwürdigen Daseins, der man den glanzvollen, aber vieldeutigen Namen „Freiheit" verliehen hat. Dabei macht Chrustschow der westlichen Welt die Selbstbesinnung nicht leicht. Er hat wiederholt gegenüber amerikanischen Besuchern seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß ihre Kinder einst Kommunisten sein würden. Die Kalten Krieger haben nicht gezögert, dieses Bekenntnis dahin auszulegen, daß die Sowjetunion die Welt erobern wolle. Ein wenig behutsamer hat Chrustschow seinem Besucher Nixon versichert, daß seine Enkel Kommunisten sein würden, aber er hat sich beeilt, hinzuzufügen, daß dies durch die Überlegenheit des kommunistischen Systems, nicht aber gewaltsam geschehen würde. Er hat scherzend hinzugefügt, er selbst sei bereit, Kapitalist zu werden, falls sich der Kapitalismus als die überlegene Wirtschaftsform erweisen würde. In seinem Aufsatz schreibt er: „Unsere Überzeugung vom Sieg des Kommunismus ... beruht auf der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft. Ähnlich wie seinerzeit der Kapitalismus als fortschrittlichere Ordnung den Feudalismus ablöste, wird unvermeidlich die fortschrittlichere und gerechtere Gesellschaftsordnung, der Kommunismus, den Kapitalismus ablösen." Der skeptische Westler mag über solche Gedankengänge hoheitsvoll lächeln. Aber er sollte nicht vergessen, daß heute einige hundert Millionen in der Welt an diese These glauben und aus ihr Überlegenheitsgefühl und Hoffnung in den Nöten ihres Alltags schöpfen. Das ist „das Herz der Dinge", das Chrustschow seinen amerikanischen Gastgebern in immer neuer Beleuchtung zeigen will. Chrustschow vergißt nicht, hinzuzufügen, daß der ideologische und ökonomische Wettkampf in keinem Falle in einen Kampf der Waffen ausarten darf. „Laßt uns einander die Vorzüge unserer Systeme nicht mit den Fäusten, nicht durch Krieg, sondern durch friedlichen Wettbewerb in friedlicher Koexistenz beweisen... Es gibt heute nur zwei Wege — entweder friedliche Koexistenz oder den verheerendsten Krieg in der Geschichte." Damit es nicht zu diesem Kriege kommt, drängt Chrustschow auf einen Ausgleich zwischen den

beiden Weltmächten. Eisenhower ist zur Überraschung der Welt auf diese Gespräche eingegangen. Nicht um zu lernen, ist Chrustschow nach den USA gekommen — denn er wird dort nur sehen, was er sehen will —, sondern um zu überzeugen, um seine Lehre von Koexistenz und friedlichem Wettstreit durchzusetzen.

Chrustschows Abrüstungsvorschläge

Das ist der Kern aller Vorschläge, die Chrustschow nach den USA mitgebracht hat. Ob ihn seine amerikanischen Gesprächspartner verstehen können und wollen, wird erst die Zukunft zeigen, denn man hat in der neuen Welt für das Verhältnis zwischen Ost und West seine eigenen Denkschablonen, und die läßt man sich nicht gern ausreden. Sicher aber ist, daß ohne Verständigung über dieses Kernproblem alle Verhandlungen über Einzelfragen wenig aussichtsreich sind. Es könnten nur vorläufige Lösungen werden von Fragen, die über Leben und Tod entscheiden, wie das Problem der Atomrüstung. Es war eine Vorauswirkung des Gipfeltreffens, daß die UN den Zusammentritt einer paritätischen Zehnerkommission zur Wiederaufnahme der Londoner Abrüstungsgespräche beschlossen. Es geschah mit Rücksicht auf diese Zwangslage, daß die Außenminister Herter und Lloyd in ihren Reden vor der Vollversammlung so nachdrücklich für Fortschritte in der Abrüstung eintraten. Dann aber mutete Chrustschow der Versammlung und vor allem seinen amerikanischen Gesprächspartnern einen Abrüstungsplan zu, der nur dann realistisch erscheint, wenn man seinen Prämissen bereits zugestimmt hat. Das geschah an der gleichen Stelle, an der ein Jahr zuvor bereits der sowjetische Außenminister Gromyko die sowjetischen Vorschläge zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung vortrug, wobei er „als erste Etappe" den USA und der Sowjetunion eine Truppenstärke von 2,5 Millionen, England und Frankreich von 1,75 Millionen zubilligte sowie das Verbot der Herstellung, Erprobung und Anwendung von Kernwaffen und die Einrichtung von verdünnten Rüstungszonen vorschlug. Chrustschow ist in dieser Richtung noch erheblich weiter gegangen. Seine Forderung nach Auflösung aller Streitkräfte, Vernichtung allen Kriegsmaterials, Abschaffung jeden Militärdienstes und Auflösung aller Kriegsministerien klingt in einer Welt, die von Vernichtungswaffen starrt und die durch den Kalten Krieg in zwei feindliche Lager zerrissen wurde, so utopisch, daß es die Rüstungspolitiker nicht schwer haben, von Tricks und Propaganda zu reden. Aber man muß sich schon um eine überzeugendere Widerlegung bemühen, um die Wirkung dieser Vorschläge auf die Weltmeinung abzufangen. Mindestens wird der Westen erklären müssen, warum er nicht bereit ist, Herrn Chrustschow beim Wort zu nehmen und in Verhandlungen über seine Vorschläge einzutreten. Lehnt man überhaupt Verhandlungen ab, so liegt der Verdacht nahe, der Westen fürchte die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge und wolle keine wirkliche Abrüstung. Der Westen wird also seine Gründe offen darlegen müssen, wenn er sich mit seinen Friedensversicherungen nicht unglaubwürdig machen will. Die Kernfrage lautet ganz einfach, ob der Westen zu einer friedlichen Koexistenz mit allen Konsequenzen im Sinne Chrustschows bereit ist. Natürlich fehlt es dem Westen nicht an Argumenten der Politiker, der Militärsachverständigen, der Propagandisten gegen die Utopie eines ewigen Friedens und einer totalen Abrüstung. Wir wissen aber, daß alles Große in der Welt einmal als Utopie begonnen hat, daß es einmal von den „Fachleuten" verlacht und verworfen worden ist. Auch als 1929 ein amerikanischer Staatssekretär, Kellogg, die totale Ächtung aller Kriege vorschlug, schüttelten die militärischen und zivilen Weisen den Kopf. Bald darauf hat ein deutscher Diktator diesen Antikriegspakt zerrissen und die Welt in ein Meer von Blut und Tränen gestürzt.

Aber der Gedanke lebte weiter und wirkt heute stärker denn je in den Grundsätzen der internationalen Institutionen.

Chrustschow war Realist genug, um neben seinem Radikalvorschlag ein Minimalprogramm für die Abrüstung zu entwickeln, das alte Vorschläge der Sowjetunion wiederholt: Militärische Inspektion, atomwaffenfreie Zonen, Räumung ausländischer Positionen und Stützpunkte, Nichtangriffspakt zwischen den beiden Weltblöcken. Diese Fragen werden mit Sicherheit in den Gipfelgesprächen und in der neuen Abrüstungskommission ihre Rolle spielen. Mittlerweile hat der Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone und der Gedanke des Disengagement dank der Initiative MacMillans und der skandinavischen Regierungen, trotz der heftigen Gegenwirkungen aus Bonn und Paris, eine neue Aktualität gewonnen. Eisenhower befindet sich in einer schwierigen Zwitterlage zwischen dem Drängen seines sowjetischen Gastes auf Klarheit und den leidenschaftlichen Widerständen seiner Generale. Auch das Verbleiben der Siegermächte in Berlin und an vielen anderen neuralgischen Punkten der Welt steht in engstem Zusammenhang mit diesen Vorschlägen, die der militärischen Entflechtung der Völkergemeinschaft dienen sollen.

Die Kalten Krieger im Westen werden fortfahren, Chrustschows Abrüstungsvorschläge zu bagatellisieren, zu verdächtigen oder lächerlich zu machen. Aber jene, die Verantwortung tragen, werden nicht übersehen, daß Chrustschow im Namen eines Landes und einer Gruppe von Ländern spricht, die dem Westen heute militärisch gewachsen und an Kampfmoral weit überlegen sind. Der Prophet der Abrüstung kommt also nicht mit leeren Händen und nicht um zu betteln, wie Chrustschow immer wieder betont hat. Man hat ihm im Westen einen Vorwurf daraus gemacht, daß die Mondrakete, technisch fraglos eine Meisterleistung, ausgerechnet am Vorabend seiner USA-Reise gestartet wurde. Im Lichte von Chrustschow's Abrüstungsvorschlägen erhält diese Terminwahl ihren Sinn, besagt sie doch: Wir betteln nicht um Abrüstung, weil wir euch fürchten, denn wir können mit unseren Atomraketen jeden Punkt der bewohnten Erde mit höchster Präzision treffen. Aber wir wollen um unsere Gleichberechtigung nicht mit Atomwaffen kämpfen, sondern mit den friedlichen Mitteln der Koexistenz. — Wir nehmen an, daß Eisenhower das verstanden hat.

Der Kampf um Amerikas öffentliche Meinung

Wichtiger als die Reden vor der UN, die Trinksprüche auf den Banketten und die Diskussionen des russischen Gastes mit seinen amerikanischen Ausfragern wird der Inhalt der Gespräche sein, die die beiden Staatsmänner unter vier Augen geführt haben und führen werden und über die wir schwerlich Authentisches erfahren. Darin liegt ja der Wert und Sinn von Zweiergesprächen, daß sie, abgeschirmt gegen die publizitätshungrige Öffentlichkeit, einen völlig zwanglosen Gedankenaustausch erlauben. Die Welt wird auf ihren Verlauf weniger aus den Kommunique's als aus den sichtbaren Wirkungen schließen können, die sie haben werden. Inzwischen sind den Gesprächen schon Fernwirkungen vorausgegangen, die zeigen, wie ernst es beide Seiten meinen. Auf sowjetischer Seite verweisen wir auf den Tonwechsel der Moskauer Presse und die Einstellung der Störsendungen. Bei Eisenhower sehen wir das Bemühen, die systematische Hetze aufzufangen, die gegen den Chrustschow-Besuch im eigenen Lande inszeniert worden ist. In spaltenlangen Leitartikeln und in ganzseitigen Zeitungsanzeigen, unter denen die Namen von nicht weniger als einundzwanzig katholischen Bischöfen und Erzbischöfen im trauten Verein mit Managern der Rüstungsindustrie und hohen Generalen und Admiralen zu finden sind, wird gegen den sowjetischen Besuch protestiert und Chrustschow verächtlich gemacht. Streitbare Kirchen-

fürsten wie die Kardinäle Spellman und Chushing proklamierten einen nationalen Trauertag mit Trauergottesdiensten „als Ausdruck der Solidarität mit den Opfern des Kommunismus". Emigrantenorganisationen veranstalteten Sprechchöre und paradierten mit Transparenten in den Straßen, durch die Chrustschow mit dem Präsidenten fuhr. Kein Wunder, daß unter diesem propagandistischen Trommelfeuer schweigende Menschenmauern die Straßen säumten. Umso mehr drängten sich die Senatoren und Wirtschaftsführer zu den Empfängen und Banketten, bei denen der sowjetische Regierungschef geduldig und meist in guter Laune Rede und Antwort stand. Daß Leute wie Expräsident Truman, der Vater des „Kalten Krieges", dem Besucher aus dem Wege gingen, hat man erwartet. Chrustschow hat sich wahrscheinlich keine Illusionen über die Breite der Sympathien gemacht, die ihn in der Neuen Welt erwarteten. Freilich schätzt er das Gewicht der öffentlichen Meinung in Ost und West wohl zu hoch ein, um nicht zu wünschen, daß sein Besuch bestehende Ressentiments vermindere. Man hat es ihm nicht leicht gemacht, und doch sind offensichtlich Erfolge nicht ausgeblieben.

Da hatte es sein Gastgeber Eisenhower leichter, sich auf seiner Europareise feiern zu lassen. Das geschah in England aus alter Verbundenheit, in Paris aus Neugierde und Höflichkeit, und nur in Bonn überraschte alle Augenzeugen der begeisterte Willkomm einer unter seiner Führung besiegten Nation. Dies Verhalten der öffentlichen Meinung entspricht ziemlich genau der unterschiedlichen Atmosphäre der politischen Begegnungen und wohl auch der Gespräche unter vier Augen, über deren Verlauf uns wenig mehr als ein paar spärliche Hinweise zur Verfügung stehen.

Eisenhowers Rundreise

In allen drei Hauptstädten hat Eisenhower's Besuch unmittelbare Auswirkungen gehabt. In London folgte dem Besuch die Ansetzung der Neuwahlen; MacMillan war sich also bewußt, daß jetzt oder nie die Wahlaussichten für die Konservativen ihren Gipfel erreicht hatten. Außerdem geht diese Partei mit jenen der Opposition abgelauschten Parolen in den Wahlkampf, die offenbar die grundsätzliche Zustimmung Eisenhower's gefunden haben: Allgemeine kontrollierte Abrüstung, verdünnte Rüstungszonen, Ausbau der Ostbeziehungen, Förderung der unterentwickelten Länder. Lange sind die Beziehungen zwischen London und Washington nicht mehr so herzlich gewesen wie heute, zum Vorteil der Gespräche zwischen den beiden „Großen".

In Paris hat es Eisenhower erwartungsgemäß viel schwerer gehabt, einem eigenwilligen und hochfahrenden Mann, der mit seinen Vorstellungen noch in der alten Welt lebt, die Zeichen der Zeit zu deuten. In aller Stille hat der General seinen Traum vom Triumvirat begraben, für das Frankreich nichts als seinen kühnen Anspruch präsentieren konnte. Wehmütig wird er auf die Hoffnung verzichtet haben, amerikanische Hilfe für seine Atombombe zu finden, jenes gefährliche Spielzeug, an das de Gaulle die abwegige Hoffnung auf die Wiederherstellung der Großmachtstellung Frankreichs knüpft. Was aber die algerische Schicksalsfrage betrifft, war Eisenhower's Besuch der letzte Anstoß für de Gaulle, seinen neuen „Selbstbestimmungsplan" zu veröffentlichen, den Eisenhower bereits mit dem Verzicht auf eine UN-Debatte honoriert hat. Ob mit Recht, wird erst die Zukunft lehren.

Und Bonn? Die Zeit eilt so schnell, daß wir uns erst besinnen müssen, was Anlaß und Inhalt dieses Abstechers des Präsidenten war. Auch dieser Besuch sollte der Beruhigung dienen, mindestens der Wahrung der äußeren Formen gegenüber

einem Bundesgenossen, der seinem Beschützer und der Nato mehr als alle anderen bis heute die Treue gehalten hat. Auch hier wissen wir fast nichts über den Verlauf des Gespräches unter vier Augen, der Bundeskanzler hat darüber offenbar auch gegenüber seinen engeren Vertrauten geschwiegen. (Es ist durchgesikkert, daß er für seinen französischen Verbündeten und seine Wünsche sich warm ins Zeug gelegt hat.) Aber auch hier lassen die Auswirkungen auf den Inhalt schließen. A d e n a u e r ' s Antwort auf den Brief Chrustschow's — den übrigens keine westdeutsche Zeitung veröffentlicht hat! — erregte wegen seines freundlichen Tones Aufsehen, und erst genauere Lektüre ergab, daß der Kanzler keine konkreten Angebote gemacht und auf Chrustschow's Fragen keine Antwort gegeben hat. Offensichtlich wollte er Eisenhower zuliebe gegenüber seinem Gipfelpartner, der ja auch Deutschlands Schicksal mitbestimmt, gut Wetter machen. Die bundesdeutsche Presse, soweit sie noch immer auf den Kurs des Kalten Krieges eingeschworen ist, tat sich offensichtlich schwer, dieses Dokument der Besänftigung richtig zu placieren und zu kommentieren.

D e u t s c h l a n d u n d P o l e n

Besonders stark war das Aufsehen, das Adenauer's Rundfunkansprache zum zwanzigsten Jahrestag des Kriegsausbruches, das heißt, des Hitlerüberfalles auf Polen, in der Welt erregt hat. Im Westen überraschte die Milde des Tones, in Warschau aber vermißte man jegliche konkreten Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen. Der polnische Ministerpräsident sprach verächtlich von den „paar Krokodilstränen, vergossen über die Leiden des polnischen Volkes", und es bedurfte des besonderen Taktes der westdeutschen Parlamentsdelegation, um unangenehme Zwischenfälle aus Anlaß der Gedenkfeiern zu vermeiden. Warschau ist allmählich des Wartens müde geworden, wann endlich Westdeutschland sich entschließt, diplomatische Beziehungen anzubieten. Es hat mittlerweile seine Beziehungen nicht nur zu den Ostblockstaaten, sondern auch zum Westen ausgebaut, wie der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Nixon in Warschau gezeigt hat. Trümpfe, die man zu lange in der Hand behält, verlieren ihren Wert und müssen schließlich weggeschenkt werden, ohne den kleinsten Vorteil zu bringen. Es scheint, daß wir an diesem Punkte angelangt sind. Keine der westlichen Mächte, am wenigsten das Frankreich de Gaulle's, ist noch bereit, uns die östlichen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wohl aber marschieren die westdeutschen Revisionisten, die Einpeitscher der Vertriebenenverbände mit ihren Parolen und Transparenten an der Spitze, in die hoffnungslose Sackgasse einer verfahrenen Ostpolitik. Es scheint, daß Eisenhower dem Kanzler mit gutem Rat helfen wollte, aus dieser Sackgasse herauszukommen.

Wir wissen nicht, ob der Präsident Herrn Adenauer bezüglich Berlin über eine Garantieerklärung hinaus Vorschläge für einen Kompromiß unterbreitet hat, — das umgekehrte darf wohl als ausgeschlossen gelten! Sicher ist, daß auch Berlin in den Gipfelgesprächen eine Rolle spielt. Noch weniger wissen wir, ob und was über die Wiedervereinigung gesprochen wurde; sie steht nicht auf dem Programm der Gipfelgespräche, und Chrustschow hat zwar von ihr in seinem erwähnten Aufsatz und in seinem Brief an Adenauer gesprochen, aber dieser geht mit keinem Wort in seiner Antwort an Chrustschow darauf ein. Die Atomrüstung der Bundeswehr wird weiter eifrig betrieben, aber es verdichtet sich die Vermutung, daß sie als erste einem Arrangement zwischen den Atommächten zum Opfer fallen wird, wenn anders die Gipfelgespräche nicht völlig scheitern sollen. Hoffen wir, daß durch den Zwang der Lage eine der schwersten Fehlentscheidungen der westdeutschen Nachkriegspolitik gleichsam automatisch revidiert werden wird.

Der Friedensvertrag

Es bleibt die Frage des Friedensvertrages, den Chrustschow wiederholt auf seiner Amerikareise als dringendstes Ziel der Entspannungspolitik und der Koexistenz bezeichnet hat. Auch hier geht es um die Frage der Anerkennung von Realitäten. Aber im Gegensatz zur Generalbereinigung zwischen den beiden Weltmächten, die keine nationalen Verzichte verlangt, muß das deutsche Volk in einem Friedensvertrag die Folgerungen aus einem verbrecherisch begonnenen und katastrophal gescheiterten Eroberungskriege ziehen. Die unvermeidlichen Opfer, die dabei gebracht werden müssen, sind schmerzlich für jeden Deutschen, aber ohne Opfer und Verzichte werden wir nicht damit rechnen dürfen, daß endlich das Schuldkonto des letzten Weltkrieges bereinigt wird. In diesem Punkte besteht grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Siegern des letzten Weltkrieges, wenn auch die Westmächte sich bisher im Zeichen des Kalten Krieges gescheut haben, uns die längst fällige Rechnung zu präsentieren. Auch insofern hat die Bundesrepublik, um ein Wort der Neuen Züricher Zeitung zu zitieren, „von den Devisen des Kalten Krieges gelebt". Wir müssen damit rechnen, daß im Laufe der Ost-West-Gespräche eine Einigung darüber erzielt wird, wann die Begleichung der Rechnung fällig ist und welche Vorschläge man den beiden deutschen Staaten unterbreiten soll.

Mit Chrustschow's Amerikareise begann die zweite Runde im großen Spiel um die Neuverteilung der weltpolitischen Rangordnung. Wie in der ersten Runde, die mit Chrustschow's Berlinnote begann und mit der Genfer Außenministerkonferenz endete, liegt weiterhin das Gesetz des Handelns bei dem sowjetischen Regierungschef, der mit seinem Abrüstungsplan einen neuen Trumpf auf den Verhandlungstisch geworfen hat. Seit dem Tode von Dulles ist Eisenhower mit Erfolg bemüht, dem Westen eine gewisse Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, die durch das sture Machtdenken von Dulles und seinen Gefolgsleuten verloren gegangen war. Eisenhower's Entschluß zu den Gipfelgesprächen und seine Rundreise durch Europa haben das Terrain aufgelockert, wenn auch de Gaulle und Adenauer offensichtlich bestrebt waren, ihm durch veraltete Formeln die Hände zu binden. Aber die Entwicklung ist in Gang gekommen, der amerikanische Kurs läßt sich nicht mehr auf den Kalten Krieg zurückschalten, zumal Großbritannien ihn für sich nachdrücklich abgeblasen hat. Gewiß, konkrete Ergebnisse werden nicht von heute auf morgen zu erwarten sein, sondern erst in einer Folge von Gesprächen und Konferenzen, zumal Eisenhower aus Loyalität und formalen Gründen keine Entscheidungen über den Kopf der Verbündeten hinweg treffen wird. Aber der neue Kurs zeichnet sich ab, trotz aller Störmanöver von draußen und aus dem eigenen Land.

Auf dem alten Kontinent ist man weniger bereit zum Umdenken und hält starrer an alten Formeln fest. Dieses alte Europa, das in zwei Weltkriegen seine Großmachtstellung verspielt hat, wird bei der Liquidierung des dritten, des Kalten Krieges, endgültig in eine Statistenrolle auf der weltpolitischen Bühne abgedrängt. Beharrliches Neinsagen war noch nie das Mittel, im Spiel zu bleiben, und wer sich nicht von überlebten Machtvorstellungen trennen kann, der trägt selbst die Schuld daran, wenn ihn die anderen als Hinterwäldler oder Ruhestörer abschreiben. Die Welt ist in Bewegung, ganze Kontinente gewinnen ein neues Gesicht, neue Großmächte steigen empor, und hungernde Millionenmassen fordern ein Mitbestimmungsrecht. Aber mitten in dieser Welt, in der die militärischen Machtmittel durch das Gleichgewicht des Schreckens paralysiert wurden, träumen klein gewordene Länder noch davon, durch Atomrüstung Geschichte zu machen. In einer Welt, in der das Gestern schon dem atemlosen Kreislauf der Entwicklung zum Opfer gefallen ist, leben die Ewiggestrigen noch in den Vorstel-

lungen und Parolen des neunzehnten Jahrhunderts. In einer Welt, in der man in Stundenschnelle von Kontinent zu Kontinent fliegt und sich für den Flug zu anderen Sternen rüstet, starren noch Menschen wie gebannt auf ein paar Quadratkilometer verlorenen Landes und beschließen, lieber im Feuerorkan unterzugehen, als auf sie zu verzichten.

Werden wir uns klar darüber, daß uns nichts vor dem Absturz retten kann als die Besinnung auf höhere Werte als Eisschränke und Fernsehtruhen, auf stärkere Waffen als Atombomben, auf edlere Ziele als die Ausrottung einer verhaßten Gesellschaftsordnung im Namen des Christentums.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die große Wende

Die Mondrakete

Am Vorabend eines Treffens, von dem das weitere Schicksal der Menschheit wesentlich bestimmt sein wird, ist ein neues Kapitel der Geschichte unserer Welt aufgeschlagen worden: Der Flug von der Erde zu einem anderen Himmelskörper ist gelungen, und scheinbar unüberwindliche Grenzen menschlichen Vermögens sind gefallen. Man mag die eindrucksvolle Regieführung der Sowjets als „Propagandacoup" verurteilen oder als genialen diplomatischen Schachzug bewundern, das ändert nichts an der Tatsache, daß das Zusammentreffen des triumphalen Erfolges der Sowjetwissenschaft mit der Reise Nikita Chrustschows allen Menschen deutlich machen konnte: Wir haben bereits die Schwelle zu einem neuen Zeitalter überschritten, und die alten Machtgegensätze auf dem Erdball verlieren — gemessen an den ungeheuren Zukunftsperspektiven — an Umfang und Bedeutung. Die bundesrepublikanischen Nachrichtendienste und Presseorgane waren deshalb schlecht beraten, als sie den törichten Versuch unternahmen, das wahrhaft historische Ereignis des ersten erfolgreichen Mondfluges einer unbemannten Weltraumrakete zu bagatellisieren und unter dem sehr vordergründigen Propaganda-Aspekt zu betrachten. Man mußte sehr bald die Sinnlosigkeit solchen Bemühens einsehen und zu einer angemesseneren und würdigeren Form der Beurteilung übergehen, nachdem selbst das päpstliche Rom im „Osservatore Romano" Worte der höchsten Anerkennung gefunden und sogar mit kaum verhüllter Genugtuung geäußert hatte: „Das alte, schon für überholt erklärte Europa ist wieder einmal zuerst ans Ziel gelangt."

Es ist bemerkenswert und verdient deshalb festgehalten zu werden, daß es die Stimme des Vatikans war, die den weltgeschichtlichen Erfolg des bolschewistischen Rußlands als eine europäische Leistung bezeichnete und damit die östliche Großmacht mit erstaunlichem Freimut in einen Zusammenhang rückt, den ein erstarrtes West-Ost-Denken nicht wahrhaben möchte. Es mag daher für gar manche Bonner Ohren befremdlich klingen, daß es das „alte Europa" sein soll, das mit der wissenschaftlichen Großtat der Sowjetunion zum Zuge gekommen ist! Die „Hunnen"-Theorie ist nicht mehr zeitgemäß.

Zeitgemäß ist, was der bekannte italienische Linkskatholik Giordani zu sagen wußte, als er die Ansicht äußerte, die Neuzeit — jenes Zeitalter, das durch die fortgesetzten Kriege gekennzeichnet sei — habe nunmehr ihren Abschluß

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 9 Köln, 25. September 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Herz der Dinge"* S. 695
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die große Wende"* S. 702
- *Prof. Dr. Eberhard Menzel, „Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung"* S. 707
- *Dr. Achim von Borries, „Zehn Jahre Provisorium und sein Preis"* S. 725
- *Arno Behrisch, MdB, „Herrschaftsauftrag auf Frist"* S. 730
- ****, „Wandlungen?"* S. 733
- *Hermann Schwann, „Die Bedeutung Europas — die europäische Aufgabe im Weltgeschehen"* S. 738
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „Die Landsmannschaften und der Bonner Staat"* S. 744
- *Dr. E. Schwarz, „General von Manteuffel"* S. 750
- *cand. theol. Peter Meier, „Eindrücke von der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben"* S. 752
- *Johannes Fleischer, „Der deutsche Episkopat und die Gewissensfreiheit im Dritten Reich"* S. 757
- *Dr. jur. Elsa Hennings, „Tibet gestern und morgen"* S. 767
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 780

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Herz der Dinge

„Die Ursache der internationalen Spannung gleicht einem Kohlkopf. Wenn man die Blätter eins nach dem anderen abreißt, kommt man schließlich ans Herz, und das Herz vieler Dinge sind die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten." Dieser Ausspruch Chrustschows vom 11. Mai 1957 bietet den Schlüssel für sein Bestreben, sich mit Eisenhower zu einem Gedankenaustausch zu treffen. Dieser Realpolitiker ist sich seit langem klar darüber, daß alle die zahlreichen Konflikte des politischen Alltags nur Symptome jenes Weltkonfliktes sind, der seit vierzehn Jahren die beiden mächtigsten Länder der Erde entzweit. Chrustschow sieht als Hauptziel der Gipfelgespräche den

lungen und Parolen des neunzehnten Jahrhunderts. In einer Welt, in der man in Stundenschnelle von Kontinent zu Kontinent fliegt und sich für den Flug zu anderen Sternen rüstet, starren noch Menschen wie gebannt auf ein paar Quadratkilometer verlorenen Landes und beschließen, lieber im Feuerorkan unterzugehen, als auf sie zu verzichten.

Werden wir uns klar darüber, daß uns nichts vor dem Absturz retten kann als die Besinnung auf höhere Werte als Eisschränke und Fernsehtruhen, auf stärkere Waffen als Atombomben, auf edlere Ziele als die Ausrottung einer verhaßten Gesellschaftsordnung im Namen des Christentums.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die große Wende

Die Mondrakete

Am Vorabend eines Treffens, von dem das weitere Schicksal der Menschheit wesentlich bestimmt sein wird, ist ein neues Kapitel der Geschichte unserer Welt aufgeschlagen worden: Der Flug von der Erde zu einem anderen Himmelskörper ist gelungen, und scheinbar unüberwindliche Grenzen menschlichen Vermögens sind gefallen. Man mag die eindrucksvolle Regieführung der Sowjets als „Propagandacoup" verurteilen oder als genialen diplomatischen Schachzug bewundern, das ändert nichts an der Tatsache, daß das Zusammentreffen des triumphalen Erfolges der Sowjetwissenschaft mit der Reise Nikita Chrustschows allen Menschen deutlich machen konnte: Wir haben bereits die Schwelle zu einem neuen Zeitalter überschritten, und die alten Machtgegensätze auf dem Erdball verlieren — gemessen an den ungeheuren Zukunftsperspektiven — an Umfang und Bedeutung. Die bundesrepublikanischen Nachrichtendienste und Presseorgane waren deshalb schlecht beraten, als sie den törichten Versuch unternahmen, das wahrhaft historische Ereignis des ersten erfolgreichen Mondfluges einer unbemannten Weltraumrakete zu bagatellisieren und unter dem sehr vordergründigen Propaganda-Aspekt zu betrachten. Man mußte sehr bald die Sinnlosigkeit solchen Bemühens einsehen und zu einer angemesseneren und würdigeren Form der Beurteilung übergehen, nachdem selbst das päpstliche Rom im „Osservatore Romano" Worte der höchsten Anerkennung gefunden und sogar mit kaum verhüllter Genugtuung geäußert hatte: „Das alte, schon für überholt erklärte Europa ist wieder einmal zuerst ans Ziel gelangt."

Es ist bemerkenswert und verdient deshalb festgehalten zu werden, daß es die Stimme des Vatikans war, die den weltgeschichtlichen Erfolg des bolschewistischen Rußlands als eine europäische Leistung bezeichnete und damit die östliche Großmacht mit erstaunlichem Freimut in einen Zusammenhang rückt, den ein erstarrtes West-Ost-Denken nicht wahrhaben möchte. Es mag daher für gar manche Bonner Ohren befremdlich klingen, daß es das „alte Europa" sein soll, das mit der wissenschaftlichen Großtat der Sowjetunion zum Zuge gekommen ist! Die „Hunnen"-Theorie ist nicht mehr zeitgemäß.

Zeitgemäß ist, was der bekannte italienische Linkskatholik Giordani zu sagen wußte, als er die Ansicht äußerte, die Neuzeit — jenes Zeitalter, das durch die fortgesetzten Kriege gekennzeichnet sei — habe nunmehr ihren Abschluß

gefunden, wie einst das Mittelalter durch die Entdeckung des Kolumbus. Durch das weltgeschichtliche Datum vom 13. September sei „eine Reihe von Problemen anachronistisch geworden". Sie verlangten nach einer raschen Lösung. Wir wissen, um welche Probleme es sich handelt, und dürfen es deshalb begrüßen, daß das offizielle Moskau sich sowohl bei der Bekanntgabe wie auch in den Kommentaren zu dem gelungenen Experiment mit Lunik II jeglichen Hinweises auf militärisch-strategische Gesichtspunkte enthielt. Das ist um so beachtlicher, als wenige Tage zuvor in Washington bekanntgegeben worden war, daß die USA jetzt über serienmäßig hergestellte Atlasraketen von interkontinentaler Reichweite verfügen, die, mit Wasserstoffsprengsätzen versehen, von sechs Abschußbasen aus jeden Punkt der Sowjetunion zielsicher treffen könnten. Man hielt es offenbar für notwendig, als Ouvertüre zu dem unmittelbar bevorstehenden Chrustschow-Besuch die militärische Stärke der Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Nun dürfte freilich nach der Mondlandung des Lunik kein Zweifel bestehen, daß die Sowjets Großraketen entwickelt haben, die sie mit der größten Genauigkeit zum Einsatz bringen können. Aber der sensationelle Erfolg des 13. September wurde von Moskau aus als Auftakt zu Menschheitsaufgaben gefeiert, die nur im Frieden gelöst werden können, und die gleichzeitig bekanntgegebene Jungfernfahrt der „Lenin", des ersten atomar angetriebenen Überwasserschiffes der Welt, sollte diesen Aspekt noch unterstreichen.

Gewiß muß sich der Westen, soweit er in den Denkgewohnheiten des kalten Krieges verharrt, von der derzeitigen technischen Überlegenheit der Sowjetunion bedroht fühlen. Aber zugleich liegt in der Synchronisation von Mondrakete, Atomeisbrecher und Chrustschow-Reise auch die deutliche Aufforderung zu einer Umorientierung der gesamten bisherigen Politik. Die Sowjetunion hat ihr Werben für die Koexistenz durch den Hinweis auf die friedliche Verwendung der Atomenergie und der Raketentechnik offensichtlich unterstreichen wollen. In diesem Zusammenhang bekommt auch das Schreiben erhebliche Bedeutung, das Chrustschow am Vorabend seiner Reise an A n f u s o , den Vorsitzenden des amerikanischen Kongreßausschusses für internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumforschung, richtete und in dem er sich zur Bildung eines Komitees zur friedlichen Nutzung des Weltenraumes bereit erklärte.

Jedenfalls haben die jüngsten Ereignisse deutlich gemacht, daß die Menschheit ihre technischen Errungenschaften auch auf andere Weise wirksam machen kann, als in der ohnehin sinnlos gewordenen Fortsetzung des Wettrüstens und der damit verbundenen Steigerung der Kriegsgefahr. Die serienmäßige Atlasrakete weist in die Vergangenheit, Lunik II in die Zukunft.

Das Gelächter, mit dem die sowjetischen Wissenschaftler auf ihrer Pressekonferenz in Moskau die Frage einer amerikanischen Journalistin nach den „territorialen Ansprüchen" der UdSSR auf dem Mond beantworteten, zeigt deutlich, daß wir uns aus den herkömmlichen Denkschablonen lösen müssen, wenn wir den Schritt in die Zukunft mitvollziehen wollen. Die „Weltraumbehörde" kann nicht im Zeichen des West-Ost-Gegensatzes begründet werden. Sie wird nur auf der Grundlage der Koexistenz zu verwirklichen sein und in der Zusammenarbeit Bestand haben können. „Wir können nur zusammen leben und oder zusammen untergehen", sagte N i x o n bei seinem Besuch in Moskau. Und so wahr es sein mag, daß Lunik II „Moskaus Machtgefühle" demonstrieren soll (FAZ vom 16. Sept.), so wahr ist es auch, daß dies niemanden hindern sollte, „mit Ernst und Weitsicht die überragenden gemeinsamen Aufgaben zu sehen, die durch solche Leistungen für die gesamte Menschheit eröffnet werden" („Die Tat", 15. Sept).

Die wissenschaftliche Welt bewundert deshalb auch ohne Neid die Leistung der Russen. Die Schwierigkeiten, den Mond mit einer Rakete zu treffen, sind dem

Astronautiker bekannt. Der Laie kann nur ahnen, welche unvorstellbaren Anforderungen höchster Präzision gestellt werden müssen, um den mathematischen Berechnungen der Flugbahn in bezug auf Richtung und Geschwindigkeit zu entsprechen. Bekanntlich erwiesen sich schon die Berechnungen der Himmelsmechanik als so kompliziert, daß man sie nur mit Hilfe elektronischer Geräte lösen konnte. Aber entscheidend bleibt die Entwicklung der Präzisionstechnik des Steuermechanismus der Rakete. Ein international anerkannter Raketenfachmann kam kürzlich zu dem Vergleich: Ein Geschoß auf den Mond zu bringen ähnelt dem Versuch, von einem sich rasch drehenden Karussell aus mit verbundenen Augen einen Stein gegen einen in der Gegenrichtung laufenden Hasen werfen und treffen zu wollen. Die Sowjetwissenschaftler haben das offenbar fertigbekommen. Es wäre deshalb nach diesem technisch-wissenschaftlichen Triumph nicht verwunderlich, wenn Chrustschow sich bei seinem Amerikabesuch von den Leistungen des mächtigsten Industriestaates der Erde nicht so tief beeindruckt zeigen sollte, wie das von manchen Kreisen im westlichen Lager erhofft wurde. Schon wenige Stunden nach seiner Ankunft in Washington hob Chrustschow bei dem Bankett im Weißen Haus sein Glas und sagte: „Ich bin sicher, daß wir in Frieden und Fortschritt zum Wohle des Friedens zusammenleben können. Wir benötigen nichts von den USA und Sie brauchen nichts von dem, was wir haben. Es stimmt, daß Sie zur Zeit reicher sind als wir. Aber morgen werden wir so reich sein wie Sie und übermorgen noch reicher. Unsere Länder haben verschiedene gesellschaftliche Systeme. Die Geschichte soll darüber urteilen, wer recht hat."

Chrustschow in Amerika

Als das „phantastischste Ereignis des Jahres" bezeichnete die amerikanische Presse den Besuch des sowjetischen Regierungschefs im „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten". Was vor einigen Jahren noch undenkbar schien, ist heute Wirklichkeit geworden: Das von Chrustschow immer wieder angestrebte direkte Gespräch zwischen den verantwortlichen Staatsmännern der beiden Weltmächte findet statt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der sowjetische Ministerpräsident eine Wiederholung der „Gipfelkonferenz" im Stile von 1955 gar nicht als vordringlich betrachtet. Ihm geht es um die Ausräumung der schwierigsten Konfliktstoffe zwischen der westlichen und der östlichen Vormacht. Er glaubt, daß in der unmittelbaren Begegnung mit dem amerikanischen Staatsoberhaupt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden könnten.

Insofern trägt der Versuch Eisenhowers, die direkten Verhandlungen mit Chrustschow als Vorstufe zu einer „Gipfelkonferenz" darzustellen, alle Züge eines diplomatischen Verhüllungsmanövers. Das Gipfeltreffen entscheidet nicht über die Zukunft. Diese Entscheidung fällt zwischen Moskau und Washington. Das weiß der amerikanische Präsident so gut wie Chrustschow. Aber man darf Eisenhower zugestehen, daß er, nachdem Chrustschow erreicht hat, was er wollte, wenigstens das Gesicht zu wahren sucht und deshalb seinem Treffen mit dem mächtigsten Mann der kommunistischen Welt eine den wahren Sachverhalt verschleiernde Deutung gab. Chrustschow, so hieß es, müsse ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllen, wenn die „Gipfelkonferenz" zustande kommen soll. Der Besuch in Amerika könne nur der Klärung dieser Voraussetzungen dienen. Aber ob man sich über ein Gipfeltreffen einigen wird oder nicht, ist zur Zeit von zweitrangiger Bedeutung für die weitere Entwicklung. Eine Viererkonferenz könnte sich nur in den Gang der direkten amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen einordnen.

Trotz der betont zur Schau getragenen Skepsis über den Erfolg des Chrustschow-Besuches ließ es sich nicht vermeiden, daß die amerikanische Öffent-

lichkeit in der Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten den Versuch erblickte, das Wettrüsten zu beenden, den kalten Krieg einzustellen und diplomatische Verhandlungen über offene Probleme einzuleiten. Das sicherste Stimmungsbarometer, die New Yorker Börse, läßt keinen Zweifel daran, daß man von der Begegnung Eisenhower—Chrustschow eine Wende in der Weltpolitik erwartet: Die Inhaber von Rüstungsaktien erlitten empfindliche Einbußen. „Ich muß mich in den Arm kneifen, um zu wissen, daß ich nicht träume", sagte ein amerikanischer Journalist zu dem Sonderkorrespondenten des „Münchener Merkur", als auf dem Flugplatz von Washington das Orchester der Luftwaffe die sowjetische Nationalhymne spielte. Vierundzwanzig Stunden später sahen und hörten Millionen von Amerikanern an ihren Fernseh- und Radiogeräten den Repräsentanten der Sowjetmacht, die zu demütigen das erklärte Ziel ihres verstorbenen Außenministers John Foster Dulles gewesen war. Das Scheitern der „Politik der Stärke" konnte gar nicht eindrucksvoller offenbar werden. Chrustschow im Weißen Haus, Chrustschow vor dem Presseklub in Washington, Chrustschow beim Außenpolitischen Senatsausschuß, Chrustschow in New York vor der UN-Vollversammlung. „Ich hoffe, daß wir das Eis des kalten Krieges ein wenig schmelzen können", hatte Eisenhower vor der Ankunft des russischen Gastes gesagt. Es schmilzt wirklich. Eisenhower erklärte, die Führer der Welt stünden vor Entscheidungen von ungeheurer Tragweite. Es sei seine Hoffnung, daß in der Weltpolitik ein echter Fortschritt bevorstehe, aber niemand könne so kühn sein, ein solches Ergebnis vorauszusagen. Gewiß, zu viel gegenseitiges Mißtrauen und zu viel Konfliktstoffe sind in den vergangenen Jahren angehäuft worden, als daß der Frieden plötzlich „ausbrechen" könnte. Aber man ist von der unversöhnlichen „Politik der geballten Faust", die Dulles lange Zeit praktiziert hat, zur „Besuchsdiplomatie" übergegangen. Eisenhower wird nach Moskau fliegen, und das Eis wird weiter tauen.

Die Themen des Ost-West-Gesprächs

Schon die ersten Verlautbarungen über das Auftreten des sowjetischen Ministerpräsidenten haben die Fragenkomplexe erkennbar werden lassen, die Gegenstand der amerikanisch-russischen Gespräche sein und bleiben werden: Die Abrüstung, der Friedensvertrag mit Deutschland und die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Verhältnis Washingtons zu Moskau stehen im Vordergrund. „Der Verzicht auf Gewalt im Zeichen der modernen Waffen" läßt sich freilich nur schrittweise realisieren Die Engländer setzen sich deshalb gerade in diesem Augenblick erneut für den Disengagement-Gedanken ein. Der Bundeskanzler aber beeilte sich, am Vortage der Chrustschow-Reise noch einmal seine stereotype Forderung nach der „allgemeinen kontrollierten Abrüstung" zu wiederholen und Macmillan eine äußerst scharfe Rüge zu erteilen. Bonn gerät immer mehr in die Isolation. Man setzt in der Ära der amerikanisch-sowjetischen Annäherungsversuche immer noch auf die eine Karte der Nato, und wenn die einflußreichen politischen Kreise Bonns dem Kanzler weiter auf dieser Linie folgen, so werden sie es über kurz oder lang erleben, daß die Bundesrepublik in die gleiche Abgleitstellung von der Weltpolitik gerät, in die Syngman Rhee und Tschiang Kaishek ihre Länder schon manövriert haben. Die Parole von der „allgemeinen kontrollierten Abrüstung" spielt heute die gleiche Rolle wie die Forderung nach „freien Wahlen" in den Jahren 1952 bis 1954. Damals wie heute verwechselte man in utopischer Verkennung der Sachlage die Reihenfolge in der notwendigen Prozedur.

Damals verspielte man die Möglichkeit, in Verhandlungen über die Wiedervereinigung einzutreten. Heute würde man die Möglichkeit zu einer Entspannung

im mitteleuropäischen Raum verspielen. Denn genau so wie die „freien Wahlen" erst n a c h der Klärung des militärischen Status für Gesamtdeutschland kommen konnten, so läßt sich auch die „allgemeine kontrollierte Abrüstung" n i c h t o h n e politische Voraussetzungen und n i c h t o h n e die vorangegangene Schaffung von militärischen Entspannungszonen verwirklichen.

Die Zeit, in der der Kanzler — um mit der „Neuen Züricher Zeitung" zu reden — mit der „spanischen Strenge der Autorität" und in „scharfkantiger Härte" eine Politik „durchgesetzt oder bekämpft" hat, sollte nach der Staatskrise dieses Sommers und dem offenkundigen Scheitern seiner Außenpolitik doch wohl endgültig vorüber sein. Es gibt viele Politiker in Bonn, die sich bisher dem dort entwickelten hierarchischen Denken angepaßt haben, nun aber spüren, daß die Wende in der Weltpolitik auch im Bundeskanzleramt berücksichtigt werden muß.

Sollte es unter ihnen keine Köpfe geben, die es sich zutrauen, der Bundesrepublik aus den Bindungen an eine vergangene Ära einen Durchbruch in die Zukunft zu ermöglichen? Taktische Aushilfen können nichts mehr nützen. Man muß den Mut zu einer Revision der Politik aufbringen, die mit großem Takt und behutsamer Sorgfalt durchzuführen wäre und den derzeitigen Machtverhältnissen Rechnung zu tragen hätte. Es hat keinen Zweck, auf die Wiederbelebung des kalten Krieges zu spekulieren. Die Entwicklung ist darüber hinweggegangen, und es gibt nur noch die Wahl zwischen Frieden und Untergang.

Die Bonner Politik, deren fatales Ende immer sichtbarer wird, hat nicht verhindern können, daß sich heute zwei gleichstarke Weltmächte — die eine verhüllt, die eine offen — um die Fixierung des status quo mühen. Status quo bedeutet Entspannung, aber auch Anerkennung von Realitäten. Status quo bedeutet Festlegung eines bestehenden Zustandes, aber keinen Stillstand in der Entwicklung. Niemand wird die Schwierigkeiten eines Neben- und Miteinanderlebens gegensätzlicher gesellschaftlicher und sozialer Systeme verkennen. Dennoch ist dieses die Grundbedingung für den Frieden in Europa und der Welt. Wir Deutschen müssen es auf uns nehmen, diese Grundbedingung für unser eigenes Volk zu akzeptieren und durchzustehen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, wenn wir den Anschluß an das Weltgeschehen nicht verpassen wollen. Wir müssen handeln und verhandeln. Wir brauchen den Frieden. An seiner dauerhaften Gestaltung haben wir mitzuwirken, wenn wir den Zukunftsaufgaben gerecht werden wollen: der Verständigung der Völker auf unserer klein gewordenen Erde, und der Absage an die militärische Gewalt.

Prof. Dr. Eberhard Menzel

Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung

Eine Auseinandersetzung mit Theodor Eschenburgs Schrift

Zu der Schrift von Prof. Eschenburg, Ordinarius für wissenschaftliche Politik in Tübingen, haben wir den Prof. für Staats- und Völkerrecht an der Universität Kiel und Direktor des Instituts für Internationales Recht um eine Stellungnahme vor allem zu den darin enthaltenen staats- und völkerrechtlichen Ausführungen gebeten. Prof. Dr. Menzel hat in früheren Aufsätzen, von denen wir hier auf „Der europäische Sicherheitspakt — ein Schritt zur Entspannung im Ost/West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands" (Europa-Archiv 1955, S. 7891 ff.) und „Die staats- und völkerrechtlichen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands" (Europa-Archiv 1958, S. 11051 ff.) verweisen möchten, bereits in viel beachteten Überlegungen zu dem Problemkreis Stellung genommen. D. Red.

„Die Deutsche Frage, die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung"

Vor kurzem hat das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die Schrift von Theodor Eschenburg „Die Deutsche Frage, die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung" (Oldenbourg-Verlag, München, 1959) erscheinen lassen. Wenn ein so kluger Kopf wie Eschenburg, dem wir manche treffende Analyse der modernen Staatlichkeit verdanken („Herrschaft der Verbände"), sich zur Wiedervereinigungsfrage äußert, so darf er gewiß sein, daß die politisch Interessierten aufhorchen und ihm willig Gehör schenken. In der Tat: Diese kleine Schrift von 56 Seiten wird später einmal als eines der interessantesten Dokumente unserer Epoche gelten. Ihre Bedeutung liegt allerdings nicht darin, daß ein neuer Weg aufgezeigt wird, der zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands führt, die wir als Folge der Hitlerschen Kriegspolitik verloren haben. Die Bedeutung dieses Heftes liegt in anderer Richtung: Wenn es zur Wiedervereinigung kommt, wird man später mit Staunen feststellen, wie schwer wir es uns selbst gemacht haben, wie viele Barrikaden von uns selbst errichtet wurden. Falls es aber nicht zur Wiedervereinigung kommt, dann wissen wir, daß unsere Generation dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Man wird ihr nachsagen, daß sie zwar erfinderisch in tausend „Wenn" und „Aber" war und daß sie Erstaunliches im Analysieren, Taktieren und Finassieren leistete. Ihr wird aber der Makel anhaften, zu zähe an der mühsam errungenen Schein-Sekurität festgehalten und den mit großen geschichtlichen Ereignissen notwendig verbundenen „Sprung ins Ungewisse" niemals gewagt zu haben. Dann aber gibt Eschenburgs Schrift Aufschluß darüber, wie es geschehen konnte, daß Bismarcks Werk endgültig vertan wurde. Und es bleibt dann nur die Einsicht: Nostra culpa.

Noch aber ist es nicht soweit. Ein solches Verdikt der Geschichte ist noch nicht gesprochen. Eschenburg weiß allerdings keinen Rat zu geben, wie diese Aufgabe bewältigt werden kann. Resignierend stellt er zu den Vorschlägen über die Wiedervereinigung fest (S. 56), sie seien „entweder erträglich, aber im Augenblick unerreichbar oder erreichbar, aber unerträglich". Da man nichts tut, was unerträglich ist, bleibt also die Wiedervereinigung im Augenblick „unerreichbar". Fragt sich nur, wie lange dieser „Augenblick" des Nur-Harren-Dürfens dauern soll. Hierauf antwortet Eschenburg mit dem Hinweis auf „politische Imponderabilien" und „revolutionäre Überraschung". Dunkel und mystisch schließt er: „Das heißt aber weder, daß diese wirksam werden müssen, noch daß sie überhaupt nicht wirksam werden können."

Bei allem Verständnis dafür, daß ein Autor von solchem Rang es sich versagt, dem Leser nach billiger Kinomanier ein „happy end" anzubieten, so sträubt man

sich doch gegen so viel Resignation in einer für uns so entscheidenden Frage. Zugegeben, wir wollen das Ergebnis nicht wahrhaben. Wir sind zwar bereit, Eschenburg in vielem zu folgen und manchen seiner analysierenden Feststellungen zuzustimmen, aber nicht darin, daß nichts getan werden könne, um die natürliche Spaltung der Nation zu überwinden. Es stellen sich Zweifel darüber ein, ob denn die Prämissen richtig sind, die Eschenburg zu dieser Deutung der Situation veranlaßt haben. Mit anderen Worten: Wir müssen prüfen, welche Wertungen und Thesen seinem abschließenden Urteil zugrunde liegen.

Der rein geschichtliche Teil der Ausführungen (S. 1—20) enthält eine gute Schilderung, wie es zur Spaltung kam. Den Feststellungen über die falsche Einschätzung der sowjetischen Absichten bei Kriegsende durch die Alliierten (S. 4/8) wie über das Scheitern des Kontrollratssystems und den russischen Versuch der Errichtung einer „Art politischen Naturschutzparkes in der Mitte Europas" wird man ebenso zustimmen wie der Feststellung: „Formal war die Teilung Deutschlands insofern von den Westmächten und den Westdeutschen ausgegangen, als jene den Anstoß zur Bildung der Teilstaaten und diese die Bildung durchgeführt hatten" (S. 23). Diese Entwicklung war aber nach Eschenburg „die unvermeidliche Voraussetzung der Sanierung des größten Teils Deutschlands". Allerdings könnte man bezweifeln, ob als Alternative wirklich nur die „Einheit in Fäulnis und Elend" (S. 13) bestand.

Zutreffend ist Eschenburgs Feststellung über die Legitimation der Staatsgewalt in den deutschen Teilgebieten: Daß in der Bundesrepublik eine demokratische Legitimierung vorhanden ist, kann ebensowenig bestritten werden wie die Feststellung, daß sie nach unseren Begriffen in der SBZ nicht vorhanden ist, ja nach der dort geltenden Doktrin nicht vorhanden zu sein braucht. Immerhin: Auch das Grundgesetz hat keine plebiszitäre Weihe erhalten, und wir sind in letzter Zeit noch empfindlicher geworden gegen eine allzuwörtliche Interpretation des Grundsatzes der Verfassung, daß die Staatsgewalt beim Volke ruhe; wir lassen das „Volk" nur durch das distanzierende Medium der Repräsentativorgane entscheiden. Andererseits scheint es aber eine Unterschätzung der in der DDR vorherrschenden Doktrin zu sein, wenn Eschenburg die Annahme der Verfassung durch die Volkskammer nur damit erklärt, daß „ihre Mitglieder sonst Gefahr gelaufen wären, wegen konterrevolutionären Verhaltens nach Sowjetrußland deportiert zu werden". Man sollte den Gegner nicht unterschätzen. Grundsätzlich sei aber zum „Legitimationsproblem" noch gesagt: Dieses Abstellen auf das formale Zustandekommen der Verfassung ist nicht ohne ernste Gefahr. Es könnte der Zeitpunkt kommen, an dem die DDR selbst ein nach westlichem Muster veranstaltetes Plebiszit nicht mehr zu scheuen braucht. Wenn wir die Existenz einer demokratischen Grundordnung nur von dem Verfahren der Verfassungsbilligung abhängig machen, müßte folgerichtig die DDR als Demokratie im rechtlichen Sinne anerkannt werden, wenn 51 % der Bevölkerung im Stile „freier Wahlen" ihr Jawort sprechen würden. Entscheidend ist aber nicht dieses verfahrensrechtliche Moment, das wir entsprechend unseren vordergründig-prozessualen Wertungsmaßstäben ausschlaggebend sein lassen, sondern die materiellrechtliche Frage der Garantie eines freiheitlichen Lebens. Zweifel hieran können auch dann noch bestehen, wenn „verfahrensrechtlich" alles gewissermaßen „in Ordnung" wäre. Es ist daher nicht ungefährlich, den Legitimationsgedanken nur auf die Entstehungsgeschichte der Verfassung zu beziehen.

Damit hängt auch zusammen, daß Eschenburg selbst feststellen muß: „Es war vielleicht ein taktischer Fehler der Bundesrepublik und der Westmächte, daß sie nach 1949 nicht stärker auf eine auf die SBZ beschränkte Volksabstimmung gedrängt und erst von dieser Volksabstimmung die Veranstaltung freier gesamt-

deutscher Wahlen abhängig gemacht haben" (S. 19). Sowohl hierin als auch in dem Nichteingehen auf die sowjetische Note vom April 1952 liegt ein Versäumnis. Eschenburg läßt dies aber nicht zu einem echten Vorwurf werden, da er in diesen sowjetischen Offerten nur Angebote sieht, die auf bloße Propagandaeffekte abzielen. Immerhin hätte es die Position des Westens verbessert, wenn sie auf ihre Ernsthaftigkeit erprobt worden wären, zumal damit keinerlei Risiko verbunden war.

In diesem Zusammenhang wird eine These aufgestellt, die zwar dem politischen und nicht etwa dem staats- oder völkerrechtlichen Bereich angehört, gleichwohl aber die Wiedervereinigung auch in der Zukunft zu blockieren vermag. Eschenburg meint nämlich, daß die Sowjetunion aus „Prestige- und Sicherheitsgründen nicht bereit sei, einen Quadratmeter seines ab 1945 neu eroberten Herrschaftsbereichs wieder aufzugeben" (S. 21). Wenn diese Bemerkung richtig wäre, müßten alle Anstrengungen um die Wiedervereinigung erfolglos bleiben. Aber diese These ist falsch. Eschenburg weist selbst auf den sowjetischen Verzicht auf Porkalla in Finnland sowie auf das Verlassen Österreichs hin. Im ersten Fall habe die Sowjetunion angesichts der modernen Waffenentwicklung mit gutem Grund darauf verzichten können, während sie im zweiten Fall die Neutralisierung Österreichs eingetauscht habe. Welches auch immer die Motive gewesen sein mögen, jedenfalls sind „viele Quadratmeter Landes" in diesem Sinn „preisgegeben" worden. Es braucht nur noch an Persien erinnert zu werden oder in anderer Hinsicht an Griechenland. Man sollte das an der raummäßigen Beherrschung ausgeprägte europäisch-kontinentale Machtdenken nicht auf die Sowjetunion übertragen. Sie kennt — ähnlich wie Großbritannien in anderer Weise — noch weitere Beherrschungsmittel und kann es sich leisten, sehr viel elastischer und wendiger in territorialen Fragen zu sein als andere Mächte. Es bedeutet daher eine Unterschätzung auch der Gefährlichkeit der sowjetischen Politik, wenn dieser Gebietskomponente eine solche Bedeutung zugemessen wird. Gänzlich unrichtig ist es aber, eine derart falsche Aussage zur absoluten Schranke für die Wiedervereinigung werden zu lassen.

Aber wenden wir uns nunmehr den eigentlichen völkerrechtlich-staatsrechtlichen Kernfragen zu. Zu ihrer Beantwortung hat Eschenburg eine Reihe recht angreifbarer Thesen aufgestellt. Da die Schrift im Untertitel ausdrücklich auf die „Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung" hinweist, handelt es sich hierbei nicht um en-passant-Bemerkungen, sondern um den Versuch, die rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen der Wiedervereinigung zu klären. Ohne auf alle diesbezüglichen Feststellungen Eschenburgs eingehen zu können, seien jedenfalls die Hauptpunkte herausgegriffen.

1. Das Mißverständnis um die „Anerkennung der DDR"

Eines der wesentlichsten Argumente gegen die Wiedervereinigung ist die Behauptung, daß sie nur möglich sei, wenn die Bundesrepublik die DDR als Staat de jure oder wenigstens de facto anerkenne. Dies widerstrebe aber nicht nur der bisherigen Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik und der Westmächte, sondern führe im Falle des Scheiterns der Wiedervereinigung dazu, daß dann jedenfalls von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen werden müsse.

Diese These ist aber falsch. Sie verkennt das Wesen des völkerrechtlichen Instituts der Anerkennung und die Möglichkeit des Vorbehalts gegenüber einer unerwünschten Auslegung des rein faktischen Verhaltens.

Zunächst sei daran erinnert, daß — in Übereinstimmung mit Eschenburg — der eigentliche Partner der Bundesrepublik in der Wiedervereinigungsfrage nicht

die DDR oder die DDR und die Sowjetunion, sondern die vier Alliierten (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) sind. Dabei kommt es allerdings vor allem auf die Sowjetunion an. An ihrem Widerspruch gegenüber den westlichen Plänen ist die Wiedervereinigung bisher gescheitert.

Nun hat zwar die Sowjetunion mehrfach erklärt, die Aufhebung der Spaltung Deutschlands sei eine innerdeutsche Angelegenheit, d. h. sie sei durch die Bundesrepublik und die SBZ zu vollziehen. Das bedeutet aber nur, daß die Sowjetunion damit die DDR als Verhandlungspartner in den Vordergrund zu schieben versucht. Niemals wollte sich die UdSSR damit ihres Mitspracherechts im Kreise der Alliierten über die Fragen der Wiedervereinigung begeben. Sie würde sofort energisch protestieren, wenn sich die Bundesrepublik etwa plötzlich mit der Regierung der DDR über die Wiedererrichtung eines gesamtdeutschen Staates einigen und die Welt in dieser Hinsicht vor vollendete Tatsache stellen würde.

Richtig ist natürlich, daß die Wiedervereinigung in irgendeinem Stadium des Verfahrens auch direkte Verhandlungen zwischen Organen der Bundesrepublik und solcher der SBZ notwendig macht, und sei es nur in Vollziehung eines Beschlusses der Alliierten.

Bedeutet dies aber eine Anerkennung im völkerrechtlichen Sinn?

Hierzu muß kurz auf das Wesen der völkerrechtlichen Anerkennung hingewiesen werden: Sie hat zunächst keine Einwirkung auf die Tatsache der Entstehung oder des Vorhandenseins eines Staates. Da sind politisch-soziologische Vorgänge und Tatbestände, die sich unabhängig vom völkerrechtlichen Institut der Anerkennung vollziehen bzw. gegeben sind. Ein Staat verdankt seine Entstehung einem politischen Integrationsprozeß, nicht aber der Anerkennung durch andere Staaten.

Die völkerrechtliche Anerkennung besagt also etwas ganz anderes. Sie gibt — in der Form der Anerkennung als Staat — die Absicht des anerkennenden Staates kund, mit dem „neuen" Staat in Beziehung treten zu wollen, d. h. mit ihm die üblichen zwischenstaatlichen Beziehungen zu unterhalten. Die Versagung der Anerkennung bedeutet also nicht die Leugnung der Staatlichkeit, sondern ist nur der Ausdruck dafür, daß man — aus welchen Motiven auch immer — mit ihm nichts zu tun haben will. Das kann dessen internationale Situation ungemein erschweren: Er wird nicht zur Teilnahme an den internationalen Organisationen aufgefordert, ist nicht an den großen Konventionen beteiligt, man schließt mit ihm keine Verträge, seine Staatsangehörigen genießen nur einen sehr beschränkten Schutz. Der Staat soll auf der internationalen Ebene in eine Isolierung gedrängt werden. Denn eine solche Paria-Situation macht ihn vor seinen eigenen Bürgern unglaubwürdig. Sie werten dies als ein politisches Versagen derer, die den Staatsapparat beherrschen. Es entsteht so automatisch ein Spannungsverhältnis zwischen der Bevölkerung und der politischen Führung. Dies kann von innen her das Regime in eine gefährliche Lage bringen. Das ist der Sinn jeglicher Nichtanerkennungspolitik in unserer Epoche der ideologischen Kämpfe und des kalten Krieges.

Das bedeutet aber keineswegs, daß der nichtanerkannte Staat als nichtexistent betrachtet wird. An dem politisch-soziologischen Faktum des Staates ändert sich nichts. So haben die Vereinigten Staaten bis 1933 und die Schweiz bis nach dem zweiten Weltkrieg der Sowjetunion die Anerkennung versagt. Gleichwohl wurde aber die Rechtsordnung dieses Staates als ein Faktum hingenommen: Man erkannte z. B. eine in der Sowjetunion vollzogene Ehescheidung immer an. Nach den Grundsätzen des sog. internationalen Privatrechts — das in Wirklichkeit ein nationales Recht ist — wurden sogar Normen des sowjetischen Rechts von den Gerichten der Vereinigten Staaten und der Schweiz angewendet.

Ähnliches gilt auch für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der von ihr nicht anerkannten DDR: Wir erkennen Ehescheidungsurteile an, vollstrecken u. U. ostzonale Zivilurteile und auch Strafurteile, lassen bis zu einem gewissen Grad sogar Enteignungsakte bei uns rechtsgültig sein. Es werden zahlreiche Verträge geschlossen, wahrscheinlich mehr als mit manchen der westlichen Staaten. Sie werden allerdings meist nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, sondern nur im Bundesanzeiger oder sie verbleiben in den Archiven der Ministerien. Für den Warenhandel sind besondere Kontaktstellen geschaffen worden, die mit entsprechenden Gegenstellen zusammenarbeiten. Gemeinsam haben wir mit der SBZ noch die deutsche Staatsangehörigkeit, dieses letzte Kennzeichen früherer staatlicher Zusammengehörigkeit.

Kommt es also zu Verhandlungen über die Durchführung der Wiedervereinigung, so braucht kein grundsätzlicher Wandel in dem Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR einzutreten. Der bisher schon gepflogene Kontakt wird sich nur auf einer um wenige Grade offizielleren Ebene abspielen. Das ist eine rein technische Frage. Sie macht nicht einmal eine Änderung der Nichtanerkennungspolitik notwendig. Denn es ist kein allzugroßer Unterschied, ob Ministerialräte — wie es bisher gelegentlich geschah — oder Staatssekretäre miteinander verhandeln. Aus dieser Differenz erwächst noch keine Anerkennung.

Im übrigen gibt es auch im internationalen Bereich zahlreiche Beispiele offizieller Verhandlungen ohne Anerkennungsfolge. So haben sich die Vereinigten Staaten nicht gescheut, ihren Botschafter in Warschau mit Abgesandten der von den USA nicht anerkannten Volksrepublik China verhandeln zu lassen.

Es ist ein noch viel näher liegender Präzedenzfall vorhanden: nämlich das Verhältnis zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik. Das Saarland war unter dem französischen Besatzungsregime vom übrigen Deutschland getrennt und mit den Attributen eines selbständigen Staates versehen worden (eigene Verfassung, eigene Regierung, sogar eigene Staatsangehörigkeit). Die Bundesrepublik hat diesen Status aber nie anerkannt. Sie hat sowohl in den EVG-Verträgen von 1952 im Wege vertraglicher Vereinbarung (Schreiben des Bundeskanzlers über die Nichtanerkennung und Antwort der Hohen Kommissare vom 26. 5. 1952) als auch bei der Aufnahme in den Europarat ihren Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Praktisch war das Verhältnis des Saarlandes zu Frankreich ungefähr das gleiche — in manchen Punkten sogar noch enger — wie dasjenige zwischen der Sowjetunion und der DDR. Eine völkerrechtliche Anerkennung des Saarlandes durch die Bundesrepublik ist also nie erfolgt. Gleichwohl hat es Verhandlungen zwischen den Regierungen gegeben. Auf Grund des Volksentscheids — der gar nicht auf die Wiedereingliederung in die Bundesrepublik, sondern auf die Ablehnung eines europäischen Status abzielte — ist dann die Rückgliederung vollzogen worden. Niemals hat man hier das Problem der Nichtanerkennung in den Vordergrund gerückt und als Hindernis für die endgültige Lösung betrachtet.

Es ist also einfach unrichtig, wenn Eschenburg die These aufstellt, die Wiedervereinigung mit der SBZ setze eine vorherige Anerkennung der DDR voraus. Ein solches Erfordernis ergibt sich weder aus völkerrechtlichen noch aus staatsrechtlichen Erwägungen.

Ebenso unbegründet ist aber auch die im Zusammenhang hiermit gemachte Feststellung, daß ein Scheitern der Wiedervereinigung und ein evtl. späterer Rückfall in die gegenwärtige Situation der DDR den Vorteil bringe, daß sie dann von der Bundesrepublik als Staat anerkannt sei. Schon der Vergleich mit dem Saarland zeigt die Unrichtigkeit: Selbst wenn wieder eine Trennung des Saarlandes von der Bundesrepublik vorgenommen würde, käme niemand auf den

Gedanken, aus den Verhandlungen über die Rückgliederung auf eine dann effektiv werdende Anerkennung der Selbständigkeit des Saarlandes zu schließen. Aber bleiben wir bei der DDR: Wenn — wie hier dargetan — für die Durchführung der Wiedervereinigung eine Anerkennung der DDR nicht notwendig ist, dann wird auch keine ausgesprochen werden; sie könnte — weil niemals erklärt — auch nicht im Falle des Scheiterns irgendwie „aufleben".

Nun gibt es allerdings noch das völkerrechtliche Institut der sog. „eingekleideten" oder „konkludenten" Anerkennung („implied recognition"). Das bedeutet, daß aus bestimmten Handlungen eines Staates geschlossen werden darf, daß er damit die Anerkennung eines anderen Staates vollzogen habe. Wenn z. B. Staaten den Austausch von Botschaftern vereinbaren oder Verträge ratifizieren, die bestimmte Verpflichtungen auf lange Sicht zum Inhalt haben, so wird dies in der Regel als ein derartiger konkludenter Anerkennungsakt gelten dürfen. Anders verhält es sich jedoch, wenn gerade das künftige Erlöschen der bisherigen — anerkannten oder nicht anerkannten — Staatlichkeit Gegenstand der Vereinbarungen ist. Es würde dann eine geradezu vertragswidrige Handlung darstellen, wenn im Gegensatz zu dem Sinn eines solchen Abkommens aus der bloßen Tatsache des Vertragsabschlusses eine Anerkennung konstruiert würde. Wenn es der gemeinsame Wille der Parteien ist, eine bestehende oder nur angebliche Völkerrechtssubjektivität eines Staates zu beseitigen, so ist der Schluß eben unberechtigt, es sei die Absicht auch nur einer der Parteien gewesen, die Weiterexistenz eben dieser Subjektivität anzuerkennen. Auch ein Herrn Eschenburg vielleicht näherliegender Vergleich aus dem Verwaltungsrecht bestätigt dies: Wenn eine Großstadt eine vor ihren Toren liegende Ortschaft eingemeindet, so wird ein Eingemeindungsvertrag geschlossen, der die Fragen der Ortssteuern, der Übernahme der Beamten usw. regelt. Niemand käme auf den Gedanken, hierin entgegen dem Sinn eines solchen Vertrages die Bestätigung der Fortexistenz der eingemeindeten Gebietskörperschaft zu sehen.

Im übrigen gibt es auch ein Mittel, um alle Mißdeutungen in dieser Richtung auszuschließen: Man braucht nur in dem Vertragstext oder durch einen Vorbehalt bei der Unterzeichnung oder bei der Ratifikation eine entsprechende Ausdeutungsklausel einzufügen. Im vorliegenden Fall würde etwa festzustellen sein, daß der Abschluß des Vertrages sowie die sich aus seinem Vollzug ergebenden Maßnahmen von seiten der Bundesrepublik nicht als eine Anerkennung der DDR zu betrachten sind. Wird eine solche Klausel Bestandteil des Vertragstextes — als besondere vertragliche Vorschrift oder wie bei den EVG-Verträgen von 1952 oder den Pariser Verträgen von 1954 im Wege eines dem Vertrag beigefügten Briefwechsels —, so läge sogar eine vertragliche Verpflichtung des anderen Partners vor, keine Behauptung über den Vollzug einer Anerkennung aufzustellen. Würde dagegen eine solche Erklärung nur einseitig als echter Vorbehalt bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation angefügt werden, so ist es der anderen Vertragspartei verwehrt, eine konkludente Anerkennung zu unterstellen, weil der entgegengesetzte Wille unmißverständlich zum Ausdruck gekommen ist.

Es zeigt sich also — was jedem Kenner der völkerrechtlichen Einrichtung der Anerkennung schon immer klar war —: daß es im Rahmen der Wiedervereinigung — und zwar sowohl der erfolgreichen als auch der gescheiterten — kein Problem der Anerkennung der DDR gibt. In Zukunft wird sich jeder, der das Gegenteil behauptet, dem Verdacht aussetzen, das Problem der Wiedervereinigung mit unrichtigen Argumenten belasten zu wollen.

2. Grundgesetzänderung für Wiedervereinigungs-Verhandlungen?

Eschenburg geht davon aus, daß die SBZ durch einen „kommunistischen Trick" entstanden sei, den anzuerkennen sich die Bundesrepublik und die westliche Staatenwelt bisher geweigert hätten. Etwas unvermittelt heißt es dann: „Würde die Bundesrepublik die DDR als Staat anerkennen, so gäbe sie damit ihren Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung in der SBZ . . . und die Möglichkeit der Wiedervereinigung mit der SBZ im Wege freier Wahlen auf." Da die Wiedervereinigung in irgendeiner Form Vereinbarungen mit der DDR mit sich bringt, versucht der Verfasser, einer solchen Entwicklung einen Riegel dadurch vorzuschieben, daß er das Erfordernis einer Grundgesetzänderung aufstellt:

> „Während die Anerkennung fremder Staaten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesen prinzipiell allein auf Grund einer Entscheidung der Bundesregierung erfolgt, scheint in diesem besonderen Fall eine Grundgesetzänderung, die Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat erfordert, notwendig, denn durch die Anerkennung Pankows wird der grundgesetzlich festgelegte Anspruch auf Wiedervereinigung aufgegeben. Die Bundesrepublik würde zugleich durch die Anerkennung die Westmächte von der Verpflichtung, sie in ihren Ansprüchen zu unterstützen und damit Pankow anzuerkennen, entbinden. Sie würde durch ihre Anerkennung die Teilung Deutschlands völkerrechtlich anerkennen."

Selbst wenn man im vorletzten Satz („und damit Pankow anzuerkennen") ein „nicht" einschiebt (offensichtlich ein Druckfehler wie an anderer Stelle auch; die jetzige Fassung widerspricht zu offensichtlich dem, was Eschenburg zum Ausdruck bringen will), kann man über diese Sätze nur erschrecken. Es soll eine Preisgabe des Selbstbestimmungsrechts der Zonenbevölkerung bedeuten, wenn auf diesem Weg die Wiedervereinigung verwirklicht wird? Das hieße ja beinahe, daß man größeren Wert auf die Erhaltung des „Anspruchs" als auf seine Realisierung legt! Und es soll eines verfassungsändernden Gesetzes bedürfen, um Wiedervereinigungs-Verhandlungen durchzuführen? Wahrlich: Wenn Fritz von Hippels interessanter Schrift über „Die Perversion von Rechtsordnungen" eine weitere Auflage beschieden ist, sollte eine derartige Auslegung des GG dort Aufnahme finden.

Zunächst ist schon die Prämisse Eschenburgs falsch: daß nämlich ein Verhandeln mit „Pankow" eine Anerkennung der DDR bedeuten muß. Es ist unter Ziffer 1 ausführlich dargetan, daß dies nicht der Fall ist. Wir brauchen uns hier also nur mit der Ausdeutung des GG zu beschäftigen.

Auszugehen ist hierfür von dem klaren verfassungsrechtlichen Gebot, die Wiedervereinigung zu vollziehen, wenn sich hierzu eine Möglichkeit bietet. Die Worte der Präambel „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren", „auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war", „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" sind in dieser Hinsicht deutlich genug. Das GG weist in seinem Schlußartikel (Art. 146) nochmals auf diese Aufgabe hin, indem es seine Geltung beschränkt auf die Zeit bis zu „dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Als Weg hierzu ergeben sich nach dem GG drei Möglichkeiten: Nach Art. 23 ist das GG „in anderen Teilen Deutschlands" nach deren Beitritt zur Bundesrepublik in Kraft zu setzen (Fall Saarland). Dies bedeutet eine Geltungserstreckung der Verfassungsordnung auf diese Territorien und eine entsprechende gebietsmäßige Erweiterung der Bundesrepublik. Vom westlichen Standpunkt aus wäre der Vollzug der Wiedervereinigung auf dem Weg über eine Vergrößerung der Bundes-

republik sicher der Idealfall. Die Zeiten hierfür sind aber offensichtlich vorbei. Eine realistische Einschätzung der politischen Situation führt zu der Erkenntnis, daß die Bildung des deutschen Gesamtstaates sich nicht mehr auf diesem einfachen Wege vollziehen wird.

Die zweite Form des Wiedervereinigungs-Verfahrens ergibt sich aus Art. 146 GG. Diese Verfassungsbestimmung ist ausschließlich auf den Fall der Wiedervereinigung gemünzt. Danach steht die Verfassungsordnung der Bundesrepublik zur Disposition eines gesamtdeutschen Verfassungsgesetzgebers. Die einzige Bedingung besteht darin, daß die neue Verfassung „vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Das bedeutet, daß diese Entscheidung im Wege eines Plebiszits erfolgen kann — und zwar entweder getrennt nach den beiden Gebieten (Bundesrepublik und DDR) oder aber schon als Bestätigung eines „gesamtdeutschen Wahlvolkes". Art. 146 schreibt aber diese plebiszitäre Form nicht zwingend vor. Auf Grund der auch nur-parlamentarischen Legitimation des GG ist auch ein anderes Verfahren denkbar: durch Beschluß der Parlamente. Dies würde mit der in der Bundesrepublik üblichen Ausdeutung des Art. 20 GG durchaus im Einklang stehen, daß nämlich die nach dieser Bestimmung beim Volke ruhende Staatsgewalt nicht durch das Volk unmittelbar, sondern nur mittelbar durch seine Repräsentanten in den gesetzgebenden Körperschaften ausgeübt wird. Ob sich die Wiedervereinigung darüber hinaus — auf Grund entsprechender Delegation — auch im Wege der Einigung der Exekutiven vollziehen ließe, bleibe hier dahingestellt. Jedenfalls gibt es nach Art. 146 nicht nur die Veranstaltung von freien Wahlen als Auftakt des Integrationsprozesses.

Der dritte Weg zur Wiedervereinigung führt über Art. 24 GG*). Sicherlich ist bei dem Erlaß dieser Bestimmung nicht an eine solche Verwendungsmöglichkeit gedacht worden. Das schließt aber nicht aus, daß man sich ihrer bedient, wenn andere Wege versagen. Die Wiedervereinigung könnte also auch auf diesem umständlicheren, aber wegen der steten Zurücknahme der Einzelakte gefahrloseren Weg der Errichtung zwischenstaatlicher Einrichtungen realisiert werden. Wenn in dieser Weise Hoheitsrechte auf gemeinsame Organe übertragen würden, so wäre dies durch einfaches Gesetz möglich. Es wäre also keine Grundgesetzänderung nach Art. 79 erforderlich.

Das bedeutet, daß nach Art. 23 und Art. 24 ein einfaches Gesetz genügt, während sich nach Art. 146 das Grundgesetz für den Fall der Wiedervereinigung selbst zur Disposition des neuen Verfassungsgesetzgebers gestellt hat. Dieses Ergebnis steht auch in vollem Einklang mit den Bemühungen des GG, die Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu erleichtern und nicht zu erschweren.

Dieser Feststellung steht nicht entgegen, daß die zum Vollzug der Wiedervereinigung notwendigen Vereinbarungen evtl. auch unter die Tatbestände des Art. 79 Abs. 1 S. 2 gebracht werden könnten: „völkerrechtliche Verträge, die eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben". Der Sinn dieser Vor-

---

*) GG — Artikel 24

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

schrift besteht darin, daß derartige Verträge Regelungen enthalten dürfen, die mit dem GG nicht voll vereinbar sind, vorausgesetzt, daß der Bundestag mit verfassungsändernder Mehrheit von dieser Möglichkeit der Privilegierung Gebrauch macht. Der erste und bisher einzige Anwendungsfall ist die Einfügung des Art. 142a in das GG (Privilegierung zugunsten der EVG-Verträge von 1952, die aber als solche nicht in Kraft traten, weil Frankreich die Ratifikation verweigerte; maßgebliche Teile dieses Vertragswerkes sind dann in die Pariser Verträge von 1954 aufgenommen worden, die aber keine ausdrückliche Privilegierung nach Art. 79 Abs. 1 S. 2 erfahren haben). Wenn die Vereinbarungen über die Wiedervereinigung dieser Vorschrift unterliegen würden, so wäre in der Tat die Notwendigkeit gegeben, hierfür eine Zustimmung der verfassungsändernden Mehrheit zu erhalten. Es erscheint aber unrichtig, Verträge zum Vollzug der Wiedervereinigung dieser Bestimmung zu unterstellen. Zunächst könnte zweifelhaft sein, ob es sich — jedenfalls nach dem Standpunkt der Bundesrepublik — um „völkerrechtliche" Verträge handeln würde. Wenn man vom Fortbestand des deutschen Staates nach 1945 ausgeht oder die These vertritt, daß Deutschland nur durch die Bundesrepublik repräsentiert werde — eine Konstruktion, die ihren Niederschlag auch in den Verträgen von 1954 gefunden hat und von den Westalliierten anerkannt wurde —, dann bleibt die Wiedervereinigung ihrem Wesen nach ein innerdeutsches und damit nicht-völkerrechtliches Problem. Außerdem stellen die Wiedervereinigungsvorschriften des Art. 23 und 146 GG Spezialvorschriften dar und schließen damit die Anwendbarkeit des Art. 79 Abs. 1 S. 2 aus.

Wenn sich also die im GG mehrfach angeordnete Wiedervereinigung entweder auf dem gewöhnlichen Gesetzesweg oder — im Falle des Art. 146 — außerhalb des GG vollzieht, so bedarf es für die Einleitung entsprechender Verhandlungen — sei es mit den Alliierten oder der DDR — keiner Grundgesetzänderung. Das Argument von Eschenburg, jegliche Verhandlung mit der DDR über die Aufhebung der Spaltung Deutschlands bedürfe, da damit die Anerkennung der DDR verbunden sei und dies wiederum den „Anspruch auf Selbstbestimmung" der Zonenbevölkerung gefährde, einer vorherigen Änderung des Grundgesetzes, erweist sich damit als hinfällig.

3. Grundgesetzänderung bei einer evtl. Aufhebung des KPD-Verbots?

Eschenburg verlangt aber noch eine andere Grundgesetzänderung: Falls nämlich im Zuge der Wiedervereinigung die Zulassung der bürgerlichen Parteien in der SBZ zur Erörterung stehe, würde als Gegenleistung wahrscheinlich die Aufhebung des vom Bundesverfassungsgericht erlassenen Verbots der KPD gefordert werden. Hierzu ist aber nach Eschenburgs Ansicht eine Grundgesetzänderung erforderlich.

Es sei hier nicht die Frage erörtert, ob die Bundesregierung weise daran getan hat, den Antrag auf Verbot der KPD nach Art. 21 GG zu stellen. Gerade kommunistische Organisationen zu Untergrundbewegungen werden zu lassen, mag nicht sehr klug sein. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist jedoch vorhanden und muß als Faktum hingenommen werden. Es fragt sich, ob und gegebenenfalls auf welchem Wege es beseitigt werden kann, falls die politische Situation im Rahmen der Wiedervereinigung dies als ratsam erscheinen läßt oder geradezu erforderlich macht.

Eschenburg stellt zunächst zutreffend fest, daß nach den Vorschriften des GG der Grundsatz gilt „Einmal verboten, immer verboten". Nach dem geltenden Recht ist in der Tat keine Möglichkeit der Aufhebung eines solchen Parteienverbotes vorgesehen.

Andererseits hat das Urteil selbst deutlich gemacht, daß es nur im Rahmen des zeitlichen und örtlichen Geltungsbereiches des GG wirksam ist. Vollzieht sich daher die Wiedervereinigung im Rahmen des Art. 146 und tritt ein gesamtdeutscher Verfassungsgeber in Erscheinung, so ist dem Verbot die Grundlage entzogen und Raum geschaffen für jedwede Neuregelung.

Im übrigen bleibt zu prüfen, ob nicht auch jenseits des Art. 146 die rechtliche Möglichkeit für eine Zurücknahme des Verbots besteht. Das GG und das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) enthalten hierüber keine Regelung. Es besteht also insofern eine echte Lücke. Um sie zu schließen, braucht man aber nicht den Verfassungsgesetzgeber zu bemühen, es genügt vielmehr eine entsprechende Ergänzung des BVerfGG. Wenn man die Frage, ob der Bundespräsident ein Gutachten des Bundesverfassungsgerichts einholen kann oder ob ihm dieses Recht versagt sein soll, durch eine Änderung des BVerfGG geregelt hat, wird auch die Ausfüllung der „Aufhebungs"-Lücke auf dem gleichen Weg als zulässig erachtet werden müssen. Diese Ansicht findet außerdem ihre Stütze in Art. 21 Abs. 3 GG: „Das Nähere regeln Bundesgesetze."

Wie eine solche Nachhol-Regelung im einzelnen zu gestalten wäre, braucht hier nur in Umrissen dargetan zu werden: Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei betont, daß es selbstverständlich kein Eingreifen — weder des gewöhnlichen noch des Verfassungsgesetzgebers im konkreten Fall, d. h. gegenüber einem bestimmten Urteil — geben kann. Die Entscheidungen weder der ordentlichen Gerichtsbarkeit noch des Bundesverfassungsgerichts stehen zur Disposition der gesetzgebenden Körperschaften. Sie können ein ihnen mißliebiges Urteil nicht durch gesetzgeberischen Akt beseitigen. Es handelt sich vielmehr um eine generelle Möglichkeit für die Aufhebung von Urteilen, die auf Grund des Art. 21 und § 13 Nr. 2 BVerfGG erlassen sind.

Es erscheint durchaus sinnvoll, eine derartige Aufhebung zuzulassen. Man sollte nicht außer Betracht lassen, daß ein solches Verfahren durch eine politische Entscheidung der Exekutive ausgelöst wird. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar zu entscheiden, ob die in Art. 21 genannten Voraussetzungen vorliegen. Aber es hat keine Möglichkeit, etwa über die Bundesanwaltschaft das Vorhandensein verfassungswidriger Parteien festzustellen. Selbst für die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat als die drei Antragsberechtigten (§ 43 BVerfGG) besteht kein Verfolgungszwang. Niemand steht unter dem Druck des Legalitätsprinzips. Dies ist also ein ausschließlich politischer Akt, der lediglich die Erfüllung eines rechtlichen Tatbestandes zur Voraussetzung hat. Dieser politische Akt kann sehr wohl so ausgestaltet werden, daß er zurücknehmbar ist. Um hier keine „Wackelpolitik" eintreten zu lassen, könnte z. B. eine Regelung dahin getroffen werden, daß die Zurücknahme nur mit Zustimmung aller oder jedenfalls von zwei der drei im Gesetz genannten Antragsberechtigten möglich ist (BT, BR, BReg). Es kann auch sein, daß eine politische Partei gar nicht wegen eines verfassungsfeindlichen Zieles, sondern nur wegen ihres undemokratischen Aufbaues verboten wird. Auch hier erscheint eine Revisionsmöglichkeit bei entsprechender Garantie für ein demokratisches Willensbildungsverfahren durchaus sinnvoll. Auf keinen Fall aber sollten Urteile des Bundesverfassungsgerichts auf Grund des Art. 21 GG den Anspruch auf tausendjährige Geltung besitzen. Es kann keinesfalls zugelassen werden, daß die Wiedervereinigung — falls die Frage der Aufhebung des KPD-Urteils hierbei ernsthaft eine Rolle spielt — durch dieses Problem belastet wird, insbesondere auch dann nicht, wenn davon die Einführung eines Systems der freien Parteien in der SBZ abhängen sollte.

Abschließend sei also festgestellt, daß es entgegen der Behauptung Eschenburgs zur Aufhebung des KPD-Urteils keiner Änderung des GG, sondern nur des

BVerfGG bedarf. Damit wäre ein weiterer Stein auf dem Pfade zur Wiedervereinigung beiseite geräumt.

4. Das Problem der „Mischform zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärem Kommunismus"

Zu den zügigen Parolen Eschenburgs gehört ferner die verneinende Antwort auf die Frage, ob es eine Mischform zwischen „freiheitlicher Demokratie und totalitärem Kommunismus" geben kann. So formuliert, ist man zunächst geneigt, dem Autor zuzustimmen, womit sich die Chance der Wiedervereinigung erledigt hätte.

Doch diese Fragestellung ist falsch. Es ist doch niemals daran gedacht, einen so dualistischen Staat als das Endziel der Wiedervereinigung überhaupt nur ins Auge zu fassen. Es ist — nachdem sich der Weg über Art. 23 als nicht mehr gangbar erwiesen hat — nämlich an etwas ganz anderes gedacht: an einen Integrationsprozeß, der zunächst von dem Fortbestand der beiden Staatsfragmente ausgeht, aber sich um ein gemeinsames Dach bemüht. Während dieser Zeit werden in der Tat die gegenwärtigen staatsideologischen Grundlagen in der Bundesrepublik und der SBZ erhalten bleiben. Es wird ein demokratisch-freiheitliches Gefälle von Ost nach West geben. Dies wird bereits eintreten, wenn Freizügigkeit besteht. Welche Unsumme menschlichen Leides würde allein dadurch unmöglich werden, daß zwischen West- und Mitteldeutschland nicht mehr „landesverräterische Beziehungen" möglich sind mit den Rechtsfolgen der Verhaftungen, Zuchthausurteilen, Existenzvernichtungen. Eine Verrats-Situation ist dann ebensowenig gegeben wie heute zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Wenn die Straftatbestände der „Republikflucht", der „Abwerbung" usw. gegenstandslos werden, kommen gerade jene Praktiken in Wegfall, die wir zu Recht als unerträglich empfinden. Die politische Justiz, die Überwachung und Bespitzelung hinsichtlich der politischen Gesinnung, das Unter-Druck-Halten, die Methoden des „freiwilligen Zwangs", die Freiheitsbeschränkungen. Es erscheint sehr viel zweckmäßiger und gerade vom demokratischen Standpunkt aus sehr viel effektvoller, durch eine Wiedervereinigung einer solchen Herrschaftsausübung jeglichen Anlaß zu nehmen, als in doktrinärer Weise über ideologische Unvereinbarkeit zu sprechen und damit den gegenwärtigen Zustand zu verewigen. Wenn die Möglichkeit besteht, diese Anlässe zu beseitigen, so wird die kommende Generation diejenigen der Mitschuld an der Aufrechterhaltung des totalitären Systems bezichtigen, die nicht alles an seine Beseitigung gesetzt haben.

Das wiedervereinigte Deutschland wird als Staat weder das genaue Abbild der Bundesrepublik noch gar der DDR sein. Es wird kein „Entweder — Oder", sondern einen Einschmelzungsprozeß geben. Als Mittel hierzu bieten sich plebiszitäre Entscheidungen an. Ihre demokratische Legitimierung wird weder unter dem Gesichtspunkt des Art. 20 GG („alle Staatsgewalt geht vom Volk aus"), noch nach der östlichen Auffassung vom „nationalen Selbstbestimmungsrecht" bestritten werden können. In der Frage der Rechtsstaatlichkeit wird es keine erheblichen Schwierigkeiten geben. Dafür bietet der nach der Seite der Freiheit hin entstehende Sog eine Sicherheit. Wer vor die Wahl zwischen Freiheit und Unfreiheit gestellt wird, wählt die Freiheit. Anders verhält es sich mit der Wirtschafts- und Sozialordnung. Hier gibt es selbst in westlich-demokratischen Staaten echte Alternativen und latente Spannungsverhältnisse. Es sei nur daran erinnert, daß auch das Grundgesetz keine Entscheidung zugunsten einer bestimmten Wirtschaftsordnung getroffen hat. Wir haben in Art. 14 GG (Einzelenteignung) eine Verwirklichung liberalen Gedankenguts, in Art. 15 GG (Sozialisierung, Nationalisierung) dagegen die Möglichkeit einer Entprivatisierung auf zahlreichen

Wirtschaftsgebieten eröffnet. Daß gegenwärtig die „soziale Marktwirtschaft" (streng genommen in sich bereits ein Kompromiß) vorherrscht, ist eine politische Entscheidung. Auf der Grundlage des GG hätte ebensogut eine Planwirtschaft installiert werden können. Die Sozialstaatsklausel des Art. 20 wäre als Ausgangspunkt hierfür durchaus geeignet gewesen. Man sieht: Es besteht selbst nach der Verfassung der Bundesrepublik ein Spielraum. Allerdings würde er wohl schwerlich eine verfassungsrechtliche Rückendeckung für alle Gestaltungen in der SBZ im Bereich der Wirtschafts- oder Sozialordnung darstellen.

Damit ist eine andere Frage angeschnitten, die nicht die Ausrichtung einer künftigen Gesamtstaatlichkeit, sondern die Möglichkeit regional unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialordnungen innerhalb eines Staates betrifft. Bekanntlich hat nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion für die Wiedervereinigung die Beibehaltung der „sozialistischen Errungenschaften" gefordert. Niemand hat bisher klar zu sagen vermocht, was darunter verstanden werden soll. Handelt es sich um Fragen des Sozialschutzes, der Einflußnahme der Massenorganisationen, die Lohnhöhe, um den Ausschluß der „Bürgerlichen" von Fortbildungsmöglichkeiten (Zulassung zur Universität) oder um was sonst? Wenn man sich nicht von dem Globalbegriff „soziale Errungenschaften" schrecken läßt, sondern ihn in Einzelproblematiken aufteilt, stößt man auf Fragen, über die sich verhandeln läßt. Abgesehen davon, daß auch hier ein Sog nach dem Westen — allerdings nicht zu allen Erscheinungen unseres „Wirtschaftswunders" — einsetzen wird, kann selbst die Bundesrepublik Anerbieten machen: So ist z. B. die Rolle der Gewerkschaften im Westen eine gewichtigere — eben weil sie sich in der Freiheit vom Staat entwickeln konnte — und auch das Streikrecht ist eine Errungenschaft, die in einem totalitären System noch so sozialistischer Prägung undenkbar ist. So eigentümlich es auch erscheinen mag: Selbst auf dem der DDR ureigenen Gebiet der „sozialen Errungenschaften" vermag der Westen Lösungen anzubieten, die sich der Osten nicht leisten kann.

Selbst wenn es nötig sein sollte, den Fortbestand der bisherigen „sozialen Errungenschaften" in Mitteldeutschland bis zur Herstellung einer gesamtdeutschen Staatlichkeit zu garantieren, stünde auf weite Sicht die endgültige Fixierung der Wirtschafts- und Sozialordnung zur Disposition des Verfassungsgesetzgebers. Sie könnte auch auf plebiszitärem Weg vorgenommen werden. Für die Übergangszeit würde notwendigerweise eine Entwicklung nicht im Sinne der Ost-Orientierung, sondern im Sinne einer West-Orientierung eintreten. Das aber würde selbst bei irgendwelchen Bestandsgarantien zugunsten jetziger Einrichtungen eine Verbesserung der Situation bedeuten, wenn auch noch keineswegs den Gleichklang mit der Ordnung in der Bundesrepublik. Es sei hier aber an den vom Bundesverfassungsgericht im Saarurteil ausgesprochenen Grundsatz erinnert, daß es besser sei, einen dem Grundgesetz angenäherten Zustand zu erreichen, statt aus Gründen einer unerreichbaren völligen Übereinstimmung überhaupt nicht zu handeln.

Auch wenn es erforderlich wäre, den „sozialen Errungenschaften" nach der Herstellung der gesamtdeutschen Staatlichkeit im Rahmen einer regionalen Ordnung eine Ausnahmestellung zu gewähren, könnte dies kein ernsthaftes Hindernis für die Wiedervereinigung sein. Auch Eschenburg gibt zu, daß nicht daran zu denken sei, die Bodenreform, die Bildung des Volkseigentums usw. einfach rückgängig zu machen und den Zustand von 1939 herzustellen. Es sei daher nochmals betont: Wenn erst Klarheit darüber herrscht, was unter sozialen Errungenschaften im einzelnen zu verstehen ist, werden sich tragbare Lösungen erzielen lassen. Auch zu Anfang des Bismarckschen Reiches gab es Spannungen, die durch den Föderalismus abgefangen wurden. Der süddeutsche Liberalismus und der preu-

ßische Konservatismus wirkten sich zwar weniger auf dem ökonomischen Gebiet, wohl aber auf dem Sektor der staatlichen Gestaltung aus; so lag etwa ein halbes Jahrhundert zwischen der ersten Errichtung von Verwaltungsgerichten im Süden und der letzten im Norden. Außerdem war das Reich keineswegs sozial homogen, sondern wies sehr erhebliche Unterschiede in der Sozial- und Wirtschaftsgestaltung auf. In der rückblickenden Schau haben sie sich verringert, aber sie waren vorhanden. Trotzdem gelang die Einigung.

Sicher sind innerhalb der deutschen Entwicklung die Gegensätze zwischen den einzelnen Gebieten in dieser Hinsicht nicht so stark gewesen wie heute im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Aber unter einem staatlichen Dach werden die Divergenzen schnell an Stärke verlieren.

Im übrigen bleibt daran zu erinnern, daß es Präzedenzfälle gibt, in denen selbst ein offen kommunistisches Regime innerhalb eines nichtkommunistischen Staates möglich war bzw. ist. Ein Beispiel ist San Marino, das nach dem zweiten Weltkrieg in den Händen einer kommunistischen Verwaltung war. Formal betrachtet war und ist San Marino sogar ein selbständiger Staat, praktisch jedoch ein Teil Italiens. Es gelten dort die italienischen Gesetze wie überhaupt die italienische Rechtsordnung. Es gehört zum einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebiet und wird außenpolitisch von Italien vertreten. Dies war möglich, obwohl dort lange Zeit ein kommunistisches Regime herrschte, das eine entsprechende Wirtschafts- und Sozialordnung zu verwirklichen suchte. Ein anderes Beispiel stellt der indische Gliedstaat Kerala dar: Wiewohl Bestandteil Indiens hat er auf Grund von Wahlen ein kommunistisches Regime gehabt, das heute noch unangefochten geblieben wäre, wenn es nicht in selbstmörderischer Weise eine Gewaltlösung in der Schulfrage herbeizuführen versucht hätte. Ganz allgemein gilt: Bevor man Thesen über eine generelle Unmöglichkeit von „Mischformen" aufstellt, sollten diese historischen Erscheinungen näher untersucht werden.

In diesem Zusammenhang sei ferner bemerkt, daß nicht nur das britische Weltreich eine Vielzahl gänzlich konträrer Wirtschafts- und Sozialordnungen aufzuweisen hat, sondern auch Frankreich. Es handelt sich dabei weniger um die Frage des Verhältnisses zwischen dem Mutterland und den Kolonien, als vielmehr um das jahrzehntelang funktionierende System der Parallelordnung von islamischer und europäischer Rechtsgestaltung in Nordafrika, dessen Departements bekanntlich einen Teil des Mutterlandes ausgemacht haben bzw. noch ausmachen. Es gibt also Überschneidungsgebiete gänzlich unterschiedlicher Ordnungen. Auch die autonome Stellung mancher Minderheiten hat den Rang von „Staaten im Staate" gehabt. Bei gehörigem Durchdenken lassen sich ganz unterschiedliche Situationen des Zusammentreffens verschiedener Wirtschafts- und Sozialordnungen innerhalb eines Staates aufzeigen.

Angesichts dieser Vielzahl von historischen Situationen mit divergierenden ökonomischen, sozialen und sogar nationalen Ordnungen erweist sich Eschenburgs allzu doktrinäre Haltung als unrichtig. Selbst innerhalb der westlichen Welt gibt es nicht diese harten dogmatischen Alternativen. Ob Spanien oder Kuba, ob Portugal oder die Dominikanische Republik als Musterländer für eine freiheitlich-demokratische Ordnung gelten können, ist zum mindesten fraglich. Wie der Totalitarismus mancher mittel- und südamerikanischen Militärdiktaturen in dieses Alternativsystem einzuordnen ist und welchem Lager die autoritären Regime zuzurechnen sind, über alles dies wird einfach hinweggegangen. Man mag die Welt in so vereinfachter Weise betrachten, wenn man es für zweckmäßig hält. Aber eine solche Simplifizierungsmethode kann nicht als Maßstab für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Wiedervereinigung dienen.

5. Die These von der grundsätzlichen Überlegenheit des SED-Regimes bei Wiedervereinigungs-Verhandlungen

Eine andere Anti-Wiedervereinigungs-These Eschenburgs geht dahin, daß bei Wiedervereinigungs-Verhandlungen in einem gemeinsamen Organ die Bundesrepublik wegen ihrer freiheitlich-demokratischen Ordnung notwendigerweise der Unterlegene sein muß. So vernünftig die Feststellung ist, daß von der Parität in einem solchen Organ auszugehen ist und nicht von 2,5 : 1 oder gar 3 : 1-Mehrheiten wie es der Bevölkerungszahl nach wohl sein könnte, so unberechtigt ist das nun plötzlich in Erscheinung tretende Minderwertigkeitsbewußtsein der westlichen Seite:

> „Soweit Parität in diesem Fall nicht überhaupt nur das Recht bedeutet, die Wiedervereinigung zu verhindern, könnte sie doch nur den Sinn haben, daß die Wiedervereinigung durch paritätische Annäherung erfolgt. Ob die rechtsstaatliche freiheitliche Demokratie einen solchen Annäherungsprozeß aushält, ist sehr zweifelhaft. Der Überlegene in der politischen Wirklichkeit wird die in sich geschlossene, straff disziplinierte, zentral gelenkte kommunistische Partei wohl bleiben. ... Im Verhältnis zur SBZ muß innerhalb einer Konföderation die Meinungsfreiheit und Entscheidungsfreiheit als eine Schwäche der Bundesrepublik wirken. So würde trotz formaler Parität eine tatsächliche Unparität zugunsten der SED entstehen."

Da sich die Vertreter der Bundesrepublik in einem solchen Gremium frei entscheiden können, also nicht geschlossen auftreten, kann nach Eschenburg eine Mehrheitsentscheidung „nur durch einen Einbruch in die westdeutsche Vertretergruppe erfolgen". Hierzu konstruiert Eschenburg eine kommunistische Partei auf westdeutscher Seite, die, ohne sich als solche zu bezeichnen, an den Verhandlungen teilnimmt, und kommt so zu dem Schluß, daß das gemeinsame Organ von einer „kommunistischen Mehrheit" beherrscht werden könne. Wenn man also eine gar nicht existierende Partei erfinden muß, steht es um diese Argumentation nicht gut. Aus ihr wird aber das Bestreben ersichtlich, das Schreckgespenst einer Verhandlungsniederlage an die Wand zu malen, um eine Annäherung auf dem Verhandlungsweg auszuschließen. Obwohl unsere sonstigen politischen Überlegungen von einem recht ausgeprägten Selbstbewußtsein zeugen, wird hier von der grundsätzlichen Unterlegenheit des Westens ausgegangen. Wahrlich: kein Preis ist zu hoch, um den Vollzug der Wiedervereinigung auf dem Verhandlungswege als unmöglich erscheinen zu lassen.

Natürlich wird im Zusammenhang mit dem Konföderationsvorschlag der SED — gegen den sich in der Tat sehr viel sagen läßt — auch die Anerkennungsproblematik wieder hervorgeholt. Eschenburg kommt zu der Feststellung:

> „Die Annahme des Konföderationsvorschlages würde nicht nur bedeuten, daß der bisherige Zustand, also die Teilung, konserviert wird, sondern sie würde gleichzeitig die Anerkennung der kommunistischen DDR als Staat einschließen, würde also den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der Sowjetzone und damit auf die Möglichkeit der Wiedervereinigung bedeuten."

Damit gelangt man zu der etwas bizarren Schlußfolgerung, daß die Zustimmung zu einer Konföderation oder Union oder wie man den provisorischen Zustand kennzeichnen will, einen Verzicht auf die Wiedervereinigung bedeuten soll, während umgekehrt die Ablehnung derartiger Vorschläge die Wiedervereinigung zu fördern imstande sein soll. Bei allem Verständnis für eine paradoxe Ausdrucksweise drängen sich doch einige Zweifel an der Logik derartiger Schlußfolgerungen auf.

Die Methode, gegenüber allen Einigungsmöglichkeiten am Verhandlungstisch

Schranken zu errichten, wendet Eschenburg auch bei anderen Fragen an. Für ihn ist z. B. die Abhaltung freier Wahlen in der SBZ eine Unmöglichkeit (an anderer Stelle bemerkt er allerdings richtig, daß es ein Fehler war, dieses Erfordernis so zu betonen und daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der Zone nach dem dortigen Wahlrecht abstimmen zu lassen). Er sieht für die Durchführung freier Wahlen nur zwei Möglichkeiten: Die eine besteht darin, daß die Bundesrepublik „unter internationaler Kontrolle nach vorher von den vier Alliierten festgelegten Bedingungen die Verwaltung der SBZ übernimmt", ein Plan, dem er aber selbst keine Chance der Realisierung gibt. Die zweite Möglichkeit soll in der Einrichtung einer internationalen Kontrolle bestehen. Hierzu meint er, daß die Abstimmungen z. B. im Saargebiet unter der internationalen Kontrolle nur deshalb möglich gewesen seien, weil zwischen Frankreich und Deutschland „keine verfassungspolitischen Gegensätze bestanden". Es ist aber wirklich nicht einzusehen, was verfassungspolitische Homogenität oder Heterogenität mit dem technischen Vorgang der reinen Wahlkontrolle zu tun hat. Doch die Argumentation Eschenburgs geht noch weiter: da es heute keinen Staat gebe, der „außerhalb der verfassungs- und gesellschaftspolitischen Gegensätze von West und Ost" stehe, könne im Grunde niemand die internationale Kontrolle ausüben. Aber selbst mit dieser Feststellung ist es noch nicht genug. Es kommt zu einer weiteren Kaskade von Argumenten: Eine solche Internationale Kommission „müßte das Recht zu Beamtensuspendierung und -versetzung haben", sie „müßte also über der Regierung stehen, ja sie ersetzen, was deren Rücktritt bedeuten würde".

Kurz gefaßt bedeutet dies also eine dreifache Argumentation gegen die Möglichkeit der Abhaltung freier Wahlen: Eine internationale Kontrolle ist zum Scheitern verurteilt, weil keine verfassungspolitische Homogenität besteht, weil wegen der Ost-West-Gegensätze keine Macht „vorurteilsfrei" genug ist und weil außerdem dann zuerst die Regierung der DDR zurücktreten müßte. Demgegenüber sei eindeutig festgestellt: Die in der modernen Geschichte in zahlreichen Fällen ausgeübte internationale Kontrolle von Wahlen, Plebisziten usw. stand niemals unter den von Eschenburg geforderten Voraussetzungen. Auch hier errichtet Eschenburg Schranken, die von der Sache her nicht erforderlich sind.

Auch hier handelt es sich also um doktrinäre Einwendungen, die darauf hinauslaufen, jegliche Verhandlungen über die Wiedervereinigung als unsinnig erscheinen zu lassen. Eschenburg hätte sich nur noch ein wenig deutlicher zu dem Prinzip bekennen sollen „Qui mange de diable en meurt". Seinen Ausführungen liegt es unausgesprochen zugrunde. Man sollte sich aber dagegen wehren, daß die Ablehnung jeder Verhandlung mit schein-rationalen Erwägungen begründet wird. Insbesondere ist es ungerechtfertigt, von einer grundsätzlichen Überlegenheit des Ostens und damit von einer ebenso grundsätzlichen Unterlegenheit des Westens auszugehen. Zugegeben, daß die sowjetische Diplomatie wesentliche Erfolge in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg erzielt hat. Diese Tatsache bedeutet aber nicht, daß nicht auch der Westen seinen Standpunkt zu wahren gewußt hat. Die westliche Welt verfügt über ein ausreichendes geistiges und politisches Potential und ist keineswegs von vornherein in einer aussichtslosen Position. Es ist nicht einzusehen, warum man Minderwertigkeitstheorien aufstellt, nachdem wir kurz zuvor noch in „Stärke" geschwelgt haben. Beide Vokabeln sollten jedenfalls im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Wiedervereinigung verschwinden. Denn sie sind beide illusionär und nur geeignet, die wahre Sachlage zu verhüllen. Als Argument kommt weder eine institutionelle Schwäche der Demokratie, noch ein grundsätzliches personelles Unvermögen ihrer Repräsentanten in Frage. Die Schwierigkeit für den Vollzug der Wiedervereinigung liegt nicht im „Können", sondern im „Wollen".

6. Die Wiedervereinigung als Ziel einer nationalen Politik oder als Gegenstand parteitaktischen Verhaltens?

Wenn hier von „nationaler Politik" gesprochen wird, so hat dies mit nationalistisch nichts zu tun. Darüber bedarf es keiner ausführlichen Darlegung. Denn die Spaltung Deutschlands ist von allen Seiten — von den West-Alliierten und der Sowjetunion, von dem SED-Regime und der Bundesrepublik — als unnatürlich gekennzeichnet worden. Die Aufhebung eines solchen unnatürlichen und gefährlichen Zustandes kann nicht als Ausdruck eines falschen Nationalismus angeprangert werden. Insoweit herrscht wohl völlige Übereinstimmung.

Im vorliegenden Zusammenhang ist der Ausdruck „nationale Politik" in einem ganz anderen Sinne gemeint: Das Gegenstück hierzu wäre eine rein parteipolitische Sicht. Es ist nämlich zu fragen, ob die Wiedervereinigung noch ein Ziel darstellt, das vom ganzen deutschen Volk gutgeheißen wird. Bisher galt dies als eine Selbstverständlichkeit. Die verschiedenen Beschlüsse des Bundestags in der Wiedervereinigungsfrage gehen davon aus.

Es ist aber Eschenburgs Verdienst, einen Aspekt in die Auseinandersetzungen eingeführt zu haben, den bisher niemand wahrhaben wollte: An zwei Stellen der Schrift weist der Autor nämlich darauf hin, daß die Wiedervereinigung auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden müsse, daß ihr Vollzug in jedem Fall eine Veränderung der gegenwärtigen „gesellschaftspolitischen" Situation der Bundesrepublik und des politischen Kräfteverhältnisses in ihr mit sich bringt. Im berichtenden Teil der Schrift wird allgemein festgestellt:

> „Überlegungen über Bewahrung und Veränderung des konfessionellen und regionalen Gleichgewichts wurden im stillen angestellt. Die einen erwarteten von der Wiedervereinigung eine Stärkung ihrer Position, die anderen glaubten, auf eine Schwächung gefaßt sein zu müssen. In manchen Verfahrensvorschlägen zur Wiedervereinigung kommt diese Überlegung oder jenes Interesse, wenn auch nur verdeckt, zum Ausdruck. Das sind begreifliche Überlegungen und Interessen innerhalb eines politischen Kräftegefüges, die aber im Fall der Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung keine ausschlaggebende Wirkung gehabt hätten."

In der rückblickenden Analyse stellt sich Eschenburg die Auswirkungen dieser Überlegungen so vor:

> „In breiten Schichten des Volkes . . . bestand, wenn auch vielfach nur im Unterbewußtsein, eine ausgesprochene Scheu vor einem so gewaltigen innerstaatlichen, organisatorischen, ökonomischen und sozialen Experiment mit seinen kaum übersehbaren Folgen, wie es der Zusammenschluß zweier Gebiete gegensätzlicher Ordnung darstellen würde. Man wollte aus nationaler Solidarität und Pflichtauffassung ebenso wie aus persönlicher Verbundenheit mit den Menschen der Ostzone die Wiedervereinigung, aber man zauderte, sie zu forcieren. Man war bereit, aber man drängte nicht unerbittlich."

Es kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden, ob diese Analyse richtig ist. Ebensowenig soll in diesem Zusammenhang danach geforscht werden, seit wann und auf wessen Geheiß sich retardierende Elemente in die Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung eingeschlichen haben, insbesondere welche Rolle dabei die Parteiapparate spielten. Es muß auch der künftigen Forschung zur Zeitgeschichte überlassen bleiben, ob der Wahlslogan „Keine Experimente" schon den stillen Verzicht auf die baldige Durchführung der Wiedervereinigung bedeutet hat oder nicht.

Bemerkenswert sind die Äußerungen Eschenburgs zur gegenwärtigen Situation. In seiner Polemik gegen den Wiedervereinigungsplan der SPD — zu dem er fest-

stellt: „Zwischen der SED-Konstruktion und der SPD bestehen keine prinzipiellen, sondern nur graduelle Unterschiede" — vertritt er die Ansicht, daß sich hier gesellschaftspolitische Tendenzen mit nationalpolitischen Zielen verbinden. Mit harten Worten — „desintegrierende Wirkung", „besorgniserregend" — läßt er den Eindruck entstehen, als komme es der Opposition unter dem Deckmantel der „nationalen Frage" nur auf diese gesellschaftspolitische Änderung an. Er beruhigt dann aber den Leser mit der Feststellung — wieder eine Flucht auf das Gebiet der bloßen Taktik —, daß die Durchführung eines solchen Planes nur möglich sei, wenn „diese Partei maßgeblich an der Bundesregierung beteiligt wäre oder sie führen würde". Und er schließt mit der etwas boshaften Bemerkung, daß deshalb diesem Vorschlag die „aktuelle Bedeutung noch zu fehlen scheint".

Hier ist Eschenburg etwas zu sehr in das Gestrüpp rein parteipolitischer Polemiken geraten. Sensible Beurteiler würden in dem Versuch, den Verfahrensvorschlag einer Partei durch die Parallele mit dem SED-Plan — „nur graduelle, keine prinzipielle Unterschiede" — zu diffamieren, sowie in der Behauptung vom angeblichen Vorwiegen „gesellschaftspolitischer" Zielsetzung unter dem Deckmantel der nationalen Zielsetzung den Ausdruck eines etwas unerfreulichen politischen Stils sehen. So sollten selbst Vertreter politischer Parteien nicht miteinander umgehen.

Wichtiger als diese Stilfrage ist aber die Tatsache, daß Eschenburg Gefahr läuft, einen verhängnisvollen Irrtum zu begehen: Für die Mehrzahl der Deutschen in der Bundesrepublik ist und bleibt die Frage der Wiedervereinigung ein Problem der nationalen Politik, nicht der parteitaktischen Erwägungen. Für die Parteien mag es verständlich sein, wenn sie ihre gesellschaftspolitischen oder sozialökonomischen Zielsetzungen auch bei der Entscheidung über die Wiedervereinigung maßgeblich sein lassen. Doch bleibt zu berücksichtigen, daß die Parteien kaum mehr als fünf Prozent der Wählerschaft hinter sich haben und daß ihnen im Grundgesetz keineswegs die Funktion zuerkannt wurde, allein die politische Willensbildung des deutschen Volkes vorzunehmen. Sie sind vielmehr nur zur „Mitwirkung" berufen (Art. 20 GG). Die Mehrheit der nicht den Parteianweisungen unterliegenden Deutschen — und ihre Zahl ist wesentlich höher als diejenige der „Organisierten" — steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung der Spaltung Deutschlands eine unserer Generation auferlegte Aufgabe ist. Es liegt an uns — auch um den Preis des Verzichts auf mancherlei Sekurität, die zweifellos die gegenwärtige Struktur der Bundesrepublik zu bieten hat — dafür zu sorgen, daß die deutsche Nation in der Mitte Europas nicht das erste Opfer der ideologischen Gegensätze wird.

Noch so scharfsinnige Polemiken über die Identifizierung von „gesellschaftspolitischen" Tendenzen und nationalpolitischer Zielsetzung helfen nicht über die Tatsache hinweg, daß wir drauf und dran sind, das Werk von Bismarck zu einer kurzen Episode in der deutschen Geschichte werden zu lassen. Die kommenden Generationen werden uns nicht von der Verantwortung für das deutsche Schicksal freisprechen. Von dieser historischen Perspektive sollten alle Überlegungen über die Wiedervereinigung ausgehen. Wenn unsere Söhne und Enkel die Schrift Eschenburgs zur Hand nehmen und feststellen, wieviele Argumente gegen die Wiedervereinigung vorgebracht werden und daß sich in ihr kein noch so verhaltenes „Ja" für ihren Vollzug findet, wird die jetzige Generation den Beinamen „die Kleingläubigen" erhalten. Es wird ihr als Schuld angerechnet werden, nach dem Hitlerschen Abenteuer des zweiten Weltkrieges die deutsche Einheit verspielt zu haben. Noch aber können wir uns einem solchen Verdikt entziehen. Die Zeit arbeitet aber gegen uns.

7. Das Ergebnis

Eschenburgs Ausführungen haben einen großen Vorzug: den der Offenheit und der Desillusionierung. Wir wissen nun, daß gar nicht mehr das „Wie" der Wiedervereinigung den eigentlichen Kern der Diskussion ausmacht, sondern das „Ob".

Das ist eine sehr unbequeme Wahrheit. Denn bisher pflegten wir die ausländischen Stimmen, die sich für die Beibehaltung der Spaltung Deutschlands aussprachen, gewissermaßen in einer schwarzen Liste zu vermerken. Unsere amtlichen Stellen und die Presse nahmen von derartigen Äußerungen „mit Überraschung", „mit Befremden" oder gar „mit äußerstem Befremden" Kenntnis, je nachdem, aus welchem Lager die Äußerung stammte. Nun aber ist klar, daß wir zunächst bei uns zu klären haben, wer für und wer gegen die Wiedervereinigung ist. Die Epoche der bloßen Lippenbekenntnisse neigt sich offenbar ihrem Ende zu.

Man sollte es nicht bedauern, daß die Diskussion auf das Stadium des „Ob" zurückgeworfen wurde. Eschenburg hat deutlich werden lassen, daß es grundsätzliche Zweifel darüber geben kann, ob eine Wiedervereinigung überhaupt zu wünschen ist. Es war eben eine Illusion, hierüber ein allgemeines Einverständnis anzunehmen. Jetzt wird es zu Auseinandersetzungen hierüber kommen müssen. Sollte die Entscheidung zugunsten der Wiedervereinigung ausfallen, wird sich die Frage nach dem zweckmäßigen Weg erneut stellen.

Für diese grundsätzliche Klärung sollte auf dem von Eschenburg aufgezeigten Weg der absoluten Offenheit weitergegangen werden. Dies gilt aber auch gegen Eschenburgs Versuch, die Bedenken gegen einen baldigen Vollzug der Wiedervereinigung hinter völkerrechtlichen oder staatsrechtlichen Argumentationen zu verstecken. Es sei daher nochmals wiederholt: Seine Thesen über die Anerkennung der DDR und deren rechtliche Folgen sind unrichtig; selbst wenn es nach der Einigung der Alliierten zu Verhandlungen mit der DDR über den stufenmäßigen Abbau der beiden Teilstaatlichkeiten kommen sollte, läge darin keine völkerrechtliche Anerkennung der SBZ, vor allem dann schon gar nicht, wenn dies wie bei anderen Situationen durch entsprechende Vorbehalte abgesichert würde. Auch die Thesen über die Unmöglichkeit einer Mischform zwischen dem westlichen und östlichen Herrschaftssystem überzeugen nicht; eine solche einfache Alternative besteht in Wirklichkeit gar nicht, denn die politischen Organisationsformen sind wesentlich zahlreicher und vielfältiger, was durch die historischen Präzedenzfälle ausreichend bewiesen wird. Weiterhin halten auch die staatsrechtlichen Ausführungen über die Notwendigkeit einer zweifachen Grundgesetzänderung einer juristischen Nachprüfung nicht stand: Das Bonner Grundgesetz weist in der Präambel und in Art. 146 so deutlich auf das Erfordernis der Wiedervereinigung hin, daß die Aufnahme entsprechender Verhandlungen nicht durch eine Grundgesetzänderung erschwert sein kann. Auch im Fall der Aufhebung des KPD-Urteils ist zur Ausfüllung der in dieser Hinsicht bestehenden Lücke keine Änderung des GG nach Art. 79 erforderlich, es genügt vielmehr eine einfache Ergänzung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht. Schließlich gehen auch die Ausführungen über die grundsätzliche Unterlegenheit der westlichen Seite bei einem paritätisch besetzten Gremium ebenso fehl — trotz der phantasievollen Konstruktion einer kommunistischen Partei auf seiten der Bundesrepublik, die sich aber nicht so nennt und noch gar nicht vorhanden ist — wie das Erfordernis gleicher Verfassungssysteme für die Ausübung einer internationalen Kontrolle bei Wahlen.

Damit dürfte der Versuch Eschenburgs gescheitert sein, den Vollzug der Wiedervereinigung als völkerrechtlich oder staatsrechtlich unmöglich hinzustellen. Es gibt in dieser Hinsicht kein juristisches „Non possumus", wohl aber ein poli-

tisches „Non volumus". Es gehört daher zum notwendigen Desillusionierungsprozeß, daß man sich nicht hinter angeblichen juristischen Unmöglichkeiten verschanzt. Die Diskussion muß vielmehr mit Unerbittlichkeit auf die Grundfrage zurückgeführt werden: Wollen wir oder wollen wir nicht? Entscheidend dafür sind viele Gründe, vor allem aber die Bereitschaft, gewisse Risiken zu tragen und zu handeln. Es ist Eschenburgs Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß wir bisher leichtfertig über diese Abwägungen hinweggegangen sind und uns darauf beschränkt haben, dieses Problem vor uns herzuschieben, ohne es zu lösen.

Auch für die internationale Diskussion über die „deutsche Frage" ist die Schrift eine Bereicherung. Allerdings wird man aus ihr auch negative Schlüsse ziehen: Wir müssen gewärtig sein, daß ausländische Partner bei kommenden Verhandlungen diese Broschüre als Beweis gegen eine mit allzugroßer Selbstverständlichkeit vorgetragene Forderung nach Vollzug der Wiedervereinigung verwenden. Und was wäre geschehen, wenn man etwa Präsident Eisenhower bei seinem Besuch in Bonn auf Eschenburgs Ausführungen verwiesen hätte, falls der Gast den Wunsch geäußert hätte, die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zur Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu erfahren? Wahrscheinlich hätten ihn die unzähligen Einwände und Vorbehalte, die vielen selbsterrichteten Hindernisse und der verzichtende Grundton verwirrt. Deshalb wird man diese Schrift sicher nicht in den deutschen Auslandsvertretungen auslegen. Trotzdem ist es gut, daß sie geschrieben wurde. Denn jede Entzauberung eines Tabus und jeder Verzicht auf falsches Pathos bringt uns der Wahrheit näher.

Die Wahrheit aber ist, daß es auch Gegner der Wiedervereinigung gibt; sicher nicht in dem Sinne, daß die Spaltung Deutschlands als idealer Zustand empfunden wird, dagegen wohl in dem Sinn, daß Risiko und Preis für ihre baldige Vollziehung manchem zu hoch erscheinen. Um diese Fragen müssen jetzt die Auseinandersetzungen entbrennen. Sie sollten in der richtigen Erkenntnis der historischen Perspektive geführt werden: der Tatsache nämlich, daß die Zeit der Provisorien abgelaufen ist und die deutsche Nation wieder sichtbar werden muß.

Dr. Achim v. Borries

Zehn Jahre Provisorium und sein Preis

Zwei bedeutungsvolle nationalpolitische Gedenktage hat die Bundesrepublik in diesen Herbstwochen des Jahres 1959 begangen, man ist geneigt zu sagen: begehen müssen. Denn der geschichtliche Zusammenhang, in dem sie beide entscheidende Wendepunkte markieren, ist für die Deutschen bitter genug. Am 1. September 1939 eröffnete der deutsche militärische Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg. Am 14. August 1949 wählte die Bevölkerung der Bundesrepublik ihr erstes Parlament, am 12. September 1949 der neue Bundestag Professor Dr. Theodor Heuss zum ersten westdeutschen Staatsoberhaupt. Zwischen diesen Ereignissen der Jahre 1939 und 1949 lag der 8. Mai 1945. Die politische und militärische (zu schweigen von der moralischen) Katastrophe, in die das Hitler-Regime die Nation gestürzt hatte, führte zum Ende der nationalpolitischen Souveränität Deutschlands und zu seiner Vier-Teilung durch die Besatzungsmächte. Der Weg vom 8. Mai 1945 über den August/September 1949 zum

Herbst 1959 ist der Weg zur Wiederbegründung und Konsolidierung einer neuen deutschen Staatlichkeit gewesen. Er war aber zugleich auch der Weg von einer durch die Siegermächte aufgezwungenen Teilung Deutschlands zu einer durch die Deutschen selbst mit bewirkten und besiegelten Spaltung ihres Vaterlandes. Ein Rückblick auf „Zehn Jahre Bundesrepublik", der solch schmerzlich-nüchterner Einsicht sich entzieht, unterschlägt die entscheidende Problematik der nationalpolitischen Entwicklung in diesen zehn Jahren. Denn was immer nationalpolitisch diese Bundesrepublik bedeuten mag — der hohe, vielleicht allzu hohe Preis, der für ihre Errichtung und ihren Ausbau bezahlt werden muß, liegt wie ein Schatten auf ihr. Die Jahrestage der ersten Bundestags- und der ersten Bundespräsidentenwahl sind darum alles andere als ein Anlaß zu selbstzufriedener Festbetrachtung, so wenig wie zu bloßer „Würdigung" des „Erreichten" — ist doch dieses „Erreichte" in mehr als einer Hinsicht fragwürdig genug und läßt es doch die entscheidende andere Frage, die nach dem Nicht-Erreichten und Versäumten, nicht verstummen.

Die freimütige Diskussion über den „Preis" darf nicht mehr erstickt werden (wie es ‚offiziöse' Bonner Kreise versuchen, die sich an ‚kleine Schönheitsfehler' in der Entwicklung halten, um sich als ‚kritisch' auszuweisen und gleichzeitig die entscheidenden politischen Zusammenhänge bewußt zu verschleiern): mit ihr wird der historische Rückblick zum politischen Ausblick, zur kritischen Betrachtung jener zehnjährigen Phase westdeutscher Politik, die auf Grund neuer weltpolitischer Entwicklung heute vor ihrem Ende steht, nachdem sie die Nation in eine Sackgasse geführt hat. Zahlreiche publizistische Äußerungen anläßlich der Zehn-Jahres-Feier der Bundesrepublik lassen denn auch hinter einer gewissen oberflächlichen Apologetik heute schon ein tiefes Unbehagen, eine wachsende nationalpolitische Ratlosigkeit erkennen. Sie geben zwischen den Zeilen oder sogar ausdrücklich zu, daß ein wesentlicher Teil der Hoffnungen sich als trügerisch erwiesen hat, von denen die Gründung der Bundesrepublik begleitet gewesen war und mit denen ihr Ausbau immer wieder gerechtfertigt worden ist. Es heißt, „Manches" sei erreicht worden, „Anderes" nicht. Und wenn das bereits das verklausulierte Eingeständnis des Scheiterns jener Bonner politischen Konzeption ist, so bedeutet hier häufig noch immer ein solches „nicht erreicht" — „noch nicht erreicht". Als ließe sich „eines Tages" auch noch dieses bisher nicht Erreichte erreichen. Wird in einer solchen Betrachtungsweise zwar die bisherige Methodik der Bonner Politik vorsichtig kritisiert, so doch nicht etwa deren Zielsetzung. Die Diskussion um den „Preis" kann aber auch vor ihr nicht halt machen. Denn jene Teil-Kritik mündet fast immer zuletzt doch wieder in eine ‚grundsätzliche' Apologetik ein und nährt, ob bewußt oder unbewußt, die Vorstellung, nur eine gewisse falsche Methodik und vor allem ein widriges weltpolitisches Geschick habe dazu geführt, daß „bisher" „nur Einiges", „nicht Alles" erreicht worden sei. Man wird nun aber gerade heute der Frage nicht ausweichen dürfen, ob denn nicht gerade das Erreichte selbst ein entscheidender Grund dafür geworden ist, daß anderes nicht erreicht werden konnte.

Der Aufbau der westdeutschen Bundesrepublik wurde eingeleitet mit der Einführung der sogenannten „Freien Marktwirtschaft" durch die bürgerliche Bundestagsmehrheit von 1949. Mit ihr begann die außerordentliche Dynamik der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands — gleichzeitig aber auch eine ungehemmte privat-kapitalistische Restauration. Sie führte zu einer wesentlichen Steigerung des Lebensstandards (erkauft mit härtester Arbeit) aller Volksschichten — aber auch zu einer neuen ungeheuren Konzentration wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht (die mittelbar auch politische Macht und als solche je länger desto mehr wirksam geworden ist) in den Händen weniger. Es ist

durchaus ungewiß, ob dieses neo-kapitalistische System auf die Dauer schweren ökonomischen Krisen entgehen kann — das letzte Wort über seine „Krisenfestigkeit" ist durchaus noch nicht gesprochen. Daß es zwar „christlich-demokratischen", nicht aber biblisch-christlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit entspricht (zu denen sich einst in ihrem Ahlener Programm die CDU immerhin teilweise bekannt hatte) sollte nicht länger so nachsichtig verschwiegen werden, wie das heute üblich ist. Und nicht in erster Linie an seinem Verdienst um die ‚Konsumsteigerung' (der auf der anderen Seite eine ungeheure Profit-Steigerung entspricht) ist dieses System zu messen, sondern an der entscheidenden Frage, ob es in der Lage ist, eine wirklich sinnvoll arbeitende, dem Gemeinwohl dienende Volkswirtschaft und auf dieser Basis eine wirklich freie und humane menschliche Gesellschaft zu begründen. Die maßlose Kommerzialisierung des gesamten Daseins, der unbarmherzige Konsum-Terror, das heißt die totale Ökonomisierung und Funktionalisierung des einzelnen Bürgers, die faktische Reduktion der ‚Freiheit' auf reale Profit-Freiheit und scheinbare Konsum-Freiheit — alle diese für das Leben in der Bundesrepublik heute durchaus typischen fragwürdigen Erscheinungen gehören in das Bild dieser mythisierten „Freien Marktwirtschaft". Der Neo-Kapitalismus ist zum eigentlichen ‚Grundgesetz' der Bundesrepublik geworden ...

Schon diese kapitalistische Restauration in Westdeutschland ist nur zu verstehen im Rahmen der weltpolitischen Entwicklung seit 1948/49. Der Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion als den Vormächten zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme wurde immer stärker, ihre weltpolitische Rivalität immer größer. Das wirkte sich auf ihre Haltung in der ‚Deutschland-Frage' entscheidend aus. War schon die Gründung der Bundesrepublik nur dank der Zustimmung der Westmächte möglich gewesen, so wurde ihr wirtschaftlicher Aufbau nun durch amerikanische Investitionen und Kredite gefördert. Westdeutschland geriet damit in eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA. Außerdem war ihm eine propagandistische Funktion zugedacht: es sollte zum Schaufenster des kapitalistischen Systems in Mitteleuropa werden. Dem entsprach die Entwicklung auf der anderen Seite. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik folgte im Oktober 1949 der bereits im Mai 1949 offiziell verkündeten der Bundesrepublik. Der Ausbau Ostdeutschlands zum mitteleuropäischen Vorposten des Sowjet-Systems und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, 1945 zunächst sehr vorsichtig eingeleitet, wurden nun unter dem Schutz der sowjetischen Truppen mit gesteigerter Energie fortgesetzt *). Ein großer Teil der Arbeiterschaft und auch der bürgerlichen Intelligenz in Ostdeutschland unterstützten diese Entwicklung, von der sie hofften, sie werde zu einem ‚sozialen Humanismus' führen. Die Erinnerung an die Katastrophe des Kapitalismus in Deutschland 1918—1933 und an den Umschlag vom Krisen-Kapitalismus zum Nationalsozialismus stand hinter solchen Hoffnungen. Der Weg des neuen ostdeutschen Staates führte in die entgegengesetzte Richtung wie der der Bundesrepublik. Eine „Wiedervereinigung" der nun formell zu „Staaten" gewordenen Teile Deutschlands wurde immer schwieriger.

Die zweite Phase in dem Prozeß, der von der Teilung zur Spaltung Deutschlands führte, wurde bestimmt von der militärpolitischen Restauration. Im Sommer 1950 bot der Bundeskanzler den Westmächten an, eine neue westdeutsche Armee aufzustellen und sie den westlichen Streitkräften zu inte-

*) Eine kritische Betrachtung der Entwicklung der DDR würde über das hier gestellte Thema hinausgehen. Sie muß einem anderen Aufsatz vorbehalten bleiben, der dann auch das Problem der Partnerschaft der beiden deutschen Staaten zu behandeln hätte.

grieren. Der verantwortliche westdeutsche Staatsmann drängte die Bundesrepublik bewußt in die Rolle eines aktiven militärischen Exponenten des Westens im Kalten Krieg. Mit diesem Militär-Bündnis erst erkaufte der westdeutsche Staat seine „Souveränität". Und er erkaufte sie teuer, denn für die rein formelle außenpolitische „Freiheit" bezahlte er mit einer neuen, überaus schwerwiegenden militär-politischen Bindung. Das wirkte sich innenpolitisch zugunsten einer Restauration der Militär-Ideologie, in gewissen neuen Formen, aus. Es führte aber auch sehr schnell zu einer entsprechenden Reaktion im anderen Teil Deutschlands: dem Aufbau der westdeutschen Bundeswehr folgte die Aufstellung der Nationalen Volksarmee der DDR, dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO der der DDR in den „Warschauer Pakt". Die beiden deutschen Armeen vertraten fortan nicht nur zwei gesellschaftlich-ideologisch einander immer feindlicher werdende deutsche Staaten, sondern zwei weltpolitische Machtblöcke, zu deren bloßen Funktionären sie mehr oder weniger wurden.

Die Politik der militärischen Westbindung Bonns hatte aber auch noch andere Folgen. Die Bundesrepublik trat als Militär-Macht in die Reihen eines offen antisowjetischen und anti-kommunistischen Bündnisses. Sie mußte damit den besonderen Argwohn der Sowjetunion erregen und diese veranlassen, mehr denn je vorher auf eine Konsolidierung ihrer militärischen und politischen Position in Mitteleuropa Gewicht zu legen. Dies um so mehr, als Westbündnis und Wiederaufrüstung der Bundesrepublik von einer ideologischen Aggressivität begleitet wurden, die das Westdeutschland Konrad A d e n a u e r s sehr schnell zum antikommunistischen Musterschüler der USA avancieren ließ. Die politischen Führer in Bonn erklärten unumwunden, daß sie den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO als das geeignete Mittel dazu betrachteten, eines Tages die Sowjetunion zu einem Rückzug aus Mitteleuropa durch militärischen Druck zu zwingen und auf diese Weise auch das Problem der deutschen Wiedervereinigung zu lösen. Die politischen und psychologischen Hypotheken sowie die wirtschaftlichen Lasten der Wiederaufrüstung sind jahrelang immer wieder durch eine Propaganda-Parole gerechtfertigt worden, die sich auf die kurze Formel bringen läßt: durch Wiederaufrüstung zur Wiedervereinigung. Bonn pochte darauf, daß seine westlichen Bündnispartner es in diesem Sinne unterstützen würden. Daß eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung dieser Parole Glauben schenkte und zweimal das Mandat der Regierung Adenauer bestätigte, besagt nichts hinsichtlich der wirklichen Chancen einer solchen Politik. Begleitet war sie schon seit 1949 von dem, was wir hier bereits früher die Ideologie des ‚Gesamtdeutschen Anspruches' der Bundesrepublik und die ‚Modell-Theorie' genannt haben. Die Bundesregierung lehnte jedes Gespräch mit der DDR strikte ab und erklärte deren Regierung für illegitim. Sie fühlte sich an der Seite der Westmächte stark genug, Verhandlungen abzulehnen und stattdessen Maximal-Forderungen zu stellen. Das heißt, sie verlangte von der Sowjetunion nichts anderes als eine offene Kapitulation in der „Deutschland-Frage": die Liquidation des sozialistisch-kommunistischen Systems in der DDR, deren Anschluß an die Bundesrepublik und den Eintritt des neuen gesamtdeutschen Staates in ein anti-sowjetisches Militärbündnis der Westmächte. D a s war, offiziell, Bonns Programm, durch Jahre hindurch. Der „Gesamtdeutsche Anspruch" sollte die alsolute Intransigenz Ostberlin gegenüber rechtfertigen und verhindern, daß die DDR außenpolitisch als deutscher Staat anerkannt würde. Und die „Modell-Theorie" besagte, daß das Muster für den gesellschaftlichen, politischen und militärpolitischen Status Gesamtdeutschlands allein die Bundesrepublik sein könne.

Die Sowjetunion hat Bonn immer wieder zu verstehen gegeben, daß sie aus naheliegenden politischen, militärischen und psychologischen Gründen zu einer

Erfüllung dieser westdeutschen Maximal-Forderungen sich niemals bereiterklären könne. Sie hat verständlicherweise vor allem daran Anstoß genommen, daß die Bundesregierung auf dem Verlangen nach politisch-militärischer Bündnis-Wahlfreiheit einer späteren gesamtdeutschen Regierung um jeden Preis bestand, obwohl ein derartiges Ansinnen (sofern es ernst gemeint und nicht nur ein Obstruktions-Mittel war, das jegliche Verhandlungen verhindern sollte) dem politischen Realismus in der Bundeshauptstadt nicht gerade ein gutes Zeugnis ausstellt. Moskau hat dann die Bundesrepublik in zahlreichen Noten vor den Folgen der Wiederaufrüstung und vor allem vor der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gewarnt, unter unmißverständlichem Hinweis darauf, daß diese Wiederaufrüstungs-Politik die Lösung des deutschen Wiedervereinigungs-Problems immer weiter komplizieren müsse. Alle diese Warnungen sind von der Bonner Regierung höhnisch als „bloße Propaganda" abgetan worden. Sie hat es versäumt, die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion in der Deutschen Frage jemals durch ein halbwegs realistisches, konkretes Verhandlungs-Angebot auch nur zu erproben. Diese absolute Intransigenz gegenüber der vierten Siegermacht des zweiten Weltkrieges war begleitet von einer nicht minder intransigenten Haltung gegenüber allen anderen Ostblock-Staaten. Besonders schwerwiegend sind in diesem Zusammenhang die Versäumnisse der westdeutschen Polen-Politik, die durch bloße beteuernde „Erklärungen", wie sie etwa der Bundeskanzler zum 1. September gegenüber dem polnischen Volke abgegeben hat, nicht wiedergutgemacht werden können. Wenn irgendwo dann sind gerade gegenüber Polen unter den heutigen Umständen n u r Taten Realitäten, nicht aber Worte.

Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, die die Bundesrepublik hinsichtlich der Wiedervereinigung auf die Politik des Westbündnisses und der forcierten Aufrüstung gesetzt hatte. Sie beruhten auf einer gefährlichen militärpolitischen Selbstüberschätzung Bonns und auf der Fehlspekulation, der „Kalte Krieg" werde eines Tages die Sowjetunion zumindest zur Preisgabe der DDR veranlassen. Die Entwicklung ist aber, und nicht zuletzt gerade auf Grund des westdeutschen militärpolitischen Engagements, in entgegengesetzter Richtung verlaufen. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik wurde nicht zum entscheidenden Instrument der Wiedervereinigung, sondern zum mit-entscheidenden Hindernis auf dem Wege zu ihr. Außenpolitisch hat die DDR in den letzten Monaten beinahe überall Terrain gewonnen. Ihre Wirtschaftslage hat sich wesentlich gebessert. Auf der anderen Seite aber sind die USA und Großbritannien heute aus zwingenden Gründen zu einer Entspannungs-Politik auf lange Sicht bereit. Entspannungs-Politik heißt nicht Kapitulations-Politik. Aber es bedeutet den bewußten Verzicht auf realpolitisch unsinnige Forderungen zugunsten einer konkreten Politik im Rahmen des Möglichen, die die grundsätzlichen Gegensätze zwischen Ost und West langsam mildern, vor allem aber den Frieden sichern kann. Für die Bundesrepublik gilt heute, was nicht nachdrücklich genug gesagt werden kann, weil solche Einsicht allein die Bonner Politik endlich aus der Sackgasse herausführen kann: es kann und es wird k e i n Z u r ü c k zu 1945 oder 1949 in Deutschland geben. Die Wirklichkeit von 1959 i s t eine andere als die von 1945 und die von 1949. Die nationalpolitische und gesellschaftliche Wirklichkeit in beiden zu Staaten gewordenen Teilen Deutschlands w i r d 1969 wiederum eine andere sein als heute. Der ‚Gesamtdeutsche Anspruch' der Bundesrepublik aber ist außen- wie innenpolitisch endgültig nur noch eine Fiktion. Westdeutschland hat seinen in mancher Hinsicht positiven Wiederaufbau mit einer zehnjährigen Politik der nationalpolitischen Illusionen teuer, vielleicht zu teuer bezahlt. Aber

gerade die weltpolitische Entspannung, die sich jetzt anbahnt, bietet auch ihm eine konkrete Chance zu einer ‚deutschen Politik' im Rahmen des Möglichen. Das nüchtern-illusionslose politische Gespräch und der freie gesellschaftliche und geistige Wettbewerb mit der DDR allein können zu einer positiveren deutschen Wirklichkeit führen.

Arno Behrisch, MdB

„Herrschaftsauftrag auf Frist"

Jüngst hat uns Theodor Heuss eine wichtige Wahrheit wiederholt: Demokratie ist Herrschaftsauftrag auf Frist. Die Demokratie ist ein System der gewaltlosen und unblutigen Machtablösung. Da sie auf dem Gedanken einer Wertgemeinschaft über den in einer freien Gesellschaft unvermeidlichen Konflikten, Gegensätzen und Streitigkeiten fußt, bedeutet ein Regierungswechsel keinen Systemwechsel. Umgekehrt: Demokraten wissen, daß Menschen an der Macht sich verbrauchen, daß Macht mehr oder minder alle Menschen zu Machtmißbrauch verführt, und leiten daraus die Ablösung der Mächtigen als wünschenswert und notwendig ab. Wir lasen ja auch schon bei Euripides: Macht, die über das Maß sich erhebt, vertragen die Sterblichen nirgends und nie. Darum ist's besser, man hat sich gewöhnt an die Schranken der Gleichheit.

Demokratie ist vor allem Zusammenarbeit zwischen Andersdenkenden. Der entscheidende Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur liegt darin, daß nach den Grundsätzen der Demokratie das Mehrheitsprinzip modifiziert werden muß durch die Anwendung der Prinzipien der Freiheit und der Toleranz. Demokratie bedingt Kompromisse, wobei die Mehrheit bei der Minderheit nie das Gefühl aufkommen lassen darf, der fairen Chance, Mehrheit werden zu können, durch Manipulationen beraubt zu sein. Mit anderen Worten: Die Majorität darf die Minorität unter gar keinen Umständen von der Opposition in die Obstruktion treiben. Der Regierungschef darf in der Opposition nur den Gegner, niemals aber den Feind sehen.

Im neuen Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokraten heißt es deshalb durchaus folgerichtig: „Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang, beide tragen Verantwortung für den Staat". In England wird der Opposition die Gleichwertigkeit sichtbar damit bestätigt, daß ihr Führer vom Königshaus besoldet wird. Mit diesem Geld soll der Führer der Opposition nicht etwa bestochen werden, sondern es wird damit ausgedrückt, daß die Opposition das Salz der Regierungssuppe ist, daß die Opposition das unerläßliche Korrektiv und Kontrollorgan der Regierung darstellt.

Ein Dezennium parlamentarischer Demokratie in Deutschland sollte Veranlassung sein, die eben skizzierten Grundsätze mit der Wirklichkeit in unserem Lande zu konfrontieren. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das die Macht vor allem beim Bundeskanzler konzentrierte, sagte das Mitglied des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer: „Darum darf ich den Wunsch aussprechen, die maßgebenden politischen Parteien möchten bei dem Wahlkampf, der nun entbrennen wird, mit dafür sorgen, daß man ehrlich und in vornehmer Weise miteinander kämpft unter Zurückstellung alles dessen, was ... trennen

könnte, damit wir ... zu dem kommen, was einem Volke, das in so bitterer Not ist wie das deutsche Volk, allein nottut: Zusammenarbeit aller Parteien!" Wie hat Konrad Adenauer, nachdem er mit einer — seiner — Stimme Mehrheit Kanzler wurde, gehandelt?

Er hat ein Wort von Seume erfüllt: „Nicht, wo einer regiert, ist Despotie, sondern, wo einer herrscht, das heißt, nach eigener Willkür schaltet und die übrigen unbedingt als Instrument zu seinem Zweck mißbraucht." Er hat die Form gewahrt, aber den Inhalt verdorben. Er hat sich als vollkommen unfähig gezeigt, der Erste unter Gleichen zu sein. Da Demokratie aber weniger eine Frage der Verfassung als vielmehr eine Lebens- und Verhaltensweise ist, muß man bedauernd feststellen, daß Adenauer die oberste demokratische Tugend nie begriffen hat: die Kunst nämlich, sich die Macht verzeihen zu lassen. Und das, obwohl ihm Theodor Heuss in dieser Richtung einige schöne Beispiele setzte.

Das zarte Pflänzchen der Demokratie in unserer Gesellschaft, die sich christlich nennt, muß nicht nur vor feindlicher Einwirkung gehütet werden; es kann schon verkümmern durch Mangel an Nahrung, durch Mangel an guten Beispielen. Von Konrad Adenauer her, das muß gesagt werden, gewinnt die Demokratie keine Kraft und keinen Saft, denn der alte Mann wurzelt mit seinem ganzen Sein in der Vorstellungswelt des Heinrich von Treitschke: Macht ist Recht! Eine Maxime, die wesentlich dazu beigetragen hat, unser Land in einer Generation in zwei Katastrophen zu stürzen.

Bis zum 20. August 1952 gab es im Bundestag einen Mann, der die krankhafte Selbstgefälligkeit des Konrad Adenauer ab und zu öffentlich schonungslos auf die Hörner nahm: Kurt Schumacher. Doch seit dem Tode dieses Mannes wuchern die einsamen Entschlüsse des Bundeskanzlers wie Unkraut. Der in diesem Volke noch immer weitverbreitete Untertanengeist fördert diesen Prozeß, weil man byzantinisch aus dem Erfolg das Genie und dann aus dem Genie den Erfolg ableitet. Die günstigen Dinge werden bengalisch beleuchtet, alles andere bleibt in tiefem Dunkel. Und die meisten Parteigenossen des Bundeskanzlers könnten täglich wiederholen, was Göring zu Schacht über Hitler sagte: „Ich nehme mir oft vor, ihm etwas zu sagen, aber jedesmal, wenn ich ihm gegenüberstehe, fällt mir das Herz in die Hose." So nimmt das seinen Lauf, was die Züricher „Tat" vor einem Jahre so beschrieb: „In Bonn bahnt sich eine unheilvolle Verquickung von Staats- und Parteipolitik an, die als Symptom dafür erscheint, daß die herrschende Gruppierung ihre besonderen Ziele mit den allgemeinen des Staates bedenkenlos gleichsetzt und sich als Staatspartei par excellence gebärdet. Das Verständnis für die Systemwidrigkeiten derartiger Praktiken scheint tatsächlich in Bonn rapid abhanden zu kommen."

Doch Konrad Adenauer begnügt sich nicht mit undemokratischen Praktiken. Er hat auch wesentliche rhetorische Beiträge zum Thema geliefert. Der Opposition, so meinte er, müsse man immer „ein wenig mit dem Holzhammer auf den Kopf schlagen". Seine innenpolitischen Gegner nannte er „Dummköpfe ersten Ranges und Verräter". Und am 26. Oktober vorigen Jahres verstieg er sich in Augsburg zu folgender Bemerkung: „Die aus einer Wahl hervorgegangene Minderheit hat nicht das Recht, als gleichberechtigter und gleichwertiger Faktor gegenüber der Mehrheit angesehen zu werden." Nur im Hinblick auf das Alter des Sprechers scheint es geboten, das Urteil über die Gesinnung eines solchen Demokraten in die Worte Seumes zu kleiden: „Ehe der Körper eines großen Mannes Asche ist, kann man selten mit einiger Richtigkeit über seinen Charakter urteilen."

Wir haben gesehen, daß Konrad Adenauer 1948 sehr warm von der notwendigen Zusammenarbeit der Parteien gesprochen hatte. Nichts wäre so dringend erforderlich wie eine solche Zusammenarbeit in der gegenwärtigen

kritischen Situation unseres Landes. Leider gebricht es Adenauer an jedem Verständnis dafür. Wir hörten aus England, daß der Regierungschef die führenden Männer der Opposition zu Tisch gebeten hatte, als er Eisenhower zu Ehren ein Essen gab. Bei uns bleibt alles in der Dunkelkammer. Und der Hinweis auf die Vertraulichkeit ist völlig deplaciert. Wie anders auch hier die Praxis der Briten. James Byrnes berichtete uns von der Potsdamer Konferenz 1945: „Churchill hatte den Führer der Opposition zur Konferenz mitgenommen, um unabhängig vom Wahlergebnis (in England) die Kontinuität der britischen Vertretung zu sichern." Churchill selbst schreibt in seinen Memoiren: „Als bei den Trinksprüchen die Reihe an mich kam, hob ich mein Glas ‚auf das Wohl des Oppositionsführers, wer immer es sein wird'. Attlee und die ganze Gesellschaft amüsierten sich sehr darüber."

Wer könnte sich eine solche Haltung Adenauers vorstellen? Und das vor einer Wahl! Der Alte aus Röhndorf geht vielmehr durch die Lande und sagt, „ein Sieg der SPD wäre das Ende des freien Deutschlands", wobei er ganz offenbar von der Annahme ausgeht, daß die menschliche Dummheit in diesem Lande eine stets einsatzbereite Großmacht darstellt. Konrad Adenauer ist der lebende Beweis für eine Feststellung, die Martin Buber vor einiger Zeit in New York traf: „Daß wir von einem Lager zum andern kein echtes Gespräch mehr führen können, ist das stärkste Symptom der Krankheit des Menschen von heute."

Natürlich spricht Adenauer auch jetzt noch ab und zu von Zusammenarbeit und gemeinsamer Außenpolitik. Aber er kann sich das nur vorstellen als die bedingungslose Unterwerfung der Opposition unter seine sehr widerspruchsvollen Orakelsprüche, die er Außenpolitik nennt. Darum kann es vielleicht zur geistigen Klärung beitragen, wenn wir bei dem ehemaligen Secretary of State James Byrnes nachlesen, was er in seinem Buche „Speaking frankly" darüber schreibt: „Die politische Partei, die gerade an der Macht ist, kann nicht gut von der Oppositionspartei eine Mitverantwortlichkeit an der Außenpolitik verlangen, wenn nicht die Führer der Opposition vollen Einblick in unsere — der Regierung — politischen Maßnahmen erhalten. Das ausführende Organ der Regierung kann nicht eine wichtige politische Maßnahme, die die Zustimmung des Kongresses erfordert, ankündigen und erst danach den Führern der Opposition Einblick gewähren. Eine Politik, die den Kongreß umgeht, macht eine Zweiparteienpolitik unmöglich, und ich hoffe, daß unsere verantwortlichen Führer beider Parteien über unsere Politik vom anfänglichen Entwurf bis zur endgültigen Regelung auf dem Laufenden gehalten werden."

Man vergleiche diese Ansicht eines amerikanischen Ministers mit den Zuständen in unserem Lande, wobei zu bedenken ist, daß bei uns viel gewichtigere Gründe für eine gemeinsame Außenpolitik sprechen, als es jemals in Amerika der Fall war. Als der oppositionelle Mike Mansfield zu Beginn des Jahres einen Plan entwickelte, wurde er von der republikanischen Regierung der „sorgfältigen Prüfung" wert befunden, während bei uns jede Äußerung und jede Vorstellung der Opposition verrissen und diffamiert wird. Da findet sich sogleich ein Regierungsmitglied, das der Opposition unterstellt, ihre Aktionen seien „im Kreml geplant" und jene, die sie durchzuführen trachten, „sind die Vollstrecker der Anweisungen aus Moskau". Bedenkt man die Behandlung, die jüngst dem loyalen, wenn auch kritischen Herrn von Kessel zuteil wurde, dann kann man nur mit Prof. Gollwitzer sagen, daß sich in der Bundesrepublik „allenthalben unbelehrte und unbekehrte Menschen zu bestimmendem Einfluß drängen und die Geister, die wir endgültig hinter uns glaubten, sich wieder breit machen".

Demokratie, die nicht nur eine Attrappe sein soll, muß ja allen sozialen Machtfaktoren den ihnen zukommenden Platz und Einfluß einräumen. Deshalb war es kein Zufall, daß ein Mann wie Goerdeler tief von der Einsicht durchdrungen war, „daß die neue Demokratie, in bewußtem Gegensatz zum Bismarckstaat, vor allem auch in der Arbeiterschaft verankert sein müsse". Adenauers ganzes Bestreben aber ist es, die Arbeiterbewegung, soweit sie sich in der Sozialdemokratie oder in den Gewerkschaften organisiert hat, aus dem Staatsgefüge herauszuhalten. Der Hauptvorwurf, den man Adenauer angesichts konservativer Männer wie Goerdeler, die im Gegensatz zu ihm etwas für die Beseitigung der braunen Knechtschaft gewagt haben, machen muß, ist der, daß er nie einen Versuch gemacht hat, den Bismarckismus sittlich zu überwinden. Und zu allem Überfluß will es scheinen, als ob auch in diesem Falle sich bewahrheiten sollte, daß die Blindheiten großer Männer meist ein größeres Echo finden als ihre Einsichten.

Die Außenpolitik eines Landes läßt sich von seiner Innenpolitik nicht trennen. Es blieb für die Gegner des Braunauers immer ein Rätsel, wieso man im Ausland nicht erkennen wollte, daß die Nazis auf dem Wege vom Sportpalast zur Wilhelmstraße nicht ihren Charakter änderten. Und Adenauer mag auf dem Papier, das ja stillhalten muß, tausendmal beteuern, er hege gegenüber dem Sozialismus keinen Haß. Sein ganzes Verhalten als Regierungschef von 1949 bis heute widerlegt diese Behauptung. Und ein Mann, der die Gräben in der Bundesrepublik nicht zuschütten kann, wird niemals wirklich für die Einheit wirken können. Denn Konrad Adenauer will nicht erkennen, daß ein Wort Pascals nicht nur richtungweisend ist für jede echte deutsche Wiedervereinigungspolitik, sondern daß man hier in der Bundesrepublik damit den Anfang machen muß: „La multitude qui ne se réduit pas â l'unité est confusion; l'unité qui ne dépend pas de la multitude est tyrannie!" (Vielheit, die sich nicht zur Einheit ordnet, ist Verwirrung; Einheit, die nicht auf der Vielheit fußt, ist Tyrannei.)

* * *

Wandlungen?

Ein Briefwechsel ...

Die Bonner Tage, welche uns den Abschied von Prof. Theodor Heuss und die Vereidigung und Amtseinführung seines Nachfolgers Heinrich Lübke brachten, sahen einen Bundeskanzler, der nach seinen eigenen Worten in den letzten Urlaubstagen zwar nicht auf den Kopf gefallen, wohl aber in ein Kaninchenloch gestolpert war und sich das Knie verstaucht hatte. Wie kann ein alter Fuchs ausgerechnet in ein Kaninchenloch treten? so fragte man in den Wandelhallen des Bundestages. Als der Bundeskanzler in ansonsten glänzender körperlicher Verfassung, gesund gebräunt wieder am Ort seiner Herrschaft erschien, hatte er zwei interessante politische Verlautbarungen hinter sich: sein Antwortschreiben auf den letzten Brief Chrustschows und die heftig aufwirbelnde Rundfunkansprache an das polnische Volk. Beide hat er unverzüglich nach seiner Rückkehr aus Cadenabbia seiner Fraktion erläutert.

Wie bekannt, ist der Brief an Chrustschow offen und höflich, von dem patriarchalischen Selbstbewußtsein diktiert, das wir an Adenauer kennen. Über die weltanschaulich-ideologischen Gegensätze und über die fundamentalen Unter-

schiede zwischen dem westlichen und östlichen System drückt er sich, taktisch sehr geschickt, zum Teil mit einer Beiläufigkeit aus, die jeden kalten Krieger und Kreuzzugsprediger zur Verzweiflung bringen könnte. „Der Mann in der Zeit" etwa, die Fulda-Manifestanten und gewisse Redner und Publizisten, selbst Prälaten, die den schändlichen und miserabel dummen Angriffskrieg Hitlers gegen die UdSSR immer offener einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus zu nennen belieben, müßten eigentlich irre werden. — Wenn nicht, wie zu fürchten ist, bewußte gefährliche Vereinfachung darin steckte, könnte man fast glauben, der Bundeskanzler nähme das Angebot einer Koexistenz in friedlichem Wettbewerb an. Inzwischen hat er diesen Brief interpretiert und als eine einwandfrei taktische Maßnahme dargestellt. Es kommt ihm alles darauf an, für den Fall, daß der Besuch Chrustschows in Washington und Eisenhowers in Moskau keinen Erfolg bringen und eine große Gipfelkonferenz nicht fördern sollte, klar zu beweisen: die Bundesrepublik ist nicht der Störenfried internationaler Entspannungsversuche. An und für sich kein schlechtes Beginnen. Chrustschows Brief ist von Adenauer, Adenauers Brief von Chrustschow nicht schlecht aufgenommen worden. Beide Männer bescheinigen sich gegenseitig, wie es der Bundeskanzler in seiner Interpretation formulierte, daß sie zu alt und erfahren seien, um sich gegenseitig etwas vorzumachen. In Adenauers Brief heißt es wörtlich: „Wir beide sind nicht mehr in dem Alter, um einander einzuschüchtern ... Wir beide haben genug jegliches Entsetzen gesehen, um dazu Zuflucht zu nehmen." Damit zitiert er Chrustschow.

Wann aber, so muß man fragen, wird Adenauers Einsicht ausreichen, um vor dem Deutschen Volk den ganzen inneren Widersinn atomarer Aufrüstung zuzugeben; wann wird er die Folgerung ziehen aus der weiteren Einsicht, daß jeder auch nur denkbare Ernstfall für das gesamte deutsche Gebiet eine Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß sein würde; daß ein solcher Ernstfall überhaupt nur das Ende Deutschlands sein kann? Stattdessen bleibt er bei seiner alten, auch durch ständige Wiederholung nicht überzeugender werdenden Auffassung, jedes Disengagement mache die Nato kaputt; jede Zone verdünnter Bewaffnung und kontrollierter Aussparung atomarer Bestückung mache Deutschland zum ausgesprochenen Angriffsziel für die Russen. Er formulierte das so hart, daß er dadurch sogleich den neuesten Krach mit den Briten hervorrief. Natürlich spricht er in diesem Zusammenhang dann sofort wieder von „Allgemeiner kontrollierter Abrüstung". Er weiß genau, daß er damit eine letzte Hoffnung und Sehnsucht der Menschheit ausdrückt. Der letzte, einfachste Mann nimmt sie ihm ab, ohne näher hinzusehen. Der Regierungschef der Bundesrepublik stellt aber nicht die entscheidende Frage, ob nicht nach so vielen Jahren vergeblicher Bemühungen um diese „Allgemeine kontrollierte Abrüstung" die Politik den Mut finden müsse, mit den kleinen Lösungen — als Vorstufe und Einübung der sicher notwendigen großen Lösung — zu beginnen. In diesem Zusammenhang hat der Rapacki-Plan, haben Gaitskells und Healys Ideen vor wie nach ihre Bedeutung. Weil Adenauer befürchtet, daß sie in voraussichtlich naher Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werden, bäumt er sich jetzt wieder schroff dagegen auf. Dabei führt er auch einen scharfen Schlag nach innen: Die deutschen Truppen geradezu als Gegenstand eines Angriffs hinzustellen — so sieht er das Disengagement — hält er für vollkommen unmöglich. Das tue aber die SPD mit ihren Vorstellungen, und er habe kein Verständnis für eine deutsche Partei, die das tue.

... eine Ansprache

Dann folgte die Rundfunkansprache an das polnische Volk. Gemessen an dem Ernst und den schmerzlichen, schweren Belastungen des deutsch-polnischen

Verhältnisses, muß diese Rundfunkansprache nicht nur befremdend sein, sie muß Kummer und Sorgen erregen. Auch sie hat Adenauer interpretiert. Er habe es für notwendig gehalten, das polnische Volk darauf hinzuweisen, daß nicht nur Hitler einen schändlichen Angriff und eine endgültige Teilung Polens geplant und durchgeführt habe, sondern auch die Sowjetunion. Diese Tatsachen würden heute von dem Regime in Polen dem Volke vorenthalten. Man müsse deswegen daran erinnern. Es sei für ihn eine ausgesprochene Genugtuung gewesen, daß diese Rundfunkansprache die ersten acht Tage nicht veröffentlicht werden durfte. — Des weiteren stellte er dem sympathischen polnischen Volk in einer großzügig unverbindlichen Weise — zumindest in einer recht unverbindlichen Formulierung — eine künftige Freundschaft mit Deutschland in Aussicht. Wie man die so notwendige Verbesserung des deutsch-polnischen politischen Klimas, einen allmählichen Abbau der schweren Schuld, die wir gerade durch den Polenkrieg und die Teilung der polnischen Beute mit Stalin auf uns geladen haben, durch Worte von solch verletzender Beiläufigkeit erreichen will, bleibt Adenauers Geheimnis. Es bedroht die primitivsten vitalen Interessen nicht nur des kommunistischen polnischen Regimes, sondern, wie die wirkliche Lage nun einmal ist, des polnischen Volkes, wenn Adenauer die Führungsmacht des Warschauer Paktes in ihrem Verhältnis zu Polen in dieser Weise angeht. Die Liebe zur geschichtlichen Wahrheit fordert das nicht, zumindest nicht von uns Deutschen, auch nicht vom Regierungschef der Bundesrepublik. Die politische Klugheit und der aufrichtige Wille zur Entspannung gebietet fast das Gegenteil. Sind wir durch diese Rundfunkansprache glaubwürdiger geworden, haben wir moralisch und politisch durch sie auch nur einen Punkt gewonnen? Können diese Ausführungen dazu dienen, unser Verhältnis zu den von Hitler frevelhaft und brutal überfallenen, mißhandelten und schwer dezimierten Völkern des Ostens zu normalisieren? Wir sind diesen Völkern, soweit es an uns liegt, eine echte politische Wiedergutmachung und Entspannung schuldig. Das muß klar und deutlich ausgesprochen werden, obwohl und gerade weil ein solches Wort unpopulär sein wird. Im Augenblick werden Ressentiments hoch gespielt, die nicht zu bekämpfen und mit Vernunft und mit Verantwortung niederzuhalten, unverantwortlich ist. Inzwischen sind wir soweit, daß Vertriebenenführer, leider auch Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU von Verrätern und Erfüllungspolitikern sprechen. Sie schlagen den Sack, die Dukwitzens und v. Kessels, die Osteuropa-Abteilung des AA, Kollegen der eigenen Fraktion, und meinen das Lasttier, ihren Parteifreund und Minister Dr. von Brentano.

Daß wir an einer solchen politischen Wiedergutmachung und Entspannung zu arbeiten verpflichtet sind, sollten besonders diejenigen ernsthaft überlegen, die immer wieder behaupten, sie möchten zwar diesen Völkern alles nur erdenklich Gute tun, es dürfe aber nicht den kommunistischen Regimen zugute kommen. Welch tiefe politische Weisheit, welch scharf unterscheidendes, genau zielendes Wohlwollen! Noch niemals in der Geschichte hat man im Guten oder im Bösen auf Völker abzielen und sie erreichen können, indem man an deren Regierungen vorbeizugehen, vielleicht vorbeizutaktieren und zu paktieren versuchte. Für totalitäre Systeme gilt das ganz besonders. Da aber solche Seufzer der politischen Menschenliebe zu nichts verpflichten und solche Wunschträume nicht zu verwirklichen sind, kann man um so sturer dabei bleiben, nichts zu tun.

Was sollen wir stattdessen tun? Jede Chance für den Wiederbeginn eines normalen Zusammenlebens nutzen, sie endlich vorbereiten. Wir müssen endlich normale diplomatische Beziehungen aufnehmen. Was der Bundesrepublik und der UdSSR, entsprechend der eigenen, höchst persönlichen Initiative des Bundeskanzlers, recht sein konnte, kann gegenüber Warschau und Prag nicht unbillig sein.

Um auch noch eine letzte Frage zu stellen: liegt darin eine Vorleistung? Nein! Um so weniger, als man sich kaum vorstellen kann, daß es auch nur die geringste Aussicht gibt, die Oder-Neiße-Frage in einer für beide Teile erträglichen und annehmbaren Weise zu lösen, wenn man nicht bald damit beginnt, die notwendigen und unumgänglichen diplomatischen Vorbereitungen für eine schrittweise, sehr schwierige Normalisierung mit Nüchternheit und Takt zu treffen.

Nach der von Grund auf anständigen, taktvollen, menschlich und politisch der Achtung und des Denkens werten Rede des CDU-Abgeordneten Dr. K o p f in Warschau sollte in Kreisen der Regierungsparteien endlich auch der wirklich miese und böse Slogan verstummen, der Carlo S c h m i d vorwirft, in Warschau seinerzeit eine „komische Rede" gehalten zu haben. —

... d i e M o n d r a k e t e

Wieder einmal müssen wir aufmerksam machen auf die eigenartige Weise, in der „Bonner Regierungskreise" auf hoch bedeutsame technisch-militärische und politische Ereignisse reagieren. „Bonner Regierungskreise" meinten in einer ersten Verlautbarung, es sei von den Russen doch taktlos, einige Tage vor dem Besuch Chrustschows in Washington auf unserem guten alten Mond eine Rakete zu landen. Und es sei unfein, durch eine solche Demonstration den amerikanischen Gastgeber unter Druck zu setzen. Welche Naivität oder Eulenspiegelei muß in diesen „Regierungskreisen" herrschen. Das Bedenklichste aber ist, daß wahrscheinlich subalterne unmaßgebliche Sprecher anscheinend davon überzeugt sein können, mit solchen Verlautbarungen ohne Witz und Überlegung die Meinung der Regierung auszusprechen. Das kann doch nicht gut sein. — Wann hat eine Weltmacht je darauf verzichtet, durch Demonstrationen ihrer wirtschaftlichen, technischen, militärischen, politischen Stärke ihre Freunde zu ermuntern, ihren Gegnern zu imponieren! Muß es denn immer der Presse vorbehalten bleiben, das deutsche Volk über die wirkliche Bedeutung eines solchen Ereignisses wie der Raketenlandung auf dem Monde aufzuklären. Darüber haben sich nämlich die Regierungskreise ausgeschwiegen. Das Erschreckende, nämlich militärisch Bedeutsame und Entscheidende dieser wissenschaftlich und technisch meisterhaften Landung einer Mondrakete liegt doch darin, daß noch einmal mehr als bisher bewiesen wurde: die interkontinentalen Raketen, gegebenenfalls mit atomarer Ladung, sind so treffsicher, daß sie jeden Punkt des Erdballs mit kleiner, unerheblicher Streuung erreichen. Atomare Vernichtung ist wieder einmal als reale Möglichkeit und als eine nicht abzuleugnende Gefahr und Drohung erwiesen. Auch der Bundeskanzler ist über diese entscheidende Seite des geglückten Mondexperimentes in seinem Kommentar vor der CDU/CSU-Fraktion hinweggegangen. Er meinte, die Russen sollten nur recht viel Mühe und Arbeit auf den Mond verwenden und dafür unserer armen Erde Ruhe gönnen. Drei Tage später hat W. v o n B r a u n einen sarkastisch hintergründigen Kommentar gegeben. Er meinte, „Ich bin sicher, daß unsere jungen Weltraumfahrer, wenn sie einmal in den Weltraum gestartet sind, dort bereits sowjetische Zollbeamte vorfinden werden. Ich bin bestürzt." Gewiß kann man keiner Panikstimmung das Wort reden. Sie ist immer und für alle schlecht. Gerade deswegen aber muß immer wieder gewarnt werden vor der schrecklichen schweigenden oder redenden Kunst der Vereinfachung, in der wir es in der Bundesrepublik zu einer so hohen Vollkommenheit gebracht haben.

... u n d e i n n e u e s P a r t e i p r o g r a m m

Der Entwurf eines neuen Parteiprogramms der SPD wird in der nächsten Zeit sicher einigen Wirbel machen. Er wird die Sammel- und Wählerpartei der CDU

ernsthaft beschäftigen müssen. Man soll und kann heute noch keine voreiligen Voraussagen machen über die Wirkung dieses Programms auf die nächste Wahl: ob es neue Wähler anzieht oder die bundesrepublikanischen Bürger in ihrer Indolenz auch gegenüber positiven Experimenten kalt läßt. Rechtzeitig und sehr streng aber sollte man sich entschließen, in Diskussion, Kritik und Wertung dieses Programms Wahrheit und Anstand gelten zu lassen. Auch die Politik als Kampf um die Macht, als härteste Auseinandersetzung in Wahlen kommt ohne sie nicht aus und müßte zu einer immer stärkeren Spannung und zu immer größerer politischen Spaltung unseres Volkes führen. Die Majoritätspartei der CDU/CSU wäre nicht nur im eigenen Parteiinteresse gut beraten, wenn sie sich vorbildlich daran hielte. Sie trüge der Glaubwürdigkeit des „Christlichen" und „Demokratischen" in ihrem anspruchsvollen Namen Rechnung, wenn sie sich vom Chef bis zum letzten Parteiredner endlich und konsequent entschließen könnte, auf ein sich immer wieder anbietendes, leider schon benutztes, sehr böses Schlagwort zu verzichten, das lautet:

Die SPD mit ihrem Marxismus kann sich überhaupt nicht ändern, sie wird sich nicht ändern und — zu Nutzen und Frommen der CDU — darf sie sich auch gar nicht ändern! Das wäre ja noch schöner! Es wäre unerträglich, wenn sie sich tatsächlich und unleugbar von doktrinären, längst abbaureifen und der geschichtlichen Vergangenheit angehörenden marxistischen Restbeständen säubern würde.

Sie würde sich wählbar machen für Leute, die sie wegen dieser Restbestände bisher nicht wählen konnten und wollten, auf deren Stimmen deswegen die CDU mit mehr oder weniger Recht Anspruch erheben konnte.

Kein Demokrat kann es der CDU übel nehmen, und die SPD wird nicht zimperlich sein können, wenn die große majoritätsgewohnte Sammelpartei dieses neue Programm und die ihr folgende Praxis scharf und nicht bedingungslos freundlich unter die Lupe nimmt.

Der Begriff der weltanschaulichen und religiösen Toleranz, seine genaue Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Toleranz, die positive Einstellung zu Christentum und Kirche im neuen Programm wird einer solchen Untersuchung standhalten müssen. Anders geht es nicht. Aber hier werden ja die Kirchen selbst das erste Wort haben. Die Vorgänge in Österreich anläßlich der Wandlung der SPÖ bieten dafür ein lehrreiches Beispiel. Noch mancher wird Gelegenheit haben und sie gewiß auch nutzen, sich zu blamieren und zu beweisen, daß er Politik und CDU meinte, wenn er von Kirche und Christentum sprach. Mancher aber wird beweisen können, daß es ihm eh und je in gleicher Weise ernst war mit Glauben, Weltanschauung, Kirchen, Staat und Parteien. Sollte er etwa gezwungen sein, Fortschritte in der Entzerrung unseres politischen Lebens, Abkehr von falschen und überholten Doktrinen im Programm und in der Praxis einer großen demokratischen Partei festzustellen, so muß er das als Mensch und Staatsbürger redlich zugeben und begrüßen. Als Parteimann wird er vielleicht seine Sorgen haben. Vor einer „Analyse" und Kritik nach vorgefaßter Meinung und im Stile: sie kann sich nicht ändern, sie wird sich nicht ändern, sie darf sich nicht ändern! kann man nicht ernst und zeitig genug warnen. Und zwar im vitalen Interesse der Parteien selbst, der weltanschaulichen und bürgerlichen Toleranz, der Kirchen, nicht zuletzt des demokratischen Staates.

Hermann Schwann

Die Bedeutung Europas — die europäische Aufgabe im Weltgeschehen

Bis zum ersten Weltkrieg bestimmten die europäischen Völker allein das Weltgeschehen. In allen Teilen dieser Erde hatten sie ihre Stützpunkte, ihre Interessengebiete und ihre Kolonien. Der amerikanische Kontinent hatte sich zwar in blutigen und langwierigen Kämpfen um die Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert von seinen europäischen Eroberern, den Spaniern, Portugiesen, Engländern und Franzosen, frei gemacht. Der Einfluß Amerikas auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse dieser Erde blieb aber unbedeutend.

Die Alleinherrschaft Europas, des kleinsten Erdteiles, hatte von der Entdekkung der Neuen Welt an durch Jahrhunderte Bestand, trotzdem die europäischen Völker nicht zu einer einheitlichen Staaten- oder wenigstens Interessengemeinschaft zusammenwuchsen, sondern sich aus Rivalitätsgründen in zahllosen Kriegen gegenseitig immer wieder schwächten. Diese europäische Herrschaft hat weiter gehalten, trotzdem die Herrschenden in rücksichtsloser Brutalität die Beherrschten ausbeuteten und für ihre rein materiellen, gewinnsüchtigen Interessen ausnutzten. Die Kolonisation begann allerdings fast überall unter einem ganz anderen Vorzeichen. Man kam mit dem Kreuz, mit der Bibel, mit der Forderung „Liebe Deinen Nächsten", mit der Frohbotschaft „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen". Es blieben Worte — die Taten sahen anders aus: Sklavenjagd, Menschenhandel, Ausrottung uralter Kulturen, Feuerwasser und Opium zur Entnervung der Völker, schamlose Ausbeutung der Bodenschätze und der Menschen in den eroberten Gebieten. Wenn in den von Europa bis vor wenigen Jahren beherrschten Gebieten 70, 80 oder gar 90 Prozent Analphabeten leben, so ist das eine einzige Anklage gegen die Kolonisatoren. Die Anklage wird nicht gemildert durch die Tatsache, daß es von der Regel abweichende, rühmenswerte Ausnahmen gab. Sie blieben bei aller Anerkennung zahlreicher Wohltaten — Ausnahmen. Die Völker Europas haben eine einmalige große Möglichkeit vertan, das Ansehen wahrhaft christlichen Denkens und Handelns in aller Welt und damit das Ansehen der weißen Rasse zu verankern.

Sie haben darüber hinaus aber ihre Herrschaft völlig verspielt, als sie sich gegenseitig zerfleischten und die von ihnen beherrschten Völker im ersten Weltkrieg für ihre eigenen Interessen auf die Schlachtbank Europas führten. Das war der Anfang vom Ende des kolonialen Zeitalters. Dieser Krieg wurde entschieden durch das Eingreifen der USA. Von diesem Zeitpunkt an beginnt die allmähliche Ablösung Europas in der Führung der Welt. Der europäische Krieg zerstörte gleichzeitig in Rußland ein Herrschaftssystem, das zwar im Panslavismus gewisse nationalistische Expansionsvorstellungen hatte, das aber nicht verstanden hatte, ein ganzes Volk an den Errungenschaften der modernen Entwicklung teilhaben zu lassen. Bei der Machtübernahme durch den Kommunismus schien die Lage in Rußland hoffnungslos: ein total verlorener Krieg, leere Kassen, die damals wichtigeren russischen Siedlungsgebiete in Europa völlig ausgeblutet, die asiatischen Teile jenseits des Ural in der Entwicklung noch rückständiger, Bürgerkrieg und Hungersnot im Land, dazu in der technischen und zivilisatorischen Entwicklung, gemessen an den westlichen Nachbarn, ein Rückstand von weit über 100 Jahren und nicht zuletzt — umgeben von beutegierigen Feinden. Von diesem trostlosen Ausgangspunkt aus wird die Vorstellung Lenins begreiflich, daß man eine ganze Generation opfern müsse, um den Anschluß an die moderne Entwicklung zu finden. Mit einem unvorstellbaren Kraftaufwand wurde der Versuch gestartet;

das Ergebnis: Die UdSSR wurde in vierzig Jahren neben den USA die mitbestimmende Weltmacht. Die Entscheidung über das Weltgeschehen liegt nicht mehr in Europa und wird auch in Zukunft nicht mehr in Europa liegen. Sie liegt zur Zeit allein in Moskau und in Washington. Ob und wann weitere Völker zu diesen beiden Dirigenten aufrücken, ist allerdings lediglich eine Zeitfrage. Wer in China war und aufmerksam die ersten zehn Jahre nach der „Befreiung" verfolgt hat, der weiß, daß dieses schöpferische, uralte Kulturvolk von 650 Millionen Menschen in kürzerer Zeit als die UdSSR gegen alle Widerstände von außen den Anschluß an die moderne Zeit gefunden haben wird. Und Indien? Sein Aufstieg wird vielleicht klimabedingt nicht ganz so schnell erfolgen können. Aber auch Indien wird mit großer Wahrscheinlichkeit eines Tages am Tisch der ganz Großen sitzen.

Der Aufstieg der USA war ein Weg evolutionärer, allmählicher Entwicklung, der über die Emanzipation bis zur Spitze parallel zu der Entwicklung Europas lief und weit über 100 Jahre dauerte. Der Aufstieg der UdSSR war dagegen revolutionär, er konnte bei dem vorhandenen Rückstand, bei dem allgemeinen Bildungsstand, bei der Ausgangslage 1917 gar nicht anders verlaufen. Die in wenigen vierzig Jahren vollbrachte großartige Leistung einer riesigen Verbesserung des Lebensstandards erscheint vielen Entwicklungsländern in Asien trotz aller Grausamkeit und Härte des Systems nachahmenswerter als der sehr viel langwierigere und mühseligere, vielleicht sogar aussichtlose Weg eines allmählichen organischen Aufbaues. Die Zeit ist schnellebiger geworden und materialistischer. Die heute Lebenden wollen noch in den Genuß einer besseren und fortschrittlicheren Lebensmöglichkeit kommen. Die Völker Asiens sind bereits auf dem Marsch, die Völker Afrikas werden ihnen morgen folgen. Die europäischen Völker aber sollten dankbar sein, daß dieser Versuch, den Anschluß an die moderne Zeit zu finden, n o c h unter ideologischen Parolen vor sich geht und nicht unter der sehr primitiven, aber sicher zündenden: farbig gegen weiß. Es ist in der Vergangenheit vieles geschehen und geschieht heute noch manches (siehe u. a. den „schmutzigen" Krieg in Nordafrika, von allen weißen Völkern geduldet, von der Bundesrepublik sogar indirekt subventioniert), was die Weißen in den Augen aller unterdrückten Völker erheblich und mit Recht diskreditiert.

Die europäischen Völker sollten nicht nur in einer Art von Wiedergutmachung, sondern aus sehr nüchternen Erwägungen der Selbsterhaltung ohne politische Hintergedanken und Nebenabsichten großzügig allzulange Versäumtes nachholen und den Entwicklungsländern helfen. Dabei sollte die Hilfe gegeben werden ohne Rücksicht darauf, welches System in den einzelnen Gebieten zur Herrschaft kam. Es ist eine politische Dummheit und beweist das vollkommene Verkennen dessen, was in der Welt vor sich geht, wenn man diese Aufgabe anfaßt z. B. mit der Vorstellung: „Wir wollen das freiheitliche Indien g e g e n das kommunistische China entwickeln." Man sollte wissen, daß der Nachholbedarf der asiatischen und afrikanischen Völkern in den meisten Fällen nicht mit den Methoden eines parlamentarisch-demokratischen Systems oder auf dem Wege einer autoritären Demokratie zu bewältigen ist. Daß es so ist, ist nicht zuletzt die Schuld derjenigen, die in der Vergangenheit hier herrschten.

Wenn nicht durch die politische Haltung der Machthaber in der Bundesrepublik während der letzten zehn Jahre tausendfach die Äußerung A d e n a u e r s in seinem letzten Brief an den sowjetischen Ministerpräsidenten Lügen gestraft würde, könnte man aufatmen, wenn man liest:

„ . . . Ich hasse weder den Sozialismus noch die Form des Sozialismus, die man Kommunismus zu nennen pflegt. Ich hasse auch keinen Staat, weil er sozialistisch ist. Ich gehe noch weiter: In bestimmten Stadien der Entwicklung eines Volkes

könnte vielleicht der Sozialismus eine Form der wirtschaftlichen Entwicklung sein, die den Fortschritt fördert. Das kann namentlich dann der Fall sein, wenn das vorangegangene Stadium besonders schlecht war ..."

Dieses Bekenntnis aus der Feder Adenauers ist nach seiner ganzen Vergangenheit leider unglaubwürdig und daher wertlos. Hätten wir eine Demokratie in der Bundesrepublik und wollte man diese Vorstellung wirklich zur Grundlage der Politik machen, dann müßte die heutige Regierung zurücktreten; denn sie war der entscheidende Vorkämpfer für die Verschärfung der Gegensätze zwischen Ost und West, der Generalvertreter des kalten Krieges, der allzu schlecht getarnte Anhänger der Kreuzzugsidee. Sie hat jede Möglichkeit der Aufnahme und der praktischen Nutzung diplomatischer Beziehungen zu kommunistischen Ländern durch eine Doktrin verhindert, die nach ihrem Erfinder H a l l s t e i n - Doktrin genannt wird. Sie hat sich nicht darauf beschränkt, wie es ihr Recht und ihre Pflicht gewesen wäre, die Ausbreitung des kommunistischen Systems in Deutschland mit demokratischen Mitteln zu verhindern. (Das Verbot der kommunistischen Partei, die zu keinem Zeitpunkt für die Bundesrepublik eine Gefahr bedeutete, war ausschließlich diktiert von der Absicht, das Verhältnis zu den kommunistisch regierten Völkern zu vergiften und damit die Atmosphäre des kalten Krieges zu erhalten.)

Die Regierung hat darüber hinaus die Wiedervereinigung verhindert, die ohne ideologische Bedingungen 1952 und 1954, vielleicht sogar noch 1957 erreichbar war. Sie trägt nicht zuletzt die Verantwortung für die durch die kleinsteuropäische Lösung geschaffene Aufspaltung Europas in vier Gruppen: Sechs Staaten mit etwa 160 Millionen Menschen im Gemeinsamen Markt; sieben Staaten mit etwa 80 Millionen in der Freihandelszone; sieben Staaten mit ca. 90 Millionen in der sowjetischen Interessensphäre; sieben Staaten, die noch keine endgültige Entscheidung getroffen haben, ob und welchem der drei Blöcke sie zugehören wollen, mit ebenfalls 90 Millionen Menschen.

Was wird bei Fortsetzung dieses Weges aus den europäischen Völkern? Eins ist sicher: Wenn in Europa wie früher jedes Volk sein eigenes Süppchen kochen will und sich als den Mittelpunkt der Welt betrachtet, dann werden die europäischen Völker insgesamt zu absoluter Bedeutungslosigkeit absinken, dann werden ihre aktiven und schöpferischen Kräfte auf allen Gebieten sich den beiden Zentren der Macht als Kulturdünger zur Verfügung stellen, und Europa wird ausverkauft. Das gleiche Schicksal wird Europa treffen, wenn der eingeschlagene Weg der europäischen Gruppenbildung fortgesetzt wird. Weder das von Adenauer erstrebte Kleinsteuropa (das nebenbei überhaupt nicht zustandekommt und eines Tages an dem Widerstand Frankreichs scheitern wird, wie die EVG gescheitert ist), noch etwa eine westeuropäische Konföderation, wie sie offenbar dem Wirtschaftsminister Erhard vorschwebt, bietet für die europäischen Völker insgesamt oder für eine einzelne Gruppe Europas eine Chance, ein politisch und wirtschaftlich wesentliches Mitspracherecht zu gewinnen. Die Gruppenbildung in Europa führt nicht nur dazu, daß sich die europäischen Gruppen gegenseitig in ihren Wirkungsmöglichkeiten bekämpfen und aufheben, sondern sie endet absolut im Satellitentum, d. h. die eine Gruppe wird im Osten, die andere im Westen eingegliedert. Diese Gruppenbildung liegt im letzten auch nicht im Interesse der beiden Großen, weil damit der Unruheherd Europa nicht zur Ruhe kommen kann. Für sie wäre viel nützlicher, wenn zwischen Ost und West eine wirklich befriedete und gefestigte Ordnung geschaffen würde, die alle historisch überkommenen Gegensätze in einer eigenen Staatengemeinschaft lösen würde. Weder Moskau noch Washington wird in Kürze z. B. noch die Frage der Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland interessieren oder das Recht auf Heimat etwa

der Sudetendeutschen oder die Frage Südtirol. Nationalstaatliche Probleme und nationalstaatliches Denken sind für die beiden Dirigenten des Weltgeschehens nicht mehr bedeutungsvoll. Die nationalstaatlichen Probleme in Europa aber werden unlösbar, wenn ihre Lösung den von den USA und von der UdSSR gleicherweise gewünschten Frieden gefährdet und das Streben der beiden Weltmächte stört, aus der ganzen Welt einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu machen.

Auch über die immer wieder zu Tage tretenden Vorstellungen europäischer Politiker, dem eigenen Volk allein oder in Verbindung mit anderen seine frühere Großmachtstellung wieder zu verschaffen, werden die Großen höflich lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Es ist zwar begreiflich, daß man in Europa der Vergangenheit nachtrauert. Es ist aber ein völlig irrealer Wunschtraum, anzunehmen, daß man eine endgültig verlorene Position wieder bekommen könne. Also wird die Lösung nationalstaatlicher Differenzen in Europa in jedem Fall ohne Gewalt im wesentlichen die Angelegenheit der direkt Beteiligten bleiben. Es gibt aber unter dieser Voraussetzung des Verzichtes auf Gewalt nur eine einzige Chance, die europäischen Streitfragen in Frieden zu lösen: wenn die europäischen Völker unter Aufrechterhaltung ihrer völkischen und kulturellen Eigenart und unter Achtung des in jedem Lande herrschenden ideologischen Systems gleichberechtigte Glieder einer europäischen Gemeinschaft werden.

In einer derartigen Gemeinschaft würde kein Land ein zahlenmäßiges Übergewicht haben und infolgedessen auch kein System befürchten müssen, durch ein anderes System unter- oder erdrückt zu werden. Europa aber würde zwischen Ost und West eine Brücke werden können, wenn hier das Zusammenleben und der friedliche Wettbewerb zweier sich heute erbittert bekämpfender Gesellschaftsordnungen praktisch in einer Staatengemeinschaft vorgelebt würde. Es ist durchaus denkbar, daß sich aus diesem Zusammenleben auf Sicht eine neue soziale Ordnung ergibt, die in der Tat die Synthese schafft zwischen den beiden Extremen einer übersteigerten Freiheit des Individuums auf der einen Seite und einer ebenso übertriebenen Numerierung des Einzelmenschen auf der anderen. Das natürliche Freiheitsstreben der Menschen sinnvoll zu verbinden mit der Notwendigkeit, in einer Gemeinschaft zu leben und auf sie Rücksicht zu nehmen, bei einer auskömmlichen Mindestsicherung der wirtschaftlich Schwachen durch die Gemeinschaft das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen sich selbst, seiner Familie, seinem Volk und der Menschheit gegenüber wach zu halten und zu steigern — auf dieser Linie etwa könnten die europäischen Völker eine fortschrittliche und beispielgebende Gesellschaftsordnung ohne Diffamierung jeder anderen Vorstellung entwickeln.

Hier liegt die eine große Aufgabe, die den europäischen Völkern zwischen den beiden Fronten gestellt ist. Ihre Verwirklichung, allein schon die Frage der Schaffung der dazu notwendigen europäischen Staatengemeinschaft ist nicht die Frage einer einmaligen Entscheidung. Sie bedarf einer sehr gründlichen Vorbereitung. Am Anfang muß die wirklichkeitsnahe Erkenntnis stehen, daß die waffentechnische Entwicklung keine kriegerische Auseinandersetzung mehr zuläßt. Es gibt keinen territorialen, politischen, wirtschaftlichen oder ideologischen Gegensatz mehr, der durch Waffen ausgetragen werden kann. Den europäischen Völkern kann man auf Grund der in ihrer Geschichte gemachten blutigen und bitteren Erfahrungen, aber auch auf Grund ihres Bildungsstandes zutrauen, daß sie endlich diese Binsenwahrheit zur entscheidenden Richtschnur ihres Handelns machen. D. h. in der Praxis: die europäischen Völker sollten an den Anfang ihrer Gemeinschaftsarbeit setzen den vertraglich festgelegten, kontrollierten Verzicht auf Gewaltanwendung und auf Massenvernichtungsmittel jeder Art. Die Beschränkung

des Besitzes von Massenvernichtungsmitteln auf drei Atom-Mächte und der weise Verzicht Europas auf sie bedeutet keine Gefährdung, sondern eine ganz reale Erhöhung der europäischen Sicherheit. Eine militärische Neutralisierung weiter Gebiete Europas wird zahlreiche Völker Asiens und Afrikas zu gleichem Vorgehen und zum Anschluß an die europäische Konvention anregen. Die Atom-Mächte werden aus Eigennutz sich hüten, diesen Block zahlreicher europäischer und außereuropäischer Völker zu stören. Sie — vor allem Großbritannien — werden sich möglicherweise in absehbarer Zeit dem Kreis der beweisbar friedlichen Völker anschließen, zumal dann, wenn die aus dem Verzicht auf Atomwaffen sich ergebenden Einsparungen der öffentlichen Ausgaben für im Grunde sinnlose und die eigene Sicherheit gefährdende Bewaffnung für andere, sinnvollere Aufgaben Verwendung finden.

Hier bietet sich den europäischen Völkern eine zweite beispielgebende Aufgabe an. Der zweite Präsident der Bundesrepublik, Dr. h. c. Heinrich Lübke, hat in einem Interview zum Ausdruck gebracht, daß er als Krönung seiner Lebensarbeit sich eigentlich vorgestellt habe, einen umfassenden Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt zu organisieren. Er hat mit einem Unterton von Bedauern seine Wahl zum Bundespräsidenten als Störung dieses Vorhabens empfunden. Ihm ist wahrscheinlich bei der Vorbereitung auf die akuten Notwendigkeiten für sein neues Amt noch nicht der Gedanke gekommen, daß ihm, der unbelastet ist von der Verantwortung für die Entwicklung der letzten zehn Jahre, gerade in diesem Amt hervorragende Ansatzpunkte für die Verwirklichung seines Gedankens gegeben sind. Er könnte z. B. seinen ganzen Einfluß darauf konzentrieren, daß nach Schaffung der Atomkonvention der Völker Europas über eine europäische Devisenvereinbarung eine europäische Investitionsbank geschaffen wird, die ausschließlich der Entwicklung der notleidenden Länder zu dienen hat.

Ein Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der sich das große Ziel setzt, der Menschheit dauerhaft aus Not und Elend zu helfen, begeht keinen Verstoß gegen die ihm verfassungsmäßig gegebenen Rechte. Schließlich hat er ein Vorschlagsrecht des die Richtlinien der Politik bestimmenden Kanzlers und damit auch das Recht, diesem Kanzler Anregungen zu geben. Durch solche Anregungen würde er auch ohne Personenwechsel die angeführten Äußerungen seines Kanzlers glaubwürdiger machen, wenn er sie unterstreicht und darüber hinaus immer wieder auf die Notwendigkeit hinweist, den Entwicklungsländern zu helfen.

Mit dieser Forderung tut er seinem eigenen Land und der Welt einen großen Dienst; denn diese Hilfe ist, wenn man von menschlichen und moralischen Verpflichtungen einmal absieht, aus Gründen der Selbsterhaltung der weißen Rasse vordringlich. Entweder es gelingt kurzfristig, sichtbare Erfolge auf dem Gebiet der allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards in der Welt zu erzielen, oder die unaufhaltsame Freiheitsbewegung nimmt radikale und revolutionäre Formen gegen die besitzenden Völker an. Sichtbare Erfolge aber sind nur denkbar, wenn die USA, die UdSSR und die europäischen Völker gemeinsam sich dieser gewaltigen Aufgabe zuwenden. Die europäischen Völker aber stehen nur dann mit allen Kräften zur Verfügung, wenn die europäischen Streitigkeiten ausgeschaltet werden.

Wir stehen an einer Wende! Am 30. April 1956 — mitten im kalten Krieg — habe ich, als „Einzelgänger" von allen verlacht, in einer Analyse „Statische oder dynamische Politik" unter Beifügung der aus dieser Sicht zu ziehenden Folgerungen geschrieben:

„... Heute, ein Jahr nach Abschluß der Pariser Verträge, möchte ich behaupten, daß eine Fortsetzung der bisherigen deutschen Politik dazu führt, daß nach dem immer deutlicher gewordenen Scheitern der Einkreisungspläne der USA und

nach Gleichziehung der Sowjets in der Bewaffnung (damals kreiste noch kein Sputnik) England sich nicht nur aus den Pariser Verträgen herausziehen, sondern sogar die USA zu einer völligen Revision dieser Politik zwingen wird.

Die Revision wird während der nächsten vier Jahre durchgeführt, gleichgültig, ob im Herbst Eisenhower wiedergewählt wird oder ob ein Demokrat, etwa Stevenson (er war damals noch nicht als Gegenkandidat nominiert) ans Ruder kommt.

Bei diesem Frontwechsel von der Stärke zur Verständigung wird man ..."

Die aus diesem damals 1956 bereits sich klar abzeichnenden Frontwechsel von der Stärke zur Verständigung zu ziehenden Folgerungen sind seitdem immer wieder herausgestellt worden: z. B. die einer radikalen Aufgabe der Hallstein-Doktrin. Es nützt heute nichts mehr, wenn man sich in Bonn endlich Gedanken darüber macht, ob die diplomatischen Beziehungen zu Polen oder zur Tschechoslowakei aufgenommen werden sollen. Das wäre vor drei Jahren als Beginn einer neuen Erkenntnis gewertet worden. Heute würde Polen und die Tschechoslowakei in einem Angebot auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen vielleicht die beabsichtigte differenzierte Behandlung der Oststaaten argwöhnen mit dem Hintergedanken, sie gegeneinander auszuspielen. Es könnte leicht sein, daß die Bonner Regierung bei Verfolgung dieses Planes eine politisch peinliche und kränkende Abfuhr erlebt. So kann man eine europäische Zusammenarbeit heute nicht mehr einleiten. Man muß sich vielmehr entschließen, die Beziehungen zu allen Regierungen der Erde aufzunehmen, selbstverständlich nicht ohne die verbündeten Mächte von diesem Vorhaben zu unterrichten. In der heraufziehenden Periode der Verständigung sollte man ferner davon absehen, allgemeine Forderungen wie etwa die einer weltweiten „kontrollierten Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen" zu stellen. Man muß vielmehr sehr konkrete Vorschläge von sich aus machen oder verbindlich zu vorliegenden Vorschlägen Stellung nehmen. Man kann von der Bundesrepublik aus den Rapackiplan nur dann ablehnen, wenn man selbst die „verdünnte" Zone in Europa über die vier vorgeschlagenen Staaten hinaus erheblich ausgedehnt wissen will. Man darf sich nicht nur in Allgemeinplätzen bewegen. Mein zu diesem Problem seit Jahren gemachter Vorschlag liegt immer noch im Papierkorb: Die Bundesregierung soll von sich aus alle europäischen Staaten nach gehöriger diplomatischer Vorbereitung zu einer Konferenz einladen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Atombewaffnung" und mit dem Konferenzziel einer Konvention der kontrollierten Atomwaffenfreiheit in Europa.

Vor drei Jahren wäre diese Konferenz in einem Tage zum Abschluß gekommen. Heute, nachdem die Fronten vor allem durch den Beschluß des Bundestages im März 1958 zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr sich verhärtet haben, werden nicht alle europäischen Mächte sofort bereit sein, auf eine atomare Rüstung zu verzichten. Die Konferenz wird länger dauern. Aber selbst bei einem Scheitern würde ihr Einberufer einen sehr nützlichen Prestigegewinn in der Weltmeinung erzielen.

Die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen der Erde, die Einberufung einer europäischen Atomkonferenz u. a. m. sind nur Ausgangspunkte zur Überwindung des von uns selbst zur Maxime gemachten Anti-Denkens und zur Überwindung des verhängnisvollen Ost-West-Gegensatzes und zur Schaffung eines Klimas, in dem eine vertrauensvolle europäische Zusammenarbeit wachsen kann.

Wir müssen, d. h. die Bundesrepublik muß einen neuen Anfang suchen, da wir die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannten und da Deutschland, ein geteiltes Land, nicht ohne unsere Schuld mit seinen beiden Teilen in die beiden Systeme

integriert wurde. Der Anfang aber liegt nicht bei den noch so wichtigen Schicksalsfragen eines einzelnen europäischen Volkes. Er kann nur liegen in dem Wissen um die Solidarhaft und um die Solidarverpflichtung aller europäischen Völker gegenüber dem Weltgeschehen. Wenn wir diese gemeinsame Verpflichtung erkennen und sehr ernst nehmen, wenn wir daraus die Folgerung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit ziehen, dann werden alle europäischen zwischenstaatlichen Streitfragen in ihrer Bedeutung für das Weltgeschehen auf das richtige Maß gebracht und angesichts der gewaltigen, vor uns liegenden Aufgaben sehr bald schon eine alle befriedigende oder doch zumindest erträgliche Lösung erfahren.

Hans Lipinsky-Gottersdorf

Die Landsmannschaften und der Bonner Staat

In den letzten Wochen und Monaten war in der bürgerlichen Presse Westdeutschlands eine Erscheinung zu beobachten, die durchaus neu ist und auf den ersten Blick überrascht. Die gleichen Blätter nämlich, die bisher auch die unsinnigsten Forderungen der durch ihre Spitzenfunktionäre vertretenen Vertriebenenverbände mit Biedermannmiene unterstützten, gefallen sich jetzt darin, die Bundesgenossen und Wahlstimmenlieferanten von gestern mit mehr oder weniger versteckten Seitenhieben zu bedenken. Im Zusammenhang damit wird gern von einer Neuorientierung unserer Ostpolitik gesprochen, und derartige Behauptungen scheinen in der Tat nicht ganz aus der Luft gegriffen, hat doch der Bundeskanzler selbst in diesen Tagen Töne angeschlagen, die bisher noch niemand von ihm vernahm. So hat er zum Beispiel seine „Schicksalsgemeinschaft" mit kriegsgefangenen Polen entdeckt, „eine Gemeinschaft, die", wie er klangvoll versichert, „auf dem Fundament einer tiefen geistigen Übereinstimmung beruhte".

Zwar hat nun der SPIEGEL unwidersprochen behaupten können, der einzige „Schicksalsgenosse" aus dem Osten sei für Konrad Adenauer ein russischer Kriegsgefangener gewesen, der dem zeitweilig automatisch inhaftierten ehemaligen Oberbürgermeister von Köln als Putzer dienen mußte, ohne andere Sympathiekundgebungen für ihn zu zeigen, als daß er ihn zähneknirschend einen „elenden Kapitalisten" nannte, —

zwar beschränkte sich bekanntlich auch Adenauers kämpferischer Widerstand gegen das Dritte Reich im wesentlichen darauf, daß er fünf Jahre lang um die gestrichene Hälfte seiner „wohlerworbenen" Pension prozessierte und diesen Prozeß — es gab noch Richter in Deutschland — wenigstens für ihn! — mit Glanz, und Nachzahlungsauflage für den Nazistaat, gewann; —

zwar — und dies nicht zuletzt — hat er sich mit Oberländer den ehemaligen Reichsführer des BUNDES DEUTSCHER OSTEN in sein Kabinett geholt, den Führer jener Organisation, die spätestens seit 1936 in Versammlungen und Schriften die radikale Austreibung und Versklavung der Polen als wichtigstes Ingredienz faschistischer Ostraumpolitik propagierte —

was zusammen die „tiefe geistige Übereinstimmung" Adenauers mit dem unsäglich gequälten polnischen Volke erheblich relativiert, doch immerhin! Wenn der Kanzler versichert, er hasse weder den Sozialismus noch den Bolschewismus, und den derzeitigen Verhandlungspartner seines großen Verbündeten Eisen-

hower, den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow halte er für einen Mann, der „Sinn für Geschichte, für historische Entwicklungen in hohem Maße" besitze, so sind das nun wirklich völlig neuartige Wendungen, die eine Umkehr andeuten könnten . . . könnten!

Demnach wären also, wie es jetzt hier und da heißt, die ehemaligen Ostdeutschen die allerletzten Ruhe- und Friedensstörer? So wären sie, und nur sie, die unverbesserlichen Quengler und Querulanten, ewige „Preußen", die dem frommen, alten Manne aus Köln die Waffen des kalten Krieges in die Hand zwangen und ihn heute noch am Rockzipfel festhalten, wenn er den Völkern des Ostens brüderlich entgegeneilen will? Das mag vielen in- und ausländischen Beobachtern einleuchten und sogar gefallen, und man wird auch ohne weiteres vermuten dürfen, daß der Kanzler selbst in seinen vertraulichen Gesprächen mit dem Präsidenten der USA zur Rechtfertigung der eigenen Haltung auf die „unruhigen" Millionen in den Vertriebenenverbänden hingewiesen hat. Die Spruchbänder auf den Straßen zwischen Wahn und Bonn mochten ein ausgezeichnetes Mittel gewesen sein, dem Amerikaner deren unverändert chauvinistische Gesinnung eindringlich vor Augen zu halten. Eisenhower konnte schließlich nicht wissen, was man sich hierzulande sehr leicht klarmachen kann: daß es nämlich erstens ganz und gar ausgeschlossen gewesen wäre, diese Spruchbänder mit ihren Forderungen nach dem „Sudetengau", nach Schlesien, Posen und anderen Gebieten gegen Adenauers Willen auf die Straßen zu bringen, und daß es sich zweitens dabei keineswegs um eine spontane Aktion unruhiger Vertriebenenmassen handelte, sondern um eine von staatlich subventionierten Funktionären sorgfältig organisierte Zweckvorführung.

Unter solchen Umständen aber enthüllen sich die vorwurfsvollen Hinweise westdeutscher Rechtskreise auf die ruhestörenden Vertriebenen als Versuche, jenen Sündenbock aufzutreiben, der in der letzten Zeit immer dringender benötigt wird. Und was läge schließlich näher, als die einstigen Bewohner der ehemals preußischen Ostprovinzen für alles verantwortlich zu machen, was die Welt uns mehr und mehr vorzuwerfen beginnt: starres Kleben am kalten Krieg, Revisionismus, germanische Säbelrasselei und nicht zuletzt das Auftauchen alter und neuer Faschisten in der Öffentlichkeit. Das von dem französischen Botschafter am Vatikan, Wladimir d'Ormesson, zuverlässig überlieferte Wort des hohen Kurienfunktionärs und derzeitigen Außenministers der päpstlichen Hierarchie Tardini: „Da ist nichts zu machen und zu hoffen mit preußischen und verpreußten Bevölkerungsteilen. Das sind Barbaren. Sie haben nichts gelernt und nichts begriffen . . ." — dieses Wort kennzeichnet nicht nur die Vorstellungen weiter Kreise genau, es kommt auch dem Bestreben der für die Bundesrepublik tonangebenden rheinischen Großbourgeoisie entgegen, sich selbst von aller Verantwortung für Gewesenes, Gegenwärtiges — und Zukünftiges reinzuwaschen. Nun steht eines fest: so wenig vertrauenerweckend das Verhalten der Spitzenfunktionäre in den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften war und ist, so viel schwerbelastete Nationalsozialisten sich auch unter diesen befinden mögen — eine pauschale Beschuldigung jener Millionen, die stellvertretend für ihr ganzes Volk das bittere Geschick des Heimatverlustes hinnehmen mußten, ist ebenso dumm und primitiv wie infam. Zwar wurde der größte Teil von ihnen noch geprägt von jener vergangenen patriarchalisch-ländlichen Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen ihrer Heimat bis in die letzten Jahrzehnte hinein erhalten hatte; weder aber sind sie darum sozusagen von Natur aus kriegslüsterne Barbaren noch etwa geborene Reaktionäre, und wenn sie heute noch manches, vielleicht vieles zu lernen und zu begreifen haben, so ist das nicht ihre Schuld; es liegt vielmehr an dem absonderlichen Zustand unserer Gesellschaft, den ein

bedeutender evangelischer Theologe treffend als „organisierte Unbußfertigkeit" beschrieb. Von sehr wenigen, um so mehr zu rühmenden Ausnahmen abgesehen, ist nämlich von seiten jener Stellen, die sich mit den neuen Bürgern Westdeutschlands zu befassen hatten, nicht nur nichts geschehen, was diesen Menschen den Übergang in die ihnen fremde Welt erleichtern konnte; es hat vielmehr den Anschein, als hätten diese Stellen von vornherein ihre wichtigste Aufgabe darin gesehen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Vertriebenen „etwas lernten und begriffen".

Wie widersinnig es ist, eine gewissermaßen autonome Stellung und Willensbildung der ehemaligen Ostdeutschen und ihrer Verbände konstruieren zu wollen, die von vornherein geeignet gewesen sei, das Seelenheil einer friedlichen rheinischen Bourgeoisie zu gefährden, beweist ein kurzer Hinblick auf die Geschichte dieser Verbände; sofort nämlich zeigt sich ihre unlösbare Verflochtenheit mit der bundesdeutschen Politik. Landsmannschaften und Bundesrepublik sind etwa um die gleiche Zeit entstanden, und das ist durchaus kein zufälliges Zusammentreffen. Während in den ersten Nachkriegsjahren noch allgemein versucht wurde, das Problem der Zugewanderten und Flüchtlinge dadurch zu lösen, daß man es kurzentschlossen als nicht vorhanden betrachtete — nicht ganz unverständlicherweise, denn damals waren die Westmächte noch nicht auf die „rettende" Idee gekommen, alle Verantwortung für die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen einfach auf die Schultern der bösen anderen zu laden — während zunächst also das Problem schlichtweg ignoriert und infolgedessen kaum die primitivsten Maßnahmen für die Eingliederung der Heimatlosen ergriffen wurden, stellte sich nach der trizonalen Währungsreform und der durch sie eingeleiteten rigorosen Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien sehr bald heraus, daß man so nicht fortfahren konnte, daß unter den neuen Gegebenheiten die in Millionen Besitzlosen schlummernden sozialen Energien vielmehr besonderer Aufmerksamkeit bedürfen würden, sollten sie sich nicht irgendwann stauen, ballen und mit revolutionärer Sprengkraft entladen. Da der einzig richtige, christlichem und humanem Ethos gleich entsprechende Weg eines echten „Lastenausgleichs" mit Bodenreform und Landverteilung, mit gerechter Neuordnung der Besitzverhältnisse in Dorf und Stadt nun erst recht nicht mehr gangbar schien — bekanntlich wurde in diesem von der Kirche gesegneten Staate das Eigentum von vornherein für ein wenig heiliger gehalten als des Nebenmenschen Leben und Glück — weil andererseits die sich rasch konstituierende restaurative Gesellschaft weder willens noch in der Lage war, die in menschenunwürdigen Kasernen-, Bunker- und Barackenlagern zusammengepferchten Massen rasch aus ihrer verzweifelten Situation zu erlösen, mußte ein anderer Ausweg gesucht werden. Es war nicht sonderlich schwer, ihn zu finden; damals, im beginnenden kalten Kriege, im Zerfall der Welt in zwei Lager, bot er sich für einen geschickten und menschenverachtenden Politiker sozusagen von selber an. An Stelle der helfenden Tat reichte man den Menschen, indem man skrupellos mit ihren Gefühlen zu spielen begann, die gefährliche Geistesverwirrung der Utopie. Halten wir das fest, vergessen wir es nicht: es handelt sich dabei um eines der nichtswürdigsten massenpsychologischen Arrangements unseres Jahrhunderts.

Der Tag, an dem es begann, läßt sich heute genau bestimmen. Es war der 28. August 1948, als Konrad Adenauer, der sich heute seiner „tiefen geistigen Übereinstimmung" mit den Polen rühmt, beim zweiten Parteitag der CDU der britischen Besatzungszone in Recklinghausen zum erstenmal den „Anspruch auf Rückgabe der Heimat als ein göttliches Recht" in die politische Arena warf. Es ist heute längst bekannt, daß, was sich die Heimatlosen notwendig unter einer solchen „Rückgabe" vorstellen mußten, niemals mit dem identisch war, was

Adenauer darunter verstand und versteht; es kam ihm vielmehr darauf an, die Heimatlosen von ihren dringenden sozialen Anliegen abzulenken und sie gleichzeitig für seine militant-antibolschewistischen Pläne, für die spätere Aufrüstung zu gewinnen. Der Zweck heiligte ihm jedes, auch das schändlichste Mittel. Denn wie steht es eigentlich mit diesem „Anspruch als ein göttliches Recht", eingesetzt als nationalistisches Argument? Um zu erkennen, daß es sich hierbei lediglich um eine christlich kaschierte demagogische Konstruktion handelt, braucht man weder Theologe zu sein, noch sich die historisch-nationalistische Argumentation zu eigen zu machen, mit der Polen ihrerseits den Anspruch auf die 1933 noch deutschen Ostgebiete begründen — ich selbst bin jedenfalls außerstande, das zu tun, denn ich vermag den Sinn der Geschichte nicht darin zu erblicken, daß man den einen Nationalismus überwindet, um in den nächsten einzusteigen. Was allerdings die deutsche Geschichte im Osten angeht und unsere Ansprüche, es gibt sie nicht mehr, seit die gewaltsame Ostmarken- und Germanisierungspolitik des wilhelminischen Reiches die Entwicklung auf jenen verhängnisvollen Weg lenkte, der im teuflischen Irrsinn der Hitlerjahre und zuletzt an den Massengräbern von Auschwitz enden mußte. Dort ging die Geschichte des Deutschtums im Osten unwiderruflich zu Ende, denn es gibt keinen Weg über die Millionen von Ermordeten hinweg. Dies dem deutschen Volke klar zu machen, und angesichts der bitteren Ergebnisse der Vergangenheit zu Ein- und Umkehr aufzurufen, wäre christliche und politische Pflicht gewesen. Sie wurde nicht erfüllt; am 28. August 1948 hat Konrad Adenauer, Führer einer „christlichen" Partei, die Weichen anders gestellt.

Man ignorierte fortan die Schuld des bürgerlichen und faschistischen deutschen Nationalismus an dem großen Auszug des Deutschtums aus dem Osten, man ignorierte ferner, daß dieser Auszug von den Großen Vier gemeinsam beschlossen worden war und redete den Heimatlosen ein, ihr Unglück sei ausschließlich die Schuld der „anderen", der Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen und Sowjets. Zugleich wurde damals die allgemeine Parole ausgegeben, daß die Ostdeutschen am besten gleich auf gepackten Koffern sitzenblieben — die Rückkehr in die Heimat stünde unmittelbar oder doch in absehbarer Zeit bevor. Wer wollte sich darüber wundern, daß die schwer geschlagenen Lagerinsassen begierig nach dem dargebotenen Hoffnungstrank griffen — wer wollte ihnen das vorwerfen? Kein Verdurstender prüft, ob der Brunnen vergiftet ist.

Nach solcherart psychologischer Vorbereitung wurde 1949 das bis dahin geltende Koalitionsverbot für die Heimatvertriebenen im Bundesgebiet mit Zustimmung der Hohen Kommissare aufgehoben. Man glaubte, einigermaßen sicher zu sein, daß die nun entstehenden Verbände aller Art, den Blick fest nach Osten gerichtet, kaum mehr als soziale Kampftruppen auf den Plan der Bundesrepublik treten würden; die Rechnung ging im wesentlichen auf. Hin und wieder kam es freilich vor, daß jemand seine Stimme zu laut erhob und unerwünschte Forderungen stellte; er wurde stets augenblicklich unschädlich gemacht, indem man ihn — sofern er Aussicht hatte, in weiteren Kreisen gehört zu werden — mit einem einträglichen Posten versorgte, von wo er zwar weiter zum Kampf um die „unverlierbare Heimat" aufrufen, keinesfalls aber den Plänen Adenauers abträgliche Dinge äußern durfte. Wer sich etwa unterfing, einer realistischen Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn als dringend erforderlich für die Befriedung der Welt das Wort zu reden, der wurde, und wird auch heute noch, schleunigst mundtot gemacht, auf das übelste diffamiert und in die Wüste geschickt. Es gibt der Beispiele für beide Verfahrensweisen genug, sie haben zum Teil groteske Dimensionen. So wurde erst in diesen Monaten der persönliche Referent des Sprechers der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", der junge Dr. Rudolf Hilf, kurzer-

hand und ohne Rücksicht auf seine kinderreiche Familie auf die Straße gesetzt, weil er Doppelzüngigkeit und militaristische Aspekte der Kanzlerpolitik durchschaute und öffentlich für eine Konföderation mit der DDR als die zur Zeit beste und einzig mögliche Lösung der Deutschlandfrage eintrat. Weiteres kann hier aus Raummangel nur angedeutet werden, aber man überprüfe einmal den Werdegang und das Verbleiben der Initiatoren des sogenannten BHE, man sehe, wieviel landsmannschaftliche Funktionäre im Laufe der Zeit in die wohldotierten Sessel der Rundfunkanstalten oder andere, staatliche Pfründen hinübergewechselt sind — man wird zu erstaunlichen Feststellungen kommen. Die Posten, von denen aus die Interessen der Heimatlosen hätten vertreten werden müssen und können, wurden für ihre Inhaber mehr und mehr zu begehrten Absprungbasen zu „höheren" Zielen; wenn es galt, heillosen Konformismus zu belohnen, ist man in Bonn nie kleinlich gewesen. Da aber auch die Landsmannschaften für ihren Betrieb mehr und mehr der Subventionen bedurften, ergab es sich von selbst, daß als Spitzenfunktionäre nur noch Vertrauensleute der Bundesregierung einrücken konnten. Heute gibt es von dieser Regel längst keine Ausnahme mehr.

So vollzogen sich im neuen Staatsgebilde Bundesrepublik allmählich schwerwiegende Entscheidungen; Restauration begann sich breithintrig zu etablieren und die von Amerika sowohl zu Nutz des kalten Krieges als auch zum Zweck wachsender Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands in Gang gesetzte Erhard-Wirtschaft brachte einer gewissen Schicht Reichtümer und Macht. Die ehemaligen Ostdeutschen, unablässig einer geschickten Propaganda ausgesetzt, die natürliches Heimatgefühl rücksichtslos mißbrauchte, träumten indessen, übten Tänze ein, die in ihrer Heimat seit mindestens achtzig Jahren in Vergessenheit geraten waren, und sangen Volkslieder dazu. Ihre Stellung in der neuen Welt realistisch zu überprüfen und nachdrücklich Gerechtigkeit zu fordern, versäumten sie dabei. Natürlich kam es dennoch zu einer allmählichen Eingliederung; viele zwar, die Schwächeren und die, welche ihren Ellbogen nicht rücksichtslos genug zu gebrauchen verstanden — im fachmännischen Jargon als „harter Rest" deklariert — blieben dabei auf der Strecke. Alte und junge Menschen verkamen und zerbrachen, ganze Familien wurden vom langjährigen Lagerleben demoralisiert und zu seelischen Krüppeln verbogen. Mir stehen keine Zahlenangaben zur Verfügung, aber ich glaube mit Sicherheit sagen zu dürfen, daß dieser „harte Rest" sich im Laufe der Jahre zu Hunderttausenden summierte. Immerhin, im ganzen dürfte die Eingliederung etwa um 1953/54 herum vollzogene Tatsache gewesen sein.

Um diese Zeit nämlich datiert ein Ereignis, das besser als irgend etwas anderes geeignet ist, den utopischen Charakter aller Pläne für eine deutsche Wiederbesiedlung der früheren Ostprovinzen nachzuweisen und die These vom notwendigen „Lebensraum" ad absurdum zu führen: Das kleine Land Schleswig-Holstein hatte jahrelang dringend darum gebeten, von seiner übergroßen Flüchtlingslast befreit zu werden — nicht völlig grundlos, wie man zugeben muß, denn die Bevölkerung dieser vorwiegend bäuerlich strukturierten Gegend hatte sich in den ersten Nachkriegsjahren durch Zustrom aus dem Osten um reichlich hundert Prozent vermehrt. Als nun der sogenannte Flüchtlingsausgleich der Länder begann, als die neuen Bürger der schleswig-holsteinischen Dörfer und Kleinstädte nach West und Südwestdeutschland zu strömen begannen, da gelangte schon nach wenigen Wochen ein neuer Notschrei der Kieler Regierung nach Bonn, es müsse sofort eine Pause eingelegt werden. Die Aktion wurde gestoppt und nie mehr in vollem Umfang aufgenommen. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß mit der so sehr ersehnten Abwanderungsbewegung die gesamte Wirtschaft des Landes, die sich inzwischen eingependelt und auf die neuen Gegebenheiten ein-

gestellt, ja, einen radikalen Strukturwandel erfahren hätte, in verheerende Unordnung und an den Rand einer Katastrophe geriet. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was eine allgemeine Abwanderung der ehemaligen Ostdeutschen für die ungleich stärker industrialisierten Gebiete West- und Süddeutschlands bedeuten würde. Hierzu halte man sich einmal die niedere Zahl der Beschäftigungslosen bei uns vor Augen. Den Bundeskanzler, der diese Tatsachen sehr genau kennen muß, haben sie niemals gehindert, den Vertriebenen auch weiterhin und immer wieder das Ziel einer Wiedergewinnung des Ostens vor Augen zu halten. Ja, im gleichen Jahr, als die schleswig-holsteinische Panne diese Dinge zum erstenmal praktisch dokumentierte, erlaubte Adenauer seinem Minister Seebohm auf einer Kundgebung in Ansbach zu erklären, daß dieser „deutsche Osten nicht nur Elbe und Oder einschließt, sondern auch Böhmen und Mähren und alle Gebiete, in denen Deutsche einst siedelten". Das nun sind freilich Aspekte, die sich neben denen der Rosenberg, Franck und Genossen durchaus sehen lassen können.

So war die rübezahlbärtige Heimattümelei, subventionierte Sentimentalität als Entschärfungsmittel sozialen Gerechtigkeitsverlangens, von vornherein nur die eine, ziemlich harmlose Seite der von Adenauer 1948 geprägten „Ostmedaille". Auf der anderen Seite zeigte der Adler seine Krallen.

Zwar existiert seit 1951 eine „Charta der Heimatvertriebenen", die den ausdrücklichen Verzicht auf Rache und Gewalt enthält — in der Praxis der einschlägigen Propaganda, in der Journalistik und in den Vorträgen, die den Alltag landsmannschaftlicher Betätigung bedeuten, spürte man jedoch nicht viel davon. Ein Wunder ist auch das nicht, waren doch die braunen Ostlandreiter wieder da. Als ganz offiziell die „anderen" für schuldig erklärt wurden an der ostdeutschen Katastrophe, folgerten sie verständlicherweise, daß ihnen damit ihre Unschuld attestiert worden sei, und krochen hurtig aus ihren Löchern. Mit ihnen tauchten nun auch die alten Vokabeln wieder auf von der „notwendigen Neuordnung des Ostraums" und der „Ostmission", bis zum „Volk ohne Raum" und jener niederträchtigsten aller Behauptungen, daß nämlich die Slawen „unfähig seien, selbst echte Kulturwerte zu schaffen". Diese „Güteproben" mögen genügen. Nur eines sei noch hinzugefügt, weil es mir besonders typisch erscheint. Immer noch wird in unserem Lande die unfromme Legende verbreitet, daß die Raubteilungen des polnischen Staates, die im 18. Jahrhundert begannen, angeblich „mangelnde wirtschaftliche und organisatorische Fähigkeiten des polnischen Volkes zur Ursache hätten". Immer noch gibt es Lehrer, die ihren Schülern das im Geschichtsunterricht als historische Wahrheit servieren. Als der Schulfunk einer westdeutschen Rundfunkanstalt vor einigen Jahren eine Sendereihe begann, die durch tatsachengetreue Darstellung durchaus geeignet gewesen wäre, alte Vorurteile zu zerstören, da hagelte es Proteste, und die Sendungen wurden für immer abgesetzt. Bleibt zu sagen, daß die Proteste fast ausschließlich von den Funktionären der Vertriebenenverbände ausgingen.

So wären jene Angriffe, die ich eingangs erwähnte, also doch berechtigt? Ja und nein. Sie sind es nicht, soweit sie den ehemaligen Ostdeutschen eine bestimmte, unabänderlich gegebene aggressive Mentalität unterstellen, sie zu den „unruhigen Millionen" stempeln, die jede positive Wendung der Bundesregierung zu einer friedlichen und verständigungsbereiten Ostpolitik mit Drohungen und Pressionen verhindert haben und verhindern. Wo Drohungen ausgesprochen worden sind, kamen sie stets von den Funktionären, von Bonns eigenen Vertrauensleuten. Die Millionen sind längst zur Ruhe gekommen, und die groß aufgemachten Treffen der Ver-

bände benutzen sie, um dann und wann billig Wiedersehen mit alten Bekannten feiern zu können.

Eine andere Sache ist, was in ihrem Namen und mit ihnen geschieht. Wenn sie aufgeputscht von Fahnengeschwenk, Fanfarenlärm und dem dumpfen Pauken der Landsknechtstrommeln demagogischen Phrasen applaudieren, dann sind sie freilich weiter denn je entfernt von der notwendigen Einsicht in die schuldbeschwerte Tragik des deutschen Geschicks — von jener Einsicht, zu der wir alle vor Gott und den Menschen verpflichtet sind.

So allerdings sind sie — und so sollen sie auch sein nach dem Willen derer, die uns regieren. Wie anders hätten sie denn Wiederaufrüstung und atomare Bedrohung ohne nennenswerten Widerstand hingenommen, wenn ihnen nicht immer wieder versichert worden wäre, solcher Spuk brächte ihnen die verlorene Heimat „kampflos und friedlich" zurück. Niemand von ihnen wünscht den Krieg, und es ist blutiger Hohn und mehr als das, wenn diejenigen, die einem neuen Militarismus planmäßig das Wort redeten, jetzt zu ihrer Entschuldigung und Entlastung vor dem Forum der Welt andere, Betrogene und Verführte verantwortlich machen wollen.

Es gibt keinen Unterschied zwischen „den Landsmannschaften" und Bonn, auch wenn jetzt gelegentlich versucht wird, einen solchen zu konstruieren. Es ist sehr wichtig, das festzustellen. Die westlichen Demokratien müssen wissen, daß der Neofaschismus, der Neonationalismus in der Bundesrepublik, wo und in welcher Gestalt sie sich auch zeigen, das Werk ihres Verbündeten Adenauer sind, der am 28. August 1948 Öl auf die erlöschende Glut zu gießen begann und, weil ihm das so paßte, führende Nationalsozialisten, Kommentatoren der unmenschlichen Rassengesetze und bornierte Volkstumsideologen rehabilitierte und zu seinen Helfern machte.

Wenn er sich jetzt der Verantwortung entziehen möchte, weil er seine drohende Isolierung spürt, so sollte man ihm das verwehren.

Dr. E. Schwarz

General von Manteuffel

Der „Führerbefehl Nr. 7" lautete:

„Ich habe erfahren, daß es bei den in den letzten Wochen befohlenen Rückzug- und Räumungsbewegungen teilweise zu unerfreulichen undisziplinierten und für den tapferen Frontsoldaten niederziehenden Bildern, besonders in den Großstädten und auf Hauptrückzugsstraßen gekommen ist. Das ist untragbar, der deutschen Wehrmacht unwürdig und kann die schwersten Folgen haben. Ich verlange deshalb, daß jeder vorgesetzte Offizier wie Unteroffizier, oder in besonderer Lage jeder beherzte Mann, die Durchführung seiner Befehle und die Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu erzwingen und Ungehorsame auf der Stelle zu erschießen hat. Das ist nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht. Tut der Vorgesetzte das nicht, setzt er sich derselben Lage aus. Es ist falsch, auf eine spätere gerichtliche Bestrafung zu warten."

Auf Grund dieser Anordnung hat General von Manteuffel einen neunzehnjährigen Gefreiten erschießen lassen. Der Tatbestand ist folgender: Die Truppe nächtigte bei Schepetowka in einem großen Strohschober, ein Unteroffizier und zwei Mann wurden als Wache aufgestellt. Am nächsten Morgen war der

Unteroffizier verschwunden. Nach Angabe der beiden Leute sei der Unteroffizier, der sich von der Stellung entfernt hatte, um sich warme Füße zu laufen, von Gestalten in Tarnmänteln geschnappt worden. Gefragt, warum sie auf die Russen nicht geschossen haben, erklärten sie, sie hätten darin eine mögliche Gefährdung ihrer schlafenden Kameraden gesehen.

Das Kriegsgericht verurteilte den einen Mann, der näher bei dem Unteroffizier stand, zu zwei Jahren Gefängnis, den andern sprach es frei. Der General bestätigte den Freispruch, das andere Urteil jedoch nicht. Er erklärte: Den Mann lasse ich erschießen ... Der Führerbefehl Nr. 7 ermächtigt mich dazu. Der Oberkriegsgerichtsrat widersprach, aber der Mann wurde erschossen.

Man kann Soldat und braucht kein Jurist zu sein, um auf den ersten Blick zu erkennen, daß der Führerbefehl den General nicht ermächtigte. Dafür genügt der ganz gewöhnliche, intakte Menschenverstand. Nicht Ungehorsam im allgemeinen Sinne konnte mit sofortigem Erschießen bestraft werden, sondern, wie der Zusammenhang eindeutig ergibt, nur dann, wenn auch beim Drohen mit der Waffe dem Befehl nicht Folge geleistet wird, d. h. die Drohung durfte in die Tat umgesetzt werden. Es ist völlig klar, daß ein solcher Fall hier nicht gegeben war. Wenn der General den Führerbefehl als einen Freibrief dafür angesehen hat, um ganz allgemein Verstöße gegen die Disziplin mit Erschießen zu ahnden und damit ein Exempel zu statuieren, dann ist es mit seiner Logik sehr schlecht bestellt. Einem Mann der Tat, wie es der General wohl im guten Sinne ist, mag es auf die Logik nicht so sehr ankommen, aber wenn er sich schon auf einen Führerbefehl stützt, dann muß er diesen Befehl mit der gleichen Exaktheit auslegen, mit der er auch seine soldatische Pflicht erfüllt. Und genau hier ist der Bruch in der Haltung der Nur-Soldaten: die Überheblichkeit, die Geringschätzung gegenüber der zivilen Ordnung und ihren Vertretern. Dementsprechend fertigte der General den Oberkriegsgerichtsrat ab, der die Zuständigkeit des Führerbefehls bezweifelte. Statt dieser Instanz gegenüber seine Entscheidung im einzelnen zu begründen, tat er sie gewissermaßen mit einer Handbewegung ab. Zugegeben, im Kriege und besonders dann, wenn alles aus dem Leim zu gehen droht, gelten ganz andere Maßstäbe als im Frieden, aber auch dann gibt es immer noch allgemeinverbindliche Bestimmungen — wozu schließlich auch der Führerbefehl gehört —, an die man sich halten muß. Wer dies nicht tut — er mag noch so sehr im guten Glauben und auf Grund seiner besonderen Verantwortung handeln wie im vorliegenden Falle —, der stellt sich außerhalb des Rechts und begeht damit einen Akt der Terrorjustiz.

Der General vermag dies auch heute nicht einzusehen, er ist auch heute noch nicht fähig, den so offenkundigen Sinn des Führerbefehls zu erkennen. Nach der Verkündung des Urteils rief er aus: Das ist Sippenhaft im vierten Reich! Wieder zeigte er damit, daß er mit Begriffen nicht recht umgehen kann. Er wollte sagen, daß er nun für die Anderen — für seine Sippe — büßen müsse, die ohne einen Kläger zu finden, das gleiche und vielleicht noch ganz anderes getan haben. Aber dann ist das ja nicht Sippenhaft, sondern gerade umgekehrt: er könnte sich als Geisel für die anderen betrachten. Hätte er die Sachlage so angesehen, dann wäre er sich vielleicht bewußt geworden, daß er den namenlosen Gefreiten in einem ganz ähnlichen Sinne behandelt hat; mit dessen Erschießung sollte ja ein „abschreckendes Beispiel" für die anderen geliefert werden. So ist es denn auch nicht anders als recht und billig, daß mit der Verurteilung des Generals ebenfalls ein abschreckendes Beispiel für alle Zukunft geliefert werde.

Neben dem General, der als zweifellos hervorragender Soldat Gegenstand des Respekts, ja der Bewunderung ist, bedeutet der namenlose Gefreite so gut wie nichts. Einer mehr, einer weniger, was macht das im Krieg schon aus. Vom Ge-

richt gefragt, wie der Mann aussah, sagte der General: „Der stand im Tarnanzug vor mir und da sehen die Leute alle gleich aus." Ein Irgendwer, ein Namen- und Gesichtsloser, gerade recht, um ein abschreckendes Beispiel zu liefern. Dieser Nur-Soldat hatte den Blick für das Einzelmenschliche verloren. Sein Unrecht erschien ihm im Tarnanzug der Disziplin.

Die heutige Haltung des Generals von Manteuffel ist indessen ebensowenig möglich ohne die vielen Gleichgesinnten und vor allem nicht ohne seine Leute von der 7. Panzerdivision, wie Hitler ohne seine Parteigänger, die ihn getragen haben. Im Gerichtssaal blickten diese Leute stolz auf ihren General und sagten: „Na klar, der Kerl mußte umgelegt werden." Sie, die Davongekommenen, tapfer oder auch nur abgeschreckt durch den Tod des Namenlosen, haben das heute gut sagen. Sie haben damit ein Beispiel fragwürdiger soldatischer Solidarität geliefert, so wie von Manteuffel ein Beispiel fragwürdiger soldatischer Autorität. Das alles beweist, daß tief drinnen im Kyffhäuser der alte Geist noch lebt. Ihn auszumerzen, braucht es Richter, die ebenso hart sind wie die Generäle, und einer ebenso entschiedenen Verurteilung durch die öffentliche Meinung. Ein General mag im übrigen so hart und streng sein, wie es ihm beliebt oder wie er es für notwendig hält, aber daneben muß für Überlegung, Rechtsgefühl und Menschlichkeit noch Raum bleiben. An allen dreien hat es der General fehlen lassen und deswegen ist seine V e r u r t e i l u n g uneingeschränkt zu bejahen.

cand. theol. P e t e r M e i e r

Eindrücke von der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben

Die Bewegung gegen Atomrüstung hat in Deutschland innerhalb der letzten Monate einen bemerkenswerten Strukturwandel durchlaufen. In der Zeit ihrer Entstehung war sie weithin ein aus dem Gefühl stammender, leidenschaftlicher Protest gegen etwas, das man mit Recht als grauenhaft und entsetzlich empfand. Selbst dort, wo man schon damals begriffen hatte, daß man es nicht bei diesem Gefühl des Entsetzens allein belassen dürfe, sondern sich zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen müsse, war die Basis des Kampfes gegen die nuklearen Massenvernichtungsmittel weitgehend das Gefühl, kaum die nüchterne ratio. Den Namen „Kampf dem Atomtod" wählten seine Väter, weil er ihnen am publikumswirksamsten erschien — er repräsentiert treffend jenes erste Stadium.

Als sich dann im Frühsommer 1958 an fast allen westdeutschen und Westberliner Hochschulen Studentenausschüsse gegen Atomrüstung bildeten, gab es einige unter ihnen, die das „gegen Atomrüstung" durch Formulierungen wie „für ein kernwaffenfreies Deutschland" ersetzten. Diese Differenzierung in der Namengebung war nicht allein stilistischer oder gar nur zufälliger Natur, sondern die Studenten wollten auch in der Firmierung ihrer Ausschüsse ausgedrückt wissen, daß es ihnen über den Protest hinaus um das J a zu bestimmten Gegenwartsvorstellungen zur Atomrüstungspolitik ging. Im Januar 1959 waren sie es wieder, die dieser Entwicklung einen besonderen Schwerpunkt gaben: die Resolutionen des Berliner „Studentenkongresses gegen Atomrüstung" hatten realistische politische Forderungen zum Inhalt. Sie waren Ausdruck der Erkenntnis, daß

man jene grauenhaften Massenvernichtungsmittel nicht durch moralische Proteste allein aus der Welt schaffen kann, sondern nur durch politische Lösungen, die praktisch erreichbar sind.

Den westdeutschen Teilnehmer an der „5. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben", die Anfang August dieses Jahres in Hiroshima stattfand, verblüffte zunächst die Beobachtung, daß die Bewegungen gegen Atomrüstung in anderen Ländern offensichtlich eine ganz ähnliche Entwicklung durchlaufen haben. Nicht nur Delegierte aus Westeuropa, sondern auch etwa Amerikaner oder Inder bestätigten in Gesprächen diesen Eindruck. Dasselbe Bild ergibt sich, wenn man die diesjährige Konferenz mit denen vergangener Jahre vergleicht. Frühere Resolutionen hatten ihr Schwergewicht eindeutig im moralischen Bereich, wenn sie sich nicht sogar allein auf ihn beschränkten. Der Ruf „Nie wieder Hiroshima!" der einst die Delegierten zur ersten Weltkonferenz zusammengerufen hatte, hatte zunächst allein ihre Diskussionen bestimmt — die Frage, w i e man denn ein neues Hiroshima verhüten könne, stand demgegenüber noch im Hintergrund.

Parallel dazu verlief eine andere Entwicklung. Als die Japaner vor mehr als vier Jahren zur ersten Weltkonferenz einluden, hegten sie die Hoffnung, daß dieses Forum der sachlichen Diskussion zur Verbesserung der gemeinsamen Arbeit dienen würde. Die Praxis sah jedoch anfangs etwas anders aus: den ersten Konferenzen gaben weithin diejenigen Delegierten das Gepräge, die glaubten, hier ein bequemes Auditorium für ihre speziellen Anliegen gefunden zu haben. Gegenüber dieser Tendenz auf die eigene Selbstbestätigung hin trat die Diskussion gemeinsamer Probleme zunächst noch zurück. Aber von Jahr zu Jahr nahm die Zahl der „Deklamatoren", wie sie ein Mitglied des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben" nannte, ab. Besonders augenfällig ist dabei die Differenz zwischen der vorjährigen und der diesjährigen Konferenz, deren sachlicher Arbeitsstil die Erwartungen der Japaner noch bei weitem übertraf. Natürlich liegt bereits eine gewisse Schwierigkeit in der Zusammensetzung der Delegierten — die Vertreter „westlicher" Bewegungen gegen Atomrüstung stehen in ihren Ländern so gut wie ausnahmslos in der Opposition, während die „östlichen" Delegierten mit der offiziellen Unterstützung ihrer Regierungen nach Hiroshima gekommen waren. Von daher war eine gewisse Gefahr gegeben, daß unter der Hand eine emotionale Stimmung entstand, die nicht gerade „pro-westlich" war. Das lag deswegen um so näher, als sich auf dieser Konferenz wieder einmal zeigte, daß unsere übliche schematisierende Einteilung der Erde in „westliche", „östliche" und „neutrale" Staaten nicht nur höchst mangelhaft vereinfachend, sondern in geradezu gefährlicher Weise falsch ist — wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, Gelegenheit gehabt hat, mehrere Wochen durch Asien zu reisen, merkt sehr schnell, wie hilflos wir mit unseren europäischen Maßstäben vor den Problemen und dem Denken eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Welt stehen.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten war die Atmosphäre der Konferenz ganz stark vom Willen zum Miteinander getragen. Man war sich durchweg der Verantwortung bewußt, die man gerade hier in Hiroshima vor der Weltöffentlichkeit trug, und der Gefahr, die aus der publizistischen Auswalzung etwaiger Spannungen entstehen konnte. Selbst jene emotionale anti-westliche (was nicht identisch ist mit pro-östlich!) Stimmung hätte niemals dazu geführt, daß man ehrliche Atomrüstungsgegner, die in allen übrigen grundsätzlichen Fragen jedoch keineswegs energische Verfechter einer Politik der Entspannung waren, auch nur in irgendeiner Weise zu majorisieren versucht hätte. Die Veranstalter der Konferenz hatten nicht nur bereits im voraus erklärt, daß nur solche Resolutionen als offiziell betrachtet werden sollten, die e i n s t i m m i g gefaßt würden; sie ließen sich

auch — in einer Europäer manchmal mehr als ermüdend anmutenden Ausführlichkeit — für alle Entscheidungen in Verfahrensfragen erst ausdrücklich autorisieren, um auch ja nicht unbeabsichtigt irgendjemand zu verletzen. (Daß es trotz dieser geradezu sprichwörtlichen japanischen Höflichkeit in Einzelfällen dennoch zu psychologischen Ungeschicklichkeiten kam, die sicherlich vermeidbar gewesen wären, liegt im Bereich immer vorkommenden menschlichen Versagens und hat keineswegs das Schwergewicht, das ihm manche Interessierte nachträglich gerne beilegen wollen).

Die einzige ernsthafte Störung dieser sachlichen Arbeitsatmosphäre war der Ausmarsch von vier westeuropäischen Delegierten (den fünften, einen Amerikaner, der sich ihnen anschloß, kann man kaum mitrechnen, da er erst wenige Stunden vor dem „Ausmarsch" in Hiroshima eingetroffen war und auch in dieser Zeit an keiner einzigen Veranstaltung der Konferenz teilgenommen hatte). Die Begründung, die sie für ihren Schritt angaben — die Konferenz sei eindeutig prokommunistisch und habe sich geweigert, ihre abweichenden Ansichten zur Kenntnis zu nehmen; außerdem sei ihre Forderung, auch die beabsichtigte Atomrüstung Chinas zu verurteilen, abgelehnt worden —, ist teils unaufrichtig, teils einfach sachlich unzutreffend. Die Konferenz war jederzeit bereit, jede Meinung einer Minorität zu respektieren — sie wehrte sich aber mit berechtigter Entschiedenheit gegen den Versuch einzelner, sie zu einer Plattform des Kalten Krieges zu machen. Das China-Argument blieb als letztes übrig, nachdem alle anderen zerronnen waren. Die Redaktionskommission hatte es abgelehnt, in den Bericht über die Vorkonferenz, der der Hauptkonferenz als Arbeitsgrundlage dienen sollte (es handelte sich also n i c h t, wie in der Tagespresse zu lesen war, um die offizielle Resolution der Konferenz), neben Westdeutschland, Frankreich und Japan als Beispiele für die drohende Ausweitung des „Atomklubs" auch China aufzunehmen — in erster Linie deswegen, weil in den Diskussionen der Vorkonferenz über China gar nicht gesprochen worden war. Mit derselben Begründung wurde auch der Antrag verworfen, Schweden und die Schweiz als zusätzliche Beispiele aufzuführen. Ein weiterer Grund kam noch hinzu. Die chinesische Regierung hat bisher nicht offiziell erklärt, sie erwäge die Ausrüstung ihrer Armee mit Atomwaffen; außerdem steckt China so tief in seinen Anstrengungen, auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet den Anschluß an das 20. Jahrhundert zu gewinnen, daß es an solche Dinge vorläufig noch gar nicht ernsthaft denken kann. Man empfand es daher als ausgesprochen unfair, dieses Land nur deswegen zu nennen, weil bei objektiver Darstellung der Situation der Westen zu schlecht abschneiden würde. Sehr schnell verbreitete sich infolgedessen der Eindruck, daß jenen, die die Konferenz verließen, der publizistisch breit ausgewalzte Ausmarsch weit wichtiger war als irgendeine sachliche Mitarbeit. Aus der Reihe der Fakten, die diesen Eindruck aufkommen ließen, seien nur zwei erwähnt: noch bevor ihr „spontaner" Brief dem Vorsitzenden des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben" übergeben worden war, begannen sie schon eine Pressekonferenz, die offensichtlich vorher einberufen worden sein mußte; und als einige Delegierte sie zu überreden versuchten, im Interesse der Sache ihren Schritt wieder rückgängig zu machen, begründeten sie ihre Ablehnung damit, daß sie ja ihre Pressetelegramme schon abgeschickt hätten. Daß daneben ihr Verhalten auf der Konferenz gelegentlich eine erschreckende Unkenntnis elementarer demokratischer Gepflogenheiten erkennen ließ, sei nur am Rande vermerkt. Betont werden muß jedoch, daß einer von ihnen, der Delegierte der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament", nicht den Anschein erweckte, als ob er mit denselben Intentionen wie die anderen nach Hiroshima gekommen sei, sondern

daß jene seine scharf antikommunistische Einstellung nur in geschickter Weise auszunutzen schienen, um ihn zum Mitgehen zu veranlassen.

Die übrigen Delegierten aus West und Ost brachten es dagegen ohne gegenseitiges Köpfeeinschlagen zu einer einstimmig angenommenen Resolution der Konferenz, die unter dem Namen „Hiroshima-Appell" veröffentlicht worden ist. Diese Resolution vermeidet peinlichst jede Formulierung, die als Parteinahme für den einen oder den anderen militärischen Block mißverstanden werden könnte. Die Redaktionskommission hatte ihre Tätigkeit auf den Grundsatz aufgebaut, zuerst nach dem Maximum an Gemeinsamkeiten zu fragen und alles auszuklammern, was auch nach eingehender Diskussion noch strittig blieb. Prof. Dr. Linus Pauling, dem das Hauptverdienst an der endgültigen Formulierung des Appels gebührt, erklärte in einer anschließenden Pressekonferenz seine große Befriedigung, daß sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten sämtliche Mitglieder der Redaktionskommission eisern an dieses Grundprinzip gehalten hätten. Man war bereit, dafür andererseits in Kauf zu nehmen, daß man sich in einer Richtung die Hände gebunden hatte: die Resolution mußte darauf verzichten, in ihren Forderungen zu weit ins Detail zu gehen.

Das konnte bedeuten, daß man der Gefahr eines unverbindlichen „Wishi-Washi-Redens" erlag, wie es die Australier nannten. Diese an sich naheliegende Befürchtung war hier jedoch unbegründet. Schon eingangs war darauf hingewiesen worden, daß sich die Erkenntnis der Notwendigkeit, in der Atomwaffenfrage vom reinen Protest zum Aufzeigen praktischer politischer Lösungsmöglichkeiten zu kommen, nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in anderen Ländern mehr und mehr durchgesetzt hat. Die Delegierten, die nach Hiroshima gekommen waren, wußten, daß die offizielle Resolution der Konferenz nicht nur die Abschaffung aller nuklearen Massenvernichtungsmittel fordern durfte, sondern auch gangbare Wege zu diesem Ziel darlegen mußte. Von daher waren sie gezwungen, sich auf einige grundsätzliche Forderungen zu einigen, die notwendigerweise politischer Natur waren. Der Appell empfiehlt drei Schritte: zunächst die Begrenzung des sogenannten „Atomklubs" (die von einer australischen Delegierten geprägte Ersatzformulierung „Atom-Selbstmordklub" wurde in Hiroshima zum geflügelten Wort) auf seine bisherigen Mitglieder. Praktisch bedeutet das im Augenblick die Verhinderung bzw. Rückgängigmachung der westdeutschen, der französischen und der japanischen Atombewaffnung. Darüber hinaus werden die bisherigen Nichtmitglieder des Atomklubs aufgefordert, auf bzw. über ihrem Hoheitsgebiet auch keine fremden Kernwaffen mehr zu dulden. Der zweite Punkt ist die Forderung nach Errichtung von kernwaffenfreien Zonen in Europa und Asien als einem weiteren praktisch realisierbaren Schritt. Als Beispiel wird der Rapacki-Plan genannt, ohne daß damit jedoch alle seine Detailvorschläge mit übernommen werden. Jede Aufweichung der verhärteten Militär- und Machtblocks wäre bereits zu begrüßen — hier wird die Stimme der asiatischen Delegierten hörbar, für die Nehrus und Sukarnos Worte, die Existenz zweier Militärblocks sei bereits der Anfang allen Übels, weit selbstverständlicher klingen als für europäische Ohren. Die dritte Forderung ist die nach sofortiger und endgültiger Einstellung aller Kernwaffenversuche. Es hat in Asien beträchtlichen Eindruck gemacht, daß die Sowjetunion auf die Anfrage der „Europäischen Föderation gegen Atomrüstung" hin sofort feierlich versichert hat, daß sie keinesfalls als erste die immer noch unterbrochenen Testreihen fortsetzen werde, während Frankreich offiziell und das Pentagon offiziös erklärten, sich der sowjetischen Verpflichtung nicht anschließen zu können. Wenn dennoch der Appell im Interesse der Einheit der Konferenz auf diese Dinge mit keinem Worte eingeht, sondern lediglich ein baldiges und positives Ergebnis der Genfer Konferenz zur

Einstellung der Kernwaffenversuche fordert, so bewies damit die Redaktionskommission ein außerordentliches Verantwortungsgefühl. Es bleibt nicht ganz verständlich, wo man hier die angeblich „eindeutig pro-kommunistische Haltung" feststellen wollte.

Neben diesen drei Hauptforderungen drückt der „Appell von Hiroshima" durch alle seine Formulierungen noch eine weitere Grunderkenntnis aus — die, daß heute der Kampf gegen die nuklearen Massenvernichtungsmittel und der Kampf gegen den Krieg schlechthin miteinander identisch geworden sind. Jeder „begrenzte Krieg" kann allein schon durch die Automatik der Militärpakt-Systeme zu einem mit Kernwaffen geführten Weltkrieg werden, der die Existenz der ganzen Menschheit bedroht. Die Frage, ob man den Kampf gegen Atomwaffen isoliert führen dürfe, da doch der Krieg überhaupt die Wurzel des Übels sei, ist falsch gestellt — die Frage nach dem Kriege erscheint heute nur in der Form der Frage nach dem möglichen A t o m krieg. Andererseits heißt das, daß sich derjenige, der sich ernsthaft gegen Atomwaffen wenden will, überhaupt für eine Politik der Entspannung und der friedlichen Lösung der internationalen Streitfragen einsetzen muß. Prof. Pauling bezeichnete deswegen den Satz der Resolution: „Wir rufen alle Männer und Frauen auf, teilzunehmen an dem weiten Kampf gegen den Krieg schlechthin!" als einen der Herzstücke des Appells. Aber auch in allen anderen Aussagen dieser Erklärung wird deutlich, daß der Konferenz dieser Zusammenhang klar war.

Ein Teilnehmer fehlte auf der diesjährigen Konferenz, der im vorigen Jahr noch anwesend gewesen war: die japanische Regierung hatte keinen Beauftragten entsandt. Sie hatte sich mit der Begründung zurückgezogen, die Politik des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben" habe sich zu weit nach links orientiert, da er sich gegen die Revision des amerikanisch-japanischen Sicherheitspaktes gewandt habe. Um diesen Vorwurf beurteilen zu können, muß man die Geschichte jenes Paktes kennen.

Als nach dem Zusammenbruch die Japaner darangingen, sich eine neue Verfassung zu geben, nahmen sie darin den ausdrücklichen Verzicht auf „Land-, See- und Luftstreitkräfte" für alle Zeiten auf; im § 9 der Verfassung heißt es außerdem: „Das japanische Volk entsagt dem Krieg als einem souveränen Recht der Nation für immer. Darüber hinaus verurteilt es die Drohung oder den Gebrauch von Gewalt als Mittel, internationale Streitigkeiten zu lösen". Aber General M c A r t h u r s „Re-education" ist inzwischen schon ein Stück Geschichte geworden — wenig später erkannten die Vereinigten Staaten, welch wichtiger Faktor das Inselreich in ihrer Strategie des „Rolling back" darstellen könnte. Die USA schlossen daher mit Japan den sogenannten „Sicherheitspakt" ab, der auch die Wiederkehr des japanischen Soldaten vorsah — schamhafterweise sprach man statt von der Wehrmacht von „Sicherheitsstreitkräften", um die Verfassungsverletzung (die inzwischen bereits durch ein Tokioer Gericht offiziell festgestellt worden ist) nicht allzu offenkundig werden zu lassen. Die Amerikaner planen nun seit kurzem die Revision dieses Vertrages, um die japanische Verteidigung „effektvoller" gestalten zu können, wie sie sich selbst ausdrückten. Der Premierminister Nippons, K i s h i , hat sich trotz der Widerstände, die ihm seine eigene Partei dabei bereitet hat, keineswegs gewehrt, alles das zu tun, was die Japaner als seine Pflicht und Schuldigkeit ansahen. Nachdem er aber inzwischen öffentlich zugeben mußte, daß die geplante Revision des Sicherheitspaktes auch die Möglichkeit schaffen soll, die japanische Armee mit Kernwaffen auszurüsten, erhob sich ein ungeahnter Proteststurm im ganzen Lande. Diese Welle von Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, die immer noch anhält, wird keineswegs nur von der politischen Linken getragen, sondern ist eine

echte Volksbewegung. Die japanische Regierung hat von Anfang an versucht, alle Gegner der Revision als bewußte fellow-travellers des Kommunismus oder zumindest als „trojanische Esel" darzustellen, und der „Japanische Rat gegen A- und H-Bomben", der das Thema des Sicherheitspaktes auch auf der Weltkonferenz zur Sprache brachte, war natürlich das erste Opfer dieser Verdächtigungen. Es soll allerdings Mitglieder der Regierungspartei peinlich berührt haben, daß diese Forderung Kishis — „Keine Opposition gegen die Revision des Paktes" — mit derjenigen identisch war, die jene Gruppe von Rechtsextremisten immer wieder lautstark erhoben, die in Hiroshima gegen Delegierte und führende Mitglieder des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben" teilweise mit Brachialgewalt vorgingen und dort ein Schauspiel boten, das Deutsche unangenehm an vergangene Zeiten erinnerte.

Japan und Westdeutschland haben trotz der ungeheuren Entfernung, die zwischen ihnen liegt, und trotz ihrer Zugehörigkeit zu so verschiedenen Kulturkreisen zahlreiche Parallelen, über die der Besucher aus Europa immer wieder erstaunt ist. Auch das japanische Volk läßt sich von der Antikommunismus-Propaganda seiner Regierung nicht mehr das eigene Denken abnehmen; wer glaubt, mit dem Gespenst der „roten Gefahr" die Weltgeschichte auf ihrem Wege zur Entspannung aufhalten zu können, hat auch in Japan auf das falsche Pferd gesetzt.

Johannes Fleischer

Der deutsche Episkopat und die Gewissensfreiheit im Dritten Reich

Bei den Gedenkfeiern zum 20. Juli 1944 wurde vielfach auch über den Eid im Dritten Reich und seine Sinngebung gesprochen. Allgemein war man sich darüber einig, daß die Eidesleistung weder das Versprechen zum unbedingten Gehorsam einschloß noch das Recht auf einen eventuellen aktiven Widerstand gegen das Naziregime antastete. Diese Meinung wurde und wird vor allem kirchenamtlicherseits und von tonangebenden katholischen Moralprofessoren vertreten. So hieß es schon in dem Gutachten des Moralprofessors Dr. Rupert Angermair, München, zum sogenannten Remer-Prozeß 1952 u. a.: „Weil nun das wahre Gemeinwohl im Willen Gottes und im Gewissen jedes gottverbundenen Menschen grundgelegt ist, darum gibt es für die Moraltheologie keinen gültigen Eid zum ‚absoluten', d. h. ‚unbedingten', von der Bedingung des Sittlich-Erlaubten losgelösten Gehorsam einer fehlbaren menschlichen Einzelperson als solcher gegenüber. Restlos unbedingter Gehorsam auch in unerlaubten und das Gewissen belastenden Dingen wäre sklavisch; denn er unterjochte einem fehlbaren Menschen, statt vor Gott und dem eigenen Gewissen zu verpflichten . . . Das ist die zweitausend Jahre alte biblische Lehre, von der abzugehen der Christ kein Recht hat."

Andererseits steht aber die geschichtliche Tatsache einwandfrei fest, daß weder die notorisch antichristliche Gesetzgebung im Dritten Reich — man denke nur an

die Rassengesetze! — noch das hitlerische Kriegsverbrechen für die kirchliche Führung Anlaß waren, gerade unter Hinweis auf die moraltheologische Eidesinterpretation festzustellen: Hier kann der Katholik nicht aktiv mitwirken! Hier muß jeder Katholik, der nicht zum Verräter an der katholischen Lehre und am Volke werden will, ein klares Nein sprechen!

Angesichts dieser Sachlage drängt sich die Frage auf: Hat etwa der deutsche Episkopat und die Masse der katholischen Moralprofessoren in offiziellen Verlautbarungen doch den Eid im Naziregime derart interpretiert, daß er praktisch eine Verpflichtung zum blinden Kadavergehorsam beinhaltete und somit denjenigen Katholiken, die sich streng an bischöfliche Weisungen hielten, gar keine andere Möglichkeit ließ, als ohne Rücksicht auf die eigene, an der katholischen Lehre orientierte Gewissensüberzeugung sämtlichen Gesetzen und Weisungen der nazistischen Führung zu folgen? Gegenüber solchen Mutmaßungen, Verdächtigungen und Vorwürfen erklärte aber Prof. Angermair in seinem Gutachten, die kirchliche Führung habe bei ihrer Lehre über den Eid den unbedingten Gehorsam stets verworfen und sei kompromißlos für die Gewissensfreiheit im Rahmen des göttlichen Gesetzes eingetreten: „In Katechesen, Predigten und Hirtenbriefen wurde diese Botschaft während der Herrschaft Hitlers jederzeit tapfer verkündet. Hunderte von Priestern erlitten dafür Gefangenschaft und Tod. Wer sich heute plötzlich anmaßt, der Kirche vorzuwerfen, sie habe damals feig geschwiegen, beweist damit nur, daß er in jenen Jahren nicht auf die Kirche hörte."

Doch auch nach solcher Erklärung bleibt die Frage: Wo blieb dann das auch in der Praxis bewiesene Nein zu verbrecherischen Nazigesetzen und dem Hitlerkrieg?

Der Beamteneid „ohne Vorbehalte und Einschränkungen"

Der Wahrheitsgehalt der geschichtlichen Version vom kirchenamtlichen Einstehen für die Gewissensfreiheit bei der Eidesinterpretation ist nun allerdings nur dann einwandfrei festzustellen, wenn man an Hand von dokumentarischen Unterlagen die konkrete Haltung des deutschen Episkopats zum Beamten- und Fahneneid im Dritten Reich prüft. Der Beamteneid lautete: „Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflicht gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Als katholische Beamte mit ihren vorgesetzten Dienststellen darüber in Konflikt gerieten, ob dieser Eid zur Befolgung aller Gesetze verpflichte, belehrte ein Erlaß des Kölner Erzbischofs vom 1. März 1934 die Gläubigen wie folgt: „Laßt euch, geliebte Erzdiözesanen, nicht beunruhigen und irremachen durch die, welche öffentlich zu sagen wagten, eine jüngst erfolgte Vereidigung verpflichte zu einer Änderung eurer religiösen Überzeugung. Für den Christen ist jede Eidesleistung zunächst und vor allem eine feierliche Anerkennung der Majestätsrechte des allerhöchsten Gottes. Sie kann deshalb niemals zu etwas verpflichten, was gegen Gottes Gebote und Gesetze ist."

Demgegenüber schrieb dann aber, um die staatliche Interpretation des Eides eindeutig klarzustellen, ein Ministererlaß vom 12. Juli 1935 ausdrücklich vor, daß dieser Eid selbstverständlich den bedingungslosen Gehorsam gegenüber Hitler und allen nazistischen Gesetzen beinhalte und daher „ohne Vorbehalte und Einschränkungen" geleistet werden müsse. Damit war jedem gläubigen Katholiken praktisch die Beamtenlaufbahn versperrt; und der deutsche Episkopat hätte in Erfüllung seiner Amtspflicht erklären müssen: In diesem Falle kann kein Katholik den Beamteneid leisten; denn beim Beamteneid als einem einseitigen Staatshoheitsakt ist die Interpretation des Eidabnehmenden maßgebend, der je-

doch die selbstverständliche katholische Bedingung ausschließt, „soweit die Gesetze mit der katholischen Glaubens- und Sittenlehre übereinstimmen". Ein Katholik, der trotzdem noch den Eid leistet, fällt damit praktisch von der Kirche ab oder wird gegenüber dem Eidabnehmenden zum Heuchler.

Von einer solchen oder ähnlichen Bischofserklärung war jedoch n i c h t s zu hören. Selbst als dem Episkopat der praktische Fall zur Kenntnis gegeben wurde, daß ein Katholik von der Eidesleistung ausgeschlossen blieb, weil er ausdrücklich erklärte, den Beamteneid nur insofern leisten zu können, als er damit kein Gesetz zu beachten und an seiner Durchführung mitzuwirken brauche, dessen Inhalt mit der katholischen Lehre unvereinbar sei — daß also das offene Bekenntnis zum katholischen Vorbehalt die Eidesleistung unmöglich mache, war von einem klaren bischöflichen Nein nichts zu vernehmen. Ganz im Gegenteil verschloß der Episkopat bewußt vor klaren Tatsachen die Augen und verkündete in einer offiziellen Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz 1935: Der nazistische Befehl, den Beamteneid „ohne Vorbehalte und Einschränkungen" zu leisten, stimme ja haargenau mit der kirchlichen Lehre über den Eid überein: „Solcher Vorbehalte und Einschränkungen bedarf es für den katholischen Christen auch nicht. Denn es ist und war seit jeher katholische Lehre, daß ein Eid als ein feierlicher Akt der Gottesverehrung nichts enthalten k a n n , was mit der Pflicht der Gottesverehrung und der Treue zur Wahrheit in Widerspruch steht. Eine Verpflichtung zu etwas, was nach katholischer Glaubens- und Sittenlehre zum Gesetz Gottes in Widerspruch steht, k a n n daher gar nicht Gegenstand eines Eides sein, da das der Gegensatz zur Gottesverehrung sein würde, k a n n also nicht im Eide enthalten sein. Das ist katholische Lehre, zu deren Verkündigung die Kirche berechtigt ist nach göttlichem Auftrag, ein Recht, das auch im Reichskonkordat anerkannt ist."

Mit dieser Behauptung, die sich an die Erklärung des Kölner Erzbischofs von 1934 anlehnte, machte sich der deutsche Episkopat einer schweren F ä l s c h u n g der katholischen Lehre schuldig. Denn der „Gegenstand eines Eides" k a n n sehr wohl zur katholischen Lehre in Widerspruch stehen — nur d a r f ein Katholik einen solchen Eid nicht leisten. Leistet er ihn doch, so verpflichtet das eidliche Versprechen zwar nicht, aber dieser Katholik macht sich nach katholischer Lehre der Gotteslästerung schuldig (wobei unerörtert bleiben soll, ob ein Christ überhaupt einen Eid leisten darf).

Wie hartnäckig in moraltheologischen Kreisen an dieser bischöflichen Begriffsverfälschung festgehalten wird, beweisen die Ausführungen von Prof. Angermair in dem schon genannten Gutachten: „Geeigneter Gegenstand eines eidlichen Versprechens ist nur das Sittlich-Gute bzw. mindestens das Sittlich-Erlaubte. Der sinngemäße Inhalt eines Beamten- und Fahneneides kann demnach nur in dem liegen, worin ihn die katholische Moraltheologie von jeher kristallisierte, in der Verpflichtung auf das allgemeine Wohl in Frieden und im Kriege."

Auch hier wird also füglich verschwiegen, daß durchaus ein Eid vorliegt, wenn der Inhalt der beschworenen Aussage gegen Gottes Gesetz verstößt, nur daß dieser Eid eben nicht geleistet werden d a r f , weil er — gerade auf Grund seines Charakters als Eid — eine Gotteslästerung ist; und daß Eidleisten bzw. sich eidlich zu etwas verpflichten und die objektive Verpflichtung aus dem Eid zwei ganz verschiedene Begriffe sind.

Die nazistischen Machthaber hatten allerdings keinen Grund, gegen die bischöfliche Fälschung anzugehen, solange die Beamten katholischer Konfession gemäß den Nazigesetzen ihre „Amtspflicht gewissenhaft erfüllten" und der deutsche Episkopat gegen diese „Pflichterfüllung" auch dann nichts einzuwenden hatte, wenn bestimmte Gesetze ganz offenkundig mit der katholischen Lehre unvereinbar waren.

Die bischöfliche Mitwirkung an einem „Attentat auf unveräußerliche Rechte"

Welcher Praktiken sich aber der deutsche Episkopat bediente, um selbst bei notorisch antikatholischen nazistischen Gesetzen kein klares Nein sprechen zu müssen, zeigt seine Haltung zum „Reichsgesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933:

1. Als das Sterilisationsgesetz am 1. Januar 1934 in Kraft trat, glaubte man sich bischöflicherseits durch „Abmachungen" behelfen zu können, z. B. durch diejenige zwischen dem erzbischöflichen Stuhl von Freiburg und der badischen Regierung vom 20. 1. 1934. Doch schon hier wurde es den Katholiken erlaubt, „der gesetzlichen Anzeigepflicht nachzukommen", d. h. zur Anwendung des antikatholischen Gesetzes wissentlich und willentlich überhaupt erst die Voraussetzung zu schaffen. Damit nicht genug, durften die Katholiken, mit Ausnahme der Ordensschwestern, bei der Operation als assistierendes Personal herangezogen werden. Außerdem erklärte man sich damit einverstanden, daß die Sterilisierung — nach katholischer Lehre gegen das nicht nur für Katholiken verbindliche Naturrecht verstoßend — durch solche Ärzte vorgenommen wird, die „innerlich auf dem Boden des Gesetzes stehen"!

2. In einer für die Geistlichkeit bestimmten Schrift „Sterilisierung und Seelsorge" aus dem Jahre 1935 (Beuroner Kunstverlag, Beuron) wurde zwar seitenlang dargelegt, warum das nazistische Sterilisationsgesetz ein „Attentat auf unveräußerliche Rechte, auf Würde und Freiheit des Menschen" sei; es wurde auch zugegeben, allerdings nicht in Form einer Kritik am bischöflichen Verhalten, daß die Abmachung vom 20. Januar 1934 „einen schwersten, doppelten Verstoß gegen das Naturrecht besagt", weil darin „die Alternative gestellt wird, entweder die Asylierung samt den Kosten auf sich zu nehmen oder sich durch die Sterilisierung vor der Asylierung zu bewahren". Im übrigen aber wurde

a) die Anzeige wie schon 1934 erlaubt, wenn sie eine „sittlich indifferente Tat" darstellt (die es nach katholischer Lehre überhaupt nicht geben kann — J. Fl.) und ein „ernster Grund" für die Anzeige vorliegt;

b) jedem Katholiken gestattet, als „assistierendes Personal" bei der Sterilisierung mitzuwirken, weil ja „die Haupthandlung wegen des Überangebots an geschulten Kräften durch die Assistenz dieser Personen nicht erst möglich" wird und „bereits ein mittelgroßer Schaden genügt, um dieser Assistenz die Unmoralität zu nehmen";

c) bestimmt, daß Katholiken als Polizeibeamte den durch Gerichtsbeschluß zu Sterilisierenden mit Gewalt vor den zuständigen Amtsarzt schleppen dürfen, weil sie in diesem Falle „nur entfernte Mitwirker sind und wegen des drohenden schweren Nachteils selbst unter Zwang handeln";

d) schließlich den Geistlichen bei den „praktischen Winken für den Beichtstuhl" vorgeschrieben: „Keine Frage über Sterilisationsanzeige oder -antrag soll an Personen gestellt werden, die dafür in Betracht kommen können."

Die „Begründungen" für die katholische Mitwirkung an der Sterilisation beruhten also im wesentlichen auf der These: Erleide ich einen materiellen Schaden, wird eine moralwidrige Handlung sittlich erlaubt; oder noch deutlicher ausgedrückt: Die Schwächung meines Geldbeutels kann mir auch der liebe Gott nicht zumuten! Daß dieser moralische Bankrott nun noch durch absolut willkürliche, jeder Logik spottende moraltheologische „Unterscheidungen" bemäntelt und „als allgemeingültige, sittlich einwandfreie Praxis der Moraltheologie" bezeichnet wurde, ändert an seinem Bestand nicht das geringste.

3. Bei dieser bischöflich sanktionierten „Moral" war es nur selbstverständlich, daß auch das noch bestehende Verbot für Katholiken, Antrag auf Sterilisierung

zu stellen, als Erbgesundheitsrichter tätig zu sein und als Arzt die Operation vorzunehmen, nur graue Theorie blieb. Da der Episkopat außerdem nicht den Vorwurf entkräften konnte, einer doppelten Moral zu huldigen, wenn er nur ihnen die Beachtung des Sterilisationsgesetzes verbiete, hatten jene Beamte, die sich an dieses Verbot nicht hielten, auch keinerlei kirchliche Schwierigkeiten.

Diese Entwicklung ergab sich überdies von selbst, da das katholische Volk keinerlei bischöflichen Einwand vernahm, als Innenminister Dr. Frick am 7. Juli 1935 beim „Generalappell der Partei" in München erklärte:

„Zu der offensichtlich verstärkten Agitation gegen das Reichsgesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses muß ich als berufener Vertreter der Reichsregierung feststellen, daß diese nicht gesonnen ist, weiterhin eine derartige Sabotage der Reichsgesetze zu dulden. Auch nach dem Konkordat ist die katholische Kirche verpflichtet, die Gesetze auch für die Angehörigen der katholischen Kirche als bindend zu erachten."

Mit dieser Berufung auf das Konkordat war Frick überdies im vollen Recht, da dort die Freiheit des religiösen Bekenntnisses tatsächlich nur im Rahmen der für alle geltenden Gesetze vereinbart worden war und über die nazistische Sinngebung dieses Passus von Anfang an kein Zweifel bestehen konnte. Ebenso tatenlos fand sich der Episkopat dann mit dem Erlaß desselben Ministers vom 9. Juli 1935 ab, durch den jede Stellungnahme gegen das Sterilisierungsgesetz verboten und gegebenenfalls Erstattung einer Strafanzeige wegen Verstoßes gegen § 10 StGB oder gegen das Gesetz über heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. März 1934 angeordnet wurde.

4. Das einzige, wozu sich der deutsche Episkopat in dieser Angelegenheit noch aufraffen konnte, war eine — im August 1936! — an Hitler persönlich gerichtete Denkschrift über den „Eid und die Sterilisation", die jedoch dem katholischen Volk nicht bekanntgegeben wurde. Nachdem in dieser Eingabe zunächst die bischöfliche Eidesinterpretation zitiert ist, wonach beim Eid „selbstverständlich nur solche Verpflichtungen übernommen werden, die mit Gottes Gesetz in Einklang stehen", wird anschließend nicht etwa klargestellt: Wir müssen es daher geradezu als Eidbruch bezeichnen, wenn jemand das Sterilisationsgesetz anerkennt und an seiner Durchführung mitwirkt! Vielmehr ist nur von den Beamten die Rede, die noch immer Gewissensskrupel bei der Durchführung des Sterilisationsgesetzes haben, obwohl ihr Tun doch schon längst die zumindest stillschweigende kirchenamtliche Duldung besaß. Es heißt dann in der Denkschrift:

„Im Namen der Gewissensfreiheit dürfen wir das Verständnis Ew. Exzellenz auch dafür annehmen, daß viele katholische Beamte und Ärzte in die schwersten Gewissenskonflikte gestoßen werden, wenn sie das Sterilisierungsgesetz durchführen müssen . . . Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch in dieser Frage eine friedliche Lösung sich finden lasse, etwa dadurch, daß diese Beamten und Ärzte . . . in jenen Fällen, in denen sie aus Gründen des Gewissens bei der Durchführung des Sterilisierungsgesetzes nicht mitwirken können, eine Vertretung erhalten, ohne im übrigen ihre Stellung aufgeben zu müssen. Wertet man diese Fragen . . . als eine Gewissensfrage einer staatstreuen Beamtenschaft, wird sich eine Lösung finden, ohne daß man viel in der Öffentlichkeit davon spricht."

Man richtete sich also ganz nach der Haltung Hitlers. Zwang dessen Haltung dazu, „die Hoffnung aufzugeben", hüllte man sich bischöflicherseits eben in Schweigen und sah der Mitwirkung von Katholiken an der Sterilisierung weiter tatenlos zu. Und in der Tat hatte diese Denkschrift überhaupt keine positive Reaktion Hitlers zur Folge, wie die nazistische Regierung auch nicht entfernt daran dachte, auch nur ein Jota an dem Erlaß vom 9. Juli 1935 zu ändern, der jede Stellungnahme gegen das Sterilisationsgesetz unter Strafe stellte. Es ist dann später

auch nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß sich irgendein Bischof „straffällig" gemacht hätte, d. h. daß er seiner selbstverständlichen bischöflichen Amtspflicht nachgekommen wäre.

Wie sehr der Episkopat nicht nur in der Praxis, sondern schon in der Theorie die katholische Lehre preisgegeben hatte, zeigt aber in erschreckend deutlicher Weise auch noch jener bischöfliche Vorschlag, zur „friedlichen Lösung" Stellvertreter bei der Sterilisierung zu stellen. Das heißt nämlich nicht mehr und nicht weniger als: Gegen die Mißachtung des Naturrechts, gegen die Verübung eines Verbrechens, gegen das „Attentat auf unveräußerliche Rechte, auf Würde und Freiheit des Menschen" haben wir nichts einzuwenden, sondern befürworten es sogar, wenn nur der Staat es befiehlt und der Täter, sei er Katholik oder Nichtkatholik, keinerlei Gewissensskrupel dabei hegt! Der Sache nach — da es sich in beiden Fällen um einen Verstoß gegen das nach katholischer Lehre allgemeingültigen Naturrecht handelt — war es dasselbe, als hätte der Episkopat gesagt: Wenn die nazistische Regierung jeden Priester mit dem Tode bestraft, der die katholische Lehre verkündet, bitten wir doch, Katholiken, die als Henker ausersehen sind, durch Vertreter zu ersetzen — und die „friedliche Lösung" findet unsere Zustimmung. Oder: Wenn Millionen Juden umgebracht werden sollen, bitte doch nur durch Nichtkatholiken!

5. Es ist daher keine Überraschung, daß am Ende von bischöflicher Seite her, und zwar „mit Empfehlung des deutschen Gesamtepiskopats", sogar das hohe Ethos des „Attentats auf unveräußerliche Rechte" herausgestellt wurde:

„Es ist kaum möglich, schon jetzt über die Auswirkung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zu urteilen. Das kann erst geschehen, nachdem die praktischen Erfahrungen gesammelt und wissenschaftlich zugänglich gemacht werden. Jedenfalls soll nicht bestritten werden, daß der einzige Beweggrund, aus dem das Gesetz hervorgegangen ist, in dem verantwortungsvollen Gedanken wurzelt, das deutsche Volk von erblicher Belastung zu befreien. Daß dieses Ziel innerhalb bestimmter Grenzen erreicht wird, darf auch angenommen werden." (Erzbischof Dr. Conrad G r ö b e r : „Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen", Herder-Verlag, Freiburg 1937, „herausgegeben mit Empfehlung des deutschen Gesamtepiskopats").

Doch dieser selbe Episkopat, der unter vollständiger Preisgabe einer von ihm selber in der Theorie vertretenen eindeutigen katholischen Lehre derart dem nazistischen Machtgötzen willfährig wurde, glaubte sich zur gleichen Zeit, im „Gemeinsamen Hirtenbrief" vom Dezember 1936, vor dem katholischen Volke zu der feierlichen Beteuerung legitimiert: „Wir werden von den Wahrheiten unseres heiligen Glaubens kein Jota preisgeben und für die unveräußerlichen Rechte unserer heiligen Kirche immer einstehen."

Man braucht nur noch hinzuzufügen, daß sich der Episkopat — logischerweise — ebensowenig vor Gott und dem Volke für verpflichtet erachtete, etwa ein kompromißloses Nein zu der nazistischen Ehegesetzgebung und den verbrecherischen Rassengesetzen zu sprechen sowie allen seiner Jurisdiktionsgewalt unterstehenden Katholiken die Mitwirkung an der Durchführung dieser Gesetze zu verbieten: und es wird restlos klar, daß jene Beteuerung in der konkreten bischöflichen Praxis ganz gewiß keine Stütze fand. „Der aufs Letzte gehende Widerstreit zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der katholischen Kirche", von dem Papst Pius XII. am 2. Juni 1945 nach dem Zusammenbruch des Naziregimes sprach, wurde zwar trotz allen opportunistischen Anbiederungsversuchen des Episkopats mit aller Konsequenz von den nazistischen Machthabern weiterhin praktisch demonstriert; aber daraus den Tatbestand eines bischöflichen Widerstandes folgern zu wollen, welcher auch nur den elementarsten Pflichten des bischöflichen

Amtes entspricht, hieße die offenkundige geschichtliche Wahrheit in unqualifizierbarer Weise verfälschen.

Unbestreitbare Tatsache ist vielmehr: Der deutsche Episkopat hat den unvereinbaren Gegensatz zwischen Staatstreue im nazistischen Sinne und Kirchentreue mit Hilfe einer wahrheitswidrigen Eideslehre zu überspielen versucht; das katholische Volk mit Hilfe weiterer schwerer Verstöße gegen katholische Fundamentalgebote als willfähriges Ausführungsorgan für notorisch antichristliche und verbrecherische Nazigesetze mißbrauchen lassen; somit in den entscheidenden Fragen das persönliche Gewissen abgestumpft und praktisch einem menschenunwürdigen Kadavergehorsam Vorschub geleistet gegenüber einem Regime, das „den heiligsten Gefühlen der Menschlichkeit in keiner Weise Rechnung trug und die unverletzlichen Grundsätze des christlichen Glaubens mit Füßen trat." (P i u s XII. am 2. 6. 1945.) Die Gesamtheit der deutschen Bischöfe von damals — mögen sie G a l e n, F a u l h a b e r, P r e y s i n g, G r ö b e r usw. heißen — bleibt daher in allererster Linie dafür verantwortlich, daß das katholische Volk in eine Kollektivschuld verstrickt wurde und jedem wirksamen antinazistischen Widerstand von vornherein das kirchenamtliche Todesurteil gesprochen war. Oder man muß sich schon zu einer blutigen Ironie ohnegleichen bekennen, wenn man z. B. aus folgenden offiziellen Bischofsworten, die keineswegs vereinzelt dastehen, sondern treffend die bischöfliche Generallinie wiedergeben, die Fanfare der Freiheit und den Aufstand des wachen Gewissens gegen „das satanische Gespenst des Nationalsozialismus" (Pius XII. am 2. 6. 1945) und gegen ein notorisches Mörderregiment ertönen zu hören meint: „Die zweite Waffe der Kirche ist das Wort. Das Wort, das nicht im Kritisieren und in Klageliedern steckenbleibt und nicht immer nur das Ungute sieht. Das Wort, das alle auseinanderstrebenden Kräfte zu einer Gemeinschaft der Kirche zusammenfaßt und das Vertrauen zum Führer stärkt.

Dabei wollen eure Bischöfe mit dem Staat in Frieden und Vertrauen zusammenarbeiten, wollen wir am Werk des Führers auch das Gute und Große sehen.

So schließen eure Bischöfe mit der Mahnung: Laßt euch nicht von unzufriedenen Menschen in eine Mißstimmung und Verdrossenheit hineinreden, die noch immer ein üppiger Nährboden für bolschewistische Gesinnung war!"
(„Gemeinsames Hirtenwort" vom Dezember 1936)

Nach diesen Dokumenten darf man es schon schlimmen Zynismus und erschreckende Selbstgerechtigkeit, ja direkt Heuchelei nennen, wenn „Im Auftrag der deutschen Bischöfe", nämlich in der mit diesem Impressum versehenen katholischen Monatszeitung „Mann in der Zeit" (Juli 1951), gleich als ob der deutsche Episkopat das genaue Gegenteil praktiziert hätte, diejenigen Katholiken öffentlich angeprangert wurden, die doch gerade, wie nunmehr feststeht, mit der bischöflichen Praxis strikt konform gingen, d. h. „die den immer gleichbleibenden Fangrufen des totalitären Ungeheuers ‚Frieden, Einheit und Befreiung' erlagen und zu ihm Brücken des guten Willens schlagen zu können wähnten; die in dem entmenschten Machtapparat noch den Träger einer ordentlichen Staatsgewalt und in jedem Bürger, der mit ihm in Konflikt geriet, den Störer des ‚Friedens' und der ‚Einheit' sahen — bestenfalls aber das schuldige Opfer eines Fanatismus, der eines Christen unwürdig sei.

Während Tausende bereits in den KZ schmachteten . . .".

D e r F a h n e n e i d d e s „u n b e d i n g t e n G e h o r s a m s"

Nach dem Vorangegangenen wäre es sehr überraschend, wenn man über die bischöfliche Haltung im Dritten Reich zum Fahneneid Vorteilhafteres berichten könnte. Der Fahneneid hatte folgenden Wortlaut: „Ich schwöre bei Gott diesen

heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

Durfte nach bischöflicher Lehre auf Grund dieses Eides ein katholischer Soldat überhaupt jemals gegenüber irgendeinem militärischen Befehl einwenden: Was ich da tun soll, ist nicht Recht, sondern Unrecht, ist nach katholischer Lehre Verbrechen! Mein Gewissen verbietet mir daher, diesem Befehl nachzukommen; und auch in dem von mir geleisteten Fahneneid ist nicht die Verpflichtung enthalten, mein Gewissen auszuschalten sowie jedem militärischen Befehl bedingungslos zu gehorchen? Die Antwort darauf gab schon 1935 mit Zustimmung des deutschen Gesamtepiskopats der Freiburger Erzbischof Dr. Conrad Gröber: „Du hast überhaupt nicht danach zu fragen, ob der Krieg im Dienste des Rechtes oder des Verbrechens steht; denn die katholischen Theologen haben . . . es niemals in den Urteilsbereich des einzelnen mit all seinen Kurzsichtigkeiten und Gefühlsstimmungen gelegt, im Kriegsfalle die Erlaubtheit oder das Unerlaubtsein zu erörtern, sondern die letzte Entscheidung der rechtmäßigen Autorität überlassen."
(„Kirche, Vaterland und Vaterlandsliebe", S. 103/4, Herderverlag, Freiburg 1935)

Die „rechtmäßige Autorität" war damals aber nach den immer wiederkehrenden Belehrungen in bischöflichen Hirtenschreiben Adolf Hitler und seine Regierung. Laut dieser bischöflichen Feststellung war demnach jeder, der nicht dieser „rechtmäßigen Autorität" zugehörte (also doch wohl auch jeder Bischof selber?) ein geistig und moralisch minderwertiger Mensch, da sein Rechtsmaßstab ja doch nur auf „Kurzsichtigkeiten und Gefühlsstimmungen" beruhte. Wenigstens „im Kriegsfalle". Eindeutig wurde hier also gleichfalls dem blinden Kadavergehorsam das Wort geredet und das katholische Volk von vornherein jedem Hitlerkrieg als gefügiges Werkzeug dienstbar gemacht.

Damit jeder Katholik, der Soldat wurde, sich diese bischöfliche Kadavergehorsams-Ideologie auch bei der Leistung des Fahneneides restlos zu eigen machte, wurde ihm eine Art Vademecum für den katholischen Soldaten, die Schrift „Fahneneid", übergeben. Die Schrift trug das Imprimatur des bischöflichen Ordinariats Münster vom 8. November 1938, wo bekanntlich Bischof Galen residierte. Man versetze sich zunächst in das Jahr 1938 zurück: Seit mehr als fünf Jahren herrschte ein Terror-Regiment, bestand offene Feindschaft gegen das Christentum, fanden Judenverfolgungen statt; die Rassengesetze wurden unerbittlich angewandt; die Meuchelmorde vom 30. Juni 1934 waren für „rechtens" erklärt, das Gestapo- und KZ-System stand in voller Blüte; soeben waren Hitlers „friedliche Absichten" durch den Einmarsch in die Tschechoslowakei Lügen gestraft worden; am Abend des Tages, da das bischöfliche „Imprimatur" erteilt worden war, begannen jene entsetzlichen Judenpogrome, die unter der Bezeichnung „Kristallnacht" bekannt sind, usw. usw. — und dann nehme man von der bischöflich autorisierten Interpretation des nazistischen Fahneneides folgendes zur Kenntnis:

„Unter ‚Reich' begreifen wir jenes geordnete Herrschaftsverhältnis, in dem der Wille des Führers nicht nur als die tatsächliche Macht, als die Ausübung der Gewalt verstanden wird, sondern vielmehr zugleich in der edlen Form des Gehorsams und der Gefolgschaft der Wille des Volkes ist.

Wehrdienst leisten zu können und zu dürfen, sieht jeder wahrhafte Deutsche als seine Ehre an, und wenn er ein Christ ist, bedeutet ihm das Wehrdienstleisten-Müssen zugleich eine religiöse Bindung und Verpflichtung.

Bei Gott schwören heißt, Ihn zum Bürgen der nun folgenden Aussage machen, heißt, sich Seiner Rache und Vergeltung ausliefern, so man Ihn etwa durch die Aussage in eine Lüge oder in einen Eidbruch hineinbezieht.

Der Führer verkörpert die Einheit des Volkes und des Reiches. Er ist der oberste Träger der staatlichen Gewalt. Ihm als solchem zu gehorchen, ist der christliche Deutsche auch ohne Eid im Gewissen gebunden.

‚Jederman soll den obrigkeitlichen Gewalten untertan sein, denn es gibt keine Gewalt, die nicht von Gott stammt: die vorhandenen sind von ihm angeordnet. Wer sich daher der Gewalt widersetzt, widersetzt sich der Anordnung Gottes.' So schreibt Paulus im Römerbrief, Kapitel 13. Dieses sein vorbehaltloses Ja zur Staatsgewalt hat er an Christen geschrieben, die geneigt waren, in ihrem Staat den Ausdruck einer ihrem Glauben feindlichen Macht zu sehen.

Der Apostel entzieht mit seiner Darlegung dem einzelnen Christen das Recht, seinen Gehorsam gegenüber der staatlichen Gewalt willkürlich an Bedingungen zu knüpfen. Dies sei hier nur um dessentwillen gesagt, weil man vom Christen, insonderheit dem katholischen, oft fälschlicherweise glaubt, seine Staatstreue stehe auf wankendem Boden, er sei nur von Fall zu Fall zum Gehorsam bereit.

Ist dem deutschen Soldaten solche Treue seinem Führer und obersten Befehlshaber zu geloben schon leicht gemacht, weil er in ihm das Vorbild wahrhaft soldatischen Wesens und soldatischer Tugend erkennt, weil er seine Treue einem Manne schenkt, der den Sinn seines Lebens in der Mehrung der Größe und Ehre seines Volkes sieht und Tag für Tag selbst das Beispiel der Treue gibt, dann wird der christliche Soldat erst recht sein Gelöbnis in Ernst und Freudigkeit des Herzens sprechen können, weil ihn sein Glaube lehrt, in der Person des Herrschers über die rein menschlichen Fähigkeiten und Leistungen hinaus die ihm von Gott verliehene Herrlichkeit und Ehre zu erkennen und anzuerkennen.

So wird auch in der Gegenwart der wahrhaft christliche Soldat seine ehrfürchtige und liebende Hingabe an den Führer im Gebet zum Ausdruck bringen.

‚Unbedingten Gehorsam leisten': Der christliche Soldat gehorcht nicht, um sich Unbequemlichkeiten zu ersparen, sondern weil er im Befehl jeder führenden Stelle in seinem Truppenteil eine Ausstrahlung jener Gewalt sieht, die er in seinem dem Führer des deutschen Volkes und obersten Befehlshaber der Wehrmacht geschworenen Fahneneid als eine von Gott verliehene anerkannt und bejaht hat.

Das Christentum bejaht die sittliche Erlaubtheit des gerechten Krieges. Ob und inwieweit ein Krieg gerecht ist, kann dabei niemals dem Urteil des Einzelnen, etwa gar des Soldaten unterliegen, so daß er die Bereitschaft zum Einsatz seines Lebens davon abhängig machen könnte. Solches zu entscheiden ist allein Sache der Führung, die dafür auch allein vor Gott und vor ihrem Volk verantwortlich ist.

Für den Christen, der in seinen Glauben hineingenommen hat, daß die Staatsgewalt ihren Auftrag von Gott empfing, ist ein Schwanken auch in solch entscheidender Stunde nicht möglich, für den christlichen Soldaten, der sich durch einen heiligen Eid vor Gott zur Treue verpflichtet hat, erst recht nicht. Er wird ihn (jeden Hitlerkrieg) von der sittlichen Seite sehen als ein Ringen zwischen Recht und Unrecht und für sich selbst als eine Probe der Bewährung seines Mannestums.

Was Frost und Leid! — Mich brennt ein Eid. — Der glüht wie Feuerbrände — Durch Schwert und Herz und Hände. — Es ende drum wie's ende — Deutschland, ich bin bereit!"

Man braucht dieser, effektiv an Gotteslästerung grenzenden, kirchenamtlichen Eidesinterpretation nichts hinzuzufügen, zumal feststeht, daß sie unter Führung des Episkopats und vor allem auch der katholischen Militärseelsorge (deren prominentester Vertreter, Prälat Georg Werthmann, heute denselben Militärgeneralvikarsposten wie zur Nazizeit innehat, da er sich damals ja so „bewährt" hat und

das entsprechende „Sachverständnis" besitzt!) zum Verderben der Völker tatsächlich konsequent praktiziert wurde — „bis zum bitteren Ende".

Katholiken aber, die sich zur Gewissensfreiheit bekannten und sich weigerten, einen unbedingten Gehorsam ohne ausdrückliche Vorbehalte zu versprechen, oder die den Hitlerkrieg als Verbrechen bezeichneten und dem Verbrechen nicht aktiv Vorschub leisten wollten, wurden von der kirchlichen Führung rücksichtslos im Stich gelassen. Und in Kriegsgerichtsverhandlungen traten — wie aus zahlreichen entsprechenden Dokumenten ersichtlich — offiziell beauftragte geistliche „Sachverständige" (vom Schlage eines Prälaten Werthmann) auf, die den nazistischen Schergen dienstfertig versicherten, daß der Angeklagte mit seinen Bedenken, Vorbehalten und sonstigen Einwänden gegen die vorbehaltlose Ableistung des Fahneneides und gegen die Teilnahme am Hitlerkrieg selbstverständlich überhaupt nicht auf dem Boden der „verbindlichen kirchlichen Lehre" stehe und daher gegen die Verhängung der Todesstrafe gerade vom kirchenamtlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden sei.

Dieses kirchenamtliche Verhalten war ja auch nur konsequent; denn man konnte sich schließlich nicht zum moralischen Anwalt einer Gewissensfreiheit machen, die sich sichtbar in der praktischen Absage an Hitlers Kriegsverbrechen dokumentierte, wenn man gleichzeitig in offiziellen Verlautbarungen mit einer Militärseelsorge konform ging, welche nicht den mindesten Zweifel an der „Gerechtigkeit" des Hitlerkrieges ließ — wie z. B. in der Weihnachtsbotschaft des katholischen Feldbischofs 1942 an die „hochwürdigen Wehrmachtsgeistlichen und alle deutschen Wehrmachtsangehörigen katholischen Glaubens":

„Die Anstrengungen, aus denen der Sieg erwächst, werden von uns allen viel Kraft und Hingabe verlangen. Unser Führer und Oberster Befehlshaber steht uns hier als leuchtendes Vorbild vor Augen.

In unerschütterlichem Vertrauen auf ihn werden wir das Ziel erreichen, um das gekämpft wird. Es ist das höchste und edelste, was es geben kann: Heimat, Freiheit, Vaterland und Lebensraum für unser Volk.

Es segne euch der Allmächtige Gott, der Vater, und der Sohn, und der Heilige Geist. Amen."

Es entspricht also keineswegs den geschichtlichen Tatsachen, heute den Feldbischof als unmaßgeblichen Einzelgänger hinzustellen, von einer episkopal verteidigten Meinungsfreiheit zu reden und außer Hitler niemandem die Schuld zuzuschieben, sobald auf obige und ähnliche Dokumente die Sprache kommt. Trotzdem erklärte Prof. Angermair im Remerprozeß auf Befragen: „Sie werden ja nicht behaupten wollen, daß ein Mann o h n e solche p r i v a t e Überzeugung überhaupt noch Wehrmachtsbischof geworden wäre! (Gelächter im Auditorium.) Selbstverständlich konnte es damals auch im katholischen Raum über praktische Fragen persönliche Meinungsverschiedenheiten geben. Das besagt nichts gegen das wissenschaftliche Gutachten von heute. Man kann schließlich nicht von jedem verlangen, daß er wissenschaftliche Begriffe in jedem Augenblick restlos genau sondern kann ... Die Schuld an mancher Begriffsverwirrung hat durchaus Hitler selbst."

Unumstößliche Tatsache ist vielmehr: Der deutsche Episkopat hat durch seine Interpretation des Fahneneides die nazistische Forderung nach blindem Kadavergehorsam praktisch sich selber zu eigen gemacht, das katholische Volk auf diese Absage an die Gewissensfreiheit verpflichtet und — logischerweise — die Teilnahme an Hitlers Kriegsverbrechen als selbstverständlichen Inhalt des Fahneneides herausgestellt. Damit wird jeder Versuch hinfällig, heute mit einem Male Widerstand und Widerstandsrecht des Soldaten gegen das Naziregime als logische Konsequenz jener Haltung zu bezeichnen, die der deutsche Episkopat in seiner

Gesamtheit ohne Ausnahme damals, wo es drauf ankam, im konkreten Falle eingenommen hat.

Wenn man aber gar in moraltheologischen „Gutachten" wie in demjenigen des Prof. Angermair zum Remer-Prozeß liest, daß Hitler zunächst jahrelang „das Gemeinwohl im gottgewollten Sinn förderte oder wenigstens nicht direkt gefährdete"; daß erst — „es kam aber die Stunde", meint Prof. Angermair — durch die sich anbahnende Niederlage und nicht etwa schon durch das nazistische Kriegsverbrechen als solches „Hitler und gottgewolltes Gemeinwohl in immer schärferen Gegensatz traten" usw. usw.: dann zeigen derartige Ausführungen deutlich genug, daß alle Rechtfertigungsversuche zugunsten der offiziellen bischöflichen Haltung zum nazistischen Fahneneid auf leere Phrasen, mehrdeutige Begriffe und dreiste Geschichtsklitterungen angewiesen sind, die vor der geschichtlichen Wahrheit einfach nicht bestehen können.

Nach dem Gesagten besteht demzufolge alle Veranlassung für die katholische Kirchenführung, ein konkretes Mea Culpa des Inhalts zu sprechen, in der jüngsten Vergangenheit selber tatkräftig und in vorderster Linie durch geistliche Hilfe zur Vernichtung der Freiheit beigetragen zu haben. Solange aber davon nichts zu vernehmen ist, müssen alle Verlautbarungen, die der deutsche Episkopat im Namen der „christlichen Grundsätze" und der „Gerechtigkeit" heute erläßt, in einem recht bedenklichen Lichte erscheinen. Bei dieser Selbstgerechtigkeit auch noch auf die Legitimität für eine geistige Führerstellung der kirchenamtlichen Kreise im „Kampf um die Freiheit" und gegen den „totalitären Staat" in der Gegenwart zu pochen, ist einfach absurd. Fehlt der Mut zur vollen geschichtlichen Wahrheit, auch wenn sie für das eigene Ich und das eigene Lager höchst „unbequem" ist, und beliebt man, nur immer das ans Licht zu ziehen, was das amtliche Versagen nicht berührt, bleibt zwangsläufig auch die allgemeine Klage über die „unbewältigte Vergangenheit" ein hohles Schlagwort, weil man diese Vergangenheit offenkundig ja gar nicht ernsthaft bewältigen — will. An dieser Feststellung vermögen auch groß aufgezogene katholische Veranstaltungen wie beispielsweise der 13. Katholische Deutsche Studententag zu Bamberg nichts zu ändern, wo man zwar beteuert, „sich der jüngsten Vergangenheit zu stellen" und sich „über die jüngste Vergangenheit der deutschen Geschichte informieren zu lassen", aber in der Praxis peinlichst alles vermeidet, was diese Beteuerung glaubwürdig erscheinen lassen könnte.

Stehen wir nicht heute in einer Situation, die klare Abgrenzung fordert?

Dr. jur. Elsa Hennings

Tibet gestern und morgen

Die Verfasserin dieses Aufsatzes, bekannte Hamburger Rechtshistorikerin und über zweieinhalb Jahrzehnte Vorstandsmitglied der Universitätsgesellschaft in Hamburg, hat neben einer beachtlichen Reihe rechtshistorischer Publikationen sich seit je für die Erkenntnis ostasiatischer Verhältnisse in Deutschland verwandt.

D. Red.

Nachdem sich die Schlagzeilen der Presse über die jüngsten Vorgänge im „geheimnisvollen" Tibet endlich, wenn auch nicht endgültig erschöpft haben und die beinah periodisch wiederkehrenden Sturmmeldungen über das weltpolitisch kaum

ins Gewicht fallende Land vorläufig verrauscht sind, dürfte es an der Zeit sein, von den goldenen Dächern der tibetischen Klöster auf die recht nüchterne tibetische Erde zurückzukehren. Hier nämlich ist es ungleich lehrreicher, als der allem andern, nur nicht der sachlichen Unterrichtung dienende Presselärm hätte ahnen lassen, falls nicht die umfangreiche wissenschaftliche und popularwissenschaftliche Literatur über Tibet schon der Allgemeinheit zugänglich gewesen wäre. Die lebendigen Schilderungen der Sven Hedin, Filchner, Wegener, Younghusband, Bell, Harrer, Francke u. a. sowie die in viele Sprachen übersetzten Bücher der französischen Forscherin Alexandra David-Neel, die vierzehn Jahre in Tibet zubrachte und sogar zum Lama aufrückte, haben das Land längst seiner Geheimnisse und aller Romantik, aller Spekulation entkleidet. Über die elementaren Dinge der Geschichte, Geographie, Ethnographie, Topographie usw. herrscht freilich bei allen Schriftstellern einige Verwirrung; und das ist verständlich, weil sie auf bloße Schätzungen angewiesen waren. Heute hingegen liegt soviel zuverlässiges statistisches Material vor, daß man nur zuzugreifen braucht, um sich und andern das Verständnis zu erleichtern.

Die Tibet-Region, d. h. Tibet einschließlich des Chamdo-Gebiets, das also, was wir kurz mit „Tibet" bezeichnen, ist ein Teil des riesigen, im Durchschnitt etwa viertausend Meter über dem Meeresspiegel liegenden Chinghai-Tibet-Plateaus, das außer dem eigentlichen Tibet West-Szechuan, West-Yünnan und die Provinz Chinghai umfaßt. Tibet hat bei einer Fläche von 1,2 Millionen qkm nur 1,27 Millionen Bewohner — einen auf den Quadratkilometer! Von dem gesamten Boden gehören 30,9 % den Latifundienbesitzern, 39,5 % den Klöstern und 29,6 % dem Adel. Zusammen mit den in Chinghai, West-Szechuan und im Südwesten von Kansu lebenden Tibetern beläuft sich nach dem Zensus von 1953 ihre Gesamtzahl in China auf 2 775 622, also auf einen geringen Bruchteil der sich auf reichlich 35 Millionen Menschen beziffernden nationalen Minderheiten des Landes. Über 90 % seiner Bevölkerung von ca. 650 Millionen gehören jedoch der Han-Nationalität an. Wo die Tibeter außerhalb der Tibet-Region kompakte Gemeinschaften bilden, haben sie ebenso wie andere Minoritäten nach Durchführung einschneidender Reformen insbesondere der Neuverteilung des Bodens, auf dem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens usw. vor einigen Jahren in den sogenannten „autonomen chou", das sind Gebiete in der Größenordnung zwischen Grafschaft und Kreis, Selbstverwaltung erhalten. Ihr seitdem zu verzeichnender wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung entspricht in allen Bereichen dem des übrigen China im „Sprung-vorwärts-Jahr" 1958.

Die Zugehörigkeit Tibets zu China wird oft und gern bestritten, immer aber mit Argumenten, die an der Geschichte des Landes vorbeigehen. Allgemein wird angenommen, daß die Tibeter turko-mongolischen Ursprungs sind mit leicht indischem Einschlag. Ein im ganzen gesehen erträgliches Verhältnis zu den Han brachte ihnen mancherlei an kulturellen und materiellen Werten ein. Gegen das 7. Jahrhundert erhielten sie von China die ersten Kenntnisse der Arithmetik und der Medizin. Im Jahre 641 verheiratete Kaiser Tai Tsung aus der Tang-Dynastie (618—907) die Prinzessin Wen Cheng an den tibetischen König Sron-tsan Gampo; sie nahm eine große Zahl von Handwerkern in ihre neue Heimat mit, die sich auf die Herstellung von Papier, Tinte, auf Brauerei, Reismüllerei u. a. verstanden. Ferner brachte sie Eier des Seidenwurms nach Tibet und spielte auch sonst eine Rolle bei der Hebung des Niveaus des im Vergleich zum damaligen China sehr rückständigen Landes. Zwei zu ihrem Gedenken errichtete Statuen befinden sich noch heute im Jokham-Kloster und im Potala-Palast in Lhasa. Die 710 an den tibetischen König Tridetsogtan verheiratete Han-Prinzessin Chin Cheng führte außer kostbaren Brokaten, verschiedenen

Musikinstrumenten und fähigen Akrobaten auch klassische chinesische Literatur nach Tibet ein.

Aus Indien hingegen kam unter König Sron-tsan Gampo der Buddhismus ins Land; dieser König war auch der Gründer der Hauptstadt Lhasa. Als hundert Jahre später einer seiner Nachfolger, Muni tsan-po, Sohn des „edlen" Königs Khrisrong Idetsan (743—789), mit der reinen buddhistischen Lehre in der Weise Ernst machen wollte, daß er die Reichen seines Landes zwang, ihren Wohlstand mit den Armen und Hilflosen zu teilen und sich ihnen gleichzustellen, erlitt er eine Enttäuschung. Dreimal wiederholte er sein Experiment, dreimal kehrten die Reichen zu ihren alten Gepflogenheiten zurück, wobei sie jedesmal noch reicher, die Armen noch ärmer geworden waren. Die Priester schrieben das Phänomen den guten und bösen Handlungen aus dem früheren Leben der Reichen und Armen zu. Der Buddhismus war nach und nach mit dem früheren tibetischen Dämonenglauben zu der eigentlichen Form des Lamaismus, nach „Lama", tibetisch „der Obere", verschmolzen und zu einem prächtigen Kult mit komplizierten Riten, magischen Praktiken und einer großmächtigen Hierarchie geworden, deren Spitze der „hochwürdige Lama" hielt, eine Stellung, die etwa der des Papstes entspricht; im zweiten Rang stehen die „ehrwürdigen" Lamas und im dritten die einfachen Inkarnierten. Bei den Mönchen, die aus Höflichkeit ebenfalls Lamas genannt werden, gibt es eine vierstufige Rangfolge. Die geistliche Macht der Lamas erstreckte sich weit über Tibet hinaus und reichte im Nordosten bis in die Mandschurei hinein. Klöster schossen wie Pilze aus der Erde hervor; die größeren unter ihnen beherbergten zwanzigtausend und mehr Mönche.

Ihrem Gelübde nach waren die Mönche verpflichtet, nur von Almosen zu leben, doch hatten sie es im allgemeinen nicht nötig, zu betteln, da die Klöster überreich waren an Einkünften aus Ländereien, Zinsleistungen, Stiftungen und aus Gebühren für geistlichen Beistand. Der Lama war nicht nur Fürbitter bei den Geisterkönigen, sondern auch Arzt, Astrolog, Wahrsager, Magier und Dämonenvertreiber. Daneben beschäftigten ihn reale Künste wie Malen von Heiligenbildern und Erzguß von Heiligenstatuen, ferner das Abschreiben von Büchern, die Herstellung von geweihten Pillen, Reliquien, Amuletten und anderen Devotionalien. Die niederen Mönche trieben in ungünstigen Fällen auch Ackerbau und Viehzucht, die sonst den Klostersklaven oblagen, sowie mancherlei Handwerk. Auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke konnte es sich die Priesterschaft schon in der Mitte des 9. Jahrhunderts leisten, mit Gewalt gegen einen König aufzutreten, gegen Lang dharma, und ihn straflos umzubringen; seine Verwandtschaft, seine Minister und Untergebenen mußten flüchten, und sie begaben sich an den kaiserlichen Hof nach China. In Tibet brachen bald darauf schwere innere Zwistigkeiten aus, die das Land in ein Chaos verwandelten und es in lauter kleine, sich gegenseitig bekriegende Fürstentümer aufsplitterten. Die Verhältnisse dürften fast aufs Haar denen ähneln, die sich um die gleiche Zeit in Deutschland abspielten, wo selbstherrliche kleine Herrscher ihre Fehden austrugen, die See und die Straßen unsicher machten und alles raubten und ausplünderten, was ihnen unter die Finger kam. Vierhundert Jahre stritten sich die tibetischen Zwergkönige herum, bis die Mongolenzüge auch ihre Gebiete erreichten.

Die Mongolen Innerasiens, streitbare, kühne Reitervölker, hatten sich zu sammeln begonnen und im Jahre 1206 den Stammeshäuptling Temujin zu ihrem König erwählt. Er legte sich den Titel Genghis Khan, Größter Herrscher, bei und zog mit seinen Mannen zu weiten Eroberungszügen aus; in Europa führten sie ihn bis an die Donau. Die Invasion Chinas setzte im Jahre 1211 ein, doch war sie noch nicht beendet, als 1227 Genghis Khan starb. Erst sein Enkel Kublai Khan, ein Freund des Lamaismus, vollendete in jahrelangen Feldzügen gegen

den erbitterten Widerstand der überfallenen Völkerschaften die Unterwerfung Chinas. Damit war auch das Ende der zwei Sung-Dynastien, der nördlichen und der südlichen (960—1279), besiegelt. Schon im Jahre 1271 gab Kublai Khan seinem Imperium die dynastische Bezeichnung „Yuan". Tibet war 1253 durch einen Überraschungsangriff erobert und dem Kaiserreich einverleibt worden, ohne daß sich unter den neuen Verhältnissen etwas an dem Machtstreben der Priester geändert hatte. Kublai Khan lud sogar den Lamakönig Phagspa von der lamaistischen Sekte der Sakya oder „Roten" Sekte, so genannt nach der Farbe ihrer Hüte und Oberkleider, als Lehrer an seinen Hof ein und behielt ihn dort zwölf Jahre. Sie waren mit Übersetzungen und Sprachstudien ausgefüllt.

Zum Dank für seine Dienste wurde Phagspa im Jahre 1275 vom Kaiser mit ausgedehnten souveränen Rechten über Tibet belehnt, die freilich ihre Grenze an der Oberherrschaft Chinas fanden. Sichtbarer Ausdruck dafür waren die in Tibet eingesetzten kaiserlichen „Friedens-Kommissionen" der Yuan-Dynastie und die ihnen entsprechenden „Minister-Residenten" der späteren Ching-(Mandschu-)Dynastie (1644—1911). Ihnen oblag neben anderen administrativen Pflichten die Erhebung bestimmter Steuern und die Einziehung des ordentlichen Tributs an China. Außerdem sorgten sie für die Errichtung von Kurier-Stationen und Militärposten, sowie für die Durchführung eines Zensus und die Registrierung der Dienste der tibetischen Beamtenschaft.

Mit dem Regierungsantritt Phagspas beginnt ganz offiziell ein praktisch seit langem verwirklichtes System, in welchem sich die priesterliche Herrschaft mit der politischen in einer Hand vereinigt. Wenn es trotzdem nicht reibungslos funktionierte, so lag die Schuld weder beim Kaiser noch bei seinen Beauftragten; verantwortlich dafür zu machen war einzig die Rivalität der verschiedenen, von eigenen Klöstern getragenen Sekten, die, eine wie die andere, um unbeschränkte Autorität für sich selber stritten. In den siebzig Jahren des am Ende nur mehr nominell bestehenden Regiments der Sakya konnte sich ihr Ansehen nicht auf der anfänglichen Höhe halten; denn da jede Sekte ihre Angel nach Gefolgschaft mit dem Besten auswarf, was sie zu bieten hatte, war die müde gewordene alte Sakya-Sekte dem Wettstreit mit den unverbrauchten neuen nicht mehr gewachsen. Zunächst wurde sie von der Kagyud-Sekte an Geltung überflügelt und schließlich von deren Oberhaupt Phagmodu nach langwierigen Kämpfen unterworfen. Noch vor dem Sturz der Yuan-Dynastie, der unter dem überhandnehmenden Druck der Priesterschaft nicht mehr aufzuhalten war, wurde er vom Kaiser als neuer tibetischer Herrscher bestätigt. Phagmodus Nachfolger Chia-yang suchte bei Tai Tsu, dem ersten Kaiser der Ming-Dynastie (1368 bis 1644) um Anerkennung als Priesterkönig nach, erhielt sie aber nur für einen Teil Tibets; er wurde jedoch zur Entschädigung mit einem hohen Ehrentitel ausgezeichnet.

Die späteren Ming-Kaiser erweiterten das Gebiet zwar wieder, nur belehnten sie zur selben Zeit die Oberlamas von acht weiteren Klöstern mit Herrscherwürden. Mit Ehrentiteln sparten sie außerdem nicht. Die Verteilung der höchsten Würden sollte die Macht eines einzelnen schwächen, damit der Weg für eine Umgestaltung der priesterlichen Zentralgewalt frei werde. Diese erfolgte im Zusammenhang mit einer radikalen Reform des tibetischen Lamaismus durch den gelehrten Tson-kha-pa (1357—1417? 1429?). Er begann in Lhasa mit Erfolg durch Rede und Schrift zu wirken, gründete dort drei große Klöster und erfreute sich einer fortwährend steigenden Anhängerschaft, die der von ihm gegründeten Gelugpa- oder „Gelben" Sekte das Übergewicht über alle anderen, besonders über die Sakya-Sekte verlieh. Die wichtigste Disziplinarreform, die sich an die Annahme des gelben Habits knüpfte, war das Gebot des Zölibats für die Religiosen.

Die Auswüchse der Magie wurden durch Tson-kha-pa ebenfalls beschnitten. Seine Reform führte zu einer neuen Entwicklung in der Hierarchie, indem an ihrer Spitze nunmehr zwei Oberlamas standen. Beide gehörten zur Gelben Sekte, und beide wurden in ihren Funktionen vom Kaiser bestätigt, der eine 1426 mit dem Ehrentitel „Dalai Lama", der andere mit dem Ehrentitel „Panchen Lama", und zwar zu der Zeit, als bereits ein zweiter Dalai Lama sich um Bekräftigung seines Titels beim Kaiser bemühte. An Würde und Heiligkeit sollten sie einander gleich sein, denn beide gelten als Inkarnationen von früheren Oberlamas, der Dalai Lama als Wiedergeburt des Avalokitesvara, der Panchen Lama als die des großen Tson-kha-pa selbst.

Theoretisch müßte der Panchen Lama wegen der höheren Stellung Tson-khapas in der Mythologie der Buddha-Wiedergeburten dem Dalai Lama übergeordnet sein; in Wirklichkeit jedoch präsentieren sich die Dinge ein bißchen anders: Zu Beginn lebten beide in der Hauptstadt Lhasa; nach der Errichtung des Klosters Tashi-Lumpo in West-Tibet aber wurde es um 1450 die Residenz des Panchen Lama. Da indes Lhasa rein geographisch günstiger gelegen ist und Ost-Tibet stets dichter besiedelt war als der Westen, hatte der im Kloster Gedun Dubpa bei Lhasa residierende Dalai Lama praktisch den größeren Einfluß und politisch mehr Gewicht. Diesem Umstand angemessen nennt man ihn den „Gloriosen König", während sich der Panchen Lama mit dem Zusatz „Glorioser Lehrer" abfinden muß. Ihre kaiserliche Bestätigung und ein goldenes Siegel haben die Großlamas um 1470 erhalten; dadurch wurden sie im Rang über alle vorher vom Kaiser beglaubigten Oberpriester gestellt. Zur ein für allemal anerkannten „Amts"-bezeichnung wurden die Ehrentitel allerdings erst unter den Kaisern der Mandschu-Dynastie. Nachdem im Jahre 1643 der fünfte Dalai Lama und der vierte Panchen Lama mit Hilfe der bewaffneten Kräfte des in Chinghai regierenden mongolischen Stammeskönigs Gushi Khan die Kagyud-Sekte vernichtet hatten, fiel deren politische Herrschaft über jenes Gebiet an den Dalai Lama, dessen Gruppe es unterworfen hatte.

Nun reiste der Dalai Lama nach Peking, um den Kaiser zur Bewilligung eines Ehrentitels zu bewegen. Im Jahre 1652 wurde ihm eine, wiederum durch die kaiserliche Oberherrschaft beschränkte Souveränität über seinen eigenen Wirkungsbereich zugesprochen und der Titel Dalai Lama nicht mehr von Fall zu Fall und ehrenhalber wie bisher, sondern von jetzt an laufend in Verbindung mit seinem Priesterkönigtum bewilligt. Aber zu einer Befriedung des Landes führten weder Titel noch Herrschaftsausweitung. Das Jahrhundert zwischen 1650 und 1750 war vielmehr erfüllt von neuem Zwist und bewaffneten Streitereien der Sekten untereinander und mit den verschiedenen Stammesfürsten, die eifersüchtig auf Erhaltung, wenn nicht gar Ausdehnung ihrer Machtbefugnisse bedacht waren. Im Winter 1716 drang der mongolische Stamm der Tzungaren in Tibet ein, besetzte Lhasa und schickte den Dalai Lama in ein Kloster. Hierauf griffen die chinesischen Truppen ein und vertrieben die Angreifer, doch verließen die letzten Tzungaren das Land erst 1752. Nach Rückführung und Wiedereinsetzung des Dalai Lama wurde Tibet vom Kaiser abermals als integrierender Bestandteil Chinas bestätigt. Die Befugnisse der kaiserlichen Administratoren erfuhren eine sorgfältige Überprüfung mit dem Ergebnis, daß sich eine straffere Handhabung der Verwaltungstätigkeit durchsetzte.

Der Unfriede im Innern war zwar gedämpft worden, jetzt aber nahte er sich von außen. Bald nach der Entdeckung Amerikas hatten die jungen seefahrenden Nationen ihr Auge auch auf China geworfen, ein reiches, doch nicht eben einladendes Land; es wollte mit den Fremden, die da so aufdringlich an seinen Pforten rüttelten, nichts zu schaffen haben. Barbaren nannte man sie, und so heißen

sie wahrscheinlich noch heute, wie der Bericht eines englischen Soziologen aus dem Anfang unseres Jahrhunderts zeigt: „Die Chinesen haben zwar die materielle Überlegenheit der westlichen Zivilisation anerkannt und sich ihr anpassen müssen, doch sehen sie von der Höhe ihrer überlegenen Kultur mit Verachtung auf die ‚Western Barbarians' herab, und das gewiß nicht ohne Berechtigung. Ihre Kultur war bereits alt zu einer Zeit, als Großbritannien und Deutschland von halbnackten Wilden bevölkert waren ... Der Chinese ist tapfer, doch ist er von Natur nicht geneigt, den Beweis für seine Tapferkeit in Kriegen zu erbringen. Das ängstlich um seine Exklusivität besorgte Imperium, in das sich die westlichen Nationen gewaltsam den Zugang erzwangen, war auf Frieden organisiert, und man betrachtete die Soldaten aller Gattungen mit dem größten Abscheu." Dieses Land also, von dem Tibet ein Teil war, hatte die Begehrlichkeit der „Western Barbarians" erweckt, und mit mehr oder minder groben Erpressungsmanövern bedrängten sie es, seine Grenzen zu öffnen.

Als im Jahre 1517 die Portugiesen erreicht hatten, zum Handel in Macao zugelassen zu werden, stießen andere Völker mit ihren Kaufleuten und ihren christlichen Missionen nach. Auf Taiwan setzten sich die Holländer fest; es kam der Zar, es kamen die Japaner, die Spanier, die Franzosen, und es kamen die Engländer. Für sie alle war China ein großer, nahrhafter Kuchen, bei dem man, falls sich von ihm nicht auf der Stelle ein Stück abschneiden ließ, zumindest ein paar Rosinen herauspicken konnte. So einfach wie bei den Indianer-Staaten war die Sache natürlich nicht abzuwickeln; deshalb bemühte man sich einstweilen um die Benutzung chinesischer Häfen für den allgemeinen Warenverkehr. Den Franzosen wurde 1660 der Handel erlaubt, den Engländern 1670, doch beschränkte man sie 1693 auf Kanton als ihren einzigen Hafen. Da sich aber seit 1616 die East India Company in verschiedenen Städten Indiens festgesetzt hatte, lag für England der Gedanke nahe, sich an der indisch-tibetischen Grenze ein Loch für das Eindringen nach China zu schaffen. Die erste Berührung der East India Company mit Tibet erfolgte 1772, als ein von Tibet abhängiger Radscha von Bhutan einen fürstlichen Schützling der Company aus seinem Land vertrieben hatte. Die Engländer nahmen sich ihres Vasallen an, kämpften gegen den Radscha und entrissen ihm mehrere Städte. Darauf wandte er sich um Vermittlung an den Panchen Lama, der die Engländer zur Einstellung der Feindseligkeiten und Rückgabe der eroberten Orte bewog.

Das kluge Maßhalten der Engländer gab den Auftakt zu Fühlungnahmen anderer Art. Schon 1774 schickte die East India Company den George B o g l e als Leiter einer Gesandtschaft Warren H a s t i n g s ', des ersten Generalgouverneurs in Indien, und 1783 Leutnant Samuel T u r n e r zum Panchen Lama nach Shigatse zwecks Aufnahme von Verhandlungen über gegenseitige Handelsbeziehungen. Man kam jedoch über unverbindliche Gespräche nicht hinaus. Dagegen durchzogen in den folgenden Jahrzehnten einzelne, häufig vom indischen Geheimdienst ausgesandte Reisende in großer Zahl das Land, um es nach allen Richtungen auszuforschen. Daneben hatten die Briten allmählich Burma okkupiert und begannen mit der Infiltration Yünnans. Unter dem Vorwand, daß ein R. A. M a g a r y, Angehöriger der britischen Botschaft in Peking, 1875 in Yünnan ermordet worden sei, verlangten die Briten die Eröffnung eines von Burma nach Yünnan führenden Handelsweges. Die hierauf 1876 abgeschlossene Chefoo-Konvention gab den Briten Bewegungsfreiheit in den Provinzen Yünnan, Szechuan, Kansu und Tibet und gestattete einer Interessengruppe, in genanntem Gebiet nach Mineralvorkommen zu forschen. Doch die in den Provinzen stark vertretenen Tibeter erkannten das Abkommen nicht an, selbst nachdem ihnen von britischer

Seite militärischer Zwang angedroht worden war; ihre Kampfentschlossenheit veranlaßte die Briten, für ihr Eingreifen einen gelegeneren Zeitpunkt abzuwarten.

Um die Jahrhundertwende, da China sich bereits in einem vorgeschrittenen Stadium innerer Auflösung befand und auch die zaristische Regierung versuchte, Einfluß auf Tibet zu gewinnen, traten die Briten, um den Russen zuvorzukommen, erneut auf den Plan. Ende 1903 ordneten sie eine „friedliche" Expedition von dreitausend Mann unter Younghusband und weiteren zwölfhundert unter Macdonald nach Tibet ab; am 6. Juli 1904 wurde Gyangtse gestürmt, und am 3. August erreichten die Truppen nach einem fürchterlichen Blutbad die Stadt Lhasa. Auf dem Wege dorthin wurden alle Klöster geplündert, und der Korrespondent der Londoner Zeitung „Daily Chronicle" konnte damals berichten, daß „the expedition has looted monasteries, and for weeks past, bales of plunder have been coming over the passes into India" zur Freude der Ehefrauen und Freunde der Offiziere, „whose houses in the hill stations began to look as some of them looked after the sack of Peking four years ago". Der Dalai Lama war nach Urga entflohen, so daß der Regentschaftsrat mit den Briten verhandeln mußte. Am 7. September 1904 schloß er einen Vertrag mit Großbritannien ab, der die Errichtung von Märkten in verschiedenen Städten Tibets vorsah und dem Land eine „Entschädigungssumme" von fünfhunderttausend Pfund auferlegte, sowie in § 9 die Verpflichtung, Einmischungen fremder Mächte nicht zu dulden. Die chinesische Oberhoheit wurde in dem Dokument ausdrücklich anerkannt; China ratifizierte das Abkommen 1906.

Der entwichene Dalai Lama war von der Regierung in Peking zeitweilig seiner Funktionen enthoben worden, doch konnte er von seinen Aufenthaltsorten aus, den Klöstern in Urga und Shansi, weiter an einer Freundschaft mit den Russen spinnen, und das tat er sechs Jahre lang. 1909 durfte er endlich wieder in den Potala-Palast in Lhasa einziehen, fühlte sich jedoch durchaus nicht bewogen, sich künftig aus dem politischen Intrigenspiel herauszuhalten. Deswegen von den Chinesen verfolgt, entfloh er 1910 von neuem, diesmal nach Darjeeling, dem Sommersitz des britischen Vizekönigs von Indien, nicht indes ohne Mitnahme des goldenen Staatssiegels und einer Reihe hoher tibetischer Ministerialbeamter. Von China verfügte man darauf seine Absetzung und traf Maßnahmen, den Charakter Tibets als einer chinesischen Provinz fortan stärker hervorzuheben. Im Exil in Darjeeling, später in Kalimpong, wo er unter den Augen des Vizekönigs weiterregierte und hofhielt, wandelte sich der Dalai Lama zum Freund der Briten, die ihm dafür mit der Ausbildung junger Tibeter an englischen Schulen dankten. Bald leugnete er die Oberherrschaft Chinas über Tibet, und da seine einzigartige Stellung an der Spitze der Theokratie, sowie der Ausbruch der chinesischen Revolution es ihm kinderleicht machten, eine Bewegung zu Gunsten der Unabhängigkeit Tibets zu entfachen, ließen die Folgen seiner abenteuerlichen Außenpolitik nicht lange auf sich warten.

Die Chinesen hatten vor dem Sturz des Kaiserreichs im Jahre 1911 energisch an der Konsolidierung ihrer Position in Tibet gearbeitet; als jedoch wenige Monate danach sich eine Rückkehr des Dalai Lama ankündigte, setzten auch bereits die Schwierigkeiten ein. In Zentral-Tibet kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Tibetern und chinesischen Truppen, die aus Mangel an Nachschub unterlagen. Während ihre Einheiten aufgelöst und vertrieben wurden, flüchtete der Panchen Lama nach China. In Ost-Tibet hingegen konnten sich die Truppen halten, bis sich Großbritannien im Bunde mit dem Dalai Lama in die Händel einmischte. Unter Berufung auf das Abkommen von 1906 erhob der britische Botschafter Vorstellungen bei der Regierung in Peking, und nach manchem Hin und Her ging 1913/14 die sogenannte Simla-Konferenz oder „Tagung zwischen

China, Großbritannien und Tibet" über die Szene. Die von den Briten vorgelegten Bedingungen waren mit Bedacht so formuliert, daß sie faktisch eine Ausdehnung des anglo-indischen Kolonial-Regimes auf die Tibet-Region darstellten. Hiergegen protestierten nicht nur die Chinesen, sondern auch die sinophilen Tibeter innerhalb und außerhalb der Region. Auf diese Weise gelangten die Vereinbarungen nicht über die Paraphierung hinaus, und die Regierung in Peking verweigerte ihre Anerkennung, genau wie bei späteren Bemühungen der Briten und britenfreundlichen Tibeter, das Vertragswerk doch noch unter Dach und Fach zu bringen.

Während der Revolutionswirren zwischen 1911 und 1949 konnten die chinesischen Regierungen dem fernen Tibet nur geringe Aufmerksamkeit schenken; doch als der Dalai Lama, der dreizehnte in der Reihe, im Dezember 1933 verstorben war, wurde ihm von der Kuomintang-Regierung nicht nur posthum ein Ehrentitel verliehen, sondern von ihr in Lhasa ein besonderes „Bureau der Kommission für mongolische und tibetische Angelegenheiten" eröffnet, das unter chinesischer Leitung stand. Im Winter 1938 hatte man endlich in einem Ort der Chinghai-Provinz die Inkarnation des Dalai Lama gefunden, und als im Februar 1940 seine feierliche Einsetzung als vierzehnter Dalai Lama erfolgte, hatte bei der Zeremonie ein hoher Kuomintang-Beamter den Vorsitz, ein deutliches Zeichen dafür, daß das Band zwischen China und Tibet doch nicht so einfach zu zerreißen war. Das Bedauern über den Tod des Dalai Lama war verständlicherweise unter den Mitspielern an einer Abtrennung Tibets vom Mutterland allgemein; denn der bis zum Antritt der Herrschaft des neuen Oberlamas eingesetzte tibetische Regent, Rabchen Hutuktu, war für antichinesische Quertreibereien so wenig zu haben, daß er intensiv und offenbar mit Aussicht auf Erfolg an der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen arbeitete. Das war weder eine leichte, noch eine dankbare, noch eine ungefährliche Aufgabe, weil sich den traditionellen anglo-indischen Gegenspielern erst Deutschland, später auch noch die USA beigesellten.

Vom Dritten Reich wurde 1938/39 im Auftrag Himmlers eine SS- und hakenkreuzbewimpelte „Forscher"-Delegation nach Tibet entsandt, aus deren Anbiederung mit den dortigen Verschwörern im Endergebnis kaum mehr heraussprang als ein schöner Film mit tanzenden Lamas in farbenprächtigen Seidengewändern. Er wurde 1940 bei Gelegenheit eines Vortrags in Hamburg unter Ausschluß der Öffentlichkeit gezeigt; die versehentlich zu der Veranstaltung eingeladene Presse mußte sich verpflichten, eine Berichterstattung darüber zu unterlassen — „Feind hört mit" — denn warum erst die Aufmerksamkeit fremder Mächte auf Deutschlands Interessen an Tibet lenken? Aber sie kannten es ohnedies und beeilten sich, den unbequemen Regenten in Lhasa mattsetzen zu lassen. 1943 zwang man ihn zu demissionieren, dann wurde er unter fadenscheinigen Gründen in Arrest genommen und 1947 in der Haft ermordet. Seinen Freund, den Vater des vierzehnten Dalai Lama, vergiftete man. Gleich nach der Absetzung des Regenten war die Regierung an eingefleischte Separatisten gefallen, die, ermutigt von ausländischen Parteigängern, plötzlich die Errichtung ihres, einem Auswärtigen Amt ähnlichen „Bureaus für auswärtige Angelegenheiten" ankündigten. Die Kuomintang-Regierung verwarf diese Eigenmächtigkeit und befahl ihrem Vertreter in Lhasa, jenes „Bureau" unter allen Umständen zu ignorieren.

Da es für die Separatisten nicht schwer war, sich auszumalen, was geschehen werde, falls ein Hauch von den Umwälzungen in China sich über die Berge hinweg in ihre Abgeschiedenheit verirrte, blieben sie bei dieser Aktion nicht stehen. Im Verein mit ihren ausländischen Gönnern, denen sich noch vor dem Ende des zweiten Weltkriegs die USA angeschlossen hatten, schmiedeten sie weiter an

ihren Plänen und veranlaßten zunächst, daß 1947 eine Konferenz aller asiatischen Staaten nach Neu-Delhi einberufen und Tibet zu ihr als selbständiges Land eingeladen wurde. Ausdruck dieser „Selbständigkeit" war erstens eine Karte an der Wand des Konferenzsaals, in die ein von China abgelöstes Tibet eingezeichnet war, und zweitens die Aufstellung eines tibetischen Nationalwimpels — der naive Versuch eines fait accompli also, der auf den Protest der von den Kuomintang entsandten Delegation dann rasch wieder fallengelassen werden mußte. Nach diesem neuen Fehlschlag überließen die Geburtshelfer eines tibetanischen Nationalstaats die Initiative vorwiegend den USA, eine heikle Sache nebenbei, da ihr protégé, die Kuomintang, nicht auf Tibet zu verzichten gedachten. Im Oktober 1947 wurde eine tibetische „Handels"-Mission zu Besuchen in den USA, Großbritannien und anderen Staaten organisiert, deren eigentliches Thema jedoch die „Befreiung vom chinesischen Joch" und die diplomatische Anerkennung der Selbständigkeit Tibets durch diese Staaten war.

Aber die „Vorsehung" zerschlug dieses wie alle noch folgenden Projekte, indem sie den Kommunisten den Sieg verlieh und die Kuomintang-Leute zur Flucht vom Festland nach der Insel Taiwan verurteilte. Bereits am 1. Oktober 1949 konnte sich das revolutionäre China eine Verfassung geben; besondere Rücksicht wird darin auf die vielen nationalen Minderheiten des Landes genommen, einschließlich der Tibeter, und für ganz China Glaubensfreiheit garantiert. Am 7. Oktober 1950 begann unter schrillen Protesten aus allen Ecken der Welt der Einmarsch der chinesischen Volks-Befreiungs-Armee in Tibet. Die Londoner „Times" vom 31. Oktober 1950 fühlte sich berufen, in einem Leitartikel die Regierungen von Pakistan und Indien zu Vorstellungen gegen den Schritt in Peking aufzufordern, „da der Anspruch Chinas auf Tibet historisch nicht gerechtfertigt" sei. Indien brauchte keine Ermunterung mehr, denn die Regierung hatte bereits am 21. und 28. Oktober die Chinesen darauf hingewiesen, daß die Besetzung Tibets „im Zeitpunkt einer bedenklichen politischen Entwicklung all' den Ländern in der Welt, die unfreundlich gegen China eingestellt sind, einen willkommenen Vorwand zu anti-chinesischer Propaganda geben wird", und danach, daß „die Invasion Tibets durch chinesische Truppen nur zu beklagen ist". Spätere Proteste lauteten ähnlich. Auf einer Pressekonferenz in Washington am 1. November 1951 bezeichnete der Staatssekretär Dean Acheson den Einmarsch schlicht als „Aggression", worauf die USA-Presse eine wahre Flut gängiger Propaganda verströmte.

Doch genug dergleichen — die Regierung in Peking war nicht zu beirren; sie korrigierte ihre schwächlich gewordene Position in Tibet. Am 23. Mai 1951 wurde in Peking zwischen der Zentralregierung und Vertretern der tibetischen Landesregierung das aus siebzehn Artikeln bestehende Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets unterzeichnet. Nachdem sich der Dalai Lama schon früher an die Spitze der Landesregierung gestellt hatte, versicherte er am 24. Oktober 1951 den Präsidenten Mao Tse-Tung seiner Unterstützung bei den zur Befreiung Tibets erforderlichen Maßnahmen. In dem Vertrag verpflichtet sich die Zentralregierung, das in Tibet bestehende politische System nicht zu ändern (§ 4) und die vorgesehenen Reformen nach und nach von der Landesregierung selbst durchführen zu lassen (§ 11), die sich ihrerseits verpflichtet, keine Beziehungen zu Kuomintang-Leuten und anderen, an der Abtrennung Tibets vom Mutterland interessierten einheimischen und fremden Gruppen zu unterhalten und keine Widerstands- oder Sabotage-Akte zu dulden (§ 12). Für alle außenpolitischen Angelegenheiten ist ausschließlich die chinesische Zentralregierung zuständig (§ 14). Um die Durchführung der vereinbarten Bestimmungen sicherzustellen, errichtet die Zentralregierung in Tibet ein örtliches Militär-Kommando, sowie einen lei-

tenden Ausschuß für militärische und administrative Fragen (§ 15). Das Übereinkommen ist mit seiner Unterzeichnung in Kraft getreten (§ 17) usw.

Es hätte durchaus in der Macht und sogar im Interesse der Chinesen gelegen, die „Befreiung" mit allem Nachdruck voranzutreiben, doch sind sie in Anbetracht des archaischen Daseinszuschnitts in diesem Landesteil mit geradezu bewundernswerter Behutsamkeit und der sprichwörtlichen Geduld des Ostens an ihre Aufgaben herangegangen. Noch am 7. Februar 1957 stellte Mao Tse-Tung in einer Parlamentsansprache fest, daß die Verhältnisse in Tibet noch nicht reif seien für demokratische Reformen und daß sie, wenn nicht mehr im zweiten, dann im dritten Fünfjahresplan zur Durchführung gelangen sollten.

Fragt sich nun nach allem: die Befreiung wessen? Des tibetischen Volks? Doch hier stocken wir bereits; denn ob es noch so paradox klingen mag, ein „Volk" hat es bis zum Einmarsch der chinesischen Truppen in Tibet niemals gegeben. Seine Einwohnerschaft bestand nämlich zu rund einem Viertel aus Lamas aller Grade, ferner aus Latifundien-Besitzern und dem Adel mit zusammen etwa sechzigtausend Personen oder fünf Prozent; alles übrige hingegen war — „Vieh"! Dieser reichlich lapidare Ausspruch wird mit Recht Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit erwecken, denn Volk gleich Vieh will sich in unserer, der „westlichen" Begriffswelt nicht ohne weiteres unterbringen lassen. Wenn wir zur Erläuterung trotzdem ein Beispiel aus dem „Westen" heranziehen, so geschieht es deswegen, weil seine Unterlagen nicht aus Märchenbüchern oder ungesicherten Überlieferungen, sondern aus jedermann zugänglichen Gesetzesvorschriften stammen.

Es handelt sich um die in fast allen Zügen mit den tibetischen Verhältnissen vergleichbare Sklaverei in den Südstaaten der heutigen USA, die erst vor noch nicht hundert Jahren mit dem Sezessionskrieg endete, nachdem sie in den Nordstaaten laut und lange genug als Kulturschande angeprangert worden war. Die Sklaverei in den Südstaaten hatte zur Grundlage das römische Recht, ging jedoch weit darüber hinaus: die Kirche erkannte sie an und billigte sie. Dem Sklaven fehlte der Status als Mensch; er war Sache und galt als Vieh. Der Sklave konnte nichts besitzen, und was er etwa erwarb, erwarb er seinem Herrn; er durfte weder schreiben noch lesen lernen, keine Verträge schließen und keine Verbindlichkeiten mit rechtlichen Folgen eingehen. Der Eigentümer dieser „Sache" konnte frei über sie verfügen, das heißt, sie verkaufen, vertauschen, verschenken, vermieten, vererben, sie nach Gutdünken behandeln und sie straflos beschädigen und straflos vernichten. Züchtigungen des Sklaven erfolgten vorwiegend durch Auspeitschung, doch sollten Verkrüppelungen, Verstümmelungen und Totschlag vermieden werden. Da die Neigung der Sklaven zur Flucht groß war, ergingen dagegen zahlreiche gesetzliche Bestimmungen. Sie erlaubten, dem Sklaven eiserne Halsbänder, Ketten, Handschellen usw. anzulegen und ihn nachts einzuschließen. Zur Auffindung und Rückführung entlaufener oder vagabundierender Sklaven hielt man besondere Hunde, und jeder, der sich der Einbringung widersetzte, durfte nach dem Sklavenflüchtigkeits-Gesetz von 1850 getötet werden. Der Sklave war eine gewöhnliche Handelsware, für die man wie für andere Güter bezahlen mußte, und zwar um 1850 in den Südstaaten etwa zwölfhundert Dollar für ein einwandfreies „Stück". In der Höhe des Preises lag natürlich zugleich ein gewisser Schutz für den Sklaven, weil kein vernünftiger Eigner eine so kostspielige „Sache" mutwillig unbrauchbar gemacht hätte.

Anders in Tibet, das, obwohl es zu den Theokratien gehört und diese im allgemeinen als weniger hart in der Sklavenhaltung gelten, die Verhältnisse in den Südstaaten noch übertrumpft. Gesetzliche Regelungen gab es überhaupt nicht; die letzte Kodifikation eines Strafrechts ist über tausend Jahre alt, und da man Skla-

ven nicht zu kaufen brauchte, waren der Willkür oder auch dem puren Übermut ihrer Herren, die bei unterschiedlichem Besitzstand zwischen tausend und zehntausend „Stück" ihr eigen nannten, keinerlei Schranken gezogen. Die Sklavenhalter besaßen eigene Gerichtsbarkeit, eigene Foltermethoden, eigene Strafmittel, und alles das spiegelt sich in der von fast allen Tibet-Reisenden hervorgehobenen Riesenzahl von Verstümmelten wider, die überall als armselige Bettler umherziehen. Abschneiden von Nase und Ohren, Herausreißen der Zunge, Abhakken von Händen, Armen und Beinen, Entfernen der Kniescheiben, Herauslöffeln der Augäpfel — es läßt sich wahrhaftig nicht dartun, was alles man sich an körperlichen Eingriffen erdacht hatte und was alles an ausgeklügelten Todesarten.

Daß unter den gegebenen Umständen kein Gefühl für Menschenwürde im Sklaven aufkommen konnte, ist selbstverständlich; ebenso selbstverständlich ist es jedoch, daß allzu große Machtvollkommenheit den Charakter ihrer Herren verdorben und sie zu unberechenbaren Despoten gemacht hatte. Daher ist das von zahlreichen Reisenden gezeichnete Bild der Tibeter kein geradezu schmeichelhaftes. Die oberen Schichten werden zumeist als korrupt, verschlagen, reaktionär, grausam und herrisch hingestellt, die unteren dagegen als abstoßend servil zu ihren Gebietern, als geringschätzig aber zu den Niederen geschildert. Denn selbst unter den Sklaven bestanden noch Rangunterschiede, und sogar eine eigene Klasse, die Ula-Sklaven, die man Halbsklaven in dem Sinn nennen könnte, als sie etwas Acker- oder Weideland in Nutzung haben, aber ihren Herren ohne Lohn dauernd zu jeder Art Zwangsarbeit und zur Leistung eines wucherischen Naturalzinses verpflichtet waren. Sie stehen wie die andern Sklaven im Erbeigentum des Herrn. Das wenige, was sie etwa neben der Zwangsarbeit noch aus einem Handwerk erwerben konnten, gehört jedoch ihnen. Eines freilich ist fast allen gemein: Armut und Elend. Sie gehen in Lumpen, hungern und frieren und sind oft eine Beute von Krankheiten und Seuchen — einer der Gründe, weshalb die Bevölkerungszahl rückläufig war. Ihre meistens von Gestank und Schmutz erfüllten Behausungen sind wohl das Erbärmlichste, was man sich überhaupt vorstellen kann. Im Gegensatz dazu stehen die Paläste und goldbedeckten Klöster, sowie die oft schloßartigen Häuser der Großen. In diesen Zuständen sollte das Abkommen mit China über die friedliche Befreiung Tibets von 1951 durch eine Sozial- und Bodenreform Wandel schaffen.

Damit sind die Chinesen sozusagen in die Fußstapfen des „guten" Königs M u n i t s a n - p o getreten, der im 9. Jahrhundert die Großen seines Landes zu sozialer Gerechtigkeit veranlassen wollte. Zwar hat sich deren Mentalität inzwischen nicht geändert, doch mit einem Erfolg priesterlicher Orakelsprüche ist bei den Chinesen von heute nicht zu rechnen. Die Hauptarbeit in den Jahren seit dem Einzug 1950 bestand im Bau moderner, die Gebirgsschranken überwindenden Heerstraßen und Autobahnen, von Brücken, Kraftwerken, Kohlengruben, Banken, Hospitälern, Post-, Sanitäts- und Veterinärstationen, Kultivierung von Ödland für Gemüse- und Feldbau usw. Im August 1952 erhielt Lhasa die erste Elementarschule seiner Geschichte, 1956 eine Oberschule, die erste in ganz Tibet. 1957 erfolgte die Eröffnung des Luftverkehrs zwischen Peking und Lhasa. Infolge passiver und aktiver Resistenz aus neuerungsfeindlichen Kreisen kam es häufig zu Zwistigkeiten mit den chinesischen Verwaltungsstellen und zu Gewaltakten gegen ihre Arbeiter. Sklavenvieh, das beim Straßenbau betroffen wurde oder es wagte, seine Kinder in die — kostenlose — Schule zu schicken, erfuhr die schwersten Torturen. Am stärksten taten sich bei den Konflikten die Ritter aus dem K h a m b a - Stamm hervor, die „brigand-gentilhommes", deren Treiben Madame David-Neel einst ein ganzes Buch gewidmet hatte. Der Bau von Verkehrswegen durch die Raubzugsreviere untergrub ihre Existenz, und sie setzten sich zur Wehr.

Im Sommer 1955 inszenierten sie mit Unterstützung reaktionärer Kreise einen regelrechten Aufstand, der allerdings schnell niedergeschlagen wurde; ein ernsterer ereignete sich im Mai und Juni 1958.

Am 10. März 1959 aber begann die heftigste und zugleich folgenschwerste Rebellion, die — seltsam genug — ein schon vier Tage zuvor in der Hongkonger Zeitung „Sin Tao Jih Pao" erschienener Bericht aus Kalkutta als „einen baldigen Generalangriff der tibetischen Armee gegen die kommunistischen Truppen" ankündigte. Sie dehnte sich am 20. März zu einer Attacke gegen die in Lhasa stationierte Garnison der chinesischen Armee aus und brach dort am 22. März zusammen. Urheber des Putsches waren die neuerungsfeindlichen und separatistischen Kräfte aus Hierarchie, Latifundienbesitz und Adel, die über einen gewaltigen Troß an Sklaven, sowie über ausländischen Beistand verfügten, woran die Waffen und sonstiges Kriegsgerät der tibetischen Truppen keinen Zweifel lassen. Damit hätten alle Voraussetzungen für einen günstigen Ausgang des lange und sorgfältig vorbereiteten Unternehmens durchaus gegeben sein können. Doch war von den Verschwörern der vielleicht wichtigste Faktor in ihren Kalkulationen ausgelassen worden: die Fragwürdigkeit der Treue von Sklaven, die Morgenluft wittern. Deswegen haben sie zwar ihr „Vieh" noch zusammentreiben, aber nicht bis zum Ende zusammenhalten können. Seit dem Einzug der Befreiungsarmee nämlich und dem verlockenden Aufstieg jenseits der Berge erwarteten die Sklaven ihre Erlösung nicht mehr nur von einer glücklicheren Wiedergeburt, sondern eher von den versprochenen, aber böswillig von ihren Herren verhinderten Reformen, deren Segen bislang allein auf die Tibeter in den autonomen chou der benachbarten Provinzen gefallen war.

Und tatsächlich wurden nach acht Jahren vergeblichen Harrens die Sklaven ihren Hoffnungen um einen großen Schritt näher gebracht. Am 28. März 1959 erfolgte die Auflösung der reformgegnerischen Landesregierung und die Übertragung ihrer Befugnisse auf das schon seit 1956 unter dem Vorsitz des Dalai Lama gegründete, doch niemals tätig gewordene „vorbereitende Kommitee für die Autonomie Tibets". In seiner ersten Plenarsitzung am 8. April übernahm der Panchen Lama in Stellvertretung des abwesenden Dalai Lama das Amt des Vorsitzenden in dem aus allen Schichten der Bevölkerung gewählten Ausschuß. In der zweiten Plenartagung vom 28. Juni bis zum 17. Juli 1959 wurde nach gründlicher Beratung der einstimmig gebilligte Beschluß gefaßt, die schon im 17-Punkte-Abkommen von 1951 vorgesehenen Reformen zur Durchführung in zwei Etappen vorzubereiten. Die sofort in Angriff zu nehmende erste Stufe sieht die entschädigungslose Enteignung des gesamten Grundbesitzes der Aufrührer vor, von denen reichlich zwölftausend ins Ausland, vornehmlich nach Indien entkamen. Für den landwirtschaftlichen Grundbesitz der Enteigneten gilt bis auf weiteres die Devise: „Die Ernten dem Ackerbauer", das heißt Nutzung des Bodens frei von Naturalzins, während bei den Gütern der nicht an der Rebellion Beteiligten der Naturalzins auf zwanzig Prozent des Ertrags festgesetzt ist. Entsprechendes wurde angeordnet für die Viehwirtschaft, sowie für die Wirtschaften der Klöster, bei denen jedoch im Fall nicht hinreichender Zinserträge eine Zuschußpflicht der Regierung besteht. Die Sklaverei, auch in der Form des Ula-Systems, wird abgeschafft; der Status der Sklaven als Vieh ist aufzuheben; ihr Verhältnis zum Sklavenhalter ist in das von Arbeitnehmer und Arbeitgeber umzuwandeln. In der zweiten Stufe wird eine generelle Boden- und Sozialreform erfolgen, sobald dafür angemessene Bedingungen geschaffen worden sind.

Die in den autonomen chou lebenden anderthalb Millionen Tibeter waren nach blutigen Auseinandersetzungen mit ihren eigenen Grundherren schon etliche Jahre früher als Tibet der Sklaverei entronnen. Sklaven und Kinder von Sklaven

hatten seitdem auf Fachschulen rationelle Bodenbearbeitung, Wegebau, Häuser- und Maschinenbau und verschiedene Handwerke erlernt; als Lehrer, Ärzte, Meteorologen, Ingenieure, Geologen, Chemiker, Hydrologen, Baumeister, Techniker verließen viele von ihnen die Hochschulen und konnten nun an der sozialen und ökonomischen Umwandlung ihrer Gebiete tatkräftig mitarbeiten. Der Ruf ihrer Erfolge war auf alten und neuen Wegen in Tibet eingedrungen, und schließlich kamen sie selber, um ihre Erfahrungen weiterzureichen, bis genügend heimische Kräfte herangewachsen seien. Aber nicht nur ihr Wissen und Können brachten sie mit, sondern auch ihren Enthusiasmus. Und da Begeisterung ansteckt, fing es gleich nach der Niederschlagung des Aufruhrs in Tibet an, von Aktivität zu summen. Die von den Rebellen nach Manier der Maschinenstürmer aus der Zeit der Weberaufstände zertrümmerten und aufgerissenen Überlandstraßen, zerstörten öffentlichen Gebäude, die von den Chinesen erstellt worden waren, und andere Einrichtungen wurden mit vereinten Kräften wieder benutzbar gemacht. Für die massenhaft zum Lernen andrängenden Kinder und Erwachsenen wurde eine Schule nach der andern erbaut, bis zum Juli 1959 allein in Lhasa dreiundzwanzig, einschließlich der Abendschulen für Erwachsene. Es entstanden Kindergärten, Heime für streunende Waisen und Bettelkinder, für hilflose Alte und Verstümmelte und Häuser, Häuser, Häuser zum Ersatz für die ausgedienten armseligen Unterschlupfe. Sieben- bis achthunderttausend „Stück" tibetisches „Vieh" auf dem Wege zur Menschwerdung — das sind keine rosigen Aussichten für neue Rebellionen.

Es ist wahr, die Zukunft Tibets hat bereits begonnen; nun gilt es, die Möglichkeiten des Landes in die Wirklichkeit umzusetzen. Daß diese Möglichkeiten erheblich seien, hatten die Briten, Amerikaner, Japaner und andere schon vor Zeiten herausgefunden. Erweckte aber einst der Reichtum an Gold, Kohle, Eisen, Zink, Blei, Kupfer, Bergkristall, Gips, Asbest usw. den Appetit der Mächte, so ist es jetzt vorwiegend neben Glimmer, ohne den die Heizungs- und Elektrotechnik gegenwärtig noch nicht auskommt, der Monazit, ein Phosphat der seltenen Erden und Ausgangspunkt für die Gewinnung von Zer und Thorium, welch' letzteres eine wichtige Quelle der Atomenergie und bei der geringen Weltmenge an Uran ein sehr gesuchter Stoff ist. Doch noch etwas anderes erschien den fremden Mächten als begehrenswert: das schon für den zivilen Luftverkehr günstige, für moderne Waffen aber strategisch einfach ideale tibetische Hochplateau. Wen wird bei dieser Sachlage der Schrei bestimmter Mächte nach der „Unabhängigkeit" Tibets, wen der Zorn der Weltpresse auf die „barbarische kommunistische Aggression", wen die Bezeichnung Tibets als „das asiatische Ungarn" noch wundern? Die junge tibetische Intelligenz lacht dazu mit einem Achselzucken und antwortet mit dem alten orientalischen Spruch: „Die Hunde kläffen, aber die Karawane zieht weiter".

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18. September 1959

Herr Präsident, hochgeschätzte Delegierte, mein Besuch in den Vereinigten Staaten auf Einladung des Präsidenten, Herrn Dwight Eisenhower, ist mit dem Beginn der Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zusammengetroffen. Gestatten Sie mir, als erstes den Delegierten der Versammlung und dem Generalsekretär meinen tiefen Dank für diese Gelegenheit auszusprechen, von der erhabenen Tribüne der Vereinten Nationen zu sprechen. Ich schätze diese Gelegenheit um so mehr angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion der Vollversammlung heute äußerst wichtige Vorschläge in der brennendsten Frage unterbreiten wird, die die Völker beschäftigt, zum Abrüstungsproblem.

Die Geschichte kennt keine andere internationale Organisation, in die die Menschen solche Hoffnungen gesetzt haben, wie in die Vereinten Nationen. Geboren in der furchtbaren Zeit, als der Lärm der letzten Schlachten des zweiten Weltkrieges noch nicht verhallt war und als die Ruinen verwüsteter Städte und Dörfer noch rauchten, erklärten die Vereinten Nationen, indem sie die Hoffnungen und Wünsche von Millionen und aber Millionen leidgeprüfter Menschen zum Ausdruck brachten, zu ihrem Hauptziel, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. In ihre Reihen traten seitdem viele Staaten ein, die während des letzten Krieges in dem Lager standen, das sich jenen feindlich zeigte, die die Grundlagen zu dieser Organisation legten.

Über 14 Jahre sind vergangen, seitdem dieses internationale Forum geschaffen wurde. Trotzdem ist das Ziel noch nicht erreicht worden, zu dem die Organisation gegründet wurde. Die Völker leben weiterhin in ständiger Angst um den Frieden und um ihre Zukunft. Und wie sollten sie keine Angst empfinden, wenn militärische Konflikte erst in einem Teil der Welt, dann in einem anderen ausbrechen, wenn das Blut der Menschen vergossen wird. Die Wolken einer neuen Kriegsgefahr, die manchmal zu Stürmen werden, hängen über der Welt, die die Schrekken des zweiten Weltkrieges noch nicht vergessen hat.

Die Spannung in den internationalen Beziehungen kann nicht ewig andauern: entweder wird sie den Höhepunkt erreichen, bei dem es nur ein Ergebnis geben kann: Krieg, oder es wird den Staaten durch gemeinsame Bemühungen gelingen, die Spannung rechtzeitig zu beseitigen. Die Völker erwarten von den Vereinten Nationen, daß sie ihre Bemühungen zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staaten und der Festigung des allgemeinen Friedens verdoppeln.

In internationalen Angelegenheiten, bei der Lösung strittiger Probleme ist der Erfolg möglich, vorausgesetzt, die Staaten konzentrieren sich nicht auf das, was die gegenwärtige Welt teilt, sondern was die Staaten näher zusammenbringt. Keine sozialen oder politischen Unterschiede, keine Meinungsverschiedenheiten in Ideologie oder religiösem Bekenntnis dürfen die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen davon abhalten, Einigung in der wichtigsten Sache zu erzielen: daß die Grundsätze der friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit von allen Staaten unverbrüchlich und unerschütterlich beachtet werden.

Wenn dagegen die Meinungsverschiedenheiten und sozialen Unterschiede in den Vordergrund gestoßen werden, so ist dies dazu geeignet, alle unsere Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern zu verurteilen. Im 20. Jahr-

hundert ist es unmöglich, Kreuzzüge zu unternehmen, wie es die mittelalterlichen Fanatiker getan haben, um die Ketzer mit Feuer und Schwert auszumerzen, ohne daß man das Risiko eingeht, die Menschheit dem größten Unheil der Geschichte auszusetzen.

Die Vereinten Nationen an sich sind die Verkörperung der Idee einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten und verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ordnungen. Sehen Sie, wie viele Staaten, die unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehören, welche Vielzahl der Rassen und Nationalitäten, welche Verschiedenheit der Ansichten und Kulturen in diesem Saal vertreten sind.

Damit die Grundsätze der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Staaten völlige Geltung erlangen, ist es unserer Meinung nach erforderlich, den „Kalten Krieg" zu beenden. Die Völker können es nicht zulassen, daß der unnatürliche Zustand des „Kalten Krieges" weiter andauert, genauso wie sie es nicht zulassen konnten, daß Pest und Cholera wüteten. Was bedeutet es, den „Kalten Krieg" zu beenden, und was muß getan werden, um dies zu erreichen? Vor allem ist nötig, daß dem Kriegsgeschrei ein Ende bereitet wird. Die Tatsache kann nicht verheimlicht werden, daß noch immer von gewissen kurzsichtigen Staatsmännern kriegerische Reden gehalten werden. Ist es nicht an der Zeit, dem Waffenschwingen und den Drohungen gegen andere Staaten ein Ende zu bereiten? Der „Kalte Krieg" ist doppelt gefährlich, weil er unter den Bedingungen eines ungezügelten Rüstungsrennens vor sich geht, das gleich einer Lawine Argwohn und Mißtrauen zwischen den Staaten vergrößert.

Auch darf nicht vergessen werden, daß der „Kalte Krieg" zu einer Zeit begann und fortdauert, zu der die Folgen des zweiten Weltkrieges noch nicht ausgemerzt sind, zu der noch kein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen wurde und zu der noch ein Besatzungsregime im Herzen Deutschlands, in Berlin, auf dem Gebiet der westlichen Sektoren der Stadt, aufrechterhalten wird. Eine Beseitigung dieser Spannungsquelle im Zentrum Europas, in dem potentiell gefährlichsten Gebiet der Welt, wo größere Mengen bewaffneter Streitkräfte der entgegengesetzten militärischen Lager nahe aneinander stehen, würde den Schlüssel zu einer Verbesserung des gesamten internationalen Klimas bieten. Wir appellieren an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Einigkeit über wirkliche Schritte zur Erreichung dieses Zieles zu erzielen ...

Ich möchte sagen, daß die Vereinten Nationen ihre edle Aufgabe weitaus erfolgreicher erfüllen werden, wenn es ihnen gelingt, sich von den Elementen des „Kalten Krieges" zu befreien, die ihr Wirken oft behindern. Es ist bestimmt der „Kalte Krieg", der diese unerträgliche Lage heraufbeschworen hat, daß die Volksrepublik China, eine der größten Weltmächte, seit langen Jahren ihrer Rechte in den Vereinten Nationen beraubt ist.

Es ist unbegreiflich, daß irgendjemand ernsthaft daran denken könnte, daß sich eine dauernde und zuverlässige Lösung der wichtigsten Weltprobleme ohne die Teilnahme des großen chinesischen Volkes finden ließe, dessen Republik sich ihrem glorreichen zehnten Jahrestag nähert.

Erlauben Sie, die folgenden Gedanken in aller Offenheit zu äußern. Jedermann weiß, daß, wenn ein Mensch stirbt, er wahrscheinlich auch begraben wird. Ungeachtet der Tatsache, wie teuer der Verstorbene einem war, und ungeachtet der Tatsache, welche Trauer sein Hinscheiden auslöst, das Leben zwingt jeden, folgenden Realitäten ins Auge zu sehen: Ein Sarg oder ein Grab werden für den toten Menschen bereitet; und er wird herausgelöst aus den Bereichen des Lebens. So war es in alten Zeiten und so ist es in unseren Tagen.

Warum muß China dann in den Vereinten Nationen durch den Leichnam des reaktionären Chinas repräsentiert werden, durch die Tschiang Kai-schek-Clique? Wir sind der Ansicht, daß es höchste Zeit ist, daß die Vereinten Nationen das tun, was alle Staaten mit einem Leichnam machen, ihn nämlich wegtragen, damit der wirkliche Vertreter des chinesischen Volkes seinen berechtigten Platz in den Vereinten Nationen einnehmen kann.

China ist keineswegs Taiwan (Formosa). Taiwan ist nur eine kleine Insel, eine Provinz, das heißt ein kleiner Teil eines wirklichen Staates, Kontinentalchina ist die chinesische Volksrepublik, die sich seit zehn Jahren in schnellem Tempo entwickelt hat, die ihre eigene starke Regierung, die von dem gesamten chinesischen Volk anerkannt wird, und gesetzgebende Körperschaften hat, die von dem gesamten chinesischen Volk gewählt wurden. China ist ein großer Staat, dessen Hauptstadt Peking ist. Früher oder später wird Taiwan als ein unveräußerlicher Teil des souveränen chinesischen Staates mit dem gesamten Volkschina vereinigt werden, das heißt, die Herrschaft der Regierung der Volksrepublik wird auf diese Insel ausgedehnt werden. Je früher dies geschieht, desto besser. Die Wiederherstellung der gesetzmäßigen Rechte Volkschinas würde nicht nur das Prestige und die Autorität der Vereinten Nationen erheblich steigern, sie würde auch einen merklichen Beitrag zur Verbesserung des internationalen Klimas im allgemeinen darstellen. Ich möchte hoffen, daß die Vereinten Nationen die Kraft finden werden, sich der ganzen Rückstände des „Kalten Krieges" zu entledigen, und daß sie ein wirklich weltweites Organ internationaler Zusammenarbeit werden, das wirksam für den Weltfrieden arbeitet.

Es mag allerdings die Frage gestellt werden: die Abschaffung des „Kalten Krieges", die Stärkung des Friedens und die friedliche Koexistenz der Staaten sind natürlich höchst nobel und wünschenswerte Ziele, aber sind sie auch erreichbar, sind sie realistisch? Können wir selbst heute, unter den gegenwärtigen Umständen, die Beziehungen zwischen den Staaten auf eine neue Grundlage stellen? Von diesem Podium aus erkläre ich nachdrücklich, daß die Sowjetunion die Erreichung dieser Ziele nicht nur für dringend, sondern auch für durchaus realistisch hält.

Der Besuchsaustausch zwischen den Regierungschefs der UdSSR und den Vereinigten Staaten kann ein Meilenstein im Lauf der Ereignisse sein und eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gewährleisten. Wir hatten einen Meinungsaustausch — und wir werden ihn fortsetzen — mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten über Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und über dringende internationale Fragen. Wir glauben, daß Herr Eisenhower zu einer Beseitigung der Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten seinen Beitrag zu leisten wünscht.

Bei einer seiner Pressekonferenzen hat der Präsident der Vereinigten Staaten seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, realistische Verhandlungen mit der Sowjetunion hinsichtlich eines vernünftigen Planes für eine allgemeine Abrüstung oder eine Abrüstung auf dem Gebiet spezieller Waffen zu führen, um einen echten Anfang zur Lösung der Probleme eines geteilten Deutschlands zu machen, und die Spannungen in der Welt durch andere Mittel verringern zu helfen. Gestatten Sie mir, die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß unser Meinungsaustausch mit Präsident Eisenhower fruchtbar sein wird.

Wir gehören zu denen, die hoffen, daß der Besuchsaustausch zwischen führenden Staatsmännern der Vereinigten Staaten und der UdSSR und die bevorstehenden Begegnungen und Unterredungen dazu beitragen werden, den direkten Weg zu einer völligen Beendigung des „Kalten Krieges" zu ebnen, natürlich vorausgesetzt, daß es der gemeinsame Wunsch ist, dieses Ziel zu erreichen. So betrach-

ten wir unseren Besuch in den Vereinigten Staaten und den kommenden Besuch Präsident Eisenhowers in der Sowjetunion.

Es wäre natürlich ein ungerechtfertigter Optimismus, anzunehmen, daß die Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigungen in den Beziehungen zwischen den Staaten schon der Vergangenheit angehört, daß der Friede auf Erden schon gesichert wäre und daß es keiner beständigen Bemühungen der Staaten mehr bedürfe. Unglücklicherweise ist das bisher nicht der Fall. Kreise, die eine Entspannung der internationalen Lage hemmen und die Saat für neue Konflikte ausstreuen, sind in vielen Staaten noch aktiv und einflußreich. Diese Menschen unterstützen das Alte und das Vergehende, sie klammern sich an das Erbe des „Kalten Krieges". Aber der Lauf der Ereignisse, vor allem in jüngster Vergangenheit, zeigt, daß die Versuche, die Entspannung der internationalen Lage zu hindern, Knüppel in die Speichen zu werfen, nur zur Niederlage derer führen kann, die es ablehnen, solche Versuche einzustellen, denn die Völker werden sie nicht unterstützen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Menschheit mit Riesenschritten vorwärts schreitet, und wir werden Zeugen nicht nur einer schnellen Entwicklung der Industrie, der Wissenschaft und der Technik, sondern auch schneller Veränderungen im politischen Gesicht großer Gebiete der Welt. Einst zurückgebliebene Völker befreien sich aus der kolonialen Abhängigkeit, und neue, unabhängige Staaten nehmen die Plätze ehemaliger Kolonien oder Halb-Kolonien ein. Gestatten Sie mir, aus der Tiefe meines Herzens die Vertreter jener Staaten zu grüßen, die in dieser Halle vertreten sind. Es sollte zugleich berücksichtigt werden, daß nicht alle Völker, die das Recht haben, in den Vereinten Nationen vertreten zu sein, ihre Vertreter bereits hier haben. Die Sowjetunion, wie alle freiheitsliebenden Völker, wünscht mit Wärme den Völkern Erfolg, die noch immer in kolonialer Knechtschaft liegen, die aber entschlossen für ihre nationale Befreiung von kolonialer Unterdrückung kämpfen.

Die letzten Bastionen des todgeweihten kolonialen Systems zerbrechen, und das ist einer der bedeutsamsten Faktoren unserer Zeit. Blicken Sie auf die Karte Asiens und Afrikas, und Sie werden sehen, wie sich Hunderte von Millionen von Menschen aus jahrhundertealter Unterdrückung durch Fremde, von ausländischer Ausbeutung befreien.

Aber es gibt ein Problem, dessen Lösung mit Hoffnung von den Völkern aller Staaten, groß und klein, ohne Rücksicht auf ihr gesellschaftliches System und ihre Lebensweise, erwartet wird. Es ist das Problem der Abrüstung. Seine richtige Lösung wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob die Menschheit zu einem Krieg mit seinen vernichtenden Folgen hinschreiten oder ob die Sache des Friedens die Oberhand haben wird. Die Völker dürsten nach Frieden, sie wollen ohne Furcht für ihre Zukunft leben, ohne Furcht, ihre Lieben in den Flammen eines neuen Krieges zu verlieren.

Jahrhundertelang träumten die Völker davon, die zerstörerischen Mittel der Kriegsführung loszuwerden. Die Forderung nach Abrüstung ist von den besten Denkern, den größten Politikern und Staatsmännern und von Parteien gefördert und wachgehalten worden, die die engsten Bindungen mit dem arbeitenden Volke haben. Statt der Abrüstung ist aber die Welt seit vielen Jahrzehnten vom Rüstungsfieber geschüttelt worden. Wer kann ehrlich behaupten, daß das Wettrüsten dazu beigetragen hätte, ein einziges, auch nur das einfachste internationale Problem zu lösen? Im Gegenteil kompliziert das Wettrüsten die Lösung von Streitfragen und verwirrt sie nur noch mehr.

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit ist das Wettrüsten mit solchem Tempo betrieben worden und mit solch großen Gefahren verbunden gewesen wie

heute im Zeitalter des Atoms, der Elektronik und der Eroberung des Weltraumes. Noch vor kurzem wurden automatische Schnellfeuerwaffen, Panzer, Ferngeschütze und Fliegerbomben als die furchtbarsten und stärksten Vernichtungsmittel betrachtet. Aber können sie irgendeinen Vergleich mit den heute zur Verfügung stehenden Waffen aushalten? Wir haben ein Stadium erreicht, in dem es schwierig ist, eine Waffe zu finden, die noch mächtiger als die Wasserstoffbombe wäre, die in ihrer Zerstörungskraft praktisch unbegrenzt ist. Würden alle Mittel der Zerstörung zusammengenommen, die die Menschheit in der Vergangenheit besessen hat, so würden sie an Kraft nur einen unbedeutenden Teil dessen darstellen, was die zwei oder drei Großmächte, die Kernwaffen besitzen, heute zu ihrer Verfügung haben.

Ich würde kein großes Geheimnis verraten, wenn ich sage, daß die Explosion einer — wohlgemerkt, nur einer — großen Wasserstoffbombe eine ungeheure Energie der Vernichtung freisetzt. Ich las kürzlich zufällig eine Bemerkung des amerikanischen Kernphysikers W. Davidson, daß die Explosion einer Wasserstoffbombe eine größere Energie freisetzt, als alle Explosionen zusammen, die von allen Nationen in allen Kriegen ausgelöst wurden, die in der Geschichte der Menschheit bekannt sind. Und er hat ganz offenbar recht. Ist es möglich, die Tatsache unberücksichtigt zu lassen, daß das Vernichtungspotential der Kriegsmittel solch riesige Proportionen erreicht hat? Und kann man vergessen, daß es heute nicht einen Fleck auf dem Globus mehr gibt, der nicht mit Kern- und Raketenwaffen erreichbar ist?

Man kann sich nur schwer die Folgen eines Krieges mit diesen ungeheuren Zerstörungs- und Vernichtungsmitteln für die Menschheit vorstellen. Würde man den Ausbruch eines solchen Krieges zulassen, würde die Zahl der Opfer nicht in die Millionen, sondern in die Zehnmillionen und sogar Hunderte von Millionen Menschen gehen. Es würde ein Krieg sein, in dem es keinen Unterschied zwischen Front und Etappe gäbe, zwischen den Kriegführenden und den Kindern. Viele Großstädte und Industriezentren würden zu Ruinen, und die großen Denkmäler der Kultur, in Jahrhunderten durch die Bemühungen menschlichen Geistes geschaffen, wären unwiderbringlich verloren. Noch würde dieser Krieg die künftigen Generationen verschonen. Seine giftige Spur in Form der radioaktiven Verseuchung würde noch lange die Völker verkrüppeln und viele Menschenleben fordern.

Eine gefährliche Situation ist jetzt in der Welt entstanden. Es bestehen verschiedene Militärbündnisse, und das Wettrüsten geht ohne Pause weiter. So viel leicht entzündliches Material ist angehäuft worden, daß ein einziger Funke genügen würde, alles an den Rand einer Katastrophe zu treiben. Die Welt hat einen Punkt erreicht, an dem ein Krieg nur wegen eines lächerlichen Zufalls Tatsache werden kann, wie beispielsweise ein technischer Fehler in einem Flugzeug, das eine Wasserstoffbombe an Bord hat, oder eine geistige Verwirrung des Piloten hinter dem Steuerknüppel.

Es ist darüber hinaus wohlbekannt, daß das Wettrüsten bereits eine schwere Belastung für die Völker darstellt. Es führt zu Preissteigerungen und zur Verminderung der Reallöhne. Es hat eine schädigende Wirkung auf die Wirtschaft vieler Staaten und unterbricht den internationalen Handel. Nie waren so viele Staaten, so viele Menschen in militärische Vorbereitungen verwickelt wie gegenwärtig. Wenn wir zu den Militärs noch die Zahl der Menschen betrachten, die direkt oder indirekt mit der Waffenproduktion und verschiedenen militärischen Forschungen befaßt sind, werden wir sehen, daß über 100 Millionen Menschen von ihrer friedlichen Arbeit entfernt worden sind — die energischsten und fähigsten Leute, Männer der Wissenschaft und Technik. Ein im Wert nicht abzuschät-

zender Fundus menschlicher Energie, menschlichen Wissens, Findigkeit und Erfahrung wird, als ob man ihn in einen bodenlosen Abgrund wirft, für wachsende Rüstung verschwendet.

Die jährlichen Militärausgaben aller Staaten zusammengenommen betragen heute schätzungsweise 100 Milliarden Dollar. Ist es nicht Zeit, dieser sinnlosen Verschwendung der Mittel und Energien der Völker zur Vorbereitung von Krieg und Vernichtung Einhalt zu gebieten? Die sowjetische Regierung steht, wie sie sich in ihrer Außenpolitik von dem Prinzip der friedlichen Koexistenz leiten läßt, für Frieden und Freundschaft zwischen allen Nationen ein. Das Ziel unserer Innenpolitik — das einzige — ist es, ein Leben zu schaffen, das der besten Ideale der Menschheit wert ist. Unser Siebenjahresplan ist durchdrungen von dem Geist der Friedlichkeit und von der Besorgnis um die Wohlfahrt und das Glück des Volkes. Das Ziel unserer Außenpolitik — das einzige und unabänderliche — ist es, Krieg zu verhindern, Frieden und Sicherheit für unser Land und für alle Länder zu gewährleisten.

Einige Menschen im Westen erwarten, daß die materiellen Hilfsquellen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten im kalten Krieg erschöpft würden, daß ihre Wirtschaft unterminiert würde. Aber ihre Kalkulationen waren falsch. Obwohl sie eine bestimmte Rüstungslast zu tragen hat, ist die Sowjetunion in der Lage, die schnelle Entwicklung ihrer Wirtschaft und die noch vollständigere Befriedigung der wachsenden Ansprüche ihres Volkes zu gewährleisten. Natürlich würden die materiellen Ansprüche des Volkes besser befriedigt, wenn die Rüstungslast abgenommen würde.

Alle Völker brauchen Frieden. Am Ende des zweiten Weltkrieges unterbreitete die Sowjetunion in den Vereinten Nationen konkrete Abrüstungsvorschläge. Wir schlugen das vollständige Verbot von Atomwaffen, eine wesentliche Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen und eine große Kürzung der Rüstungsausgaben vor. Wir traten öffentlich für die Auflösung von Militärstützpunkten im Ausland ein. Wir haben unseren Wunsch bewiesen, das Abrüstungsproblem mit Taten, nicht mit Worten zu lösen. Die Sowjetunion hat immer wieder beim Vorschlagen spezifischer Schritte in Richtung auf eine Beendigung des Wettrüstens und auf die möglichst schnelle Vereinbarung praktischer Maßnahmen zur Abrüstung die Führung übernommen. Unmittelbar nach dem Ende des Krieges nahmen wir eine umfassende Demobilisierung in unserem Lande vor. Die Sowjetunion hat alle Militärstützpunkte aufgelöst, die sie nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Territorium anderer Staaten besaß.

Sie werden sich daran erinnern, daß die sowjetischen Streitkräfte einseitig um insgesamt über zwei Millionen Mann reduziert worden sind. Die sowjetischen Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik sind beträchtlich verringert worden, und alle sowjetischen Truppen sind aus der rumänischen Volksrepublik abgezogen worden. Wir haben auch eine beachtliche Kürzung in unserem Militärbudget wirksam werden lassen. 1958 setzte die Sowjetunion einseitig die Versuche von Atom- und Wasserstoffbomben in der Hoffnung aus, daß die anderen Mächte diesem vornehmen Beispiel folgen würden. Man kann nur bedauern, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben. Die sowjetische Regierung hat nun beschlossen, die Kernwaffenversuche in der Sowjetunion nicht wieder aufzunehmen, falls die Westmächte ihre Versuche nicht wieder aufnehmen. Nur wenn sie die Kernwaffenversuche wieder aufnehmen, wird sich die Sowjetunion von dieser Verpflichtung entbunden fühlen.

Das Problem der Abrüstung ist jetzt seit über 14 Jahren in den Vereinten Nationen und von anderen internationalen Foren diskutiert worden, aber bisher sind keine praktischen Resultate erzielt worden. Was ist der Grund dafür? Ich

möchte nicht die Vergangenheit durchstöbern, um ausführlich die Hindernisse und Differenzen zu betrachten, die im Laufe der Abrüstungsgespräche auftauchen. Um so weniger, um gegen niemanden Beschuldigungen zu erheben. Das ist heute nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist nach unserer Überzeugung, die hauptsächlichen Sperren zu beseitigen, die sich auf dem Weg der Abrüstung aufgetürmt haben, einen neuen Ansatz zur Lösung des Problems zu finden.

Die Erfahrung der Abrüstungsgespräche lehrt, daß die Frage der Kontrolle sich als eines der Haupthindernisse zur Einigung erwiesen hat. Wir waren und wir sind für strikte internationale Kontrolle über die Erfüllung des Abrüstungsabkommens, wenn es erreicht ist. Aber wir waren immer dagegen, daß das Kontrollsystem von Maßnahmen in Richtung auf eine Abrüstung abgetrennt wird, dagegen, daß die Organe der Kontrolle tatsächlich Organe für die Sammlung von Geheimmaterial werden, unter Bedingungen, wo es tatsächlich keine Abrüstung geben würde. Wir sind für wirkliche Abrüstung unter Kontrolle, aber wir sind gegen Kontrolle ohne Abrüstung. Es würde den Gegnern der Abrüstung leichtfallen, jede Maßnahme von solchen Kontrollforderungen abhängig zu machen, die die anderen Staaten unter den Bedingungen eines weltweiten Wettrüstens nicht eingehen könnten. Wahrhaftig, die gleichen Staaten, die aus dem einen oder dem anderen Grund solche weitreichenden Kontrollforderungen vorbringen, würden nicht geneigt sein, diese Forderungen selber zu akzeptieren, wenn es zu ihrer Erfüllung käme.

Es besteht noch eine andere Schwierigkeit. Solange die Abrüstung nur als Teilabrüstung betrachtet und angenommen wird, daß bestimmte Rüstungen auch nach dem Abschluß einer Abrüstungsvereinbarung bleiben werden, würden die Staaten immer noch die materielle Möglichkeit behalten, einen Angriff zu starten. Stets würden Befürchtungen bestehen, daß mit Hilfe der verbleibenden Arten der Rüstung und Streitkräfte die Möglichkeit, einen Angriff zu unternehmen, weiter gegeben wäre. Das Bewußtsein, daß eine solche Möglichkeit weiterbesteht, war in erheblichem Maße ein Hindernis bei den Abrüstungsverhandlungen. Viele Staaten fürchteten, daß die Abrüstungsmaßnahmen gerade jene Waffentypen betreffen würden, bei denen sie den größten Vorsprung besaßen und die sie für sich für besonders notwendig hielten. Selbstverständlich konnte unter diesen Umständen in der Atmosphäre des „Kalten Krieges" und gegenseitiger Verdächtigungen keine Nation, wenn sie ernsthaft und nicht zu Propagandazwecken sprach, ihre militärischen Geheimnisse, die Organisation ihrer Verteidigung und Kriegsproduktion ohne Schaden für die Interessen ihrer nationalen Sicherheit preisgeben. Alle Delegierten werden, dessen bin ich sicher, darin übereinstimmen, daß es notwendig ist, die gemeinsame Vernunft sowohl aller Staaten als auch der Vereinten Nationen auf die Suche nach einem neuen Weg zur Lösung des Abrüstungsproblems zu konzentrieren.

Was schlägt die sowjetische Regierung vor? Die Substanz unseres Vorschlages ist, daß während einer Frist von vier Jahren alle Staaten eine völlige Abrüstung durchführen und keine Mittel zur Kriegführung mehr übrigbehalten sollten. Das bedeutet, daß die Heeres-, Marine- und Luftstreitkräfte aufhören werden zu bestehen, daß Generalstäbe und Kriegsministerien abgeschafft, die Militärakademien geschlossen werden. Dutzende von Millionen Menschen werden zu friedlicher, schöpferischer Arbeit zurückkehren. Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien werden beseitigt. Alle Atom- und Wasserstoffbomben in den Händen der Staaten werden vernichtet und ihre künftige Produktion eingestellt. Die Energien des spaltbaren Materials werden ausschließlich für friedliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke benutzt. Militärische Raketen aller Reichweiten

werden vernichtet, und Raketenrampen werden nur als Verkehrseinrichtungen für den Weltraum zum Besten der Menschheit beibehalten.

Zur Verfügung der Staaten sollten nur streng begrenzte Kontingente von Polizei (Miliz) bleiben, über die man sich für jedes Land geeinigt hat, die mit kleineren Waffen ausgerüstet und ausschließlich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger bestimmt wären. Damit niemand seine Verpflichtungen verletzen könnte, schlagen wir die Bildung einer internationalen Kontrollkörperschaft vor, die alle Staaten umfaßt. Es sollte ein Kontrollsystem über alle Abrüstungsmaßnahmen eingeführt werden, das in Übereinstimmung mit den Stadien, in denen die Abrüstung verwirklicht wird, geschaffen werden und funktionieren sollte.

Wenn die Abrüstung umfassend und vollständig ist, wird die Kontrolle über ihre Einhaltung ebenso allgemein und vollständig sein. Die Staaten werden vor anderen nichts zu verbergen haben: Keiner von ihnen wird über eine Waffe verfügen, die gegen den anderen angewendet werden könnte, und daher werden die Kontrolleure in der Lage sein, ihren Eifer bis zum letzten zu manifestieren.

Eine solche Lösung der Abrüstungsfragen wird die vollständige Sicherheit aller Staaten gewährleisten. Sie wird günstige Bedingungen für die friedliche Koexistenz der Staaten schaffen, alle internationalen Probleme werden dann nicht durch Waffengewalt, sondern durch friedliche Mittel gelöst werden. Wir sind Realisten in der Politik und wissen, daß einige Zeit nötig ist, um ein solches umfassendes Abrüstungsprogramm auszuarbeiten. Während ein solches Programm ausgearbeitet wird, während die Fragen ausgehandelt werden, sollte man nicht mit den Händen im Schoß dasitzen und warten.

Der Entschluß, innerhalb einer kurzen Zeitspanne eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorzunehmen, und seine Verwirklichung würden die Existenz einer neuen Phase im internationalen Leben anzeigen. Die Vereinbarung von Staaten, eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu beginnen, wäre eine überzeugende faktische Bestätigung für das Nichtvorhandensein irgendwelcher aggressiver Absichten ihrerseits und für den ehrlichen Wunsch, ihre Beziehungen mit anderen Ländern auf der Grundlage der Freundschaft und Zusammenarbeit aufzubauen.

Ist erst die vollständige Abrüstung erreicht, könnte sich die Menschheit eines Gefühles ähnlich dem erfreuen, das einen zum äußersten erschöpften Wüstenwanderer befällt, der, von der Furcht des Verdurstens und des Erschöpfungstodes gepeinigt, nach einem langen Wege eine Oase erreicht.

Allgemeine und vollständige Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, enorme materielle und finanzielle Auslagen von der Herstellung von Instrumenten des Todes auf schöpferische Zwecke zu verlagern. Die menschliche Energie kann darauf gerichtet werden, materiellen und geistigen Wohlstand zu gründen, die das Leben und die Arbeit der menschlichen Geschöpfe verschönen und veredeln. Die Ausführungen eines allgemeinen und vollständigen Abrüstungsprogrammes würde die Gelegenheit bieten, enorme Summen Geldes auf den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Häusern, Straßen, die Produktion von Lebensmitteln und Industriegütern zu verlagern. Die Mittel, die so freigesetzt würden, würden die Möglichkeit bieten, die Preise beträchtlich zu reduzieren und zu senken. Das würde den Lebensstandard der Bevölkerung wohltuend beeinflussen und würde von Millionen einfacher Menschen begrüßt werden. Allein das Geld, das von den Staaten im letzten Jahrzehnt für militärische Notwendigkeiten ausgegeben wurde, wäre genug, um mehr als 150 Millionen Häuser zu bauen, in denen Hunderte von Millionen Menschen bequem leben könnten.

Allgemeine und vollständige Abrüstung würde auch völlig neue Möglichkeiten schaffen, den Staaten Hilfe zu leisten, deren Wirtschaft heute noch unterentwikkelt ist und die Unterstützung seitens der weiter entwickelten Staaten brauchen. Selbst wenn nur ein kleiner Teil der nach Beendigung der Militärausgaben freiwerdenden Gelder für die Hilfe an solche Staaten bestimmt würde, könnte damit eine wahrhaft neue Epoche in der wirtschaftlichen Entwicklung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eröffnet werden.

All die künstlichen Hindernisse auf dem Wege der Entwicklung des internationalen Handels, die heute in Form von diskriminierenden Einschränkungen, Verbotslisten usw. bestehen, würden verschwinden. Die Industrien solcher Länder wie der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Westdeutschlands und anderer hochentwickelter Länder würden zumindest große Aufträge von anderen Staaten erhalten. Die Nutzbarmachung des als Folge der Abrüstung freigewordenen Geldes würde die umfassendsten Möglichkeiten zur Beschäftigung der Bevölkerung schaffen. Daher sind Behauptungen falsch, die Abrüstung würde in industriell hochentwickelten Ländern der kapitalistischen Welt zu Krisen und Depressionen führen.

Wenn in der Tat kein Staat die Möglichkeit haben wird, eine militärische Aktion gegen andere Staaten zu entfesseln, werden sich die internationalen Beziehungen im Zeichen des Vertrauens zu entwickeln beginnen. Verdacht und Furcht werden verschwinden, alle Nationen werden sich gegenseitig als gute Nachbarn betrachten können. Zwischen allen Ländern wird die Tür zu wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit sowie zu gegenseitigem Handel weit offen stehen. Zum erstenmal wird ein verläßlicher und dauerhafter Friede, den alle Nationen so sehr erstreben, Wirklichkeit werden.

In der Überzeugung, daß diese großen Ziele durch gemeinsame Anstrengungen aller unter dem Zeichen der friedlichen Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen vereinten Staaten erreicht werden können und müssen, unterbreitet die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Vereinten Nationen eine Deklaration über allgemeine und vollständige Abrüstung zur Erwägung, die konkrete Vorschläge zu dieser Frage enthält.

Es steht außer Frage, daß die Sowjetunion, wenn auch die Westmächte gegenwärtig aus gewissen Gründen keine Bereitschaft zeigen, einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung näherzutreten, bereit ist, mit anderen Staaten zu einem Abkommen über die angemesenen Schritte der Abrüstung und der Stärkung der Sicherheit zu kommen. Die hauptsächlichen Schritte sind nach Ansicht der sowjetischen Regierung folgende:

1. Die Errichtung einer Zone der Kontrolle und der Inspektion mit einer Reduzierung der ausländischen Truppen auf den Territorien der entsprechenden westeuropäischen Länder.

2. Die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

3. Der Abzug aller ausländischen Truppen von dem Territorium europäischer Staaten und die Abschaffung militärischer Stützpunkte auf fremdem Territorium.

4. Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Nato-Mitgliedstaaten und den Teilnehmern des Warschauer Vertrages.

5. Eine Vereinbarung über die Verhinderung von Überraschungsangriffen eines Staates gegen einen anderen.

Die Sowjetunion hält es für angemessen, an ihre Abrüstungsvorschläge vom 10. Mai 1955 zu erinnern, die konkrete Erwägungen hinsichtlich der Teilschritte auf dem Gebiet der Abrüstung enthalten. Sie ist überzeugt, daß diese Vorschläge eine gute Grundlage für eine Vereinbarung über dieses lebenswichtige Problem bilden.

Die Idee einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird von der Sowjetunion nicht zum erstenmal vorgetragen. Bereits in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg hat die Regierung unseres Landes ein umfassendes Programm für eine vollständige Abrüstung vorgelegt. Die Gegner der Abrüstung pflegten damals zu behaupten, die Sowjetunion habe diese Vorschläge gemacht, weil sie wirtschaftlich und militärisch ein schwacher Staat sei. Wenn damals diese falsche These jemanden täuschen konnte, so ist jetzt allgemein bekannt, daß das Gerede von irgendeiner Schwäche der Sowjetunion absurd ist.

Der neue Vorschlag der sowjetischen Regierung ist von dem einzigen Wunsche veranlaßt, einen wahrhaft dauerhaften Frieden unter den Nationen zu sichern. Wir sagen ehrlich allen Ländern: „Gegen das Wort ‚Laßt uns bewaffnen!', das noch immer in einigen Kreisen gilt, stellen wir die Parole ‚Laßt uns vollständig entwaffnen!'" Laßt uns in Wettstreit miteinander treten, wer die meisten Häuser, Schulen, Krankenhäuser für sein Volk baut, wer mehr Weizen, Milch, Fleisch, Kleidung und andere Konsumgüter produziert, und nicht in einen Wettbewerb, wer mehr Wasserstoffbomben und Raketen hat. Das wird von allen Nationen der Welt begrüßt werden.

Die Vereinten Nationen, vor deren Generalversammlung zu sprechen ich heute die Ehre habe, können und müssen in den internationalen Angelegenheiten eine große Rolle spielen. Ihre Bedeutung wird durch die Tatsache bestimmt, daß alle Nationen der Welt in ihnen vertreten sind. Sie haben sich gemeinsam zusammengeschlossen, um ausstehende Probleme von internationaler Tragweite zu erörtern. Wenn zwei oder mehrere Staaten nicht in der Lage sind, sich miteinander zu verständigen, müssen die Vereinten Nationen ihnen Beistand gewähren. Ihre Aufgabe ist es in diesem Falle, in den Beziehungen zwischen Staaten die scharfen Kanten zu brechen, die zu Konflikten, zu Verschlimmerungen und sogar zu Kriegen führen können. Wenn die Vereinten Nationen ihre Hauptaufgabe, die Stärkung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker, erfüllen, werden sie wahre Achtung erlangen, und ihr Ansehen wird größer sein.

In aller Offenheit muß ich aber sagen, daß die Vereinten Nationen gegenwärtig in einer Anzahl von Fällen ihre Funktionen dieser Art nicht erfüllen. Manchmal führt die Erörterung von Fragen in den Vereinten Nationen sogar zu unangemessenen Verschlimmerungen der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Warum geschieht das? Weil nicht alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen diese Körperschaft, in die die Menschheit so große Hoffnungen setzt, mit dem notwendigen Respekt betrachten. Statt ständig die Autorität der Vereinten Nationen zu unterstützen, damit sie wirklich zur maßgebendsten internationalen Körperschaft würde, an die sich die Regierungen aller Nationen wenden könnten, wann immer sie die Notwendigkeit verspüren, lebenswichtige und bedeutende Fragen zu lösen, versuchen gewisse Staaten, sie zu ihren eigenen beschränkten Interessen auszunutzen. Eine internationale Organisation kann natürlich nicht wirksam zum Wohle des Friedens handeln, wenn sie in sich selbst eine Gruppe von Ländern hat, die eine Politik verfolgt, den Willen einiger Staaten anderen aufzuzwingen. Eine solche Politik wird das Fundament der Vereinten Nationen schwächen. Wenn sich die Dinge weiter in dieser Richtung entwickeln, was man Parteiherrschaft (Fractionalism) nennen könnte, wird dies nicht zur Verbesserung der Beziehungen unter den Staaten, sondern zu ihrer Verschlechterung führen. Die Vereinten Nationen würden von einer Organisation, die das Interesse aller ihrer Mitglieder ausdrückt, in eine Organisation einer Gruppe von Staaten umgewandelt werden, die ihre Politik und nicht die Politik der Sicherung des Weltfriedens

verfolgen würde. Dies würde zunächst allgemeine Respektlosigkeit gegenüber den Vereinten Nationen schaffen und könnte später zu ihrem Zerfall führen, wie es in der Vergangenheit mit dem Völkerbund geschah.

Ein Merkmal einer korrekt funktionierenden internationalen Körperschaft ist, daß in ihr Fragen nicht durch das formelle Zählen von Stimmen, sondern durch vernünftige und geduldige Suche nach fairen, für alle Seiten annehmbaren Lösungen gelöst werden sollten. Es ist in der Tat unmöglich, sich vorzustellen, daß Staaten, gegen deren Willen eine ungerechte Entscheidung getroffen wird, ihrer Verwirklichung zustimmen würden. Dies beläßt ihnen einen bitteren Nachgeschmack. Man denke nur daran, wie viele solcher Fälle es in der Geschichte der Vereinten Nationen gegeben hat. Daher sollten in den Vereinten Nationen nur solche Entscheidungen getroffen werden, denen jeder zustimmen könnte, weil er in ihnen den Ausdruck des gemeinsamen Willens, der gemeinsamen Interessen erblickt. Solche Interessen würden als die einzig korrekten und die einzig möglichen von unserer Generation wie auch von künftigen Historikern anerkannt.

Die Gruppe von Staaten, die gegenwärtig in der Mehrheit ist, kann natürlich die Annahme einer Entscheidung durchbringen, mit der sie sicherlich gewinnt. Aber dies würde ein Pyrrhussieg sein. Solche „Siege" schaden den Vereinten Nationen, sie unterminieren sie.

Man sollte auch nicht vergessen, daß die Mehrheit bei der Abstimmung über diese oder jene Frage in den Vereinten Nationen eine wandelbare Sache ist und sich zum Nachteil jener ändern kann, die jetzt so oft auf den Abstimmungsmechanismus setzen. Wie das russische Sprichwort sagt: „Was du säst, wirst du ernten", so ist die vernünftigste und die am weitesten blickende Politik die der gemeinsamen Suche für allseits annehmbare Lösungen.

Als der Sicherheitsrat im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen wurde, wurde seiner Tätigkeit der Gedanke vereinbarter Entscheidungen zugrunde gelegt. Besondere Verantwortlichkeit für die Erhaltung des Friedens wurde den Großmächten übertragen, deren Vertreter ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind. Um Komplikationen in den internationalen Beziehungen zu vermeiden, wurde als notwendig anerkannt, den Grundsatz der Einmütigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat zu schaffen, was als das Vetorecht bezeichnet wird.

Es gibt manche, die gegen das Veto plädieren. Aber wenn es kein Veto gibt, wird es keine internationale Organisation geben, sie wird auseinanderfallen. Das Prinzip des Veto macht es den Großmächten zur Pflicht, solche einmütigen Entscheidungen in allen Fragen zu treffen, die eine Erörterung im Sicherheitsrat erfordern, wie sie die wirksame Erhaltung des Friedens gewährleisten würden. Es ist besser, einmütige Entscheidungen der Großmächte anzustreben, als internationale Streitfragen durch Waffengewalt zu lösen.

Ich habe versucht, offen eine Anzahl von Gedanken darzulegen, die die internationale Lage, wie auch Ihre Auffassung von den Aufgaben der Vereinten Nationen betreffen. Wir sind sicher, daß die von uns auf Anweisung der sowjetischen Regierung unterbreiteten Vorschläge bei der Mehrheit der Bevölkerung aller Länder wie auch der Delegierten hier in diesem Saal Sympathie finden werden.

Ich möchte den Delegierten der Generalversammlung versichern, daß die Vereinten Nationen in der Sowjetunion weiterhin den aktivsten Teilnehmer an allen Bemühungen haben werden, die darauf abgestellt sind, der Menschheit die Last der Rüstung abzunehmen und den Frieden in der ganzen Welt zu festigen.

(Text etwas gekürzt.)

Ausführungen des polnischen Außenministers A. Rapacki auf der 48. Konferenz der Interparlamentarischen Union

In seiner Begrüßungsansprache vor den Parlamentariern aus 56 Ländern aller Kontinente, die in diesem September zu achttägigen Beratungen nach Warschau gekommen waren, trug der polnische Außenminister die nachfolgenden Grundgedanken zur Politik seines Landes vor.

Die bedeutsame Konferenz legte die Ergebnisse ihrer Arbeit in einer Reihe von Entschließungen nieder, u. a. zu den Problemen der allgemeinen und regionalen Maßnahmen, die zur Lösung des Abrüstungsproblems beitragen können, zu Problemen der Neutralität, des internationalen Handels, der Erziehung und Unterrichtung im Geiste des Friedens und zur Rolle der Parlamente beim Schutz der Rechte des Individuums.

In einer von der polnischen Delegation im Einvernehmen mit den Delegationen Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der SU eingebrachten und einmütig angenommenen Entschließung bezeichnet das internationale Gremium der Parlamentarier „Treffen von Regierungschefs mit dem Ziel des Gedankenaustausches und des gegenseitigen Verstehens der von ihnen vertretenen Völker" als „wichtigen Faktor zur Minderung der internationalen Spannungen, zur Einstellung des kalten Krieges, zum Abschluß einer wirksamen Vereinbarung auf dem Gebiet der Abrüstung sowie zur Erhaltung eines dauerhaften Weltfriedens" und „wertet solche Begegnungen als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz der Großmächte".

D. Red.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Es ist mir eine Freude, mich der von allen bisher aufgetretenen Repräsentanten des polnischen Volkes zum Ausdruck gebrachten Befriedigung anschließen zu können, daß wir Sie in Polen zu Gast haben dürfen und zugleich danke ich Ihnen, daß Sie es mir ermöglicht haben, das Wort zu ergreifen.

Ich beabsichtige nicht, in meinen Ausführungen strittige Dinge zu umgehen. Gewiß erwarten Sie von mir eine aufrichtige Stellungnahme. Aufrichtigkeit ist unumgänglich, will man sich gegenseitig verstehen, will man sich verständigen.

Ich glaube, daß es nicht schwerfallen dürfte, das polnische Volk, seine Denkart und die Politik seines Staates zu verstehen, wenn man zumindest die wichtigsten Tatsachen seiner Vergangenheit kennt. Der ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungsweg unseres Landes, der ganze Verlauf seiner Geschichte, haben unserem Volk bitterste Erfahrungen nicht erspart. Ihr Gipfelpunkt waren die Hitler-Invasion vor zwanzig Jahren, Krieg und Okkupation.

Weder Ziffern noch Worte vermögen eine Vorstellung davon zu vermitteln, was das tägliche Leben, die tägliche Qual und der tägliche Tod der Menschen dieses Landes in den langen Jahren des zweiten Weltkrieges waren. Und wohl nirgends hat man den Sinn der Begriffe „Krieg" und „Gewalt" so tiefgehend, bis auf den Grund kennenlernen können wie hier in Polen, wie in diesem Teil Europas.

Das polnische Volk hat aus seinen geschichtlichen Erfahrungen gelernt.

Eben als sozialistisches Land und als Mitglied der sozialistischen Ländergemeinschaft vermag Polen nach Maßgabe seiner Kräfte in der Sache einer Entspannung in den internationalen Beziehungen, in der Sache der konstruktiven Koexistenz und der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens eine positive Rolle zu spielen.

Die maßgebende Rolle fällt hier den Großmächten zu, doch auch die kleineren Staaten können nicht wenig tun, indem sie ihre historisch entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu anderen Ländern zugunsten einer internationalen Zusammenarbeit nutzbar machen.

Wie vieles könnte man für die Wohlfahrt der gesamten Menschheit tun und vor allem für einen Aufschwung der Länder, die nicht durch eigenes Verschulden in ihrem Entwicklungsstand zurückgeblieben sind, verwendete man dafür die Mittel, die in den vierzehn Nachkriegsjahren von allen Staaten für den Rüstungswettlauf bestimmt wurden. Für uns Polen, für die Zukunft in Polen, für einen erfolgreichen Ausgang all dessen, was wir seit der Befreiung und in den letzten Jahren unternommen haben, ist das Problem der Ent-

spannung in den internationalen Beziehungen, das Problem der friedlichen Koexistenz und das Problem der Beseitigung der Kriegsgefahr, das Hauptanliegen.

In dieser Beziehung fallen die lebenswichtigsten Interessen unserer Nation mit den lebenswichtigsten Interessen aller Nationen zusammen. Dies, meine Damen und Herren, ist der Ausgangspunkt der polnischen Außenpolitik.

Es gibt in der Welt viele umstrittene internationale Probleme. Es gibt die Probleme, die in der Zeit des kalten Krieges herangewachsen sind und es gibt die noch nicht geregelten Probleme, die eine Folge des zweiten Weltkrieges sind. Es gibt die Überbleibsel der Epoche des Kolonialismus, die überwunden werden müssen. Schließlich gibt es die grundsätzlichen ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätze.

Der Gegensatz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen ist aus der Geschichte und ihren Gesetzmäßigkeiten erwachsen und kann nur durch die Geschichte und ihre Gesetzmäßigkeiten gelöst werden. Siegen wird am Ende das System, welches in der friedlichen Praxis den Beweis antreten wird, daß es den sozialen Fortschritt stärker vorantreibt, daß es die produktiven und schöpferischen Möglichkeiten der Gesellschaft schneller und höher zu entwickeln und daß es dem Menschen eine immer vollständigere Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse sicherzustellen vermag. Ein Wettbewerb beider bestehenden Gesellschaftssysteme ist unausbleiblich. Er ist unausbleiblich und gleichsam fortschrittlich.

Es geht darum, daß dieser Wettbewerb auf dem Wege einer friedlichen Rivalität entschieden werden muß und nicht durch einen Kriegskataklysmus. Daß sich die Teilung in gegeneinander gerichtete militärische Blockbildungen nicht versteift, nicht vertieft und nicht ausdehnt, sondern im Gegenteil, daß es möglich wird, sie zumindest schrittweise durch ein System der kollektiven Sicherheit abzulösen.

Das ist gegenwärtig das Grundproblem.

Die zentrale Frage der internationalen Diskussion lautet derzeitig nicht, welches System das bessere ist oder auch, welches System das schlechtere ist, vielmehr, wie man trotz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Frieden leben kann.

Aus einem Atom- und Raketenkrieg könnte niemand in der Welt einen Vorteil herausschlagen. Die friedliche Koexistenz drängt sich mit immer unnachgiebigerer Kraft auf. Friedliche Koexistenz — das bedeutet friedlicher Wettbewerb und friedliche Zusammenarbeit.

Ungeachtet aller Differenzen sind die Völker des Erdballs aufeinander angewiesen. Wenn wir alle sich in der Zeit des kalten Krieges aufgetürmten Hindernisse vom Wege zum internationalen Austausch wegräumen, wenn wir diesen Austausch auf den Boden der Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils stellen, dann machen wir aus ihm eines der ergiebigsten Instrumente zur Errichtung eines dauerhaften Friedens.

Polen verfolgt konsequent eine Politik der friedlichen Koexistenz.

Gestatten Sie, etliche Worte einigen konkreten Problemen zu widmen, die meiner Meinung nach gelöst werden müssen bzw. deren Lösung man zumindest in Angriff nehmen muß, wenn wir auf dem Wege vom kalten Kriege zur friedlichen Koexistenz vorankommen wollen, auf dem Wege zu einer Entspannung in den internationalen Beziehungen. Von diesen Problemen ist für Polen, und ich glaube auch für die anderen Länder Europas, ja für den Frieden überhaupt, das Deutschland-Problem von grundsätzlicher Bedeutung.

Man muß endlich zur Lösung des deutschen Problems schreiten, und zwar in der einzigen Weise, in der dies zu lösen ist — im Geiste einer Entspannung und Normalisierung und nicht im Geiste des kalten Krieges. Bekanntlich legt Polen deshalb auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf eine friedliche Regelung des Westberlin-Problems so großen Wert.

Wenn wir in Polen, sobald wir von der Deutschland-Frage sprechen, so oft auf die jüngste tragische Vergangenheit zurückkommen, dann gewiß nicht in der Absicht, die kaum vernarbten Wunden unseres und der anderer Völker zu reizen, sondern deshalb, um aus diesen bittersten Erfahrungen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Und wir ziehen aus ihnen diese grundlegende Lehre: Wir wollen, daß sich das Verhältnis Polens zum ganzen deutschen Volk endlich nach den Prinzipien der Sicherheit und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit gestaltet.

Die gleiche Lehre aus den Erfahrungen der Vergangenheit hat die Deutsche Demokratische Republik gezogen, mit der sich sowohl auf dieser als auch auf einer noch breiteren Ebene unsere Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit entfaltet haben. Wir betrachten sie als einen außerordentlich wichtigen Schritt auf dem Wege zu einem grundlegenden Wandel im Verhältnis Polens zum ganzen deutschen Volk.

Wir wissen, daß es auch in der Deutschen Bundesrepublik Kreise gibt, die infolge der so bitteren Erfahrungen, die auch das deutsche Volk gemacht hat, wahrhaft friedliche Beziehungen zu Polen und zu den anderen Nachbarn Deutschlands wünschen. Wir erkennen diese Bestrebungen und wissen sie zu würdigen.

Leider denken durchaus nicht alle so und nicht diejenigen, die sich des größten Einflusses erfreuen. Die Politiker, die die Gefahr der revanchistischen und revisionistischen Kräfte in Westdeutschland nicht zu sehen schienen, die diese bagatellisierten, hatten Gelegenheit, zumindest in letzter Zeit, allein bei den vorgestrigen revisionistischen Manifestationen in den Straßen Bonns sich davon zu überzeugen, wie sehr sie sich geirrt haben.

Ich möchte dieses Thema von dieser Tribüne auch nicht weiter entwickeln. Wenn ich es berührt habe, so deshalb, weil es nicht bloß für unser Volk allein ein so wesentliches Anliegen ist. Die Grenze an der Oder und Neiße ist eine unabwendbare Tatsache. Und sie ist auch genügend gesichert. Die Kräfte aber in der Deutschen Bundesrepublik, die gegenwärtig gegen diese Grenze eine so großangelegte Kampagne entfalten, stellen eine Behinderung auf dem Wege zur internationalen Entspannung dar. Vor diesem Hintergrund ist die Bedrohung durch die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit atomaren Waffen um so unheilvoller. Darum erheben wir so entschlossen unsere Warnstimme vor diesen Kräften und diesen Schritten, die nicht nur für uns allein eine Gefahr bedeuten, sondern für den Frieden, für alle Völker Europas und für das deutsche Volk selbst.

Echte friedliche Koexistenz der Völker ohne Einstellung des Wettrüstens, ohne Abrüstung, ist schwer vorstellbar.

Wir sind uns darüber völlig im klaren, daß der Weg zur allgemeinen Abrüstung schwierig und hindernisgespickt ist. Deshalb vertreten wir die Auffassung, daß man unabhängig von den Anstrengungen, die eine allgemeine Abrüstung zum Ziel haben, schon jetzt an partielle Lösungen herangehen kann, an die Erledigung von Problemen, die lösungsreif sind.

Gegenwärtig geht es vor allem um eine Einstellung der nuklearen Versuche, die die Gesundheit und das Leben der heutigen und künftigen Generationen gefährden. Wir sind überzeugt, daß eine Regelung dieser Frage den Weg zum völligen Kernwaffenverbot und in der Folge zur Beseitigung der Vorräte an diesen Waffen freimachen und zugleich eine Reduzierung der konventionellen Waffen erleichtern wird.

Von den partiellen Abrüstungsmaßnahmen scheinen uns regionale Lösungen besonders real zu sein. Wir werten den Gedanken eines Auseinanderrückens und einer Verdünnung der Streitkräfte in den entzündbarsten Gebieten, die am Berührungspunkt der beiden wichtigsten Militärgruppierungen liegen, als richtig. Wir sehen eine Möglichkeit und Zweckmäßigkeit von regionalen Abrüstungsmaßnahmen in den verschiedenen Teilen Europas und der Welt. Bei der Unterbreitung des Vorschlages für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik einschließen würde, ging die polnische Regierung davon aus, daß dieses Gebiet vom politischen und militärischen Standpunkt besonders wichtig ist, daß eine Stapelung von Kernwaffen auf diesem Territorium und Ausrüstung der Armeen mit Kernwaffen, die diese Waffen noch nicht besitzen, eine der größten Gefahren darstellt.

Wir sind weiterhin bereit, diesen Vorschlag zu diskutieren und alle sachlichen Hinweise zu erörtern, so wie wir sie nach der ersten Phase der umfassenden Debatte in der Weltpresse und in der Öffentlichkeit berücksichtigt haben, indem wir einen neuen Vorschlag für die Durchführung unseres Planes in zwei Etappen und unter Beachtung einer Reduzierung der konventionellen Rüstungen in dieser Zone eingebracht hatten. Wir wollen und wollten, daß unsere Vorschläge geeignet sind, allen interessierten Völkern das Gefühl einer erhöhten Sicherheit zu bringen. Nur dann werden sie realisiert sein, nur dann werden sie ihre Aufgabe erfüllen als Vorschläge, die auf echte Entspannung hin-

zielen, als Vorschläge, die nicht nur zur Bewahrung Mitteleuropas vor den Folgen eines Kernwaffen- und Raketenkrieges, sondern auch zur Bewahrung aller Länder vor der Möglichkeit des Einsatzes jeglicher Waffenarten beizusteuern vermögen.

Ich glaube, anhand dessen, was ich bisher gesagt habe, kann man sich ein Bild über die Auffassungen der polnischen Regierung bezüglich der Methode zur Lösung der schwierigen internationalen Probleme machen.

Als die einzig richtige und mögliche erachten wir die Methode der konstruktiven Diskussion, der geduldigen Gespräche und des zähen Suchens nach Lösungen, und seien es nur partielle und stufenweise. Wir glauben, daß man den diplomatischen Verhandlungen den ihnen gebührenden Rang und die ihnen gebührende Rolle wiederherstellen muß. Wir meinen, daß es möglichst vieler direkter Kontakte zwischen den Politikern der verschiedenen Länder bedarf.

Es gibt aber auch andere Auffassungen über die Methoden zur Lösung strittiger Probleme. So vertritt beispielsweise ein Teil der Politiker einiger Staaten die Auffassung, die umstrittenen Probleme sollten bis zum Siedepunkt gebracht werden, um sie dann von der Position der Stärke zu lösen. Solcherart Auffassungen müssen naturgemäß zu einer unaufhörlichen Forcierung des Rüstens, zur Verschärfung der Spannungen, zum Spiel mit dem Feuer führen.

Ein wesentliches Merkmal der internationalen Lageentwicklung in der letzten, wenige Jahre umfassenden Periode ist die sich vertiefende Krise der Konzeption der Politik der Stärke. Diese Konzeption hat ihre Stütze in Gestalt realer Fakten eingebüßt und hat sich in Mißkredit gebracht.

Die Idee der Lösung strittiger Probleme auf dem Wege konstruktiver Gespräche, eine Idee, die Polen wie auch allen anderen Friedenskräften voranleuchtete, macht sichtbare Fortschritte.

Der angekündigte Besuchsaustausch zwischen den Regierungschefs der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, der beiden größten Weltmächte, deren gegenseitige Beziehungen entscheidende Rückwirkungen auf das Schicksal des Friedens haben, wird auf dem Wege vom kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz zweifellos ein Ereignis großen Ausmaßes sein.

Es wächst die Bedeutung jedes Forums, auf dem Vertreter der verschiedenen Völker zusammentreffen. Das gilt vornehmlich für die Organisation der Vereinten Nationen, das gilt für die ihr angeschlossenen Kommissionen und Organisationen. Aber auch für die verschiedenen internationalen Organisationen und Vereinigungen.

Das gilt auch für die Interparlamentarische Union, die schon so viele Jahre Politiker vereinigt, die bedeutenden Einfluß auf ihre Regierungen und auf die öffentliche Meinung ihrer Länder haben, und die sich die Aufgabe gestellt hat, zur Annäherung der Völker und zur Festigung des Friedens beizutragen.

Mit desto größerer Überzeugung wünsche ich der Warschauer Session der Interparlamentarischen Union erfolgreiche und fruchtbringende Beratungen.

Die Stadt und das Land, in dem Sie zusammentreffen, bringt Ihnen eine Atmosphäre des Glaubens an das Leben, des Glaubens an den Frieden, an die Freiheit und Völkerfreundschaft entgegen.

Eine Bemerkung zur ferngelenkten Mondrakete

„Das exakte Eintreffen der zweiten Weltraumrakete der Sowjetunion am kosmischen Ziel ist nicht allein wegen des gewählten Zeitpunktes, unmittelbar vor der Abreise Chrustschows nach den USA, sondern wegen folgender in den Nachrichten nur am Rande vermerkten technischen Tatsache ein politisches Ereignis ersten Ranges:

Die dritte Raketenstufe kann mit Hilfe von Ultrakurzwellen ferngelenkt werden bzw. mit Hilfe elektronischer Mittel automatisch auf das Ziel zugesteuert werden.

Die jetzt bewiesene Möglichkeit der nachträglichen Bahnkorrektur auf Grund einer Vermessung der Anfangsbahn und Schnellauswertung der so erhaltenen Daten durch elek-

tronische Rechenmaschinen bedeutet auch, daß mit interkontinentalen Raketen jedes Ziel auf unserer Erde genau getroffen werden kann. Das gelungene Mondraketen-Experiment ist daher zugleich ein grandioser Erfolg der Astronautik und eine Demonstration wahrer Stärke. Obwohl in den Nachrichten aus der SU kein einziger Hinweis auf die eminente militärische Bedeutung dieses Experimentes sich findet, scheint es notwendig, hierzu ein offenes Wort zu sprechen. Dieses Ereignis bedeutet das endgültige Scheitern der gegen die Sowjetunion seit Ende des zweiten Weltkrieges mit riesigem Aufwand betriebene Politik der Einkreisung. Dieses das Atomremis stabilisierende Ereignis und das in ihm zum Ausdruck kommende technische Potential führt gleichzeitig die Bonner „Politik der Stärke" ad absurdum.

Mögen Schlußfolgerungen solcher Art endlich, wenn auch nur aus dieser realistischen Einsicht, eine neue Weichenstellung der westdeutschen Politik herbeiführen in eine Richtung o h n e atomare Aufrüstung, welche die beiden Teile Deutschlands wieder enger zusammenführt und den wahren Interessen der deutschen Menschen dient."

Prof. Dr. h. c. Manfred von A r d e n n e

Beschämende Zahlen

Zum Thema Geschichtsunterricht in unseren Schulen hat die österreichische Zeitschrift „Die Furche" eine ebenso interessante wie beschämende Statistik veröffentlicht. Die Zeitschrift hat die Ausgaben eines weitverbreiteten deutschen Geschichtsbuches für Schüler des 5. und 6. Schuljahres verglichen. Das Ergebnis:

Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart: Ausgabe 1949 71 Seiten, Ausgabe 1958 34 Seiten.

Geschichte des Hitlerreiches: Ausgabe 1949 41 Seiten, Ausgabe 1958 13 Seiten.

Reichstagsbrand: Ausgabe 1949 2½ Seiten, Ausgabe 1958 kein Wort.

Judenverfolgung: Ausgabe 1949 3 Seiten, Ausgabe 1958 14 Zeilen.

Widerstandsbewegung: Ausgabe 1949 8 Seiten, Ausgabe 1958 kein Wort.

Konzentrationslager: Ausgabe 1949 5 Seiten, Ausgabe 1958 nichts mehr.

Religionsverfolgung im Dritten Reich: Ausgabe 1949 2 Seiten, Ausgabe 1958 4½ Zeilen.

Ergebnis einer Meinungsbefragung über atomare Bewaffnung in einem fränkischen Dorf

In dem Dorfe Grünmorsbach bei Aschaffenburg in Unterfranken führte der „Zentralausschuß der Landbevölkerung gegen die atomare Bewaffnung" eine Meinungsbefragung über die atomare Aufrüstung durch. Das Dorf ist katholisch; die Einwohner sind Bauern, Arbeiter, usw. Bei der letzten Wahl erhielt die CSU rund 125 Stimmen, die SPD 325 Stimmen. Das Ergebnis der Befragung ist folgendes:

Wahlberechtigte Einwohner: 482 — Hiervon völlig ohne Vermerk: 57

Abgegebene Fragezettel: 457 — Gültige Antworten: 400

	Ja	Ohne Meinung	Nein
1. Frage: Sind Sie gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen?	387 96,75 %	2 0,5 %	11 2,75 %
2. Frage: Sind Sie gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland?	395 98,75 %	2 0,5 %	3 0,75 %
3. Frage: Sind Sie für die Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt?	376 94 %	18 4,5 %	6 1,5 %
4. Frage: Sind Sie für einen Friedensvertrag, in dem Atomwaffen in Deutschland verboten sind?	398 99,5 %	2 0,5 %	— —

... Im übrigen habe ich den Eindruck

„Der Osten beginnt in diesen Jahren höhere Wachstumsraten, d. h. Produktionszunahmen, aufzuweisen als der Westen. Gewiß ist es an sich gut, das nach Möglichkeit wieder auszugleichen, d. h. dafür zu sorgen, daß der Westen auch hinsichtlich der Wachstumsraten mit dem Osten Schritt zu halten versucht . . . Strebt man aber hohe Wachstumsraten um den Preis des Verlustes der monetären Stabilität, d. h. der Währungssicherheit an, dann beginnt die Sache ungemütlich zu werden ... In diese Gefahr muß der Westen unweigerlich geraten, wenn er um jeden Preis mit dem Osten Schritt zu halten versucht, denn bei einer höher entwickelten Wirtschaft fallen die Wachstumsraten schwerer und sie kosten auch mehr als in einer im Aufstieg befindlichen Wirtschaft . . . Um der Wachstumsraten willen dürfen wir auch allgemein im wirtschaftlichen Vorgehen nicht von unseren freiheitlichen Methoden ablassen, selbst dann nicht, wenn der Osten vielleicht oder sogar wirklich effizientere Methoden, d. h. erfolgreichere Verfahrensweisen entwickelt ... Im übrigen habe ich den Eindruck, daß der westliche Mensch anfängt, Sicherheit und bequemes Leben mehr zu schätzen als die Freiheit."

Der Präsident der Bundesbank, B l e s s i n g , am 7. Mai 1959 in München

Der große Sprung von 1957 — ein ECE-Bericht

Die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen ECE veröffentlichte Anfang August einen Bericht „Der Außenhandel Osteuropas". Danach hat dieser Handel im Jahre 1957 einen sehr großen Sprung nach vorwärts genommen. Allein die sowjetrussischen Ausfuhren in die osteuropäischen Volksdemokratien sprangen in diesem Jahr um 40 % nach oben. Unter anderem nahmen die Ausfuhren an Roh- und Brennstoffen 1957 um 35 % gegenüber 1956 zu. Die Nahrungsmittelexporte aus der Sowjetunion nach Osteuropa vermehrten sich sogar um 175 %. Die Lieferungen der osteuropäischen Staaten nach Westeuropa stiegen zwischen 1955 und 1957 um 25 % auf 967 Millionen Dollar und im Jahre 1958 weiter auf 1058 Mill. Dollar an. Die Einfuhren aus Westeuropa vermehrten sich von 1955 bis 1957 um 22 % auf 907 Mill. und im Jahre 1958 weiter auf 939 Mill. Dollar. Allerdings ging der Anteil Westeuropas am gesamten Außenhandel Osteuropas in der gleichen Zeit in den Verhältniszahlen zurück. Von den sich im Jahre 1957 auf 5392 Mill. Dollar beziffernden Ausfuhren der sechs osteuropäischen Volksdemokratien Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn entfielen nur noch 23 % auf Ausfuhren nach Westeuropa und nur 8 % auf Ausfuhren nach anderen nichtkommunistischen Ländern. 1950 waren es 29 und 7 % gewesen. Die Sowjetunion nahm dafür 1957 36 % (1950 nur 32 %) dieser Exporte ab und die Volksrepublik China zusammen mit Nordkorea und Nordvietnam 7 % (1950 nur 1 %), während die osteuropäischen Satellitenstaaten 26 % (1950 31 %) ihrer Exportgeschäfte untereinander abwickelten. Dementsprechend verliefen auch die Importe der osteuropäischen Volksrepubliken, die von 2479 Mill. Dollar im Jahre 1950 auf 5683 Mill. Dollar im Jahre 1957 angestiegen sind. 22 %, 1950 28 %, stammten aus Westeuropa, 8 %, früher 7 %, aus anderen nichtkommunistischen Ländern, während 40 %, früher 34 %, aus der Sowjetunion und 5 %, früher 1 %, aus dem befreundeten Asien bezogen wurden. 24 %, früher 30 %, bezogen die osteuropäischen Volksrepubliken voneinander.

Die Sowjetunion lieferte im Jahre 1957 58 %, 1950 56 % ihrer sich auf 4382 Mill. Dollar, 1950 nur 1795 Mill. Dollar beziffernden Ausfuhren nach Osteuropa, 15 %, früher 28 %, nach den befreundeten Ländern Asiens, 18 %, früher 11 %, nach Westeuropa, und 9 %, früher 8 %, nach den übrigen nichtkommunistischen Ländern. Gleichzeitig bezog sie 49 %, früher 58 %, ihrer 3938 Mill. Dollar, früher 1456 Mill. Dollar starken Einfuhr aus den Ländern ihrer osteuropäischen Verbündeten, 22 %, früher 19 %, aus den verbündeten Ländern Asiens, 17 %, früher auch 17 %, aus Westeuropa, und 12 %, früher 6 %, aus den übrigen nichtkommunistischen Ländern. In dieser westlichen Dokumentation wird das Aufblühen der Wirtschaft und des Handels in der Sowjetwelt in einer solchen Zahlenübersicht sichtbar.

Im einzelnen zeigen die Statistiken folgendes Bild:

Die Außenhandelsentwicklung der osteuropäischen Länder

	Ausfuhren				Einfuhren			
	1950	1955	1957	1958	1950	1955	1957	1958
Bulgarien:								
in Mill. $	124	230	370	370	141	195	332	357
Mengenindizes	100	184	316	317*	100	138	239	257*
Tschechoslowakei:								
in Mill. $	779	1176	1358	1513	639	1053	1387	1357
Mengenindizes	100	164	196	209	100	156	207	203
Ostdeutschland:								
in Mill. $	406	1278	1811	1890	470	1173	1616	1680
Mengenindizes	100*	274*	360*	375*	100*	236*	317*	368*
Ungarn:								
in Mill. $	329	609	488	680	316	534	683	630
Mengenindizes	100	232	209*	330*	100	169	267*	251*
Polen:								
in Mill. $	630	914	975	1059	668	932	1250	1227
Mengenindizes	100	125	112	134	100	132	150	152
Rumänien:								
in Mill. $	207*	391*	390*	430*	245*	384*	415*	415*
Mengenindizes	100*	184*	174*	182*	100*	155*	168*	172*
Sowjetunion:								
in Mill. $	1795	3469	4382	—	1456	3061	3938	—
Mengenindizes	100*	174*	210*	—	100*	189*	233*	—

*) Vom ECE-Sekretariat gemachte Schätzungen.

Zusammensetzung des Außenhandels von einzelnen osteuropäischen Ländern nach Gütergruppen

	Ausfuhren		Einfuhren	
	1950	1958	1950	1958
		(in % des Handelsumsatzes des einzelnen Landes)		
Polen:				
Maschinen, Ausrüstungen	11,6	26,9	32,0	26,1
Brennstoffe, Rohmaterialien	—	50,8	—	53,9
Nahrungsmittel	24,1	16,8	11,2	11,4
industrielle Konsumprodukte	—	5,5	—	8,3
Tschechoslowakei:				
Maschinen, Ausrüstungen	26,5	43,4	11,2	18,7
Brennstoffe, Rohmaterialien	35,5	31,1	61,1	54,7
Nahrungsmittel	12,7	7,1	25,2	23,2
industrielle Konsumprodukte	25,3	18,4	2,6	3,4
Ostdeutschland:				
Maschinen	31,8	52,0*	8,1	12,0
andere Industrieprodukte	13,8	12,0**	10,8	15,0**
Rohstoffe, Halbfabrikate	47,5	32,0**	49,6	45,0**
Nahrungsmittel, Tabak	6,9	4,0	31,5	28,0**
Sowjetunion:				
Maschinen, Ausrüstungen	11,8	14,9*	21,6	23,9*
Brennstoffe, Rohmaterialien	—	51,9*	—	45,8*
Nahrungsmittel	—	18,0*	—	14,1*
industrielle Konsumprodukte	—	3,2*	—	11,3*
andere Güter	—	12,0*	—	4,9*

*) Zahlen pro 1957
**) Vom ECE-Sekretariat gemachte Schätzungen.

Soeben erscheint

in unserer Reihe DaD „Der aktuelle Diskussionsbeitrag"
als Doppelband 3-4

Prof. Dr. WALTER HAGEMANN

DAS WAGNIS DES FRIEDENS

Der bekannte Zeitungswissenschaftler aus Münster nimmt offen und aus kenntnisreicher Verantwortung Stellung zu den Themen:

Deutschland am Scheideweg – Die Zweiteilung der Welt – Die deutsche Spaltung – Die deutsche Aufrüstung – Westdeutsche Demokratie – Deutschland und der Osten – Deutsche Konföderation – Der Weg in die Zukunft

140 Seiten brosch. DM 4.50

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.